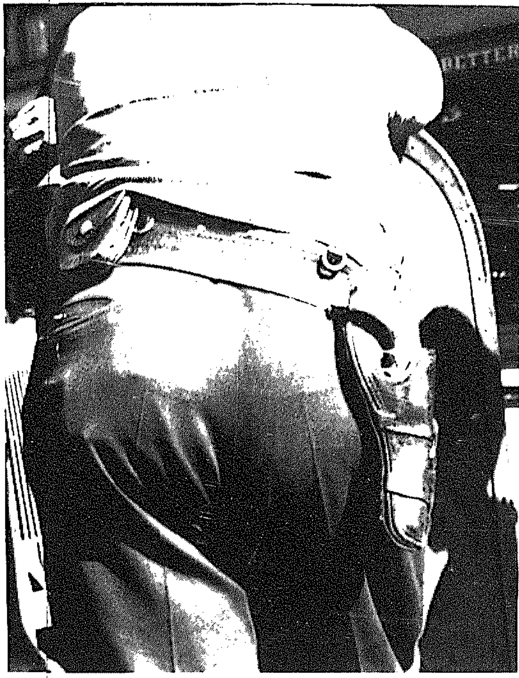


Editorial

Zur Vermittelbarkeit

Frage: Sind die jüngsten Anschläge auf Personen in der BRD-Bevölkerung politisch vermittelbar?

Antwort: Der Einfluß der Gewaltvideos auf die Terroristenszene und große Teile der Bevölkerung hat ein neues »Wir«-Gefühl erzeugt. Die Identifikation des Konsumenten mit dem für Abwechslung sorgenden Aktivisten ist sehr hoch. Politische Argumentationen könnten dem nur schaden!

Wer von uns erwartet, daß wir in dieser Nummer auf Sinn oder Unsinn der letzten Anschläge von RAF und einigen sich inzwischen ähnlich antiimperialistisch gebärdenden Schein-RZ's eingehen, wird nicht enttäuscht werden. Wenn wir es nach 6 Jahren SF wieder tun (es gab in der Nullnummer schon einmal eine Kritik an RAF und Staat), dann nicht weil wir glauben, daß wir auf die RAF oder auf die antimperialistischen Hardliner einwirken könnten, sondern weil wir hoffen jede Menge Leute zu erreichen, die mangels Alternativen und angeekelt von der sich etablierenden Politik der GRÜNEN, sich von der Militanz der RAF, ihrer Scheineffizienz und ihrer »revolutionären Kampf-Attitüde« faszinieren lassen könnten.

Dabei stört uns nicht so sehr die Analyse die BRD sei ein imperialistischer Staat, denn das ist sie zweifellos! Es stört uns das über Leichen gehen, der Fanatismus, die alte Kadermoral, die politische Sackgasse des Konzepts, der Stellvertreterkrieg, – am meisten stört uns die Ausnutzbarkeit der RAF durch den Staat. Eine Entwicklung, die seit dem Beginn der RAF-Strategie durchschlägt und im Verlauf der Jahre allein ein Hinterfragen der Strategie innerhalb der RAF hätte hervorbringen müssen; ein Diskussionsprozeß, der von seiten der RAF nie geführt wurde. Die Liste kann fortgesetzt werden: z.B. mit dem »Kronzeugen«: Wären 2 Jahre befristete Regelung die Zeit gewesen, die ein V-Mann braucht um als RAF-Kader wiederaufzutauchen, auszupacken und mit neuer Identität versehen zu werden? Wer bestimmt die RAF-Politik, die falschen oder die richtigen Kader (– vgl. die Roten Brigaden)?

Die Antwort werden uns die nächsten Jahre geben. Die Loslösung von der übrigen Linken ist die Voraussetzung für solche Verdachtsmomente. An dieser Situation haben sich alle beteiligt, die Isolationsstrategie des Staats, die Distanzierungs- statt Auseinandersetzungswelle in der Linken und die elitäre Politik der RAF. Wir können nur für die Auseinandersetzung mit den Inhalten sorgen, wollen aber keinesfalls an denen der RAF kleben bleiben, weil es eben *nicht unsere Inhalte* sind.

Dazu legen wir zwei Beiträge vor: einmal ein Papier von *Frankfurter Autonomen*, das unseres Erachtens viele richtige Kritikpunkte enthält und wert ist (kontrovers) diskutiert zu werden. Vorausschicken wollen wir, daß die SF-Redaktion diese Kritik dennoch für unbefriedigend hält, weil es den *bewaffneten Kampf als solchen* trotz allem, gleichsam gegen die RAF zu retten versucht. Doch das sind revolutionsromantisch Gedankenspielereien, die vor allem als negatives Abziehbild zur parlamentarischen Linken zu verstehen sind. Wir lehnen diese Art des politischen Kampfes hier und heute schon deshalb ab, weil siedas Denken der Beteiligten einengt: es wird so getan, als hätten wir in der Politik dieselben Spielregeln wie etwa im Boxring: es gibt den Feind und wenn er am Boden liegt, haben wir gewonnen, also auf ihn, prügeln wir darauf los. . . Dabei ist es nur unsere Ohnmacht, die uns »zurück«-prügeln läßt! Ein wesentlicher Unterschied zu RAF und STAAT, die beide die Feindbilder aufbauschen, alles vereinfachen, um den »Feind« leichter zum Abschuß freizugeben, beide besitzen dieselbe machtpolitische, zweckrationale Denkstruktur.

INHALT:



Eine Alternative muß anders aussehen, muß Verhalten verändern können, muß eingefahrenes Denken verunsichern, muß für Überraschungen gut sein, muß Repression unterlaufen anstatt im Wechselspiel mit ihr zu agieren. Die Zeit der Blutrache ist vorbei, auch wenn es uns emotional manchmal noch so gelüstet, einem von denen die Fresse zu polieren. Macht besiegt man besser durch subversives Denken und Handeln als durch bewaffneten Kampf.

Unser alternativer Beitrag beschäftigt sich deshalb mit Thesen *gegen* den Mythos vom bewaffneten Kampf. Für Spaß-Guerrilla!

Und was wir eigentlich wollen findet ihr in den Artikeln zum *FLI*-Herbsttreffen und zu den *Libertären Zentren*.



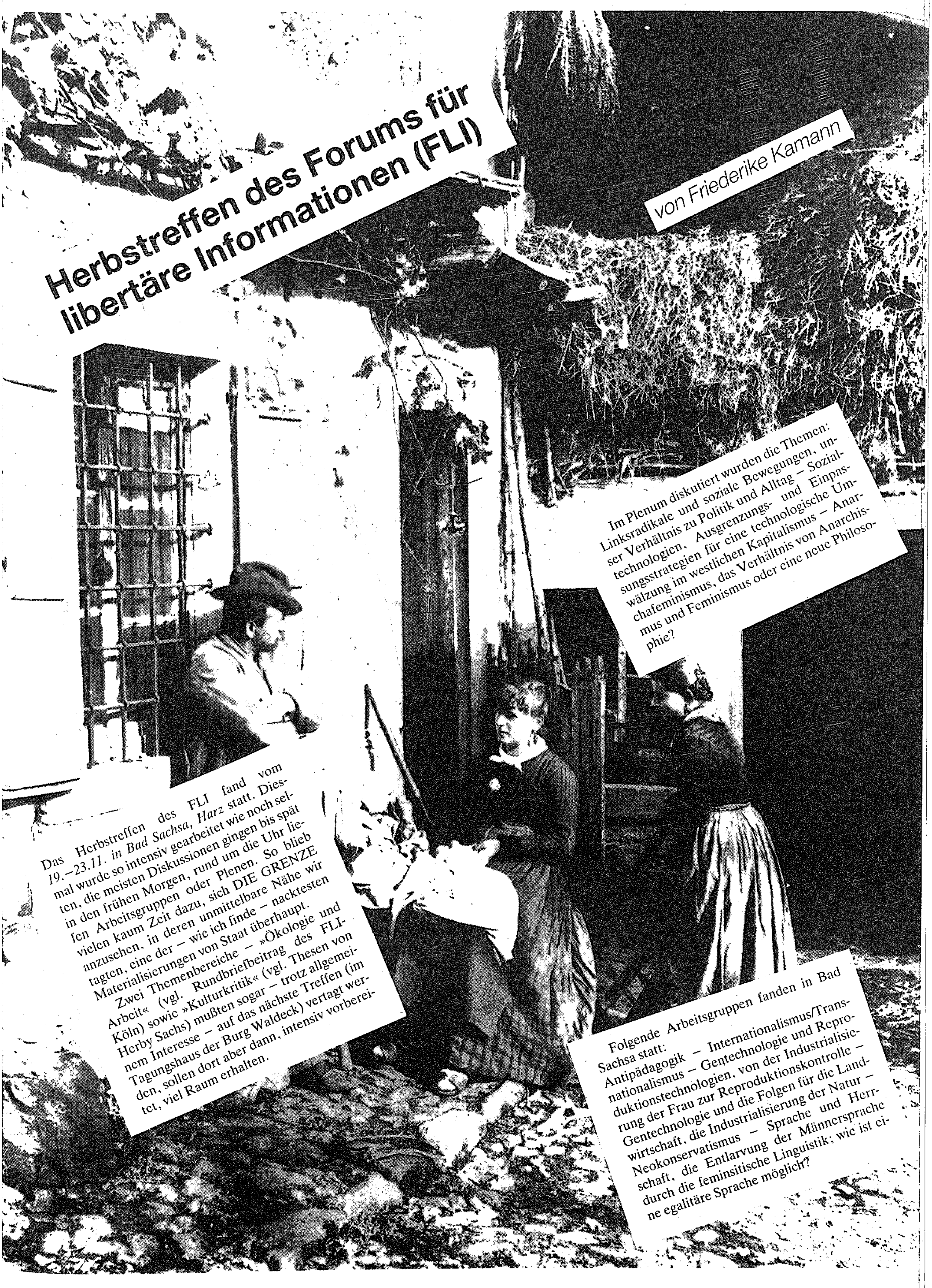
Impressum
HERAUSGEBER: Forum für libertäre Informationen (FLI)
V.i.S.d.P.: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser und geben nicht *die Meinung der Herausgeber oder gar des presserechtlich Verantwortlichen wieder. Eingesandte Artikel sind erwünscht, vorherige telefonische Absprache ist sinnvoll; über einen Abdruck entscheiden Mitglieder der Redaktion; ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht; Honorare bleiben auch unsere Wunschvorstellung.*
Nachdrucke gegen Quellenangabe sind ausdrücklich erwünscht!
KNASTFREIEXEMPLARE bleiben solange das Eigentum des Verlags, bis sie den Gefangenen ausgehändigt sind. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung!
Auflage: 2400 Exemplare; Redaktion und Lay Out: Fri, Herby, Horst, Uli und Wolfgang; Satz und Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau; Druck: Druckcooperative Karlsruhe; Weiterverarbeitung: Libellus-Verlag, Stuttgart zusammen mit Kollektivis (Beate's Wunschbezeichnung) aus der Druckcooperative, der Redaktion und freiwilligen Helfern aus der Leserschaft.
Erscheinungsweise: vierteljährlich; Photos: ungezeichnete Photos aus dem SF-Archiv.
Abonnementsgebühren: 15.-DM für 4 Nummern (Bezahlung im voraus; automatische Verlängerung nach Ablauf des ABO-Zeitraums, d.h. bitte gebt uns schriftlich Bescheid, wenn ihr den SF nicht mehr beziehen könnt oder wollt.) *Anzeigenpreise:* 1 Spalte 100.-DM + MWST; 1/2-Seite: 200.-DM; 1 Seite: 500.-DM.
Anarchistische und alternative Kleinverlage erhalten 20% Rabatt; Dauerkunden 50%!
Redaktionsanschrift: SCHWARZER FADEN, Postfach, 7031 Grafenau-1: Tel.: 07033 - 44273;
ISSN: 0722 - 8988.

Einzelnummer: 5.-DM
4 Nummern: 15.- DM
Außerhalb des deutschen Postbezirks: 16.- DM
8 Nummern: 30.- DM
Probenummer: ältere Ausgaben, nur gegen Rückporto!
Sondernummer ARBEIT: 5.- DM
Sondernummer NOSTALGIE (Artikel aus den Nrn. 0 - 12): 10.- DM
Bezahlung bitte vor der 1. Lieferung bzw. bei Verlängerung des ABOs nach der letzten Nummer des alten Zeitraumes. Ihr erspart uns viel Arbeit, wenn ihr bezahlt ohne die Rechnung abzuwarten. Merci und Salud!
SF-Konto: F. Kamann, Ktonr.: 574 63 - 703, Postscheckamt Stuttgart

Redaktionsschluß Nr. 24: 1.4.87
Anzeigenschluß Nr. 24: 10.4.87

Herbstreffen des Forums für libertäre Informationen (FLI)

von Friederike Kamann



Das Herbstreffen des FLI fand vom *19.–23.11. in Bad Sachsa, Harz* statt. Diesmal wurde so intensiv gearbeitet wie noch selten, die meisten Diskussionen gingen bis spät in den frühen Morgen, rund um die Uhr liefen Arbeitsgruppen oder Plenen. So blieb vielen kaum Zeit dazu, sich DIE GRENZE anzusehen, in deren unmittelbare Nähe wir tagten, eine der – wie ich finde – nacktesten Materialisierungen von Staat überhaupt.

Zwei Themenbereiche – »Ökologie und Arbeit« (vgl. Rundbriefbeitrag des FLI-Köln) sowie »Kulturkritik« (vgl. Thesen von Herby Sachs) mußten sogar – trotz allgemeinem Interesse – auf das nächste Treffen (im Tagungshaus der Burg Waldeck) vertagt werden, sollen dort aber dann, intensiv vorbereitet, viel Raum erhalten.

Im Plenum diskutiert wurden die Themen: Linksradikale und soziale Bewegungen, unser Verhältnis zu Politik und Alltag – Sozialtechnologien, Ausgrenzungs- und Einpassungsstrategien für eine technologische Umwälzung im westlichen Kapitalismus – Anarchafeminismus, das Verhältnis von Anarchismus und Feminismus oder eine neue Philosophie?

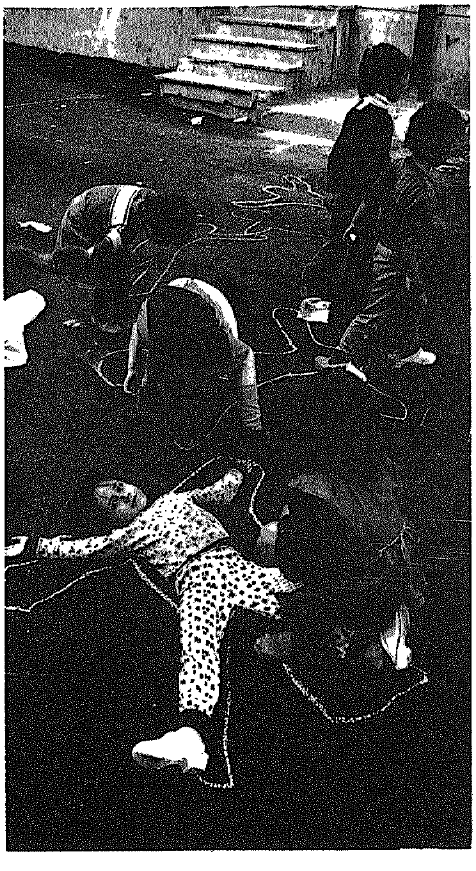
Folgende Arbeitsgruppen fanden in Bad Sachsa statt: Antipädagogik – Internationalismus/Transnationalismus – Gentechnologie und Reproduktionstechnologien, von der Industrialisierung der Frau zur Reproduktionskontrolle – Gentechnologie und die Folgen für die Landwirtschaft, die Industrialisierung der Natur – Neokonservatismus – Sprache und Herrschaft, die Entlarvung der Männersprache durch die feminsitische Linguistik; wie ist eine egalitäre Sprache möglich?

Hier nun die Ergebnisse bzw. Schwerpunkte der Diskussion im einzelnen:
Die **AG Antipädagogik** hat bislang zwei Stränge an denen sie arbeitet. In dem einen Fall verfolgt und analysiert sie die antipädagogischen Diskussionen und Veröffentlichungen. Sie trägt eigene Thesen und Beiträge in öffentliche Diskussionszusammenhänge.

Der andere Strang ist die Beschäftigung mit dem Schul-, insbesondere dem Freien Schulwesen.

Unser Ansatz bei diesem Treffen war die Analyse der Argumentation der Befürworter von Staatsschule und Schulpflicht. Wie sie unter anderem bei dem Treffen der *Freien Schulen* (Bonn) im Oktober oder beim »Bildungstag '86« in Frankfurt benutzt wurde. Die Arbeit hatte das Ziel Antithesen zu entwickeln. Von den Pro-Schul oder Schulpflicht Argumenten scheinen uns allerdings nur die folgenden von Bedeutung:
Durch Schule und/oder Schulpflicht werden
1. Zukunftschancen gewährleistet;
2. wird Kinderarbeit verhindert,
3. Schule ist eine soziale Errungenschaft,
4. nur der Staat garantiert gleiche Bildung,
5. durch Öffnung des Bildungswesens wird der Zugriff konservativer Kräfte möglich.

Die Antithesen lassen sich mit wenigen Worten und daher *stark verkürzt* so formulieren:
Zu 1: Da »Zukunftschancen« immer durch die herrschende Klasse definiert sind, sind diese für uns gar nicht relevant. Die durch uns definierte Zukunftschance wird nur durch selbstbestimmtes Lernen möglich. Die Staatsschule ist immer systemkonform undstaatserhaltend.
Zu 2: Schule verhindert den Mißbrauch von Kinderarbeit nicht, sondern bereitet die Ausbeutung des Menschen durch die herrschenden Klassen vor. Sie beraubt den Menschen um Jahre lebendiger Erfahrung. Ausnützung von Kinderarbeit kann nur durch Umverteilung der Produktionsmittel verhindert werden.



Zu 3: Schule ist nachweisbar immer Werkzeug der Herrschenden gewesen und höchstens durch die französische Revolution als partiell soziale Errungenschaft zu bezeichnen. Hier war es die Forderung der Revolutionäre nach »Bildung für alle«, die als soziale Errungenschaft bezeichnet werden könnte. Spätestens seit der Einführung der Schulpflicht anfangs des 19. Jahrhunderts darf es als asoziale Errungenschaft bezeichnet werden.
Zu 4: Es wird suggeriert der Staat garantiere »gleiche Bildung«. Tatsächlich gibt es keine gleiche Bildung, da Menschen biologisch und soziologisch verschieden sind. Der Staat verhindert Bildung gemäß eigener Bedürfnisse und Interessen und verkrüppelt Anlagen und Fähigkeiten.
Zu 5: Die Öffnung des Bildungswesens ermöglicht es erst den abgelutschten Normierungsanstalten etwas entgegenzusetzen und das staatliche Bildungsmonopol anzugreifen.

Wer sich intensiver mit den dargestellten Antithesen beschäftigen will, kann bei der FLI-Rundbriefstelle gegen Porto- und Kopierkosten ein Papier über die Diskussion in der Arbeitsgruppe erhalten. In naher Zukunft soll auch überlegt werden, wie wir uns bei der nächsten *Volksuni in Bochum* einbringen wollen. Außerdem, wie wir »hier und heute« mit einem anarchistischen Bildungsangebot beginnen können. Eine Idee war z.B. Lernen und Leben in bestehenden Projekten oder auch bei Einzelpersonen zu ermöglichen. Hierzu wurden besonders die Anwesenden aufgefordert sich gefälligst Gedanken dazu zu machen!



AG Internationalismus/Transnationalismus
Diese AG wurde durch mehrere Beiträge im letzten Rundbrief angeregt. Da sich im Rahmen der FLI-Treffen zum erstenmal eine Gruppe mit diesem Themenkomplex beschäftigte, kam sie zunächst kaum über eine konstituierende Diskussion hinaus. Als Arbeitsbereiche für künftige Treffen wurden genannt:
a) die Beziehungen zwischen 1. und 3. Welt, Geschichte und Funktionieren des »Weltwirtschaftssystems«;
b) der Begriff »Nation«; Nationalismus als abstrakte Identifikationsbewegung und damit immer Abgrenzung/Ausgrenzung von anderen; seine Psychologie und Funktion; damit zusammenhängend
c) unsere Position zu nationalen Aufstandsbewegungen oder separatistischen Bewegungen; zur »Ausländerfrage«;
d) Kolonialismus – seine Auswirkungen am Beispiel von »Kaffee«

Alle, die sich auf diese Diskussionen weiter vorbereiten wollen, können sich an die *FLI*-Kontaktadresse in *Frankfurt* wenden. Ein Tip zum Einstieg: der Artikel *»Faschismus, Nationalismus, Antifaschismus«* von *Hans-Jürgen Degen* in SF-15.

AG Gentechnologie und Reproduktionstechnologien
In dieser Arbeitsgruppe haben wir zunächst die uns bekannten Reproduktionstechnologien und ihre Anwendungsgebiete aufgelistet:

A: Hier kann *der Alltag jeder Frau* betroffen sein:
– im Bereich der sogenannten *Schwangerschafts»vorsorge«* z.B. die Amniozentese (Fruchtwasseruntersuchung zur Chromosomenanalyse), Ultraschalluntersuchung
– im Bereich der sogenannten *»vorgeburtlichen Medizin«* medizinische Eingriffe an Embryonen
– im Bereich der sog. *»frühgeburtlichen Medizin«* medizinische »Betreuung« und Experimente mit zu früh geborenen Föten (jede Frau, die sich dagegen zur Wehr setzen wollte, gelte als Mörderin)
– im Bereich der *Geburtsmedizin* die Technisierung des Geburtsvorgangs.
Diese Eingriffe gehören bereits zum medizinischen Alltag, und bestimmen *das Krankheitsbild von der Schwangerschaft.*

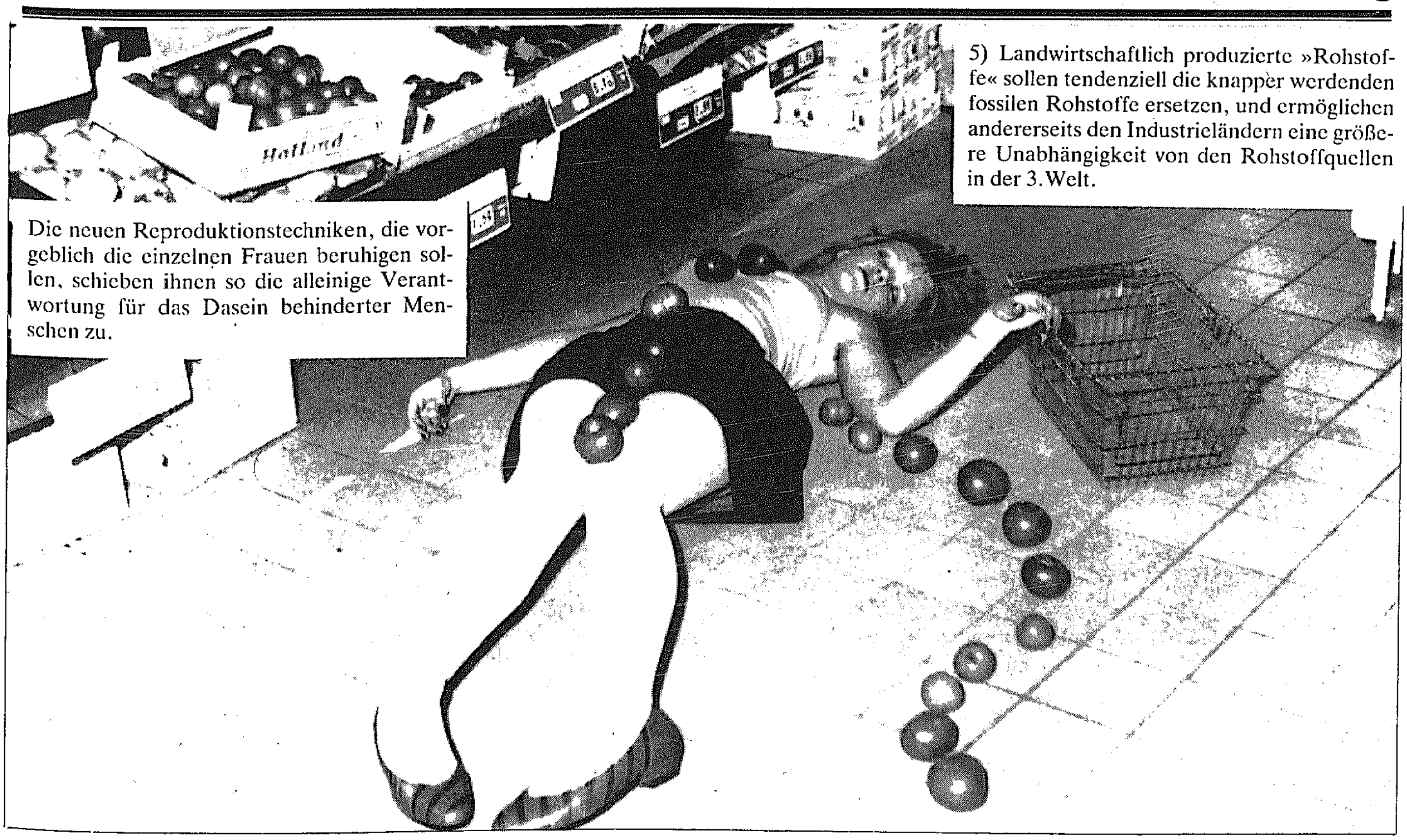


DUANE MICHALS

B: Das *»Leben aus der Retorte«*, durch
– *künstliche Befruchtung*:
a) im Körper der Frau mit dem Samen des *Ehe*mannes,
b) mit dem Samen eines anonymen Spenders von der Samenbank (nur für verheiratete Frauen!),
c) in-vitro-Fertilisierung (Befruchtung einer Eizelle durch die Samenzelle außerhalb der Gebärmutter mit anschließender Einpflanzung in die Gebärmutter. Vorbereitung durch Superovulation)
– *Embryonentransfer*
– *Embryonenselektion*
– *sogenannte »Leihmütter«*.

Allzu deutlich ist, daß mann hier *nur an Frauen* experimentiert, obwohl es doch vordergründig um die Erfüllung eines *beidseitigen* Kinderwunsches geht.

Das Thema *Kinderwunsch* und gesellschaftliche Rollenerwartung wollen wir noch ausführlicher diskutieren. Bereits angesprochen haben wir den Aspekt der *Eugenik*, der in all diese Techniken Eingang findet; sind sie doch laut Propaganda dazu da, Behinderungen auszuschließen und »Wunschkinder« zu ermöglichen. *Behinderung* wird in diesem Zusammenhang auch nur als genetisch bedingt angesehen; sozial bedingte (z.B. Verhaltensstörungen) oder umweltbedingte (Strahlenschäden) oder gerade durch die frühgeburtliche Medizin verursachte fallen bei dieser Begriffseinschränkung vom Tisch.



Die neuen Reproduktionstechniken, die vorgeblich die einzelnen Frauen beruhigen sollen, schieben ihnen so die alleinige Verantwortung für das Dasein behinderter Menschen zu.

Der latente *Rassismus*, der sich in der Realität der Anwendung in der 3. Welt zeigt, kommt vor allem in der massenhaften Zwangssterilisation von Frauen dort zum Ausdruck, die mit dem Überbevölkerungsmythos gerechtfertigt werden. Bevölkerungskontrolle wird im Sinne von *Selektion* betrieben. Die Möglichkeiten der Geschlechtsvorherbestimmungen führen zur massenhaften Abtreibung weiblicher Embryonen (Indien). Welche Interessengruppen stehen nun hinter diesem umfassenden Zugriff auf die weibliche Natur?
In der Arbeitsgruppe nannten wir:
1) die sexistische Gynäkologie, welche versucht, die Frau industriell zu verwerten (vgl. Retortenkliniken)
2) das Bestreben der patriarchalisch organisierten Industriegesellschaften nach Möglichkeiten einer Reproduktionskontrolle. Dieses geht Hand in Hand mit der zunehmenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wird in Zukunft unsere Abhängigkeit von diesen Technologien so weit sein, daß nur noch die künstliche Fortpflanzung gesunde Voraussetzungen für Leben garantiert? (siehe z.B. die Entwicklungbei Arbeitern in hochbelasteten Industriezweigen, die, weil sie eventuell zeugungsunfähig werden können, Samen auf Samenbanken deponieren, um zum gegebenen Zeitpunkt ihr »Wunschkind« erzeugen zu lassen)

Für uns – die teilnehmenden Frauen – wurde als persönliche Konsequenz vor allem deutlich, daß wir versuchen müssen, uns der männlichen Gynäkologie zu entziehen, und zwar nicht erst dann, wenn wir in eine persönliche Abhängigkeitsituation zu geraten drohen. D.h. wir wollen uns informieren über feministische Gesundheitszentren, uns wenn möglich am einer Vernetzung beteiligen. Gerade auch für uns als Anarchistinnen ist es wichtig, gemeinsam diese unsere ureigensten Probleme anzugehen, da sie von den Männern in unseren Gruppen nicht wahrgenommen werden, weil sie sie nicht betreffen.
Kontakte: *Waltraud Kern, FLI-Rundbriefstelle und Friederike Kamann, SF-Redaktion.*

AG Gentechnologie und die Folgen für die Welternährung, Landwirtschaft

Die Diskussion in dieser Arbeitsgruppe versuchte aufzuzeigen:
1) Die heutige Landwirtschaft ist strukturell in hohem Maße abhängig von großen Konzernen. Das äußert sich einerseits darin, daß sich die Landwirtschaft von einigen wenigen Hochertragssorten und -rassen abhängig gemacht hat, und andererseits die Multis die Bauern durch das »Hochertragssaatgut mit besonderen Ansprüchen« zur Abnahme von agrartechnischen Gütern zwingen (z.B. Herbizide, Insektizide, Maschinen). Hierbei liegt die Saatgutherstellung bislang bei vielen Kulturpflanzen noch bei sogenannten mittelständischen Betrieben, was sich durch die kapitalintensive gentechnologische Herstellung unserer Pflanzen schnell ändern wird.
2) Diesselben Konzerne (vor allem Pharma-, Chemie- und Ölmultis) haben große Anteile an der Nahrungsmittel verarbeitenden Industrie, sind also zunehmend auch Abnehmer der Produkte und Vertreiber. Die Tendenz besteht darin, sich die absolute Macht über die gesamte menschliche Nahrungskette anzueignen.
3) Der wissenschaftliche Forschungsansatz in der Gentechnologie ist nur auf den Bereich hin ausgerichtet, der Profitmaximierung verspricht. (Z.B. die Erzeugung von herbizidresistenten Pflanzen, um im Paket die Herbizide weiter gut verkaufen zu können)
4) Durch die Gentechnologie läßt sich die Herstellung von Nahrungsmitteln aus landwirtschaftlich gewonnenen »Rohstoffen« forcieren. Also statt des gewohnten fertigen Produkts »Kartoffel« werden nur noch Stärke, Kohlehydrate, Vitamine mittels eigens dazu gentechnologisch spezialisierter Pflanzen produziert. Die eigentliche Nahrungsmittelproduktion findet im Labor der Multis statt (Food Design, Fast Food Ketten) und wird vom Boden weitgehend unabhängig. Dadurch wird auch die Toleranz gegenüber der zunehmenden Verseuchung erhöht.
5) Landwirtschaftlich produzierte »Rohstoffe« sollen tendenziell die knapper werdenden fossilen Rohstoffe ersetzen, und ermöglichen andererseits den Industrieländern eine größere Unabhängigkeit von den Rohstoffquellen in der 3. Welt.
6) Die gentechnologische Schaffung neuer Kulturpflan zen und Tierrassen ist ein Eingriff in die elementarsten Kreisläufe der Natur, der von niemandem kontrolliert werden kann, da die Wechselbeziehungen völlig ungenügend bekannt sind.
7) Die Propaganda für die Gentechnologie arbeitet mit dem Gespenst des Hungers in der 3. Welt und dem Mythos der Überbevölkerung. Tatsache ist jedoch, daß der Hunger nichts mit sogenannter Überbevölkerung zu tun hat,, sondern damit, daß zwar weltweit genügend Nahrungsmittel produziert werden, aber eben nicht dort, wo die Menschen leben, und wenn, dann nicht *für die Menschen*, die dort leben. Produziert werden in der Landwirtschaft der 3. Welt Rohstoffe für die Verwertungsinteressen der Multis. Nahrungsmittel müssen in diese Länder stattdessen für teure Devisen importiert werden oder fehlen ganz einfach. Und dann herrscht Hunger.
8) Welche Möglichkeiten bestehen für uns, diese Abhängigkeitsbeziehungen zu durchbrechen? Zunächst sollten wir uns unsere eigene alltägliche Abhängigkeit durch unsere Konsumgewohnheiten einmal deutlich machen. Was essen wir, wo wird es wie produziert; wer verdient?
9) Die Direktvermarktung, der Zusammenschluß mit Lebensmittelproduzenten, die sich aus diesem Abhängigkeitsverhältnis *bewußt*(!) lösen wollen (z.B. Bio-Bauern) wäre eine Möglichkeit. Zu beachten ist dabei, daß hier der Geldkreislauf nicht durchbrochen wird, und wir uns so eventuell neue »grüne Kleinkapitalisten« heranziehen. (siehe Bio-Läden, Bio-Großhändler)

In der Gruppe wurden folgende Arbeitsschwerpunkte beschlossen:
– Verflechtungen in der Landwirtschaft (EG; Funktion von Genossenschaften)
– wirtschaftliche Verflechtungen der Multis
– Zusammenhang mit Bevölkerungspolitik, also Reproduktionstechnologien
Kontakt: *FLI Frankfurt und SF Redaktion*



AG Neokonservatismus

Die AG kam leider nur am Rande dazu, sich mit ihrer eigentlichen Themenstellung zu befassen. Zu viele Begriffsklärungen waren vorab nötig, weil die Teilnehmer/-innen recht unterschiedliche Diskussionsinteressen hatten.

So nahm breiten Raum die Darstellung *neoliberaler Strömungen* ein, die einen expliziten Vorbehalt gegenüber staatlicher Wirtschaftsförderung und -lenkung vertreten. Diesen Kreisen sind u.E. auch die *Libertarians* zuzurechnen, welche sich in letzter Zeit verstärkt bestimmten anarchistischen Kreisen um die Mackay-Gesellschaft, Frei-Geld- und Frei-Markt-Theoretikern als Gesprächspartner anbieten, u.a. auch im Rahmen eines »*Freenetwork*« zu vernetzen suchen (vgl. dazu auch die bisherigen Beiträge im SF zur Theorie des Monetarismus [Friedman, Hayek] sowie der Gesellianer, [von Horst Blume in Nr.13]). Diskutiert wurde in der AG ebenfalls das Wiedererstarken sogenannter *Konservativer Institutionen* wie Familie, Kirche. Dies wurde *einerseits* in Beziehung gesetzt zu umsichgreifenden gesellschaftlichen Ohnmachtserfahrungen, denen schnell der Rückzug ins Private, in spirituelle und Psychokulte, in Zweierbeziehungen, Konsum- und Freizeitverhalten folgt, sowie eine allgemeine Abkehr von der Politik. Dieses Verhalten erscheint auch bedingt durch die forcierte technologische Entwicklung, der sich der/die Einzelne nur noch passiv teilnehmend ausgesetzt sieht. *Andererseits* ist die Entwicklung auch Ausdruck einer gezielten staatlichen Propaganda der»Versöhnung«, welche – und hier kamen wir nun endlich doch zum *Neokonservatismus* – die überkommenen Keimzellen der Hierarchie im Interesse der Herrschaftssicherung bewußt thematisiert. Vor allem betreiben die Neokonservativen aber die Entwicklung einer gerade auf den neuen Technologien basierenden starken Exportgesellschaft mit ausgeprägter nationaler staatlicher Förderung und Lenkung. Gefordert ist dabei auf der gesellschaftlichen Ebene die absolute Flexibilität aller Abhängigen. (vgl. dazu den Beitrag in dieser Nummer) Diese Zusammenhänge neokonservativer Vorstöße will die AG weiter untersuchen. Sie hat sich folgende – auch neoliberalistische Ansätze thematisierende – Arbeitsschwerpunkte vorgenommen:

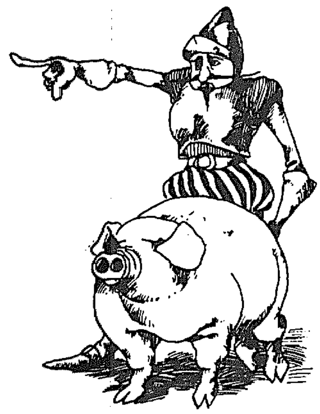
1) der Konservatismus in Geschichte und Gegenwart
2) Konservatismus und Neokonservatismus
3) die Nähe von bestimmten anarchistischen Strömungen zum Faschismus
4) Internationale Verflechtungen
5) Subsidiarität und Sozialethik (vgl. letzten Rundbrief)
6) Libertarians, Freenetwork usw.
7) Zusammenhang von Konservatismus und Faschismus
8) Neokonservatismus und neue Technologie

Kontakt: *FLI Köln*

AG Sprache und Herrschaft

Arbeitsgrundlage für diese Gruppe waren ein Thesenpapier zur »Verankerung patriarchalischer Herrschaftsstruktur in der Sprache (angelehnt an Marielouise Janssen-Jurreit: Sexismus, Über die Abtreibung der Frauenfrage, Fischer Tb) sowie die Thesen der feministischen Linguistin Luise F. Pusch (fomuliert in: Das Deutsche als Männersprache, ed. suhrkamp). Anhand unzähliger Beispiele der Ausgrenzung und Stigmatisierung von Frauen in der Sprache, die wir alle gelernt haben, wurde deutlich, wie tief das Patriarchat in unserem Bewußtsein verankert ist. Das Allgemeine ist immer das Männliche, von Frauen wird schon durch die Regeln der Grammatik erwartet, daß sie ihre Identität aufgeben, sich unterscheiden. (Bsp.: 86 Studentinnen und 1 Student = 87 Studenten!) Frauen sind zum größten Teil tatsächlich *nicht gemeint!* Wenn sie sich in die Öffentlichkeit einbringen wollen, sind sie gezwungen, laufend von sich selbst zu abstrahieren. Man tut, denkt, lebt, wie mann es vorschreibt.

Um in gesellschaftliche Prozesse eigene, feministische Maßstäbe einbringen zu können, bedarf es also zunächst der Infragestellung unserer Gewohnheit der sprachlichen Ausgrenzungsstrukturen, gerade auch in der Linken! Die gesellschaftliche Realität von Frauen – bestimmt durch allgegenwärtuge Gewalt – wird gerade über die Sprache oft nur als Randthema, Nebenwiderspruch zugelassen.



Im Rahmen des FLI wollen wir zunächst gemeinsam versuchen, an den Sprachregeln des »man« der »Teilnehmer« zu rütteln. Artikel im SF sollen in Zukunft daraufhin abgeklopft werden. Ansätze eines anderen, egalitären Sprachgebrauchs wollen wir weiter diskutieren und versuchen umzusetzen. (Kontakt: *Waltraud Kern, FLI Hunsrück*)

Im Laufe unseres Gesprächs wurden uns aber auch noch weitere sprachliche Ausgrenzungsmechanismen deutlich – gegen z.B. Behinderte (»idiotisch«), psychisch Kranke (die Inflation des Wortes »schizophren«) und Ausländer (»getürkt«). Gerade für linke Frauen und Männer, die sich zu gerne eines Jargons bedienen, wäre es wichtig, *bewußter zu sprechen*, fordert das doch ein bewußteres Denken, Theoroenbildung statt abgedroschenen Parolen vom »Schweinesystem« usw.! Soweit die Arbeitsgruppen!



Plenumsdiskussionen

Thema 1: Soziale Bewegungen:
Das Thema wurde angeregt durch folgendes Thesenpapier des FLI-Frankfurt:
»Die neuen sozialen Bewegungen? – Neu? – Sozial? – Bewegungen?
Wie weit sind wir mit unseren Einschätzungen, wie kann es weitergehen?
Thesen, die Zwischenstation unserer Diskussion offenlegen:
–*Neu* – verleugnet bzw. verdrängt die kollektiven Erfahrungen bisheriger Widerstandsbewegungen (Arbeiterbewegung). Somit nimmt das »neue« die heutigen Bewegungen (Friedensbewegung, Startbahn West, Anti AKW) aus der Tradition des Widerstands heraus. Tradition des Widerstands meint die Sensibilität gegenüber immer wieder erfahrbaren Integrationsversuchen der Macht. Neu als Produkt für wen? von wem?
–*Die »soziale« Frage* als Gesamtheit aller Faktoren, die unser Zusammenleben in dieser Gesellschaft bedingen wird nicht gestellt. (Arbeits-, Wohn-, Familien-, Bevölkerungs-, Kultur-, Minderheitenpolitik) Isolation.
–*Eine »Bewegung«*, die sich als sozial begreift, ohne dabei über die punktuelle Auseinandersetzung mit konkreten Projekten von Seiten des Staates hinaus weiterführende Konsequenzen für unsere Gesellschaft zu entwickeln, bliebt als Ein-Punkt-Bewegung isoliert und mangels Analyse und Sensibilität einnehmbar durch klare, ideologisch fertige Interessenverbände (Parteien, Kirchen, Wohlfahrtsmafia). Eine Ausnahme ist die Anti-AKW-Bewegung.
–Wir meinen, daß in Zukunft intensiver als bisher die unterschiedlichen politischen Einschätzungen diskutiert und offengelegt, unsere Positionen klarer eingebracht werden müssen gegenüber Ansätzen, die auf die Verbesserungswürdigkeit, Belehrbarkeit mittels Information und moralischer Integrität zielen (siehe Arbeit der GRÜNEN heute) – mit dem Glauben diesen Staat lebenswerter machen zu können. Davon wird abhängen, ob wir uns weiterhin unter Reaktionszwang stellen wie bisher und damit die Mutlosigkeit und Spaltung forcieren. Bauen wir verstärkt unsere Infrastruktur und Kommunikation auf. Gewaltfreiheit und Militanz, mit Verstand gegen's Vaterland! Küßt die neue soziale Bewegung wenn Ihr sie trefft!«

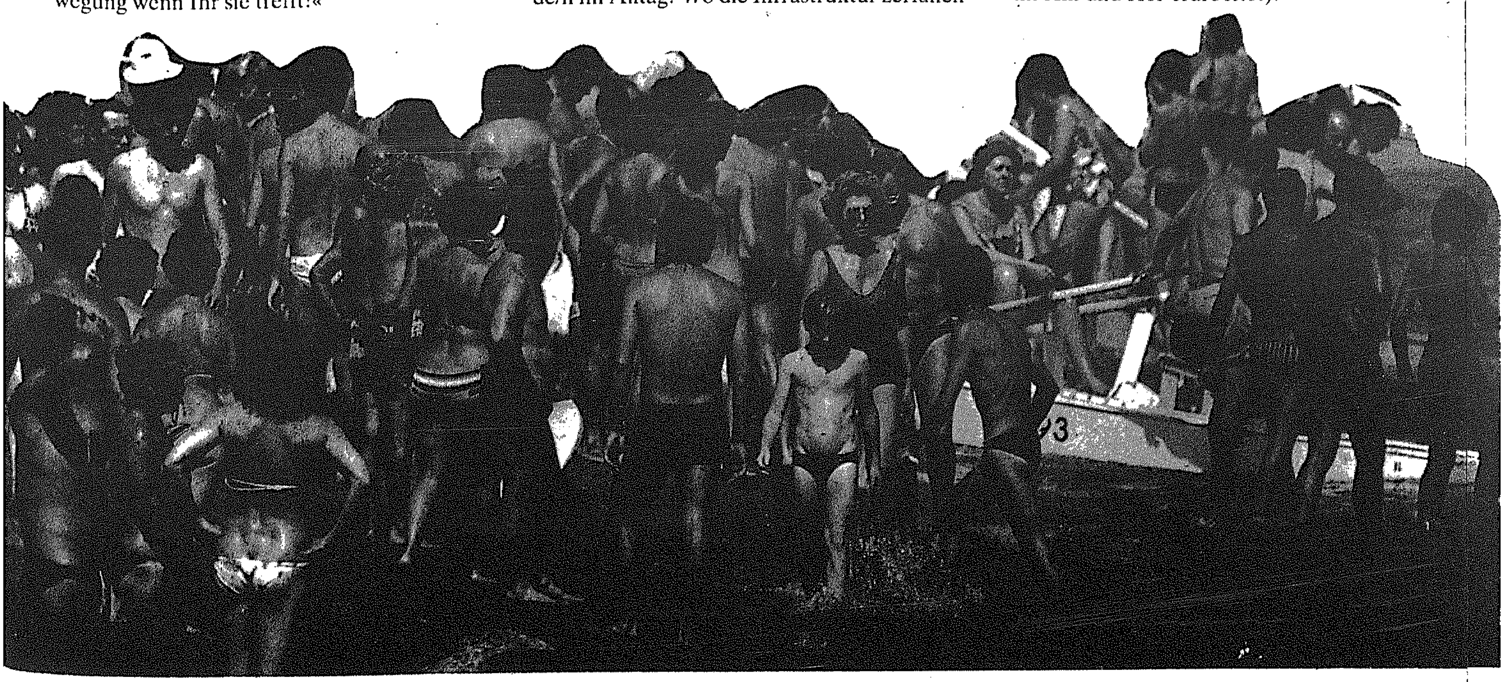
In der Diskussion über diese Thesen, die aufgrund fehlender Begriffserklärungen teilweise sehr zäh und mißverständlich verlief – ergaben sich folgende Schwerpunkte, an denen bis zu den nächsten Treffen weitergearbeitet werden könnte.
1) Die Klärung des Begriffs *sozial* steht noch aus. Also, was ist an den sogenannten sozialen Bewegungen überhaupt sozial? Ist es nicht vielleicht eine falsche Bezeichnung für etwa die Friedensbewegung, die Anti-Start-Bahnbewegung usw.?
[»Sozial« nach innen, d.h. auf das Selbstorganisieren bezogen, auf das Umgehen miteinander, das Feeling, die wachsenden Zusammenhänge unter den beteiligten Menschen, auf einen neuen kommunikativen Alltag vielleicht, – Erklärungsvorschlag eines zuhause gebliebenen SF-Setzers]
2) Ausführlich wurde *das wellenförmige Auf- und Ab der Ein-Punkt-Bewegungen* beschrieben, bei denen auch linksradikale Individuen und Gruppem ohne eigene Analyse der Grenzen und Machbarkeiten von einem Auseinandersetzungspunkt zum nächsten hüpften. Die Möglichkeiten an Militanz, Massenmobilisierung, absoluter Friedfertigkeit wurden jeweils scheinbar ausgeschöpft, und dennoch nichts erreicht! Ziel war immer der Versuch, durch Druck auf die Regierungspolitik einen Kurswechsel herbeizuführen. Auch die Radikaleren fügten sich um Spaltungen zu vermeiden, dem jeweiligen Minimalkonsens, trugen ihre Widersprüche nicht öffentlich vor, geschweige denn aus. So wurde eine Theoriebildung im eigentlichen Sinne verhindert. Jede Bewegung setzte wieder bei »Null« an.

Dieses immer gleiche kommt natürlich irgendwann auch der/dem Ausdauerndsten perspektivlos vor. Mensch will schließlich auch mal zu was kommen – also folgt irgendwann der Rückzug aus der Politk in den Alltag, oder die Verlagerung der Anstrengungen auf die Realpolitik der Machbarkeiten (Sog zu den GRÜNEN). So wird natürlich eine Kontinuität, ein gemeinsamer Kontext unmöglich. Die Erfahrungsvermittlung fehlt. Wo sind die vielen »Alten«, die auch schon mal auf der Straße waren?
3) Daraus ergab sich für uns in der Diskussion vor allem die Notwendigkeit von Strukturen; eigenen Strukturen für antistaatliche Theoriebildung. Strukturen aber auch für jede/n im Alltag. Wo die Infrastruktur zerfallen



ist, zerfallen auch die Beziehungen untereinander und die Individuen zerbrechen. Wir müssen neue selbstbestimmte Zusammenhänge schaffen, um nicht auf vermarktete Freiräume angewiesen zu bleiben, was zu den bekannten wellenförmigen Frustphasen führt.
4) Wie können wir in Ein-Punkt-Bewegungen, in soziale Bewegungen das antistaatliche Element einbringen? Wobei wichtig ist, die Qualität der Bewegung nicht nur am Stand der Auseinandersetzung in Wackersdorf zu messen. Kontakt: *FLI Frankfurt*
Lesetip: Joachim Raschke (Uni HH), Soziale Bewegungen, Campus-Verlag; ein harter Brocken und sehr teuer; wer traut sich dennoch? Hilft sicherlich die Geschichtslosigkeit anzugehen.

Thema 2:
Soziale Technologien
Das Plenum griff die Diskussion des Waldeck Treffens auf, wobei sich wieder nachteilig auswirkte, daß das FLI Wien – als Initiator des Themas – nur schriftlich anwesend war. So ging es zunächst noch einmal darum, ob wir das Referat auch im Sinne des Referenten verstanden hatten. Daher nochmals der Versuch einer Definition des Begriffs (mühsam im Hin und Her erarbeitet):



Soziale Technologien meint all die Institutionen, Strukturen und Alltagsmechanismen *mit und in* denen Menschen beherrschbar gemacht werden. Diese weite Definition schließt sowohl die institutionelle Einflußnahme auf das menschliche Innenleben ein (Patriarchat, Schule, Militär) wie die vom FLI Wien vorgetragene These von der Ausdehnung der Warenproduktion auf das Innenleben, die von uns sogenannte »Vermarktung der Befindlichkeiten«.

(Ein wichtiger Hinweis für die weitere Diskussion machte deutlich: wir operieren hier mit dem *Begriff einer omnipotenten Ware*, den wir *bislang nicht hinterfragt haben*.)

Oder als Frage: Welche gesellschaftlichen Mechanismen und Initiativen führen dazu, daß die gegenwärtige Umstrukturierung durch die Neuen Technologien nur so wenig zu spüren ist? Dabei geht es nicht nur um gesteuerte Prozesse mittels der Technologien-der Anpassung sondern auch darum, wie *wir* uns an veränderte soziale Bedingungen anpassen, also jede/r einzelne selbst an einer Normalisierung im Sinne einer *Normierung* beteiligt ist.

Im Laufe der Diskussion einigten wir uns darauf, das komplexe Thema aufzuteilen in zwei große Bereiche:

A: die Strategien und Techniken der Aussonderung, Ausgrenzung und Vernichtung (Polizeitaktik, Psychiatrie, Knast)

B: die Strategien der Einpassung, Normalisierung, die zunehmend über Markt- und Warenstrukturen als »Hilfestellungen« transportiert werden.

Übergreifend ist beiden Bereichen der Effekt einer allgemeinen Demoralisierung, bevor es überhaupt zu Widerstand kommt. Um folgende Schwerpunkte haben sich Lese- und Arbeitsgruppen gebildet:

– der Raum als Prozeß (Architektur, Raum und Städteplanung etc.)
– Medizin als soziale Technologie
– die Rolle der Wohlfahrtsverbände
– Arbeitsprozesse (Thesen der Jobberautonomie)
– Ausgrenzungsprozesse (Delianten, Delinquenten)
– Aufstandsbekämpfung (Polizeistrategien; wie die kürzliche M a s s e n v e r h a f t u n g von diesmal 408 (!!!) Leuten in Göttingen!)
– der Psychomarkt

Kontakt: FLI Köln und FLI Hunsrück

Thema 3:
Anarchafeminismus

Hier überschnitten sich zwei Interessen: das der anwesenden Frauen an einer speziellen Arbeitsgruppe, die die vorhandenen Ansätze aufarbeitet – und daneben das Interesse an dem *»Projekt Anarchica«*, initiiert vom *Centro Studi Libertari Milano*, das auf einen Kongress in Lyon Mitte 1987 hin zielt, und zu dem bereits ein Aufruf als Diskussionsgrundlage vorlag. Es kam der Vorschlag, die anwesenden Frauen könnten doch – falls sie Lust hätten und sich bereits in der Lage fühlten – einen Beitrag dazu vorbereiten. Diesem Vorschlag wurde von den Frauen mit einigem Unbehagen begegnet, u.a. auch aufgrund bestimmter Formulierungen in dem Papier aus Milano.

Wir Frauen stellen also fest:

1) Wir stehen als Frauen im Patriarchat unter einem Zwang/Gewaltmonopol, das völlig anders geartet ist, als der Zwang, dem sich Männer ausgesetzt sehen. Wir können dieser Gewalt *nicht* ausweichen, sie durchzieht unseren Alltag – Männer *können* sich aber entscheiden, ob sie die Rolle des Machtausübenden einnehmen wollen oder nicht. Noch mehr, die patriarchalische Gewalt, die uns angetan wird, ist nicht allein eine Frage männlichen Willens. Sie setzt sich in Strukturen des Denkens, der Männerphantasien unterschwellig fort. Von dieser Gewalt können sich Frauen *nur selbst* befreien, *in ihrem Alltag*.

2) Wir betrachten die Diskussion um den Anarchafeminismus mit Mißtrauen. Wird dort nicht vielleicht der Feminismus nur instrumentalisiert als technisches Hilfsmittel zur Analyse von Hierarchie? Ist es vielleicht so, daß der Anarchismus, der bislang immer vor allem eine Bewegung von Männern war, sich aufs neue feministischer Erkenntnis bedienen will, ohne dabei die Frauen in ihrem Kampf zu unterstützen? (Wie schon geschehen bei den Narodniki Frauen, vgl. SF-16, Beitrag von Barbara Köster) Der Feminismus ist keine Philosophie sondern gehört in unserenweiblichen Alltag!

3) Wenn wir also einen Beitrag zur *Anarchica* ausarbeiten, dann in diesem Sinne! Kontakte und Material zu Anarchafeminismus: *Waltraud Kern, FLI Hunsrück und Friederike Kamann, SF-Redaktion.*



Nun, wie geht's nach diesem Treffen weiter? Als erstes droht allen *passiven Karteileichen des FLI*, die sich nie rühren, nie zahlen, aber einen Großteil der Adressenliste ausmachen, im *Januar '87* die **Ausmistungsaktion**. Wer bis zum 31.1.87 seinen Beitrag für 1987 von 20.-DM nicht gezahlt hat, oder sich sonst irgendwie bei der *Rundbriefkontaktstelle (NICHT: SF-Red.!), LID, Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid*, gemeldet hat, **fliegt raus!**

Wir wollen was von einander haben und sind kein Unterstützungskomitee für die Bundespost! Die Art der Rundbriefe – in letzter Zeit durch dicke Papiere zu sehr aufgebläht (zu teuer) – soll sich auch ändern: Beiträge (ruhig weiterhin umfangreich!) an das LID schicken; die lieben Menschen dort erstellen dann für den Rundbrief eine Liste der vorliegenden Materialien, die gezielt mit beigelegtem Rückporto und Kopierkosten zur Arbeit bestellt werden können!

Anarchiv

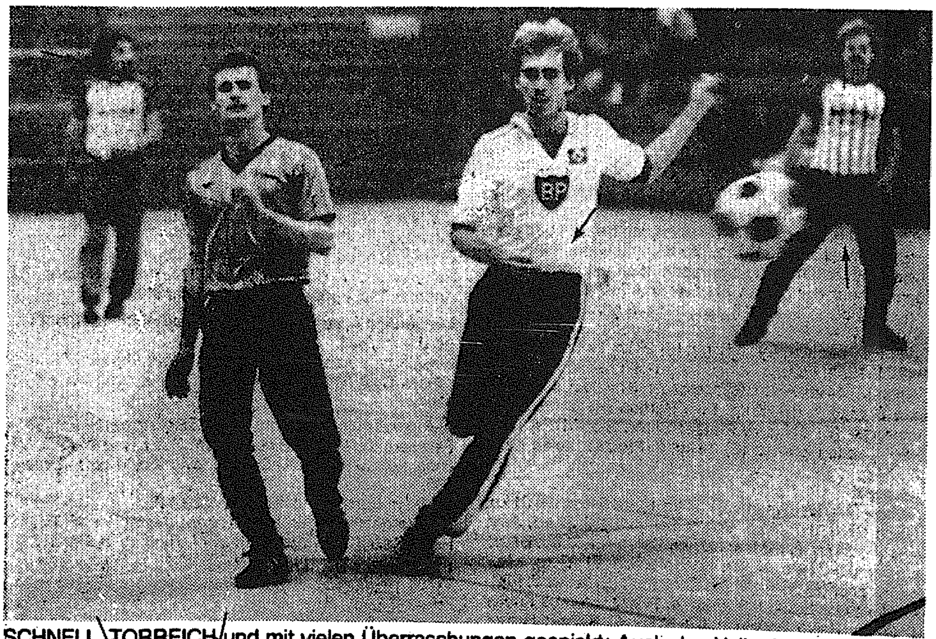
Das *Anarchiv* hat sich konstituiert! Wir alle sind eifrige Zeitungsleser/-innen und sammeln nun für unsere Freunde mit. Eine Liste, wer sich mit was beschäftigt und deshalb entsprechende Artikel zugeschickt haben will, sollte im Rundbrief veröffentlicht werden. Weitere Infos gibt es bei *Hans, FLI Köln*.

Das **FLI Köln** will zudem eine lokale AG bilden: Thema wäre: »Reaktion auf dem Vormarsch«.

Ein erstes **FLI**-Regionaltreffen West findet vom *1.–3.Mai '87* auf der Dörrwiese statt.

Vom *8.–10.April '87* findet in **Portugal** ein Anarchistischer Kongreß statt. Wie in Venedig '84 wird es dort für ausschließlich deutsch sprechende Menschen Sprachprobleme geben. Wer sich deshalb vorbereiten möchte, sei an das *FLI Köln* verwiesen, das über die Vorabveröffentlichungen der dort angekündigten Referate verfügt.

Vom **17.–21.Juni '87** ist das nächste bundesweite **FLI-Treffen auf der Waldeck**, das hoffentlich wieder genauso viel Spaß macht wie das über welches ich jetzt berichtet habe. Vor allem die aktive Teilnahme vieler toller Frauen hat mich ermutigt!



SCHNELL, TORREICH und mit vielen Überraschungen gespickt: Auch das Hallenfußballturnier der Sindelfinger Fußballerinnen bot packende Partien. SZ-Bild: Stampe

Kontakte:
Alle gewünschten FLI-Kontakte bitte über die Rundbriefkontaktstelle erfragen. Eure Briefe werden dann an die entsprechenden Gruppen weitergeleitet. (Rückporto wäre jeweils hilfreich!)



Schafft Libertäre Zentren!!

von Wolfgang Haug

Funktionierende Kommunikationszusammenhänge und kontinuierliche Diskussion ermöglichen der anarchistischen und autonomen Bewegung ohne starre Organisationsformen auszukommen. Um der systemimmanenten Vereinzelung jedoch sinnvoll entgegenzuwirken und ebenso, um libertäre Konzepte, Zusammenhalt und Aktionsvorschläge etc. zu entwickeln, brauchen wir lokal **Libertäre Zentren**, bzw. als Vorstufen **Libertäre oder Autonome Plenen**, bundesweit mehrtägige regelmäßige Treffen **FLI-Treffen, Autonome Treffen, FÖGA-Treffen, FAU-Pfingstkongreß etc.** können als erste Schritte gesehen werden.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat die *Schwäche* anarchistischer Einzelner oder kleiner Gruppen oft genug verdeutlicht: in den großen sozialen Bewegungen (BI-, Anti-AKW-, Friedens-, VOBO, Häuserkampf etc.) wurden zwar die meisten aktiv und arbeiteten lokal, aber es gelang nur selten, der Bewegung einen bewußt libertären Inhalt zu geben und somit über den konkreten Ansatzpunkt hinaus allgemein gesellschaftliche Wirkungen in unserm Sinne zu erzielen. Wenn dies beim Häuserkampf anders war, dann vor allem, weil sich die herkömmlichen Politgruppen wenig an diesen Auseinandersetzungpunkt (es ging ja immerhin ums »heilige« Eigentum) herantrauten und das Feld den autonomen und anarchistischen Militanten weitgehend überließen. Ansonsten zeigte sich, daß die vielen – anarchistisch orientierten – Beteiligten in den Bewegungen mit ihren Inhalten, Denk- und Aktionsansätzen untergingen, weil sie zumeist als einzelne auftraten, unterschiedliche Meinungen vertraten, nichts vordiskutiert hatten – kurz der Organisations- und Kommunikationszusammenhang fehlte. In der Folge setzten sich die Mitglieder der GRÜNEN, der DKP, kirchlicher Gruppen etc. besser durch und der A-Szene blieb nur der »Schwarze Block«. Sein Auftauchen bereitet zwiespältige Gefühle: ist er doch sowohl Ausdruck der Isolation und des Ghettodaseins innerhalb einer Protestbewegung wie auch zugleich Anzeichen für die gestiegene Attraktivität anarchistischer Vorstellungen vom Bruch mit diesem System. D.h. es gibt eine wachsende Zahl von Menschen, die sich auch auf Demos zusammenfinden, aber es gelingt (fast) nie, daß sich diese Haltung auch in Worte, Konzepte etc. fassen läßt, die auch über die Gruppe hinaus Einfluß nehmen. Ausnahmen wie bei der Startbahn-West-Bewegung, der Sare-Demo (aufgrund des Frankfurter Libertären Zentrums!) und der Hanauer Demo gegen Nukem/Alkem lassen immerhin hoffen, daß wir uns mit dem »Schwarzen Block« allein nicht zufrieden geben, sondern unsere politischen Überzeugungen auch anderen gegenüber für attraktiv halten . . .

Es ist unnötig zu sagen, daß eine *libertäre Perspektive* diese Offenheit braucht und es ist ein Faktum, daß wir dazu erst uns selbst wenigstens soweit organisieren sollten, daß wir nicht unsere Privatmeinung, sondern eine Konsensmeinung zum besten geben, sobald wir irgendwo öffentlich Einfluß nehmen.

Doch nicht nur um die wie auch immer verstandene Öffentlichkeit geht es, sondern dasselbe Dilemma erwartet uns in vielen »innerlinken« Auseinandersetzungen. Nehmen wir die derzeitige Repressionsdiskussion: Da wir an diesem empfindlichen Punkt anscheinend besonders schwach sind, soll dies als (eines von vielen) Begründungsbeispiel(en) für die Notwendigkeit libertärer Zentren ausgeführt werden: Ob in Duisburg, Wuppertal, Hamburg etc. – jedesmal, wenn irgendjemand aus irgendeinem Grund einen Prozeß angehängt bekommt bzw. Zwangsbekanntschaft mit Polizeipräsidium und Knast machen muß, findet, anstelle dernatürlichen Solidarität und der Forderung nach »Freilassung für . . .« *eine Dreiteilung* statt: Die *Staatsintegrierten* (Grüne, Jusos, DKPler) fragen, ob die Handlungsweise der Angeklagten ihrem öffentlichen Image nicht etwa schaden könne, bevor sie sich zum jeweiligen Fall äußern; wenn sie sich doch äußern, dann aus *humanitären Gründen*.

Die *Hilflosen* (Graswurzler, Anarchos, undogmatische Linke, Autonome, Punks) wollen zwar den Bruch mit dem System, ob als Verweigerung, Selbstorganisation oder Sabotage [stop, §130a, falsches Wort! heißt in Zukunft »Entsorgung«] aber die Kosten für potentiell politisch Verfolgte sollten so niedrig wie möglich bleiben; d.h. diese selbst sollen alles zu ihrer Verteidigung mögliche tun (dürfen!) – die »draußen« unterstützen die »drinnen« politisch durch Öffentlichkeitsarbeit (und zwar durch solche, die den Angeklagten nicht schadet – durch radikale Worthülsen u.a. blabla). Diese natürlichste Antwort, die zum Ziel hat, die Genossen/-innen möglichst schnell wieder aus den Knästen, Gerichtsverhandlungen herauszubringen, ist fast schon genauso in den Hintergrund gedrängt worden, wie eine alte, fast «vergessene« Aktionsform: die »massenhafte Selbstanzeige«. Um diese »als naiv« denunzierte, aber dennoch richtige Politik wiederzubeleben, muß sie gegen die *Hardliner* (Antiimps, Revolutionsromantiker, etc.) durchgesetzt werden, die zumeist viel kompakter auftreten und ihre »wie immer richtige Linie« gut vordiskutiert haben. Ihnen geht es in üblicher Weise um ein Schwarz-Weiß-Denken, das als Schema allem zugrundegelegt wird und als moralische Erpressung der »Szene« eingesetzt wird:

»Kampf dem Schweinesystem« oder »Integration/Teil des Schweinesystems . . .« – und weil keine/r gern »Teil« ist, verfängt diese plumpe Masche immer wieder, so abgenutzt und unpolitisch sie eigentlich ist. Ihnen geht es dann im ersten Atemzug (Flugblatt) auch um die »Zusammenlegung aller politischen Gefangenen bzw. mit denen aus RAF und Widerstand«. Unterschlagen wird, daß Repression ein Problem ist, das über die politischen Gefangenen hinausgehen dürfte, daß Widerstand breiter ist und sein muß, als der, der sich mit der RAF identifizieren läßt. Es ist natürlich zwangsläufig sehr verkürzt von Parolen auszugehen, trotzdem verdeutlicht die originär anarchistische Parole »Freiheit für alle Gefangenen« wie groß die politischen Unterschiede und Lebensauffassungen sein müssen. Und dennoch setzen wir diese Auffassungen (wobei wir in anderen Diskussionen unter uns klären müssten, wie eine freiheitlich organisierte Gesellschaft mit vorsätzlichen Mördern, Vergewaltigern etc. umzugehen hat) zumeist nicht offensiv durch; überlassen es den *Hardlinern* den politischen Kämpfer zu beschwören, der/die auch im Knast weiterkämpft. Über die Widerwärtigkeit mit Märtyrern »Politik« zu machen, will ich mich nicht weiter auslassen. Doch zum *Weiter*kämpfen: es wäre lachhaft, wenn's nicht den traurig-ernsten Hintergrund des Knasts hätte. Der *Knastkampf* ist *nichts* weiter als ein Mythos; er findet ganz einfach nicht statt bzw. wird zwangsreduziert auf den eigenen Kopf des Knastinsassen. Dieser »Kampf« kann nur darin bestehen, seine/ihre Identität möglichst zu bewahren, zu retten . . . Wofür? Um irgendwann »draußen« wirklich wieder Ellbogenfreiheit zu bekommen, um zu leben. *Denn Leben heißt Kämpfen (!)* in einer lebensfeindlichen Umwelt. Der Knast ist keine Umwelt. Und betrachtet man es genau, so arbeiten die *Hardliner* dem Staat in die Hände, der am selben Mythos bastelt. Auch ihm war es äußerst wichtig, von der »Schaltzentrale Stammheim« zu reden, um undemokratische Methodenwie den Hochsicherheitstrakt, die Kontaktsperre, die totale Kontrolle einer »demokratisch denkenden« Öffentlichkeit zu verkaufen. Spätestens der Tod Meinhofs, Baaders, Ensslins, Raspes müßte der RAF und anderen *Weiterkämpfern* klar gemacht haben, daß diese Argumentation selbstmörderisch ist und dem Staat alle Optionen frei läßt, den Gefangenen jedoch keine.

Demzufolge müssen die Leute raus, muß dem nächsten Hungerstreik (á la der nächste Winter kommt bestimmt) die Amnestiedebatte entgegengesetzt werden. Müssen antiimperialistische Flugblätter, die vom Kampf draußen und drinnen sprechen als für die Gefangenen gemeingefährliche Wortradikalismen bekämpft werden.

Uralte Politmythen neuer Kadergruppen können von einer anarchistischen Bewegung nur dann mit sinnvollen politischen Konzepten bekämpft werden, wenn sie selbst aus ihrer Vereinzelung herausfindet.



Hamburg, Hafenstraße *Foto:argus*

Neue Libertäre Zentren!!

Seit Sommer 1986 gibt es in **Moers** ein *Libertäres Zentrum* und eine »Zeitschrift für allgemeinen Wohlstand und Kritik der Laufenden Ereignisse«. Die Initiatoren/-innen sind sehr an Zusammenarbeit und Informationsaustausch – im Sinne von Liebe, Luxus, Kommunismus – interessiert. Es existieren Arbeitsgruppen zu Volkszählung, neue Sicherheitsgesetze, computerlesbarer Ausweis, Aufarbeitung linker Positionen.
Kontakt. *Initiativenhaus Essenberger Straße 100 e.V./Libertäres Zentrum, Essenberger Straße 100, 4130 Moers, Tel. 0288 /503942*

Am 11.9. wurde in **Aachen** die Zollernstr. 19 *besetzt*. Das Haus stand seit 2 Jahren leer und wird jetzt zum *Autonomen Jugend- und Kulturzentrum – Günter Sare-Haus* – ausgebaut. Aus dem Flugblatt der Besetzer: »Uns geht es nicht darum, einen Personenkult um Günter Sare zu machen oder ihn als Märtyrer darzustellen. Jeden von uns hätte es treffen können. Die bürgerlichen Medien und die Polizei haben Günter als Gewalttäter dargestellt. Das hat nur einen Zweck, nämlich zu verschleiern, von wem die Gewalt ausgeht, und Günter war schließlich kein Einzelfall: 1986 starben Erna Silka (62 und Alois Sonnleiter in Wackersdorf nach Polizeieinsätzen.« Im ersten Stock wird das Kurt-Möller-Cafe eröffnet. Kurt Möller ist tot. (Vgl. SF-Nachruf Nr.21). Ein Leben lang (über 80 Jahre) hat er, ein Anarchist aus Aachen, auch während der NS-Zeit kämpfend an der Idee des Anarchismus festgehalten. Kurt war unser Freund, er wird nicht vergessen. Die 2. Etage ist für verschiedene Projekte vorgesehen. Gruppen, die keinen Raum haben, werden Raum bekommen. In den restlichen zwei Etagen wollen wir Wohnungen für die Besetzer, Leute mit wenig Geld einrichten. Die unteren zwei Etagen werden in einen lebenden Kulturbetrieb verwandelt, in dem Theater gespielt wird, Musikgruppen auftreten, Kinder spielen und sich Projektgruppen zu allem

Möglichen treffen. Im Keller des Hauses befindet sich ein spanisches Restaurant.
Kontakt: *Autonomes Jugendzentrum, Zollernstra. 19, 5100 Aachen.*



Seit Oktober gibt es in **Hamburg** ein *Libertäres Zentrum*, initiiert von der Hamburger FAU (Anarchosyndikalisten) und unabhängigen Libertären.
»Bisher planen wir ein Libertäres Aktionsplenum und eine Frauengruppe um entschiedener sozialrevolutionäre, autonome und anarchistische Ansätze in soziale Bewegungen und Kämpfe einzubringen. In unseren Räumen (geöffnet zunächst: Mi (16.30–19.30; Do 16.30–18.30 Uhr) bieten wir eine Auswahl von Büchern; Zeitungen und Zeitschriften, die einen Einblick geben in die Theorie, Geschichte und Praxis der internationalen anarchistischen Bewegung. Wir wollen regelmäßig Veranstaltungen organisieren, die die soziale Situation bei uns und international aufzeigen und angreifen. (. . .) Alle Gruppen und Leute, die mit uns zusammenkommen wollen, sind uns herzlich willkommen.«
Kontakt: Libertäres Zentrum, Lagerstr. 27, 2000 Hamburg 6; Tel. 430 13 96 (S-Bahn Sternschanze).

Ein altes (libertäres, autonomes) Zentrum in Schwierigkeiten!

Die Stadt hat dem *Eschhaus* in **Duisburg** den Nutzungs-Vertrag zum 31.3.1987 gekündigt. Vorgeschobener Grund ist die Lärmbelästigung der Anwohner. Dazu die Zeitung des Zentrums *Eschhausblatt:* »Das Zentrum hat bezüglich des Lärmproblems alles getan was möglich war, ohne die Inhalte der eigenen Arbeit zu gefährden (z.B. Aufforderung an die Besucher über Flugblätter und Handzettel nicht mehr auf der Niederstraße zu parken. Die Vorschläge des Hauses nach Einbau sinnvoller Lärmschutzmaßnahmen (seit 1979) wurden von der Stadt systematisch boykottiert mit der Begründung das Haushaltsbudget lasse dies nicht zu.«

Dabei meint die SPD-Stadtverwaltung offiziell, daß »Duisburg eine solche unabhängige Einrichtung brauche« und bietet als Alternative »ein gänzlich heruntergekommenes Gebäude in der Hochfelder Sanierungswüste gelegen, in unmittelbarer Nähe zur Kupferhütte, das ganz nach eigenen Vorstellungen und mit eigenen Mitteln gestaltet werden dürfe«.

Ein Diskussionsthema der Selbstverwaltungsaktivisten heißt deshalb nicht umsonst »Freiraum oder Abschiebeghetto«. Erste Veranstaltungen zur Rettung des *Eschhauses* sind inzwischen angelaufen, weitere Unterstützerkreise sind gefragt, allerdings solche, die sich nicht wie der Verband soziokultureller Zentren hinter der »Wir sind die Leute, die ehrenamtlich für andere Sozialarbeit und Kulturarbeit machen«-Anbiederungsparole verstecken wollen.

Libertäre Tage – Ostern 1987 in Frankfurt!! (16.4.–20.4.)

»Auf unsere vorsichtigen Anfragen wie denn das Interesse an »Libertären Tagen« so sei, kamen erstaunlich viele Antworten. Die Informations- und Diskussionstage finden also statt! Die Räume sind gemietet. Unsere bisherige Planung ist folgende: Eine Reihe von Veranstaltungen werden im Plenum stattfinden und es werden Diskussionsbeiträge zu bestimmten Themen vorbereitet, die in Arbeitsgruppen ausgearbeitet und vervollständigt werden können und damit als Grundlage der Diskussion dienen. Themenangebote sind mittlerweile schon eine Menge zu den Libertären Tagen da. AG's gibt es zu:
Perspektiven sozialer Bewegungen – Medien – libertäre Medien – Ökonomie und Organisation – 1.Mai – Frauen – Bullenwaffen am Beispiel Nordirland/Erste Hilfe.
Weitere Themenvorschläge sind:
Volkszählungsboykott – Knast/Schwarze Hilfen – Anarcha-Feminismus – Libertäre Pädagogik – Aktuelle Kämpfe in der BRD – Ökonomische Kämpfe – 35-Stunden-Woche – Anarchosyndikalismus – Beiträge zu Spanien, Griechenland, Ost-Europa, Irak/Iran, Japan.

Wenn Ihr noch weitere Vorschläge/Ideen habt, bzw. schon zu einem Thema etwas arbeitet oder Euch bei der Vorbereitung der Diskussionspapiere beteiligen wollt, dann schreibt an die FAU/Libertäres Zentrum.

Außerdem wird's noch eine Kulturgruppe geben, die Theater spielen wollen, Videos, Volksküche und für die »Mini-Anarchos« wird auch gesorgt werden. Pennplätze werden für die Organisatoren und Mithelfer besorgt, für die Leute von außerhalb, die zu den Libertären Tagen kommen, wird's eine Liste von preiswerten Übernachtungsmöglichkeiten in Frankfurt und Umgebung geben, die Ihr bei der FAU/Lib. Z. bekommen könnt.

Ein Fest gibt's natürlich auch, Sa 18.4. und Praxistraining für alle, die bis dahin wieder »lebendig« sind, ist Sonntag angesagt.

Zum Abschluß der Libertären Tage wär's gut, wenn eine Plattform zustande käme. Unser Wunsch ist eine Positionsbestimmung der libertären Bewegung in der BRD als Ergebnis zu sehen, aber auch bessere Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln, im besten Fall eine bessere Organisierung zu erreichen.
Kontakt: *Libertäres Zentrum, Kriegkstr. 38, 6000 Frankfurt«*

Treffen anarchistischer Studentengruppen

> Das Wissen von Recht und Unrecht ist das soziale Bewußtsein im Menschen.
> Erich Mühsam

(Nachdem der letzte Bericht im SF anscheinend unautorisiert war, nun eine aktuellere Information, SF-Red.):
Vom 28.5. bis 2.6.86 hat in Berlin das zweite Treffen von **Pulverfass** stattgefunden. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten neben Organisationsfragen Arbeitsgruppen zu den Themen Südafrika, WAA/AKW-Widerstand und der Stellung zu Autonomen und Antiimps. Diese Themen sollen auf den nächsten Treffen weiter aufgegriffen werden. (Das 3. Treffen fand in Köln, 21.11.–23.11 statt).

Die neue Kontaktadresse ist: *Kommunikationsreferat (ASTI), Asta FU Berlin, Kiebitzweg 23, 1000 Berlin 33.*



Quo vadis? – Femina

von Waltraud Kern

Ein Wort zuvor: Die bunte Vielfalt der Teilnehmer in Appelscha (vgl. Bericht in SF-22) sowie die Versicherung, daß über Feminismus keine Grundlagen zu erwarten wären und die Tatsache, daß die Mischung der Zuhörer nach Art, Alter und Geschlecht ebenso bunt und vielfältig sein würde, ließ es mir notwendig erscheinen, eine breite Basis zu schaffen, damit auch die *HERR*lichkeit des linken Spektrums, die sich ja nur allzu gerne für nicht betroffen erklärt, wenn Frauen auch aus *diesen* Reihen (!) ihre Situation (zu) beklagen (wagen), eine Verständnismöglichkeit hätte.

Ich habe also die historische Seite ausführlicher behandelt als in diesem Beitrag mit dem Erfolg, daß bald nach dem Erreichen der Gegenwart die Diskussion einsetzte, und der Rest teilweise in Antworten noch drankam, teilweise auch unterblieb. Einiges, was ich gerne diskutiert hätte, konnte nicht behandelt werden – na ja, inzwischen hat sich auch für mich noch manches weiter geklärt und meine Position verändert, was im Folgenden schon zum Tragen kommt . . .

und nun zur Sache: In bezug auf Feminismus müßte eigentlich die Betroffenheit aller Menschen, für die das A und O (= A im Kreis!) ihres Lebens Glück und Freiheit bedeutet, essentieller und existentieller sein als bei jedem Sachthema, geht es dabei doch um die Unterdrückung der »anderen« – weiblichen – Hälfte der Menschheit. Anders als bei der Unterdrückung z.B. rassischer oder religiöser Minderheiten wird hier die *Feindin* des HERRENmenschentums (vertretungsberechtigt für GottVater, Sohn & Co.) auch noch sexuell beHERRscht. Auch die »reine« Jungfrau Maria ist nur als das sterile, reine Gefäß (Retorte) zum Empfang geistiger Genmanipulation zu betrachten.

Als der Zwölf-Männer-Bund (Jünger) die christliche Religion stiftete, war für ihn die höchste Form männlichen Schöpfertums das »Mysterium der Dreieinigkeit«, die zu erreichen nicht menschenmöglich schien – im »Klonen« ist sie heute denkbare und bald machbare Realität geworden, genauso wie die Leihmutterschaft bereits in der »Jungfrau Maria« vorgedacht worden war.

In dem Augenblick aber, wo eine Heilsbotschaft ihre physische Machbarkeit erreicht, hat sie sich selbst überlebt, da ihr gesamter Glaubensinhalt verwirklicht (oder verwirklichbar geworden) ist.

Kleiner Mann, was nun? . . . möchte man/frau fragen . . . Auf der Suche nach neuen Göttern stößt mensch dann vielleicht auf die uralte »Große Göttin«, lebensspendend, nährend, schützend und flüchtet sich – aufs neue geborgen fühlend – in ihre All-umfassenden Arme. Dann ist Feminismus eine feine Sache: als Ersatz für abgewirtschaftete Männertheorien, als Wahlkampfstrategie, als, als, als . . . so universell die Unterdrückung war, so ist es jetzt die Ausnutzung für alle möglichen Taktiken und Ziele. Diese neue – alte – Religion aber bemüht sich Mary Daly z.B. in ihrem neuesten Werk »Reine Lust« (*Verlag Frauenoffensive München*) als öko- und biologische Naturnotwendigkeit für »wilde Weibsen« und andere willige Menschen glaubhaft zu machen . . . sie füllt darin neuen (Erklärungs-)Wein in alte (Hierarchienlehren-)Schläuche . . . ob das der Sache der Frauen heute dienlich sein wird, muß und wird sich zeigen. Ob aber das Leben, so wie es damals war (mindestens in einigen der nachgewiesenen Matriarchate), heute wieder anstrebenswert wäre, ist wohl sehr die Frage. Wie es war, davon liefert uns das Buch »Mütter und Amazonen« auf 320 SeitenBeispiele. (*Sir Galahad; Non Stop Verlag, München und Berlin 1975*) Ein Ausspruch des ägyptischen Philosophen Pta-Hotep von etwa 3200 vor Beginn unserer Zeitrechnung mag genügen: »Wenn du weise bist, so behalte dein Heim, liebe deine Frau und streite nicht mit ihr. Ernähre sie, schmücke sie, salbe sie. Liebkose sie und erfülle alle ihre Wünsche, solange du lebst, denn sie ist dein Gut, das großen Gewinn bringt. Hab acht auf das, was ihr Begehr ist, und das, wonach der Sinn ihr steht. Denn auf solche Weise bringst du sie dahin, es weiter mit dir zu halten. Opponierst du ihr aber, so wird es dein Ruin sein.« (S. 245)

Tauschen wir die Pronomen bzw. das Geschlecht der Adressatin, so sind wir im Hier und Heute! – daraus wird eigentlich deutlich, daß das Rollenverhalten der Geschlechter von der jeweils herrschenden Sozialstruktur und der damit verbundenen Sozialisation abhängt (siehe hierzu auch Mütter und Amazonen u.a.).

Das Primat (so wie in der oben skizzierten Art) der Mütter und Töchter muß irgendwann so übermächtig geworden sein, daß das unterdrückte Geschlecht revoltierte und nun mit unglaublicher Brutalität das Patriarchat einführte und immer perfekter durchführte. Da der Männerwelt wohl stets die unbewußte Angst im Nacken sitzt, daß die Frauen wieder die Oberhand gewinnen könnten, werden jegliche Befreiungsbestrebungen der weiblichen Hälfte der Menschheit von vornherein unterdrückt durch eine entsprechende Erziehung. Durch gesellschaftliche Mechanismen, Schulstrukturen und kirchliche Erziehung werden Mädchen und Frauen zu Rivalinnen gegeneinander abgerichtet. Dadurch entsteht zwangsläufig Vereinzelung (der sicherste Ort

für Frau ist beim nährenden und schützenden Ehemann) der Frauen und die Unmöglichkeit einer schwesterlichen Solidarisierung. Bisher jedenfalls funktionierte die Sozialisation des Weib(ch)e(n)s nach des/der HERREN Wunsch ausgezeichnet . . .

Aus der Geschichte der letzten 150 Jahre wird auch immer wieder deutlich, daß Frauen, wenn sie sich Handlungsspielraum/Freiheiten erkämpfen/nehmen, sie die »Soziale Aktion« wählen, um wirksam zu werden, wie z.B. die Narodniki-Frauen (siehe SF-Nr.16) oder die Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg (siehe taz v.4.8.86 und SF-Nr.21). Auch Ansätze, wie die von Otto Groß (1877–1920) (siehe SF-Nostalgienummer) oder die Forderungen und Aktionen der Frauengruppen der Rheinischen FAUD-Syndikalisten nach »Muttersiedlungen und sexueller Freiheit der Frau« (siehe SF-Nr.19) sind grundsätzlich ähnlicher Art.

Zunächst finden alle diese Initiativen Unterstützung und Hilfe der organisierten Männer, teilweise nutzen die letzteren die entstandenen Strukturen (schamlos?) aus, um sie dann, wenn sie wirksam (bedrohlich?) werden, lächerlich zu machen und zu unterdrücken mit Hinweis entweder auf ihre politische Irrelevanz oder Sprüchen wie: wir müssen doch gemeinsam kämpfen, Splittergruppen schwächen die Bewegung, wir wollen doch alle die Anarchie etc. und schon sind die Frauen und ihre spezifischen Vorgehensweisen wieder vereinnahmt. Oft verlieren Frauen dann den Mut und resignieren. Andere, die sich zwar der Sozialen Aktion oder mehr oder weniger radikal-feministischen Frauengruppen anschließen würden, werden dann gar nicht mehr aktiviert . . . Dies scheint eine (durch)gängige Methode, weibliche Initiativen »mundtot« zu machen. Aber: warum nur, zum Kuckuck, lassen oder liessen sich so viele von uns immer wieder zum Schweigen bringen?(Gedanken hierzu würden diesen Rahmen sprengen – vielleicht wann anders oder von einer anderen?)

Welche Merkmale kennzeichnen denn nun weibliche Art und Aktion im Unterschied zur männlichen Verhaltensweise? Mir scheint, daß – außer der sozialen Aktion – z.B. die Frauenwiderstandscamps wie in Greenham Common oder im Hunsrück mit der über lange Monate funktionierenden »Mahnwache gegen Wahnwache«, von einer, manchmal auch zwei Frauen durchgehend besetzt, vor dem Haupttor der Todesbasis Hasselbach solche Qualität haben: weibliche Präsenz, die dauernd die tödlichen Spielplätze der Männer bewacht und beobachtet, jede Bewegung verfolgend . . . was nützt's? . . . nützt's was? werden viele denken oder fragen – jedenfalls war es dem »big brother« in Hasselbach so unangenehm, daß er die erste Möglichkeit nutzte als die Mahnwache einmal leerstand (weil die beiden im Camp waren!), diese zu räumen . . . andere haben dort Blumen gepflanzt, um dem Tod das Leben vor Augen zu stellen . . . und vieles andere mehr.

Manch eine von den Radikaleren belächelte solcherlei nur mitleidig: »Aber was soll uns denn so etwas? Wir haben keine Zeit mehr! Wir müssen kämpfen!« – »Ja?« – »Kämpfen? wie die Männer? mit welchen Waffen? wie die grünen Parlamentarierinnen? von unten und innen die Hochburgen der Männer stürmen? – Oft berichten Frauen dann, daß sie makerhaftes Verhalten annehmen müssen, um überhaupt Gehör zu finden. (siehe Graswurzelrevolution, Bericht zu Venedig '84). Oder im täglichen »Kleinkrieg« die männlichen Partner auf gewisse Makerallüren hinzuweisen . . . und . . . und . . . und er/schöpfend . . . so daß für schöpferisches (Eigensein oder Aktionen) keine Kraft mehr bleibt . . .

Spätestens dann wenden sich Frauen ermüdet ab von den männlichen Makern und ziehen sich zurück und finden vielleicht gleichgesinnte Schwestern zum »Spinnen«, wobei langsam, Solidarität wachsen kann. (Fast) Jede von uns hat wohl zu irgendeiner Zeit ihres Lebens so einen Aufwachpunkt in Bezug auf ihre spezifische Unterdrückung in der Dreieinigkeit von Staat, Kapital und Patriarchat erfahren und macht sich auf die Suche nach neuen Seinsweisen, nach Schwestern.

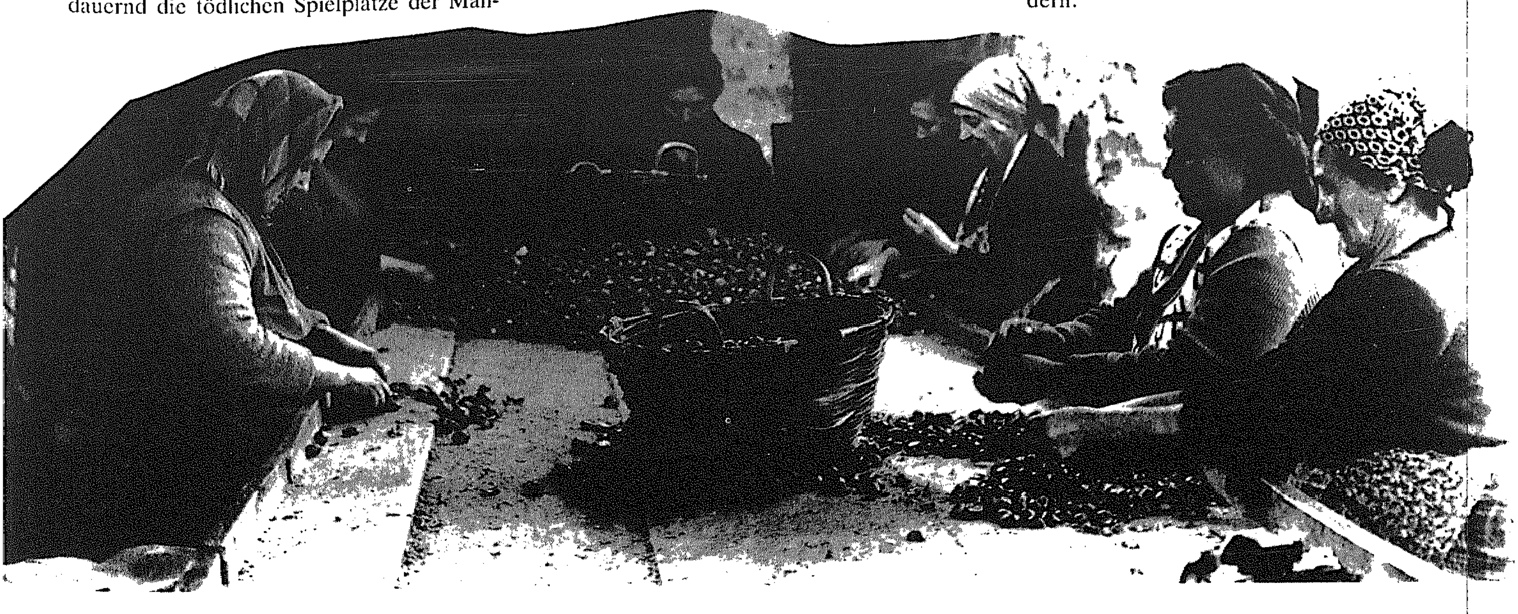
Je nachdem, welches der Ausgangspunkt für den Ausbruch von frau aus dieser einigen Dreifaltigkeit war, wird sich ihre Suche gestalten: vielleicht wendet sie sich radikal gegen alles Männliche, wird Lesbe bis hin zu der Forderung »alle Männer müssen weg«, was freilich den Fortbestand des Menschengeschlechtes genauso wenig gewährleistet wie der umgekehrte Wunsch, die Mütter überflüssig zu machen. Hier führen beide Extreme eindeutig in eine Sackgasse und werden absurd. (Diese radikale, weibliche Forderung wird z.B. von Mary Daly erhoben in »Gyn/Ökologie« (*Frauenoffensive München 1981*) oder auch in dem Büchlein »Anarcha-Feminismus« von P. Kornegger [Libertad-Verlag, Berlin 1982]). Vielleicht findet sie auch andere, ihre gemäße Wege . . .

Als Frage bleibt: was wollen (wir) Frauen erreichen, wie kann eine vernünftige Zukunft aussehen? (Aber bitte nicht: die Zukunft ist weiblich oder gar nicht!)

Mögliche Schritte sehe ich zunächst darin, daß Frauen ihr erzogenes Rivalinnendenken ablegen und in schwesterlichem Miteinander, jede von ihrem Standort aus beginnt auf ihre Weise diese HERRliche Welt umzukrempeln.

Wenn wir erst einmal begriffen haben, daß unser ganzes persönliches Sein politisch *ist*, egal wie wir es einsetzen: eshat negative Wirkungen, wenn aus der »Weibchen«-Mentalität die Politik »den Männern überlassen wird, weil die es ja soviel besser wissen . . .« (und sie vor allem für sich definiert haben, was Politik ist und was nicht) oder positive, wenn wir lernen, bewußt einzugreifen durch unsere Handlungen (z.B. mit einem Gebärstreik) und solidarisch zusammenhalten, dann ist schon eine Menge gewonnen.

Laßt uns in Gesellschaftsstrukturen und -Praktiken, in Kultur, Humor und Witz, Sprache, Launen etc. nach den Unterdrückungsmechanismen suchen und laßt uns *ver*suchen, Möglichkeiten zu entwickeln diese abzuändern.



»Wenn ich hier nicht tanzen kann, will ich nicht bei eurer Revolution mit machen«

(Zitat Emma Goldmans über einem Eingang während der Melbourner Veranstaltung)

Anarchistische 100-Jahr-Feier in Melbourne, Australien vom 1.-4. Mai 1986

Zwei Artikel liegen uns für die Berichterstattung vor, der eine von *Horst Stowasser* (Anarchistisches Dokumentationszentrum Wetzlar), der schon in der taz vom 13.5.86 abgedruckt war und einer von dem *Organisationskomitee* in Melbourne selbst. Beide Berichte nehmen sich nicht nur positiv aus und vorneweg scheint klar, daß es in Australien nicht gelang, die Diskussionen von Venedig 1984 weiterzutreiben. Mehr noch: es dürfte eher das Treffen einer großen Familie von Idealisten gewesen sein, – schön, bunt, vielfältig und nicht ohne Konsumangebote.

Der australische Bericht gibt dabei ein enttäuschteres Fazit als dies Horst Stowasser als Gast wohl wollte.

»Am Mittwoch (31.4.) brachte die Melbourner Tageszeitung »The Age« zwei erstaunliche und untypische Artikel über anarchistische Geschichte, das Filmfestival und Mujeres Libres. Am gleichen Tag sprach die Welt über die Katastrophe von Tschernobyl. Während für viele, die diese Neuigkeiten lasen das Gefühl der Ohnmacht vorherrschte, machen wir, die Anarchisten, uns auf, eine neue Welt zu organisieren. Müssen wir das auf den Trümmern der alten tun? Geht das überhaupt?«

Begonnen werden sollte am Donnerstag (1.5.) mit einer Maidemonstration. 400 kamen zusammen, verteilten Flugblätter und schleppten Fahnen und verarschende Figuren mit sich. Die Polizei regelte den Verkehr, wie überhaupt in Australien noch liberale Verhältnisse zu herrschen scheinen. Demo-Ziel war ein Arbeiterbewegungs-Denkmal.

»Melbourne war der Ort an dem zuerst der 8-Stunden-Tag erzwungen wurde, 1856, und das Denkmal wurde gebaut um die Vorbeigehenden an den Kampf zu erinnern. Es steht in der Nähe der Trades Hall – dem Sitz der reformistischen Gewerkschaft.« Ein richtiger Zielpunkt, denn seit Jahren haben diese Gewerkschaften die Maidemonstrationen auf den ersten Sonntag im Mai verlegt; damit's niemanden stört.

Doch schon abends begannen die Enttäuschungen: Mangels organisatorisch tätiger Menschen war nichts vorbereitet worden, man hatte lediglich Micros aufgebaut und vertraute nun in die Improvisationsgabe und Phantasie der Gäste. Lediglich die Kinder ergriffen dann die Gelegenheit mit diesen Spielzeugen Krach zu machen. Gegen 21.30 Uhr gelang über einen lokalen Rundfunksender immerhin eine Direktschaltung zu US-Anarchisten in Chicago, die gleichzeitig eine 100-Jahr-Feier zum Haymarket abhielten. Danach spielten Punkbands, offensichtlich nicht zum Geschmack der Organisatoren (zu laut!) und das hatte Folgen. Um 23 Uhr war (wie mit dem Hallenbesitzer im Mietvertrag vereinbart) schon wieder Schluß; und weil das einige nicht einsehen wollten und lieber ganz anarchisch bis zum Morgengrauen laute Musik hören wollten, gab's Knatsch:

»Einige Leute kooperierten nicht und sie wurden aufgefordert zu gehen. Waren sie die Unterdrücker oder die Unterdrückten?« fragt der Berichterstatter etwas scheinheilig.

All das wirkte sich lähmend auf den Freitag aus. »Die einzigen, die sich mit voller Energie in den Freitag stürzten, waren die Kinder.« (Die überhaupt den Kongreß gerettet zu haben scheinen!) Ganze 20 Genossen/-innen fanden sich zur Diskussion darüber ein, warum die Mehrheit anscheinend nur konsumieren wollte. Immerhin stieg der Besucherstrom in den Ausstellungen und Filmvorführungen.

Am Abend fanden dann doch noch Arbeitsgruppen und Diskussionsplenen statt. Themen: *Medien und Anarchismus* (von der Resonanz/Hetze in den bürgerlichen Medien bis zu Freien Radios und kollektiven Druckereien), *Anarchismus und Marxismus*, »was als akademischer Vortrag präsentiert wurde und einige Teilnehmer frustierte, weil sie sich nicht einbringen konnten«. *Dritte Welt, Kriegsdienstverweigerung, australische Gesellschaft und Staat.* Kritisiert wurde das Fehlen von Feminismus-Arbeitsgruppen und so erhielt das Thema *Anarchismus und Geschlechterkampf* den meisten Zulauf. (Etwas frei übersetzt vielleicht, es hieß ›anarchism and gender politics‹, wh).

Was irritiert ist, daß die Organisationsgruppe scheinbar wenig Unterstützung von erfahrenen Organisationsmitgliedern aus Europa erhielt, so daß viele unnötige und typische Fehler gemacht wurden; mal unterorganisiert, mal zu reglementiert. Trotzdem scheint der Vorwurf ans Publikum ebenfalls richtig: zu passiv, konsumorientiert und oft sich selbst lähmend durch den Zwang Konsensbeschlüsse zu fällen, wo es pragmatischere Lösungen für alle wesentlich schneller gegeben hätte. Mit eine Ursache dürfte die zahlenmäßige Schwäche der Organisatoren gewesen sein; eine Erkenntnis, die sich all diejenigen merken sollten, die (mit Venedig im Kopf) planen 1987 nach Portugal zu fahren. Da die Infos aus Portugal sehr spärlich geworden sind, ist damit zu rechnen, daß das Vorhaben nicht so einfach zu realisieren ist.

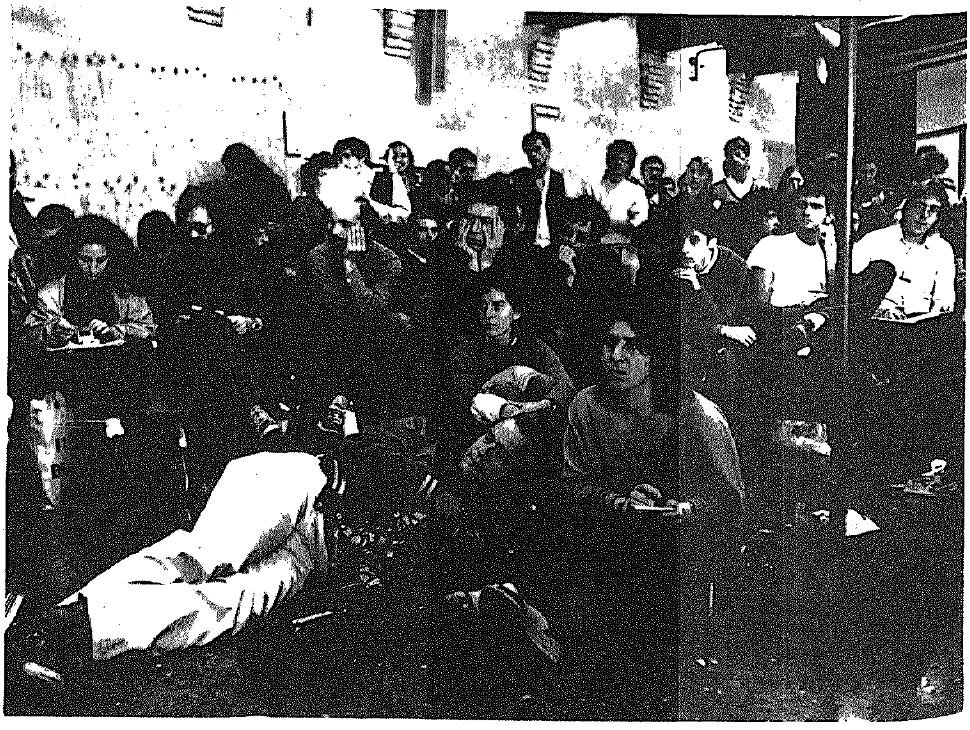
Was blieb also von Melbourne?

Horst Stowasser: »Ein überaus gut besuchtes anarchistisches Filmfestival (über die Filme im nächsten SF mehr) bot den Rahmen für ein nicht zu bewältigendes Programm libertärer Spurensuche, Standortbestimmung und Kursdebatte (. . .) So dünn das Netz alternativer Betriebe in den Städten auch im Vergleich zu Deutschland sein mag, so groß ist das Erfahrungsfeld und fantastisch sind die Möglichkeiten von Landkommunen und -projekten im Hinterland. Teilweise glich das Melbourner Treffen einer Messe von Siedlungsprojekten.«

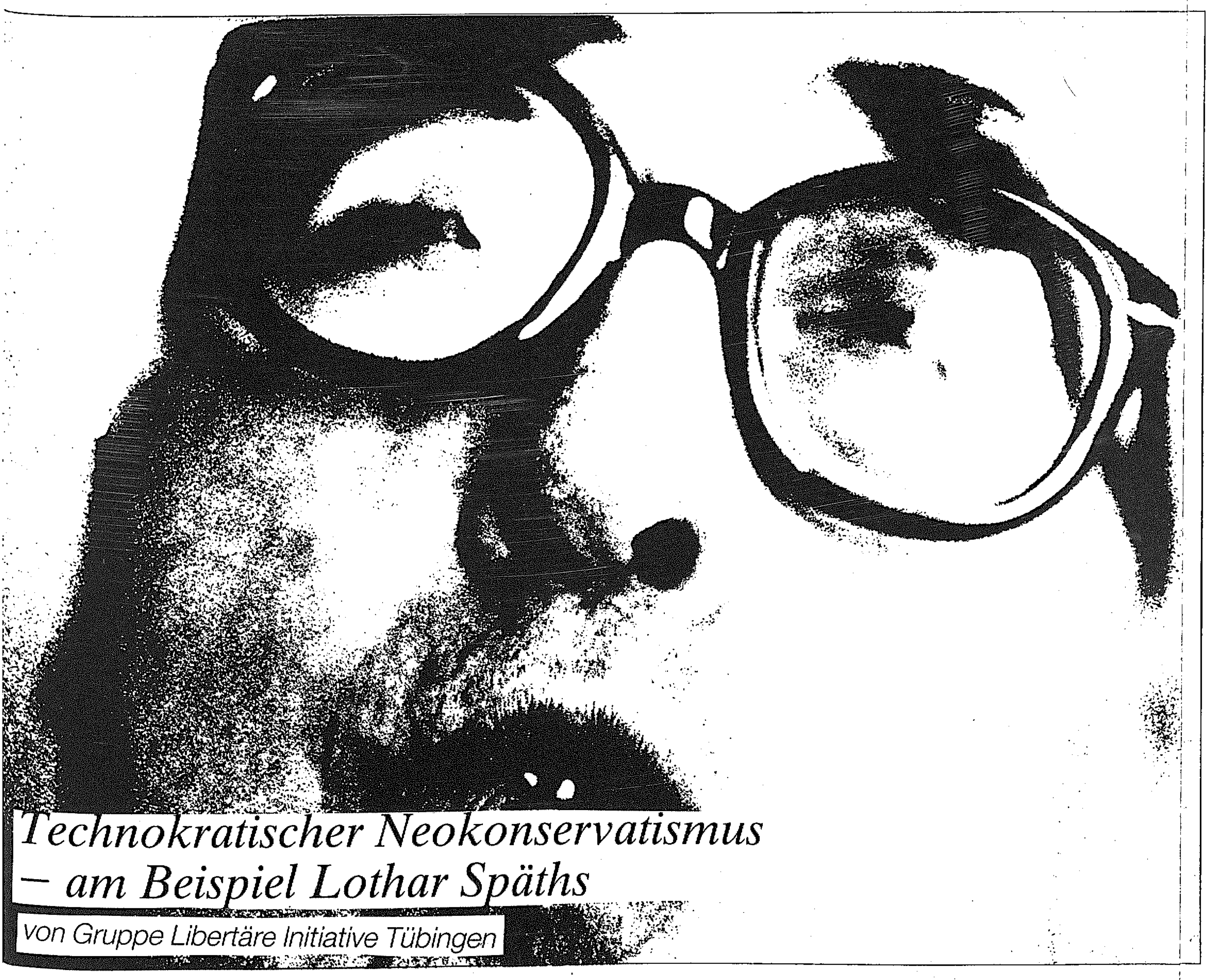
Organisationsbericht: ». . . ein anarchistisches Schwarzkreuz (Gefangenenunterstützungsorganisation) wurde gegründet, ein nationaler Wahlboykott verabredet, einige spontane Arbeitsgruppen mit weitergehender Perspektive entstanden.«

Stimmung die zum Tanz einlädt, so scheint es, war vorhanden, allerdings nicht bei den arbeitswilligen Organisatoren, die lieber mehr für die Revolution getan hätten. Für diese »richtige« (?) Stimmung sorgten dann einige Marxisten mit einer Fahnen-Klau-Aktion. Dann war action, denn diese Fahnen wurden mit großem körperlichen Einsatz zurück-»erobert« . . . und zwar alle. Da warf sich einer sogar auf die Kühlerhaube eines Fluchtautos . . .

wh



Photoband zum Kongreß in Venedig Photo: Ciao Anarchici, Bezug: *SF*



Technokratischer Neokonservatismus – am Beispiel Lothar Späths

von Gruppe Libertäre Initiative Tübingen

**Technokratischer Neokonservatismus
Eine Skizze am Beispiel Lothar Späths**

Die Reaktion ändert ihr Geischt. Die Polizeiknüppel bleiben zwar die gleichen, doch an die Stelle grobschlächtig auftrumpfender Machtfanatiker Straußscher und Zimmermannscher Prägung tritt mehr und mehr eine Riege »ausgewogener Herren«. An der Speerspitze des Fortschritts stehend geben sie vor die Lösung der Probleme unserer Zeit in Angriff zu nehmen. Scheinbar modern gesinnt greifen sie fortschrittliche politische Impulse als Schlagwörter auf und verarbeiten diese zur Hochglanzverpackung einer altbekannt einfallslosen Politik. In diesem aufkommenden »technokratischen Neokonservatismus« verbindet sich eine von eloquenten Nebelwerfern gut verkaufte Pseudo-Modernität mit der offensiven und radikalen Unterwerfung unter eine kapitalistische-technokratische Logik. Betrachtet man diese Politikkonzeption aus einer gesamt-gesellschaftlichen Perspektive, so kann sie als Versuch einer technokratischen Antwort auf Strukturprobleme der gegenwärtigen Gesellschafts- und Machtformation verstanden werden.

Aspekte des Spätkapitalismus

Das Späthsche Projekt läßt sich als neokonservative Antwort auf eine Krise der spätkapitalistischen

(Wir halten den Begriff »spätkapitalistisch« für unglücklich; obwohl es sich gut als Sprachspiel mit Späth anbietet, würden wir es lieber mit *Neudefinition des Kapitalismus* umschreiben. Wir stellen fest, daß nun seit 1920 vom Spätkapitalismus gesprochen wird, daß von rätekommunistischer Seite bereits in den 30ern die »Todeskrise des Kapitalismus« für sicher gehalten wurde und halten das Wort deshalb für einen durch nichts zu rechtfertigenden Optimismus, der dahingehend mißverstanden werden kann, als käme der Kapitalismus wirklich zu einem Ende; dabei bedeutet eine Krise – gerade nach der Erfahrung des Faschismus und des 2. Weltkriegs – für den Kapitalismus gerade noch lange kein Ende, sondern lediglich eine Transformation der *gegenwärtigen Form*; SF)

Gesellschaftsformation begreifen und scheint in diesem Sinne in keinem prinzipiellen Gegensatz zu den Vorstellungen eines Biedenkopf, Riesenhuber, Genscher, Rau oder Glotz zu stehen. Die in unserem Jahrhundert vorherrschende Form des Spätkapitalismus unterscheidet sich nun schon wesentlich von dem, was man noch im alltäglichen Sprachgebrauch mit »Kapitalismus« assoziiert:

Daß das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital das zentrale Strukturmoment der Gesellschaft ist, welches die Organisation und Regulation der Gesellschaft über Marktmechanismen hinsichtlich der Kapitalverwertung und der Klassenherrschaft ermöglicht. Hierbei wird dem Staat die Rolle eines Garanten für die innen- und außenpolitische Aufrechterhaltung der Rahmenbedingungen des marktgeregelten Verwertungsprozesses des Kapitals zugeschrieben. Mit dieser zentralen Rolle des selbstregulierten Marktverkehrs ist auch eine Ideologie nach dem Motto: ›Jeder ist seines Glückes Schmied‹ verbunden. Damit wird behauptet, daß alle, die »Leistung« bringen, auch einen entsprechenden Gegenwert bekommen. Die vom Kapital definierte Leistung lohne sich, dem Tauschmechanismus des Marktes wird so etwas wie Gerechtigkeitzugesprochen. Die Produktionsverhältnisse können sich somit auf ideologischer Ebene durch sich selbst legitimieren und sind nicht an eine Legitimation durch eine übergeordnete politische Instanz gebunden. Verdeckt wird hierbei, daß die Klassenherrschaft als die Struktur der Produktionsverhältnisse sowohl durch direkt politische Repression wie auch durch wirtschaftliche Repression aufrechterhalten und reproduziert wird.

Diese Merkmale skizzieren allerdings eine *liberalkapitalistische* Gesellschaftsform, wie sie bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts vorherrschte.

Der sogenannte *Spät-Kapitalismus* unterscheidet sich nun vom liberalen vor allem dadurch, daß die Verwertung des Kapitals, (. . .) immer stärker staatlich organisiert wird. Mit dieser zunehmenden Organisation der Kapitalverwertung durch den Staat geht auch, neben der Ausbildung eines Weltmarkts, ein Konzentrationsprozeß der Unternehemn, die Ausbildung eines öffentlichen Sektors der Produktion wie auch die Verflechtung des privaten mit dem öffentlichen Sektor einher (*vgl. Jürgen Habermas, Die Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973*) Die organisierende Funktion

des Staates bleibt aber beschränkt auf das Füllen von Funktionslücken des Marktes.

Habermas: (Der Staat ersetzt den Marktmechanismus) ». . . durch ›Stärkung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit‹, durch Organisation übernationaler Wirtschaftsblöcke, durch imperialistische Sicherung der internationalen Schichtung usw.,
durch unproduktiven Staatskonsum (Rüstungs- und Raumfahrtindustrie);
durch strukturpolitische Lenkung des Kapitals in marktautonom vernachlässigte Sektoren;
durch Verbesserung der materiellen Infrastruktur (Verkehrs-, Schul- und Gesundheitssysteme, Erholungszentren, Stadt- und Regionalplanung, Wohnungsbau etc.);
durch Verbesserung der immateriellen Infrastruktur (allgemeine Wirtschaftsförderung, Investitionen in Forschung und Entwicklungstätigkeiten, Vermittlung von Patenten usw.)
durch Steigerung der Produktivkraft menschliche Arbeit (allgemeines Bildungssystem, Berufsbildungssystem, Ausbildungs- und Umschulungsprogramme usw.)
durch die Ablösung sozialer und sachlicher Folgekosten privater Produktion (Arbeitslosenunterstützung, Wohlfahrt, Umweltschäden).«

Die immer zentraler werdende Rolle des Staates ändert jedoch nichts daran, daß die Investitionsentscheidungen, anstatt aus der Perspektive volkswirtschaftlicher Einsicht, ausschließlich nach Kriterien einer betriebswirtschaftlichen Rentabilität gefällt werden. Denn das, was jeweils als gesamtgesellschaftliche Priorität propagiert wird, wird nur als Nebenfolge einer privaten Unternehmensstrategie herausgebildet und nicht aus dem Versuch vernünftiger Einsicht in gesamtgesellschaftliche Notwendigkeiten.



Der Spätkapitalismus läßt sich also dadurch kennzeichnen, daß **der Staat, der den Anspruch zu verkaufen sucht, durch Wahlen legitimiert, die Interessen seiner Bevölkerung zu vertreten, sich immer stärker in der organisatorisch-adminstrativen Unterstützung einer allein marktorientierten Konzernpolitik engagiert.**

Diese Politik bringt jedoch einen für den Spätkapitalismus zentralen, strukturellen Widerspruch mit hervor, der in dem Konflikt um die Atompolitik zur Zeit wohl am deutlichsten zumAusdruck kommt. Es ist der Widerspruch zwischen einer durch hohen Staatsanteil zunehmend vergesellschafteten Produktion, die sich ja permanent auf die formale Legitimation durch Wahlen beruft und den nicht verallgemeinerungsfähigen Interessen, für die produziert wird. Die gesellschaftlich legitimierte staatliche Politik und Produktion steht im Dienst der privaten Interessen von kleinen Macht-Cliquen. (. . .) Dem Grundwiderspruch einer vergesellschafteten Produktion für nicht verallgemeinerungsfähige Interessen begegnet nun das durch formaldemokratische Verfahren (Wahlen) legitimierte administrative System dadurch, daß es versucht, sich von der legitimierenden und kontrollierenden öffentlichen Willensbildung möglichst unabhängig zu machen.

». . . durch Personalisierung von Sachfragen, dem symbolischen Gebrauch von Anhörungsverfahren, Expertenurteilen, juristischen Beschwörungsformeln usw. (. . .) Die legitimationswirksam hergestellte Öffentlichkeit hat vor allem die Funktion, die *Aufmerksamkeit durch Themenbereiche zu strukturieren, d.h. andere Themen, Probleme und Argumente unter die Aufmerksamkeitsschwelle* herunterzuspielen und dadurch der Meinungsbildung zu entziehen.« (vgl. *Luhmann, in Habermas, s.o.*)

Das administrative System bleibt also auf Legitimation bezogen, jedoch nicht auf die von demokratisch partizipierenden Menschen, sondern auf eine Legitimation durch möglichst *d i f f u s e Massenloyalität.* Diese soll gewährleisten, daß die Menschen sich einerseits nicht um die jeweiligen spezifischen Probleme kümmern, sie delegieren und dabei jedoch andererseits von diesem adminstrativen System (Verwaltung) kalkulierbar, steuerbar und überwachbar bleiben. Zwei Konfliktlinien lassen sich also festhalten:

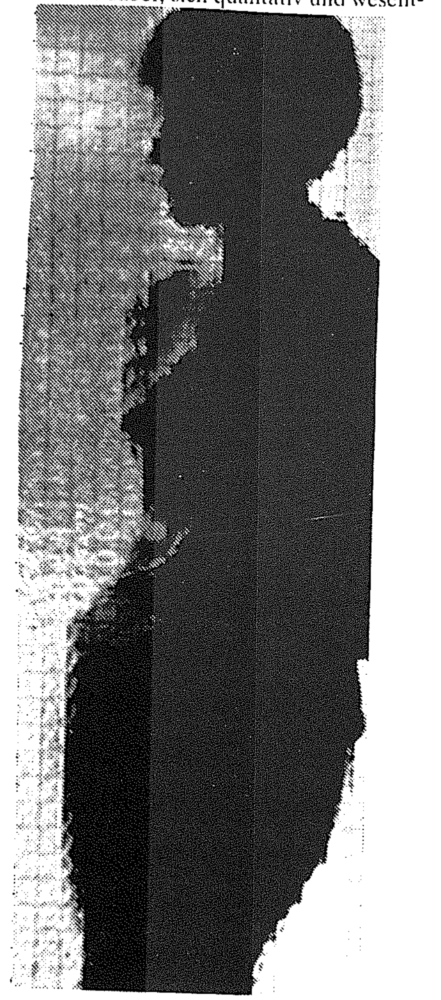
Einerseits der traditionelle, jedoch durch den sozialstaatlichen Kompromiß verdeckte und auf die Dritte Welt abgewälzte Konflikt zwischen »Arbeit und Kapital«. Andererseits ein Konflikt, der sich aus den Legitimationsproblemen einer formal-legitimierten, vergesellschafteten Produktion für nicht verallgemeinerungsfähige Interessen ergibt. (. . .) Die heutigen sogenannten Krisenmomente treten an diesen Linien auf. Denn einerseits gerät der sozialstaatliche Kompromiß, der den Klassenkonflikt verdecken soll, ins Wanken und andererseits keimt in der Öffentlichkeit (leichte) demokratische Regsamkeit, wachsen Einstellungen und Werte, die sich dem marktgerechten technokratischen Zugriff des politisch-administeriellen Managements entziehen.

Späths Antworten auf Krisenmomente des Spätkapitalismus

(Das zuletztgenannte Krisenmoment, nicht beliebig Massenloyalität erzeugen zu können,. gestiegene partizipatorische Interessen in der Bevölkerung beruhigen zu müssen wird von links als »Legitimationskrise«, von rechts als »Unregierbarkeit« eingeschätzt; SF-Zusammenfassung; vgl. *Helmut Dubiel, Was ist Neokonservatismus?, Frankfurt 1985*)

Diesem Problem scheint Späth, neben der Entwicklung polizeistaatlicher Strukturen, wie sie schon bundesweit unter Mithilfe der SPD Mitte der 60er Jahre einsetzte, auf zwei Ebenen begegnen zu wollen. Einerseits auf der Ebene einer diffuse Loyalität schaffenden Propaganda für die sogenannte »Versöhnungsgesellschaft«, in die er alles, was gerade so an modernen Schlagwörtern durch die Medien geistert, zusammenfaßt. Die andere Stoßrichtung liegt auf der Ebene einer Bildungs- undKulturpolitik, die sowohl die Entwicklung einer demokratischen Kultur unterbinden wie sie auch der Forcierung einer Technologiepolitik unterordnen will. Doch nicht nur die Bildungspolitik, sondern auch die Wirtschafts-, Sozial-, und Gesellschaftspolitik werden alle auf die Forcierung des technischen Fortschritts bezogen, der als Heilsbringer fast wie von selbst mit allumfassendem Zugriff unsere Probleme lösen soll. Denn läuft erst einmal der Karren der High-Tech so richtig, dann werden auch alle anderen Probleme lösbar sein und es kann gnadenlos versöhnt werden: die Ökonomie mit der Ökologie, die Technik mit der Arbeitswelt, die Technik mit der Kultur, der Sozialstaat mit der Solidargemeinschaft, die Rationalität mit der Irrationalität, die Notwendigkeit der Arbeit mit kreativem Spiel, der wissenschaftliche Erkenntnisdrang mit musischen Ausdrucksvermögen, etc. (vgl. SPIEGEL, Nr.84).

Wie man/frau sich diese Versöhnung vorzustellen hat, sagt uns Späth glücklicherweise selbst, beispielsweise hinsichtlich des Verhältnisses von Technik und Natur: »Doch die Technik ist dabei, sich qualitativ und wesent-



lich zu wandeln. Sie schreitet auf dem Weg von der Naturverletzung über die Umweltschonung zur (biogenetisch gesteuerten) Naturproduktion unaufhaltsam voran.« (*Lothar Späth, Wende in die Zukunft*)

Wenn man/frau sich hierzu die bisherige Entwicklung der Gentechnologie vergegenwärtigt, so ist erstens klar, daß die Entwicklung und Verwendung der Gentechnologie entsprechend den Gesetzmäßigkeiten von marktförmigen (. . .) Mechanismen verläuft, und daß zweitens diese sogenannte »Versöhnung« von Technik und Natur als die Vernichtung der Natur im Versuch ihrer künstlichen Reproduktion zu verstehen ist. (. . .)

Doch dieses drohende Klima geistiger Leere bei technokratischer Effizienz scheint gerade dasjenige zu sein, in welchem sich Späth wohlfühlt:

»Als ich vor 5, 6 Jahren an die Universitäten ging und dort sprach, wurde ich immer von zahllosen Sicherheitsleuten begleitet. Sie haben dafür gesorgt, daß ich unter riesigen Tumulten gelegentlich das Mikrophon erwischte. Unsere Themen waren im wesentlichen studentische Vertretung, Rüstungsabbau und die Frage, wie es in Chile, Nicaragua, El Salvador oder Vietnam weitergeht. – Wenn ich heute Universitäten besuche, kann ich mich kaum retten vor Diskussionen über

Opfer der kapitalistischen Krisendynamik von Verelendung zu bewahren sucht
– daß sie mit staatlicher Produktion von Gütern und Dienstleistungen Funktionslücken des Marktes füllt
– daß sie duch Anerkennung der Gewerkschaften diese in die »gesamtgesellschaftliche Verantwortung« einbezieht (*vgl. Helmut Dubiel, s.o.*) (. . .)

Wie man unschwer feststellen kann, treffen diese Bedingungen nicht mehr zu: »Bei einem Übergang an Rationalisierungsinvestitionen, bei extremen Budgetdefiziten, einer monopolistischen Preisgestaltung in weitgehend vermachteten Märkten, bei der starken

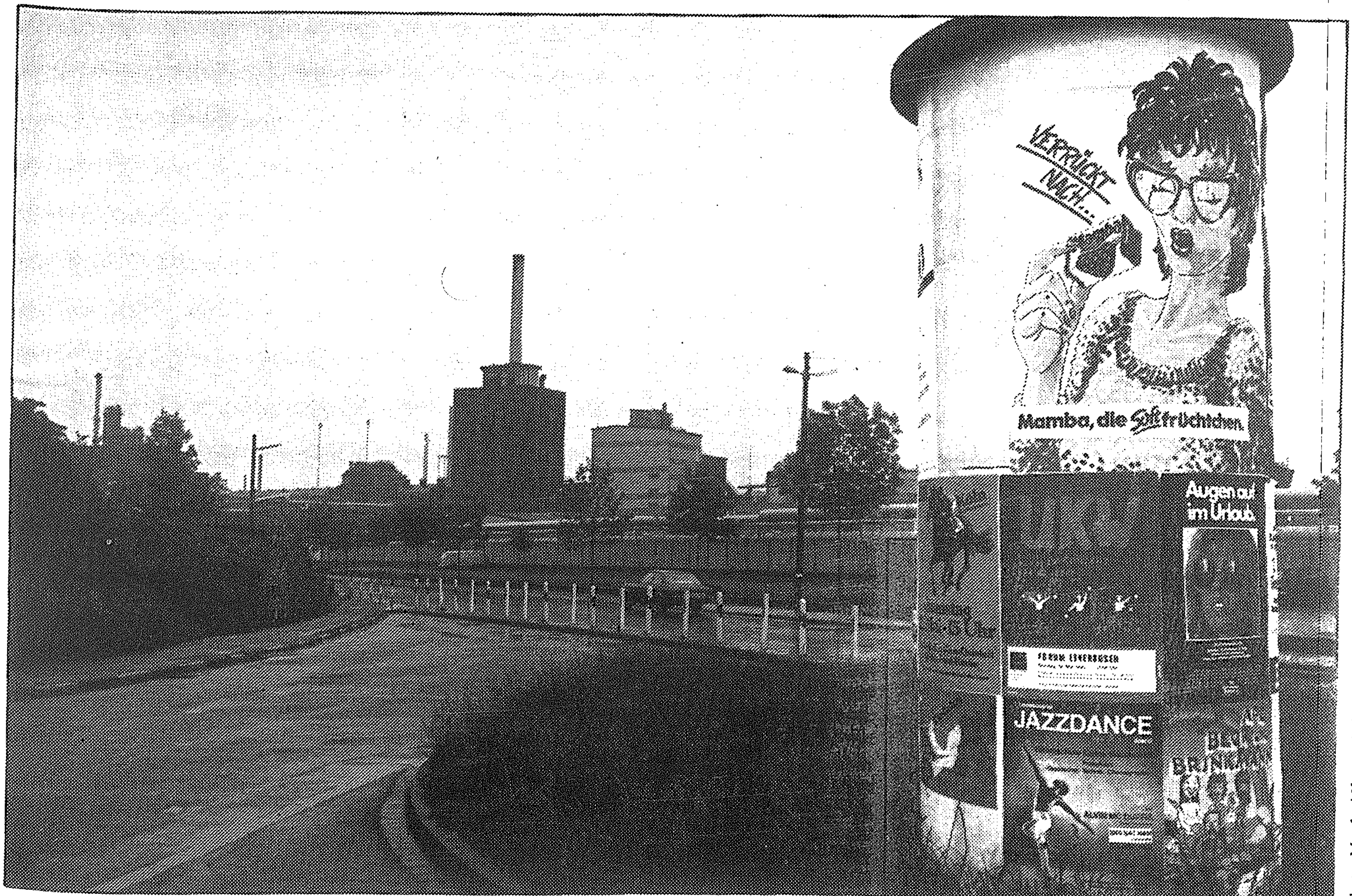


Photo: Manfred Kampschulte

Um die intendierte »Versöhnung« von Technik und Kultur richtig zu verstehen, muß man/frau sich nur an Späths Abwertung der Geisteswissenschaften zu »Diskussionswissenschaften« (vgl. *Vortrag Späth: Die ordnungspolitische Rolle des Staates in der sozialen Marktwirtschaft*) erinnern, denen Späth stattdessen die Funktion von *Legitimationsbeschaffern für den technischen Fortschritt* (Akzeptanzwissenschaften) zuschreiben will. Doch dies wird, aufgrund des spezifischen Reproduktionsmodus von kulturellem Wissen, unweigerlich zur Zerstörung von lebendiger Kultur, Traditionen und Überlieferung, zugunsten einer über Medien verbreiteten, künstlich-manipulativ produzierten und an die technokratischen Erfordernisse angepaßten Wissens führen. Denn kulturelles Wissen reproduziert sich auf der Alltagsebene in kommunikativen Strukturen, seine Reproduktion ist angewiesen auf eine lebendige Auseinandersetzung. Kulturelles Wissen kann, um den Preis der Selbstzerstörung nicht von einer Verwaltung objektiviert und zu irgendeinem Zweck strategisch eingesetzt werden.

unsere wirtschaftlich-strukturelle Zukunft. Als ich kürzlich zur Kunstakademie in Stuttgart kam, drehte sich die Diskussion um die Frage, inwieweit wir Design-Studiengänge entwickeln können, um die Industrie partnerschaftlich zu unterstützen und gleichzeitig neue Arbeitsplätze zu schaffen. An der Kunstakademie! 5 Jahre zuvor hätten sie dort günstigenfalls über die Frage der zulässigen Abstraktion in der Malerei diskutieren können. Das hat sich alles geändert. Die jungen Leute sind prima!« (vgl. *Lothar Späth, Vortrag*).

Das andere zentrale Krisenmoment des Spätkapitalismus, dem Späth zu begegnen sucht, ist die Krise des »wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus«, der durch den sozialstaatlichen Kompromiß gekennzeichnet ist. Diese für die **Nachkriegszeit** in Europa typische Form des wirtschaftspolitischen Managements wird gemeinhin mit dem Begriff des »Keynesianischen Konsensus« umschrieben:, gekennzeichnet dadurch:
– daß sie bei Bedarf durch staatliche Initiativen gestützt wird
– daß sie durch soziale Hilfe die jeweiligen

Weltmarktintegration nationaler Ökonomien stößt der »Konsens« an seine ökonomischen Grenzen.« (vgl. *Dubiel*)

Die Späthsche Antwort auf diese Probleme bewegt sich in den üblichen Bahnen neokonservativer Politik-Konzeptionen. Während sozialdemokratische Konzeptionen (keynesianisch) bisher stärker bei der »Nachfrage« ansetzten und durch eine beschäftigungsfördernde Arbeitsmarktpolitik, öffentliche Aufträge, sozialpolitische Maßnahmen etc. die Verwertungsbedingungen des Kapitals indirekt zu verbessern suchten, setzten (neo-)konservative Politiker direkt bei der Verbesserung dieser Verwertungsbedingungen an, sie stärken also die »Angebotsseite«.

Für Späth bedeutete dies vor allem, die Entwicklung neuer Technologien (z.B. Informationstechnik, Optoelektronik wie Glasfaser und Sensorentechnik, Lasertechnik, Gen- und Biotechnik, Erforschung neuer Werkstoffe) zu fördern. Dies bedarf einer Politik, die sowohl die Infrastruktur für die Produktion von High-Tech bereitstellt (veränderte Abschreibungspolitik, Forschungspolitik, Förderungsprogramme) wie sie auch die ver-

schiedenen Firmen bei der aggressiven Erschließung von Exportmärkten unterstützen soll.

Hieraus resultieren die zwei Grundpfeiler von Späths Politik, die extreme Exportorientierung und die Förderung der Entwicklung von High-Tech. Hinsichtlich des technischen Fortschritts nimmt Späth eine typisch neokonservative Haltung ein. **Konservativ mit »Neo-«** bedeutet heutzutage nicht mehr, im Unterschied zur überkommenden konservativen Haltung, die Erhaltung von Traditionsbeständen, Lebensformen, Moral etc., sondern es **bedeutet nun ein konservatives Verhältnis zur Struktur destechnisch-industriellen Fortschritts**:

»Die von Neokonservativen emphatisch verteidigte, in der soziologischen Gesellschaftstheorie zu ihrem Selbstbewußtsein gekommene »bürgerliche« Rationalität wird im wesentlichen durch die folgenden Werte und Institutionen verkörpert: zunächst durch einen von kulturellen und politischen Zwecksetzungen entbundenen S e l b s t l a u f t e c h n o l o g i s c h e r und s o z i a l t e c h n i s c h e r Entwicklung, sodann durch eine Produktionsweise, die das Privateigentum an Produktionsmitteln auch unter den Bedingungen hoher Grade von Vergesellschaftung nicht antastet, durch eine prohibitive Ethik, die moralische Motive mit den funktionalen Erfordernissen der Produktion kurzschließt, und schließlich durch ein von gesellschaftlichen Gruppen strikt g e t r e n n t e s politisches System, in dem formal legitimierte professionalisierte Eliten kollektive Entscheidungen beraten und durchführen.« (vgl. *Dubiel*)

Der technische Fortschritt wird zu einem unausweichlichen Geschick hochstilisiert, von dessen Erfolg alle anderen Momente der Gesellschaft, Kultur, Erfüllung von Glücksvorstellungen, Lebensstandard etc. als abhängig betrachtet werden. Dementsprechend meint Späth mit Hilfe der Entwicklung neuer Basistechnologien die derzeitigen ökonomischen Probleme überwinden zu können.

In diesem Zusammenhang stellt sich dann die Entwicklung von neuen Technologien als ein *Sachzwang* dar, dem man/frau sich nicht mit vernünftigen Argumenten entziehen können soll. Hierbei ist jedoch festzuhalten, daß eine Argumentation, die sich auf der Basis von Sachzwängen und deren ideologischer Verbrämung bewegt, als irrationale und antidemokratische einzustufen ist.

Sie ist irrational und antidemokratisch, weil sie sich ihre Prämissen von einer kleinen Minderheit unhinterfragt vorgeben läßt, die sich mitnichten an vernünftigen Überlegungen zur Lösung realer Probleme im Sinne einer sogenannten freiheitlich-demokratischen Gesellschaft leiten läßt, sondern allein an Profitmaximierung interessiert ist. (Antidemokratisch zudem, weil sie die Entscheidungen der öffentlichen Meinungsbildung entzieht und von »geheimbündlerischen Expertenzirkeln« beschließen läßt; gekürzte SF-Fassung)

Späth setzt auf die an sich schon irrationale Sachzwangargumentation noch einiges drauf, indem er die technologische Entwicklung mit einem Mythos von Evolution umgibt und sie damit zu einer Naturgesetzlichkeit (macht), sie gar noch als moralisch verpflichtend hinstellt:

»Die neuen Technologien sind für alle Völker, die sie anwenden und fortentwickeln können ein aus Vernunft und Gewissen abgeleiteter Auftrag dies auch zu tun.« (*Wende in die Zukunft*)

Elegant läßt er in seine schwülstigen Sätze auch eine Rechtfertigung aggressiver Exportpolitik einfließen, des zweiten Grundpfeilers seiner Politik. Die starke Orientierung am Export prägt zwar schon die gesamte deutsche Wirtschaft seit dem zweiten Weltkrieg, sie soll jedoch nach Späth, analog zur technologischen Entwicklung, zur Überwindung der momentanen wirtschaftlichen Probleme noch stark forciert werden. (. . .):

»Nun ist Weltoffenheit aber in dem kommenden informationstechnischen Zeitalter die wahrscheinlich wichtigste Grundbedingung zur Selbstbehauptung von Nationen. Wirtschaftlich wird auf Dauer nur Erfolg haben, wer in ausländische Märkteoffensiv hineingeht und sich in Kultur, Tradition und Mentalität anderer Völker einzufühlen weiß« (*Wende in die Zukunft*)

Mit dieser sogeannten Weltoffenheit wird außenpolitisch die »Garantie der Kapitalverwertung ganz eng mit der Sicherung und dem Ausbau der (relativen) imperialistischen Hegemonialstellung der Bundesrepublik verknüpft«. Andererseits bringt sie innenpolitisch einen »steigenden ökonomisch-sozialen Druck zur Anpassung an verdänderte Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt.« (*vgl. Joachim Hirsch: Der Sicherheitsstaat. Das ›Modell Deutschland‹, seine Krise und seine neuen sozialen Bewegungen, Frankfurt 1980*)

Denn wenn der Staat immer stärker in die Mechanismen des Weltmarktes hineingezogen wird, dann muß er innenpolitisch je nach Markterfordernissen eine Anpassung durch ökonomisch-soziale Restrukturierungen möglichst reibungslos durchsetzen können. **Er muß es fertigbringen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung auf die jeweiligen Erfordernisse des Weltmarkts hin zu formen.**

(Gekürzte SF-Fassung: Um diese hohe Flexibilisierung zu erreichen entsteht der Verschleierungsbedarf einer »Versöhnungsgesellschaft«, denn:)

– der Staat muß die Arbeiterschaft einbin-



Photo: Manfred Kampschulte

den und disziplinieren (sozialstaatlicher Kompromiß, Verbot politischer und spontaner Streiks, § 116 usw.)
– die Verlagerung von lohnintensiver Produktion ins Ausland, Rationalisierungsprozesse, Ausdehnung struktureller Arbeitslosigkeit im Inland.
– den Ausbau lebensbedrohender Industrien, die ›innere Kolonialisierung‹ und die Beeinträchtigung natürlicher und gesellschaftlicher Lebensbedingugen (Umwelt- und Stadtzerstörung) wird andauern.

Späths Instrumentarien

Zunächst: *Späths Politik unter dem Gesichtspunkt der Einbindung der arbeitenden Bevölkerung und der Problematik struktureller Arbeitslosigkeit.*
Allein die möglichst umfassende Entwicklung neuer Technologien und die Forcierung des Exports bieten nach Späth eine Chance zur Überwindung der strukturellen Arbeitslosigkeit, wobei er aber nicht aufzeigen kann, wie diese Überwindung vonstatten gehen könnte. Er argumentiert eher ausgehend von dem seiner Ansicht nach alternativlosen Sachzwang der Hochtechnisierung und des Exports. Er sucht durch ideologische Propaganda (z.B. »Versöhnung von Arbeit und Spiel«) die Hoffnung zu wecken, daß die Unterordnung unter die Exportlogik und die technologische Entwicklung schon irgendwie das Problem der Arebeitslosigkeit lösen werde. Dies bedeutet jedoch zunächst einmal den Anstieg von Arbeitslosigkeit, denn entsprechend dem vorgeblichen Zwang zur Hochtechnisierung spricht sich Späth gegen jegliche Förderung alter Industrien aus (z.B. Werften, Stahl, Kohle).

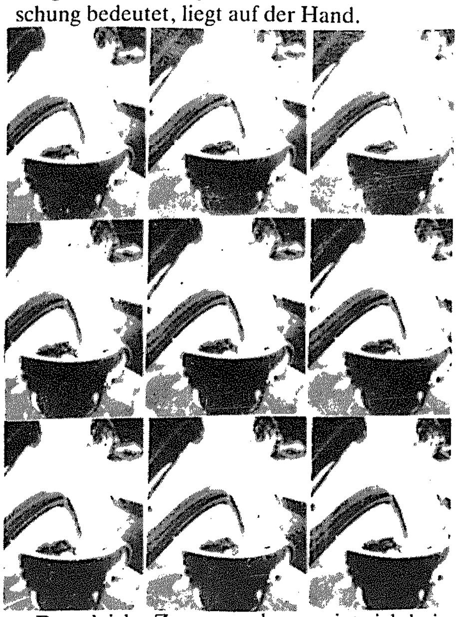
Das Problem, auf welche Weise mehr Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß eingebunden werden können, als eigentlich für dessen Aufrechterhaltung notwendig sind, will Späth auf eine Weise lösen, die schon in der Dritten Welt von verschiedenen Konzernen praktiziert wird. Auch hier kann man/frau ablesen, wie die propagierte »Versöhnung« der Gesellschaft, die eine Spaltung in einen arbeitenden »Kern« und eine nicht arbeitende»Peripherie« verhindern soll vonstatten zu gehen hat.

Späths Antwort auf diese drohende Spaltung ist das Programm einer permanenten *Z i r k u l a t i o n von Arbeitskräften*, wobei Arbeitslosigkeit durch Weiterbildungsprogramme etc. überbrückt werden soll. Die verlokkende Vorstellung des lebenslangen Lernens wird von Späth zur Bereitschaft lebenslanger Anpassung an neue Technik uminterpretiert:

»Auf Arbeitnehmerseite ist die Bereitschaft notwendig, staatliche und private Weiterbildungsangebote intensiv zu nutzen, befristete oder Teilzeitarbeitsverhältnisse als Übergangslösung zu akzeptieren und eventuell Formen einer Teilselbständigkeit im Dienstleistungsbereich zu erproben.« (*Wende in die Zukunft*)

Mit diesem Programm der Fluktuation und der Teilselbständigkeit scheint es möglich, trotz weniger Arbeitsplätzen, mehr Menschen noch intensiver und kontrollierter in den Produktionsprozeß einzubinden. Damit verbunden kann eine noch weitgehendere Desintegration der Gesellschaft, als sie heute schon vorliegt, ewrwartet werden. Das Konzept der Teilselbständigkeit (z.B. Heimarbeit am Terminal + Herumrennen als Unternehmer/-in um Aufträge zu suchen)[Unqualifizierter (?) Einspruch: nur so ist die Produktion dieser Zeitschrift möglich, äh?hm! – die Kontrolle ist also relativ unhd ausnutzbar! wh]) wird ein übriges dazutun die Arbeitenden weiter zu entsolidarisieren und zu anonymisieren.

(. . .)Zum Zweiten: *Späths Politik unter dem Gesichtspunkt der ›inneren Kolonialisierung‹ des Ausbaus lebensbedrohender Industrien und der Verwüstung natürlicher und gesellschaftlicher Lebensbedingungen.*
Ein Bilderbuchbeispiel für ›innere Kolonialisierung‹ ist Späths Hochschulpolitik im Rahmen der Schaffung einer Technologie und wirtschaftsfreundlichen Forschungsinfrastruktur. Die naturwissenschaftlichen Fächer sollen direkt eingebunden werden in den Verwertungsprozeß des Kapitals, d.h. die letzten Reste einer wissenschaftlichen Autonomie werden im Dienste eines scheinbaren technokratischen Fortschritts zerstört, indem die Grundlagenforschung administriell auf die Bedürfnisse des Marktes hin zugeschnitten werden soll. Mit dieser Politik wird nicht nur verhindert, daß sich die Forschung der Lösung wirklich realer und existenzbedrohender Probleme unserer Zeut zuwendet (z.B. auf dem Gebiet der Landwirtschaft: angesichts der fortschreitenden Zerstörung des Bodens kaum Forschung für ökologischen Landbau, statt dessen Gentechnologie), sondern auch das umfassende , forschungsimmanente Fragen wird durch diese Funktionalisierung hin auf kurzsichtige Marktinteressen untergaben. Daß diese langfristig das Ende jenes noch einigermaßen akzeptablen Niveaus von Forschung bedeutet, liegt auf der Hand.



Der gleiche Zusammenhang zeigt sich bei der Funktionalisierung der Geisteswissenschaften, die entweder zu Akzeptanz – wie z.B. die Philosophie oder zu Exportförderungswissenschaften wie z.B. die Japanologie oder Sinologie degradiert werden sollen.

Ein nur zu bestimten Zwecken, sei es die Akzeptanz von Technologie oder sei es auch ›nützliches‹ Wissen für die Erschließung ausländischer Märkte, aufbereitetes und strategisch eingesetztes kulturelles Wissen stirbt notwendigerweise ab. Der Geist lebendiger Auseinandersetzung weicht dem toten Kalkül der Technokraten. Doch auch hinsichtlich der Verwüstung der Umwelt und eines weltpolitischen Amoklaufs zeigen sich deutlich die Konturen von Späths Politik. Die absolute Gemeingefährlichkeit einer solchen rein technokratischen Politikkonzeption erweiststich an Späths Eintreten für SDI im Dienste von Daimler und dessen technologischen Innovationen. In diesem Sinne fördert Späth auch offensiv die Fusion großer Betriebe, z.B. von Daimler, Dornier, MTU, AEG. Innenpolitisch zeigen sich die Folgen dieser in devoter Weise den großen Konzernen unbarmherzig den Weg ebnenden technokratischen Verwüstungspolitik beispielsweise in Boxberg (Daimler-Teststrecke), sie werden sich zeigen am Bodensee (Dornier). Von sogenannten bautechnischen infrastrukturellen Maßnahmen, sprich der hemmungslosen Straßenbauorgie ganz zu schweigen. Zur Durchsetzung dieser Politik »technokratischer Flurbereinigung« (Begriff v. Fritz Kuhn (Grüne) in *Kommune 3/86* »Das Projekt-Späth-Kapitalismus«) versucht Späth eine der demokratischen Kontrolle möglichst entzogene, zentrale und effektive *Verwaltung* zu schaffen (Bulling-Kommission). Als Ziel dieser Politik kann man/frau sich eine mit modernster Informationstechnik und einem möglichst unbegrenzten Datenfluß versorgte zentrale Verwaltung vorstellen, die ein effektives Management technokratischer Politik durchzuführen sucht, – abgesichert durch eine mit Propaganda erzeugte diffuse Massenloyalität. (. . .)

(SF: Wie bereitet Späth diesen Weg konkret vor?)
Z.B. durch ein System des Technologietransfers, das »eine rasche Vermittlung von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft und ein schnelles Beratungswesen der Wirtschaft durch die Universitäten und Fachhochschulen ermöglicht.« (vgl. Kuhn, s.o.) Des weiteren versucht Späth mit seiner Technologiepolitik den Mittelstand (Zulieferung) und die Großindustrie aufeinander abzustimmen. Ein eher plakatives Element zur *Erzeugung einer Aufbruchsstimmung* scheinen die sogenannten Technologieparks für High Tech orientierte Jungunternehmer zu sein.

Als letzte Maßnahme bleibt noch das Eintreten für eine Bankenfusion zu nennen. Späth braucht für sein Exportgeschäft eine Bank, in der das Land Mehrheitseigner ist und die in Sachen Risikofinanzierung keine allzu großen Probleme macht. (. . .)

[Der Autor dieses Beitrags ist Lehramtsstudent, aufgrund dessen, daß schon andere SF-Autoren allein aufgrund ihrer Artikel in Baden-Württemberg mit Ausbildungsverbot – Ausschluß aus dem Referendariat – belegt wurden, sieht er sich gegen seinen Willen gezwungen sich hinter der Tübinger Gruppe *Libertäre Initiative*, in der er Mitglied ist, »zu verbergen«.
– Auch wenn es Stimmen in der A-Szene gibt, denen es selbstverständlich geworden ist, sich nur unter Pseudonymen zu Wort zu melden, bzw. die es lächerlich finden, daß sich Anarchisten über Berufsverbote und ähnliches beschweren, so will der SF grundsätzlich das Recht der Anarchisten auf eine legale Öffentlichkeit verteidigt wissen. Wir werden alles dafür tun, uns gerade nicht in die Illegalität – ins verstärkte Ghetto – abdrängen zu lassen! Es ist etwas anderes, sich diesem Staat bewußt zu verweigern, oder aufgrund politischer Überzeugung einige der wenigen verbliebenen Rechte einbüßen zu müssen. Da der Staat das Ausbildungsm o n o p o l für Lehrkräfte absichert, gibt es keinen anderen Ausbildungsweg. Eine politische Stellungnahme im SF gegen Berufsverbote (vgl. SF-13) zielt also nicht darauf ab, für Anarchisten die Beamtenlaufbahn verteidigen zu wollen, sondern greift das Monopol des Staates an – dies an die Adresse einiger »Wortradikaler« (wie z.B. *Michael Leisching in: DFGNr.13/14*])

§ 130a StGB

(Bücher) Lesen macht dumm & gewalttätig

In eigener Sache:
In verdächtiger Eile wird wieder einmal ein sogenanntes Terroristengesetz durch den Bundestag gepeitscht. Innerhalb von nur 3 Monaten wird eine Bestimmung wieder eingeführt, die schon einmal nach langem Kampf der wirklich demokratischen Öffentlichkeit wieder zurückgezogen wurde. Unter dem irreführenden Namen »Anleitung zu Straftaten« soll unter der Hand wieder einmal Z E N S U R und S E L B S T Z E N S U R eingeführt werden.

Die Entwicklung um den »Kronzeugen« als Bestandteil dieses Pakets macht zweierlei deutlich, einmal bestätigt sie den Verdacht, daß die Geheimdienste ihre Leute innerhalb der RAF haben könnten und ihnen ein legales, öffentliches Auftauchen, Denunzieren und finanziell abgesichertes Verschwinden ermöglichen wollten. Zum anderen (falls ersteres noch nicht durchsetzbar ist) und das ist nun zur Realität geworden, lenkt diese rechtlich völlig umstrittene Regelung Juristen und öffentliche Meinung von dem »Rest«-paket ab, das um so einfacher passieren kann und zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Nummer wohl Realtität geworden ist.

Dieses Restpaket ist mehr als ein »Lex Radikal«, denn daß selbst die Vertriebswege und Verkaufststellen (linke Buchläden) bereits unter »altem« Recht durchsucht, angeklagt etc. wurden, ist ja eine Tatsache; allerdings stehen in Zukunft auf solche »Taten« (das Auslegen einer Zeitschrift im Zeitschriftenregal!) bis zu 3 Jahre Knast! Die Selbstzensur wird also viele Orte haben: den Verfasser/die Verfasserin (sofern überhaupt noch gewagt wird mit richtigem Namen zu unterzeichnen), den Verleger einer Zeitschrift, die Redaktion und den »Deppen der Bewegung« (will sagen presserechtlich Verantwortlichen), die Drucker, den Vertrieb, den linken Buchhändler und Wiederverkäufer. Wielange unter diesen Umständen eine kritische und tabufreie Gegenöffentlichkeit möglich bleibt, wird sich erst noch zeigen müssen. Es dürften jedoch sehr viel mehr Prozesse auf die linke Szene zukommen, als konkrete »Anleitungen zu Straftaten« veröffentlicht werden können. Wir fordern deshalb alle auf, sich überall, wo sich Initiativen gegen diesen Zensurparagraphen bilden, zu beteiligen (und schon mal Prozeßgelder für arme Redaktionen, Buchläden usw. zur Seite zu legen).

Der Wortlaut des Gesetzes:

Einige linke Buchläden haben bereits ein Flugblatt verfaßt aus dem wir einige Passagen hier wiedergegen:

Nach § 130 wird folgende Vorschrift eingefügt:

§ 130 a
Anleitung zu Straftaten

(1) Wer eine Schrift (§ 11 Abs. 3), die geeignet ist, als Anleitung zu einer in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat zu dienen und nach ihrem Inhalt bestimmt ist, die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, eine solche Tat zu begehen, verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft

(2) Ebenso wird bestraft, wer

1. eine Schrift (§ 11 Abs. 3), die geeignet ist, als Anleitung zu einer in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat zu dienen, verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder
2. öffentlich oder in einer Versammlung zu einer in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat eine Anleitung gibt, um die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, eine solche Tat zu begehen.

(3) § 86 Abs. 3 gilt entsprechend.

3. In § 140 wird die Verweisung „§ 126 Abs. 1 Nr. 1 bis 6" durch die Verweisung „126 Abs. 1" ersetzt.
4. In § 308 Abs. 1 werden nach dem Wort „Schiffe" die Worte „Personen- oder Lastkraftwagen, Baumaschinen" eingefügt.

In den § 129 a neu eingefügt werden sollen die § 315 Abs. 1 (gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr) und § 316 b Abs. 1 (Störung öffentlicher Betriebe) wie Bundesbahn, Post, Öffentlicher Nahverkehr, Energie-Versorgungsunternehmen (im Gesetzestext halbfett).

Ein Blick zurück
Der § 130 a hat mittlerweile eine Geschichte. Am 22.4.1976 verabschiedeten SPD und FDP — damals noch in einer sozial-liberalen Koalition vereint — das 14. Strafrechtsänderungsgesetz, das über die seinerzeit neuen §§ 88 a und 130 a StGB die „Befürwortung" und „Anleitung zu Straftaten" unter Strafe stellte. Der Grund der neuen Gesetze lag seinerzeit „in der Gefährdung der Allgemeinheit durch die Schaffung eines psychischen Klimas, in dem schwere Gewalttaten gedeihen und nachgeahmt werden. Die Vorschrift dient darüber hinaus dem Zweck, die öffentliche Sicherheit, aber auch das **Gefühl der Rechtssicherheit,** zu schützen" — so die offizielle Begründung.

Verschärfte Versionen
Der jetzt vorgelegte Entwurf des § 130 a enthält gegenüber der 1981 aufgehobenen Fassung noch eine Reihe von Verschärfungen. Sah die alte Fassung eine Bestrafung vor, wenn eine Schrift bereitgehalten wurde, die „die Anleitung zu einer in § 126 I bis VI rechtswidrigen Tat **enthält**", so sollen nach der christlich-liberalen Formulierung nunmehr Schriften inkriminiert werden, die **geeignet sind,** „als Anleitung zu rechtswidrigen Taten . . **zu dienen.**" Damit wird es gar nicht mehr notwendig sein, daß eine etwaige Anleitung sich aus dem jeweiligen Text selbst ergibt, sondern aus den jeweiligen politischen Umständen muß eine solche Interpretation möglich sein.
Dieses Vorgehen ist für die deutche Justiz nicht neu. Der 1981 wieder abgeschaffte § 88 a StGB verschärfte etwa die Bestimmungen des älteren § 93 StGB a.F., der in den 50er und 60er Jahren die Strafbarkeit der für die KPD-Verfolgung so bedeutsamen „staatsverräterischen Schriften" regelte. Die im Zuge dieser Rechtssprechung entwickelten Grundsätze werden beim neuen § 130 a StGB wieder zur Geltung kommen. So urteilte der **Bundesgerichtshof** etwa beispielhaft: „Bei der . . .Beurteilung des Inhalts der Schrift sind daher auch solche Gedanken zu berücksichtigen, die der verständige Leser erkennt, selbst wenn sie nur zwischen den Zeilen stehen." (BGHSt 16, 53)

Bestraft werden soll mithin nicht mehr nur das, was Schwarz & Weiß auf dem Papier steht, sondern auch das, was im Kopf des Lesers vorgehen könnte: **Gesinnung wird zur Straftat.**
Gegenüber der Fassung von '76 erweitert der Entwurf der 80er auch den Tatbestand der Anleitung erheblich. Während es in der alten Bestimmung nur darum ging, jemand zu belangen, der (die bereits bestehende) „Bereitschaft" zur Begehung eines Delikts bei einem anderen förderte, ist nun auch das „Wecken" dieser Bereitschaft unter Strafe gestellt. Damit ist der Straftatbestand noch weiter aufgeweicht, den Verfolgungsbehörden eine nahezu beliebig auslegbare strafrechtliche „Generalklausel" an die Hand gegeben.

Auseinandersetzung, aber bitte!
Die vom geplanten § 130 a StGB drohende Illegalisierung jedweder praktischer und effektiver Auseinandersetzung in Schrift und Bild über Ursachen der zunehmenden Zerstörung von Mensch und Natur durch dieses System einerseits und wirksamen Widerstandsaktionen dagegen andererseits trifft uns, **die linken und alternativen Buchläden** besonders. Gleichwohl denken wir, daß für uns der § 130 a StGB und das dort geplante Diskussionsverbot, die dort geforderte Selbstzensur für öffentliche Orte, an denen Flugblätter, Zeitungen, Bücher und Plakate zu den unterschiedlichsten Widerstandsformen vom Streik bis zur Strommastbesetzung informieren, nicht allein das Problem ist.
Nach unseren Erfahrungen speisen sich die Wellen von staatlicher Repression und bewaffnetem Kampf am Verbot der diskursiven Debatte.
Die Auseinandersetzung mit der RAF z.B. wird aus vielen Gründen und von vielen Seiten tabuisiert. Es ist allemal leichter, sich über den staatlichen Repressionsapparat zu erregen als sich über die Formen eines effektiven langen Widerstands zu verständigen. Es ist allemal leichter, allein die Show am Bauzaun mitzumachen als sich mit Perspektiven zu befassen, die die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt mitdenkt.
Die präventive Illegalisierung von Menschen im Widerstand durch den Staatsapparat schafft ihm selbst auch die Legitimation, diese Diskussion zu behindern.
Wir vom VLB wollen der staatlichen Strategie von Entpolitisierung und Illegalisierung, Diskussionsverboten und Tabus entgegentreten.
Die Auseinandersetzung um Wege und Möglichkeiten, den katastrophalen Zug der Industriegesellschaft zum Halten und zum Kurswechsel zu bringen, weiter treiben durch unser **öffentliches,** jederman zugängliches und am Diskurs orientiertes Informationsangebot.

Aragon-Buchhandlung, Homberger Str. 30, 4130 Moers, Tel. (02841) 29772, Kontakt: Ernst Schwarz

Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, 5000 Köln 41, Tel. (0221) 416325, Kontakt: Christoph Meertens

Buchhandlung BiBaBuZe, Aachener Str. 1, 4000 Düsseldorf, Tel. (0211) 340060, Kontakt: Günter Offermann

Prolibri Buchladen, Regentenstr. 120, 4050 Mönchengladbach, Tel. (02161) 23640, Kontakt: Rainer Tribe

Der Andere Buchladen, Dionysiusstr. 7, 4150 Krefeld, Tel. (02151) 66842, Kontakt: Joachim Kurscheid

Provinzbuchladen, Hamelingerstr. 10, 4900 Herford, Tel. (05221) 58765

Der Andere Buchladen, Glasstr. 80, 5000 Köln 30, Tel. (0221) 520579

Kesseltreiben

von Friederike Kamann

An »südamerikanische Zustände« fühlten sich viele angesichts des »Hamburger Kessels« erinnert. Inzwischen hat sich diese Methode, Demonstranten »Schach-Matt« zu setzen und als »Schwerverbrecher« gefangen zu nehmen, als durchaus *deutscher* Umgang mit dem Demonstrationsrecht erwiesen.

Massenfestnahmen werden bei jeder mittleren Demonstration von der Polizeiführung als Erfolgsziffern verbucht, vor allem in den exemplarischen Auseinandersetzungen um die Atomenergie in Wackersdorf und Brokdorf. Je mehr die Akzeptanz für die aggressive Mehrwertpolitik der bundesdeutschen Atomlobby abbröckelt (verkauft als Zukunft sichernder Fortschritt), desto mehr Ohnmachtserfahrungen versucht die Polizei der verbreiterten Protestbewegung durch Gewalt und Willkürmaßnahmen beizubringen.

Da werden schon phantasievolle Aktionen wie »Trödelblockaden« im Rahmen der WAAckerland Aktionstage vom 16./17.10.86 von der Polizei behandelt, wie eine gefährliche Zusammenrottung von entflohenen Sträflingen:

»Am 16.10. machten wir mit ca. 30 Radfahrern eine Trödelblockade auf der B 85 von Amberg nach Schwandorf. Wir fuhren im Schritttempo; die Länge der Fahrradstaffette betrug ca. 70 Meter, so daß wegen des dichten Nebels mit nur ca. 50 Meter Sichtweite niemand überholen konnte. Es bildete sich ein 8 km langer Stau. Von Anfang an wurden wir von einer Zivilstreife, später auch von zwei Polizeistreifen mit Blaulicht eskortiert . . .«

An der Abzweigung nach Schwarzenfeld verhinderten zwei Polizeiwagen die Weiterfahrt auf der B 85. Als der Treck versucht abzubiegen, wird auch hier der Weg von überholenden Polizeiwagen blockiert. Daraufhin kehren die Radfahrer auf die B 85 zurück und fahren dort wie gehabt weiter. Um ca. 10 Uhr sperrt die Polizei dann die gesamte B 85 ab, auch für den Gegenverkehr, mit dem Ziel, die Radfahrer festzunehmen. Ca. 15 von ihnen können wenden und über Feldwege zurückfahren, woran sie Polizisten durch Handgreiflichkeiten zu hindern suchen. Diese *15* werden nach ca. 20 Minuten von etwa *20 BGS Fahrzeugen* eingeholt und auf einem Feldweg gestellt. Alle werden sofort *verhaftet, ohne Angabe von Gründen!* Die Räder werden auf einen eintreffenden BGS-LKW verfrachtet, die Gefangenen auf die Polizeiwache nach Amberg gebracht, durchsucht und *in Zellen gesteckt*. Nach und nach werden sie vernommen und *ED behandelt* . . .

Dieser Bericht ist kein Einzelfall! Eine *Reutlinger* Gruppe fand sich nach einer ähnlichen Aktion in Polizeiwannen auf dem WAA-Gelände wieder, wo sie die gleichen Behandlungen über sich ergehen lassen mußten.

Diese Vorfälle sind typisch für ein polizeitaktisches Vorgehen, das Demonstrationen nur noch als überwachte Rituale tolerieren möchte. Da nummerierte und mit den Personalien versehene Teilnahmescheine sich aber (noch) nicht durchgesetzt haben, besorgt man sich diese bei der dem Kesseltreiben folgenden ED-Behandlung.



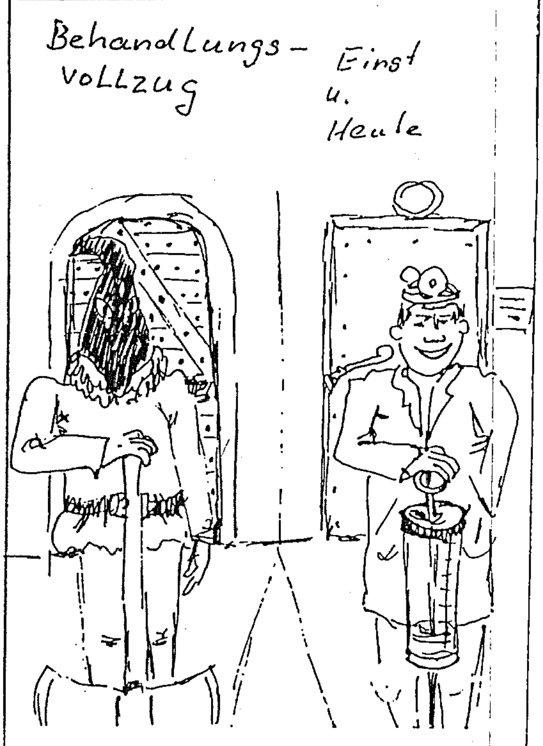
So auch beim *Mainzer Kessel* vom 16.9.86: »Der Demonstrationszug (anläßlich einer Tagung der *Atlantic Treaty Association, einem Dachverband der nichtstaatlichen Vereinigungen in den NATO-Mitgliedstaaten, in der BRD die DAG – Deutsch Atlantische Gesellschaft, benötigt vor allem zur Propaganda für die NATO, anwesend u.a Rogers, Nitze, Carrington, Pym, Wörner, Kohl, Genscher, Ehmke; Motto: Informationsdefizite bei der Jugendbeseitigen!!!*) glich einem Gefangenentransport (eben dieser Jugend!): Vorne, hinten, rechts und links Schwerbewaffnete Uniformierte.« (*Friedlicht, Nr.23, in ihm auch folgender Augenzeugenbericht:*) »Hinter dem Schillerstraßeneingang der Kinopassage standen plötzlich einige Polizisten, im Eingang selbst keiner. Logisch, daß der Zug hier abbog und auf der Langgasse ankam. Von dort gingen wir geradeaus in die Fußgängerpassage, um in die Lotharstraße zur Großen Bleiche abzubiegen, aber auch hier standen wieder Polizisten; der Zug stockte kurz und ging dann geradeaus. An der nächsten Kreuzung standen dann 3 Streifenwagen, so daß kein Durchgang mehr da war. Allerdings stoppte uns die Polizei vorher, sie bildete im Halbkreis eine Kette, so daß die Zugspitze festsaß. Es wurde der Versuch unternommen, durchzubrechen, aber er mißlang. Da die Polizeikette nur ein Halbkreis war, zog der Zug nach hinten ab, dann doch auf die Große Bleiche. Als die Spitze des Zuges auf der anderen Straßenseite war, schloß sich vor ihnen wieder die Polizeikette, diesmal drehte man ohne Kraftprobe um, aber hinten war auch schon zu. Und schon saß man im Kessel.

Inzwischen läßt sich aus bezeugbarem Verhalten der Polizei und Aussagen auf der Polizeikonferenz (»Die Ingewahrsamnahme war seit langem vorgesehen«) schließen, daß die Kesselung schon ab 18.40 Uhr (Ende der Kundgebung) feststand, und daß die Polizei den Zug lenkte; die Große Bleiche war vermutlich geplant um eine günstige Zufahrtsmöglichkeit für die Zellenbusse zu haben.«

Es dauerte zwei verregnete Stunden bis die Eingekesselten in die Gefangenentransporter verladen waren, und weil's anscheinend nicht genug waren, wurde sogar noch ein fotografierender Schüler von außerhalb des Kessels geschnappt.

Die Betroffenen berichteten von zahlreichen Schikanen und Mißhandlungen: Tritte, Zerren an Haaren, stundenlanges Warten, Gang zur Toilette verweigert, überfüllte Zellen, schlechte Luft, durchnäßte Kleidung, Ungewißtheit, Verweigerung der Kontaktaufnahme mit Eltern und Anwalt, ED-Behandlung ohne Vorwurf einer Straftat. Erniedrigung.

Und diese »Prävention« bei 450 Demonstranten, denn mehr waren aufgrund der vorhergehenden Einschüchterungen in der Presse nicht gekommen, und 1000 rund um das Hilton-Hotel postierten Polizisten! Laut Polizeibericht sollen 2/3 der Festgenommenen dem »antiimperialistischen Bereich und dem RAF-Umfeld zuzuordnen« sein. Ein Wunsch-Feindbild mehr nicht! Allerdings eine Schauergemälde dem die lokale Presse *Allgemeine Zeitung* noch ein weiteres Märchen hinzuzufügen wußte: der Ort der Einkesselung sei wegen einem Restaurant zustandegekommen, in dem die Demonstranten ein (!) Mitglied der ATA-Tagung vermutet hätten. Das ist keine Fehlleistung eines desinformierten Journalisten, denn: vom Gebäude der *Allgemeinen Zeitung* hat man Blickkontakt mit dem Einkesselungsort.



Persönlichkeitszerstörung durch Psychopharmaka, Isolationshaft und Reizentzug unter Mithilfe von Medizinern und Psychologen – sauber, subtil und – fast – ohne Blut. Gefangene – Objekte der Forschung – beschreiben die Funktion der Gefängnisse, ihre Auswirkungen und Möglichkeiten zur Abschaffung – für eine Gesellschaft ohne Knäste, Heime, Lager Psychiatrien!
in HABERFELD, Zeitschrift für Ausgegrenzte und Weggeschlossene, zu bestellen bei R.Hallama, Sackgasse 4, 7147 Nussdorf.
Jahresabo kostet 30.-DM

Folgende Auseinandersetzung wurde von Frankfurter Autonomen verfaßt und dem SF als Diskussionsbeitrag überlassen.

★ ★ ★

Wir haben es satt, aus falscher Ehrfurcht und verhängnisvoller Mythologisierung des bewaffneten Kampfes das Maul zu halten. *Für Viele von uns verkörpert die RAF nur noch unseren blinden Haß, jedoch schon lange nicht mehr unsere Utopien von einer herrschaftsfreien Gesellschaft!*

Es ist längst überfällig, den Knoten aus moralischer Verpflichtung, bedingter Solidarität und eigener Feigheit zu durchschlagen, das wirklich Gemeinsame zu benennen, das Trennende klar und eindeutig zu formulieren. Es liegt an uns, ehrlich zu sein, gerade was das »sich-verhalten-zu-müssen« und »irgendwie-solidarisch-zu-sein« angeht. Diese diffuse Haltung täuscht eine Solidarität und eine Front vor, die es seit Jahren nicht gibt. Ein Großteil der moralischen Solidarität bezieht sich *nicht auf die Inhalte und Ziele der RAF*, sondern auf die Gewaltverhältnisse, denen sie – im besonderen Maße – unterworfen ist. Diese moralisch geprägte Solidarität drückt sich vor einer radikalen Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten der RAF; sie wird entfacht und erzeugt zu Beginn jedes Hungerstreiks. Und jedes Mal sagen wir uns, daß es notwendig ist, über den Hungerstreik hinaus, eigene antiimperialistische Positionen zu erarbeiten – doch wenn der *Druck* weg ist, verläuft sich dieAuseinandersetzung und wir selbst, – bis zum nächsten Hungerstreik!

Die Kritik an der RAF-Politik ist also zugleich eine Kritik an uns selbst; eine Kritik, die unsere Schwäche miteinbeziehen muß, uns offensiv mit der RAF -Politik auseinanderzusetzen (. . .)

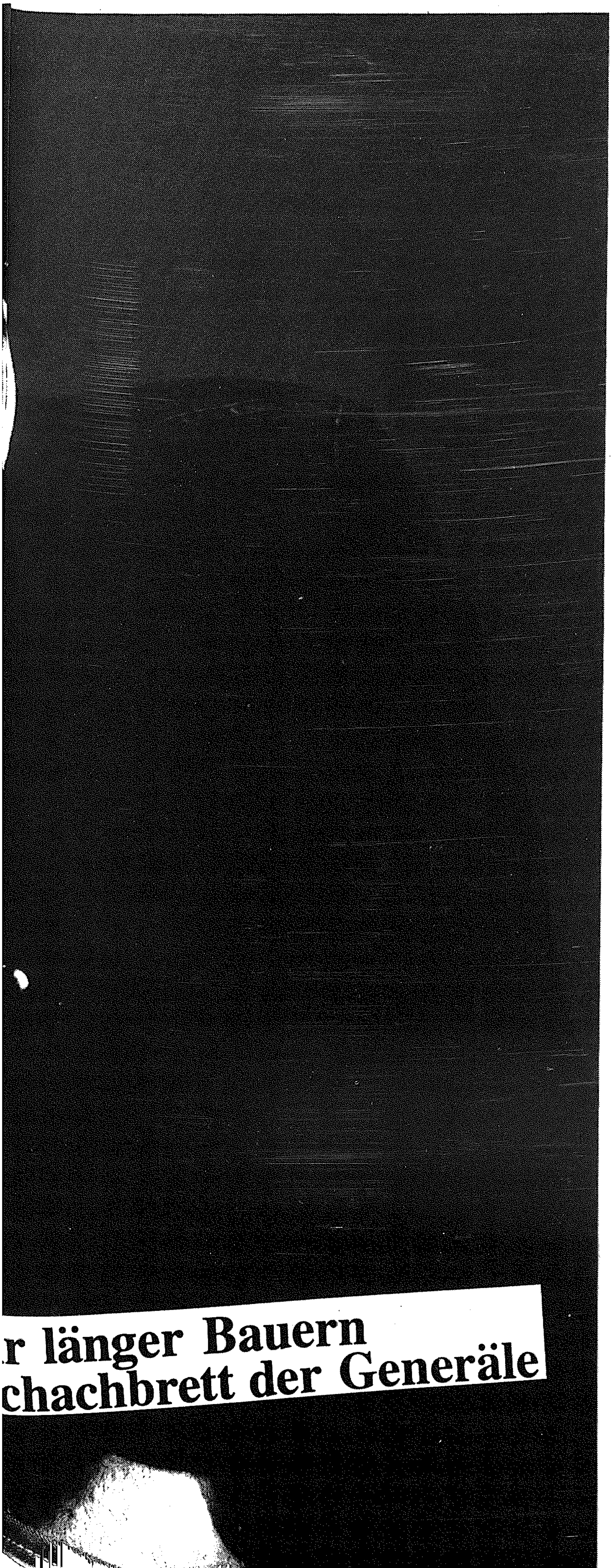
Die RAF war notwendig als Versuch, den bewaffneten Kampf zu entwickeln, zu einem Zeitpunkt, wo es pure Spekulation gewesen wäre, über die Erfolgsaussichten bewaffneten Kampfes zu mutmaßen. Sie ist entstanden, als es darum ging, Konsequenzen aus den antiimperialistischen internationalistischen Kämpfen der Studentenbewegung zu ziehen. Der bewaffnete Kampf war sowohl eine Antwort auf das Scheitern und den Zerfall der Studentenbewegung, als auch eine radikale Absage an den »Marsch durch die Institutionen«.

Doch nun existieren 14 Jahre Erfahrungen von bewaffnetem Kampf und wir fragen uns: Wo konnte sich die Guerilla ausdehnen, wo Fuß fassen? Wo gelang es ihr *politisches Bewußtsein* zu verbreitern, Sympathien und Menschen zu gewinnen? Wo hat sich bewahrheitet, daß »die Entwicklung der Klassenkämpfe selbst das Konzept (Stadtguerilla) durchsetzen wird«?

Doch wenn wir ehrlich sind, wissen wir auch nicht, woran wir die heutige RAF messen können. Auf welche politische Theorie bezieht sie sich? Haben für sie die grundlegenden Konzept- und Strategiepapiere der 70er Jahre noch Gültigkeit? Begreifen sie sich auch inhaltlich in dieser Kontinuität? Welche inhaltlichen Neubestimmungen haben sich in den letzten 14 Jahren ergeben? Davon wissen wir verdammt wenig und die heutige RAF offensichtlich auch nicht.

Doch wenn wir davon ausgehen, daß diese Konzeptpapiere in ihren Grundzügen noch Gültigkeit haben, dann können wir nur entsetzt sein, wie wenig die RAF dazu bereit ist, ihre heutige Politik an ihren eigenen Prämissen zu messen. Es hat sich einfach nicht be-





wahrheitet, »daß die Guerilla sich ausbreiten wird, Fuß fassen wird, daß die Entwicklung der Klassenkämpfe das Konzept durchsetzen wird.« (*Der bewaffnete Kampf in Westeuropa, S.402*). Fakt ist doch, daß mehr RAF-Mitglieder tot, im Knast oder ins Ausland geflüchtet sind, als hier in der BRD kämpfen. (. . .) Fakt ist doch, daß die Sympathie, die die RAF noch vor 14 Jahren zumindest in kleinen Teilen der Bevölkerung genoß, geschwunden ist, anstatt zu wachsen. (. . .)

1972 hat die RAF formuliert: »Die RAF redet vom Primat der Praxis. Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich ist, ist nur praktisch er ermitteln.« (*S./354*)

Darauf müßte heute ein Antwort möglich sein. Dabei spielen spektakuläre Einzelaktionen nicht die Rolle, sondern die errungene Fähigkeit, sich im Volk zu verankern, Ausdrucks des Widerstands im Volk (und) eine revolutionäre Alternative gegenüber dem herrschenden System zu sein.

Wenn die Parole der RAF »Dem Volke dienen« auch ein Stück Wirklichkeit meint, dann muß sie auch von denen angenommen werden, für die die RAF kämpft. Doch von all dem ist die RAF weiter denn je entfernt.

(. . .) Der RAF bleibt nur die Anonymität der Großstädte und das Ausland. Da diese Anonymität nun auch allmählich zu schwinden droht, das »Volk« sie eher denunziert als schützt, beginnt eine neue Fluchtbewegung, die politisch als »neue Qualität« desbewaffneten Kampfes verkauft wird: die westeuropäische Guerilla. Doch was hier propagandistisch als neue Phase des Angriffs bezeichnet wird, ist erst mal nicht mehr als eine Überlebensfrage. Denn nicht nur die RAF weiß zu gut, daß es oft einfacher ist, im Ausland unterzutauchen, als in Deutschland selbst. Doch wer sich im Ausland sicherer fühlt als im eigenen Land, der muß nach 14 Jahren endlich die eigenen Politik *grundsätzlich hinterfragen*, anstatt die nationale Schwäche durch die Europäisierung der Schauplätze zu vertuschen. (. . .)

Die westeuropäische Guerilla

So sehr es objektiv stimmt, daß die Internationalisierung der »Innenpolitik«, der Repressionsstrategien und Kapitalakkumulation eine Internationalisierung des Widerstands verlangt, so sehr lenkt gerade der Zusammenschluß von AD, CCC und RAF von der subjektiven Unmöglichkeit ab, den bewaffneten Kampf auf ein »qualitativ höheres Niveau« zu heben. Nicht der Zusammenschluß also, sondern das, was mit diesem vorgetäuscht werden soll, halten wir für einen Bluff, der tödlich sein wird. Denn natürlich werden alle Sicherheitsorgane dieser Länder diese »*neue Stufe des internationalen Terrorismus*« als Alibi begierig aufgreifen. (An dieser Stelle fehlte aufgrund der schlechten Kopie eine Passage; es ging wohl darum, daß sich die Effizienz einer Gruppe oder Bewegung nicht daran messen läßt, wie groß der Repressionsapparat gegen sie wird; eine Feststellung, die sich auch als Selbstkritik der Autonomen, Anarchisten etc. lesen läßt; SF).

Wie wir auch versuchen »zurückzuschlagen«, es ist nie »angemessen«. Je mehr wir dennoch versuchen, angemessen zu reagieren, destomehr verlieren wir das aus dem Auge, worum es eigentlich geht: den Kampf um ein befreites Leben aus den eigenen, kollektiven Erfahrungen und Möglichkeiten zu entwickeln, anstatt ihn der militärischen Logik des Feindes zu opfern. Dies würde zuallererst

bedeuten, die oft Schwindel erregende *Kluft zwischen staatlichem Gewaltmonopol und dem Niveau massenhaften Widerstandes* zu erkennen, anstatt sie wortradikal zu überwinden. (. . .) Die Kluft zwischen wachsendem staatlichen Gewaltapparat und den Erfahrungen und Möglichkeiten massenhaften Widerstands läßt sich weder durch militanteres Vorgehen, noch durch die Zusammenlegung isolierter Guerillazellen auf europäischer Ebene zuschütten. (. . .)

Das »imperialistische Gesamtsystem« oder die politische Analyse als Form der Selbstentwaffnung

In den letzten Jahren tauchte bei der RAF immer häufiger die magische Zauberformel vom »imperialistischen Gesamtsystem« auf. Ein Begriff wie ein *Mülleimer*, in den man alles reinschmeißen kann. Man könnte achtlos daran vorübergehen, doch je öfter wir uns in die Quere kamen, desto klarer wurde, daß dieser Begriff nicht nur eine Zauberformel, sondern auch ein Schlüssel für das antiimperialistische Weltbild der RAF darstellt.

Was ist also dieses »imperialistische Gesamtsystem«?

». . . der Begriff der veränderten Bedingung ist: die Ausbildung des Gesamtsystems mit seinem Kern . . . der NATO . . . d.h. Gesamtsystem, das unter der unaufhebbaren Hegemonie des US-Kapitals die konkurrierenden Interessen von Teilfraktionen des Ganzen, ob national oder ökonomisch als Teilfraktion definiert,in der umfassenden Krise der Kapitalverwertung reguliert und gegen den weltweiten revolutionären Prozeß zur Aggression, d.h. zum Versuch der Sicherung der Herrschaft auf neuer Stufe zusammenfaßt . . .« (*Gefangener aus der RAF, 10.4.81)*

Eine imperialistische Weltordnung, die ein klares oben und unten hat, einen Chef, eine Zentrale, einen Plan, ein Ziel, viele Handlanger, Lakaien und Marionetten. Ein imperialistisches Weltgefüge mit entwaffnender Perfektion, mehr *Hollywood* als Pentagon, ohne innere Widersprüche, ohne Führungskämpfe, ohne unterschiedliche Strategien, ohne innere Konkurrenz. Ein *Feind*, so märchenhaft und unwirklich wie sein Gegenbild: die westeuropäische Guerillafront!

So gern auch wir uns oft eine klare Front, einen eindeutigen Feind wünschen, so klar müßten wir uns auch sein, daß dieser Wunsch eher unserer Unfähigkeit als der Wirklichkeit entspringt. Dieses anti-imperialistische Weltbild sitzt in verhängnisvoller Weise dem *Schein*, der *Ideologie* der imperialistischen »Einheit« auf, – anstatt innerhalb ihrer Widersprüchlichkeiten offensiv zu agieren, den Schein imperialistischer Geschlossenheit zu zerstören, anstatt sich selbst daran aufzurichten. Vielleicht genügen einige spektakuläre Ereignisse der letzten Jahre, um deutlich zu machen, daß eine solche Einheit unter dem Oberkommando des US-Kapitals möglicherweise erwünscht, aber noch lange nicht Realität ist:

– der *versuchte* US-Boykott gegen Lybien
– der *versuchte* US-Boykott des Erdgasröhrengeschäfts zwischen europäischen Staaten und der UdSSR
– der *gescheiterte* Versuch, die EG bei der US-Invasion auf Grenada auf Linie zu bekommen
– die *unterschiedlichen* Positionen der EG und der USA zur Nicaragua-Frage
– die *unterschiedlichen* Wirtschafts- und Finanzstrategien zwischen der EG und den USA

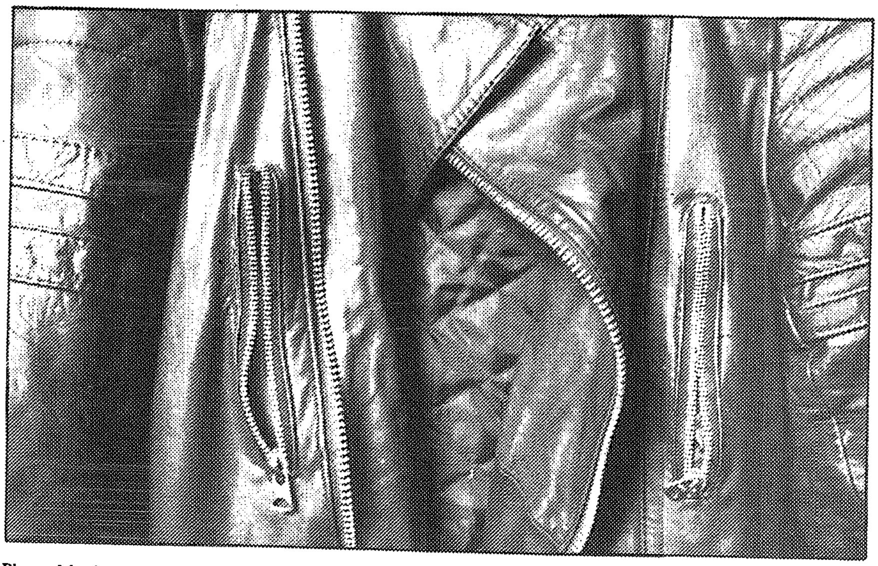


Photo: Manfred Kampschulte.

(. . .) Was an der *Gesamtsystem*-Theorie aufstößt, ist das macro-politische Weltbild, das kosmo-politische Flair, das zur Mystifizierung des Feindes beiträgt, indem er unverwundbar anstatt angreifbar gemacht wird. (. . .) Wo die Analyse Unterschiede, Risse, Brüche und Widersprüchlichkeiten aufdecken und entfalten soll, da schrumpfen sie in der Gesamtsystemanalyse zu Unscheinbarkeiten und Nichtigkeiten – als käme es auf so hoher Stufe des Klassenkampfes nicht darauf an, die erste Stufe überhaupt erklommen zu haben. Ganz nach dem Motto: Das Große, Ganze im Auge behalten und am kleinen erblinden!

Auch hier wiederholt sich dasselbe Dilemma auf erweiterter Stufenleiter: die Kritik und Strategie wird nicht aus der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Situation des Landes heraus entwickelt, die »Heimat« der Analyse ist die Globalität und Universalität, der *Feldherrenhügel*. Die existierenden politischen, sozialen und kulturellen Widersprüche innerhalb des imperialistischen Blocks werden miniaturisiert, um militärisch klare Ziele zu bekommen.

Das ist der Tod der Guerilla als revolutionäre Befreiungsbewegung.

Denn an der Unterordnung der Politik *unter militärische Gesichtspunkte*, an einer Politik, die nur noch als Rechtfertigung für militärische Strategien dient, erkennt man den **reaktionären** Feind, aber nicht (mehr) eine Guerilla. Die Militarisierung der Politik führt konsequenterweise dazu, sich dem Feind anzupassenanstatt den »Unebenheiten« der politischen und sozialen Verhältnisse.

(Noch einmal konkreter:) Es gehe um die »Angleichung der Bedingungen« zwischen den Ländern des imperialistischen Blocks, um »ihr(en) Zusammenschluß zum homogenen konterrevolutionären Block« (*Erklärung der Gefangenen aus der RAF 1977*). Auch hier wieder der starre Blick auf den Kaiser (USA, BRD, Frankreich) und die Blindheit dem Hof gegenüber (Portugal, Irland, Griechenland). Eine Wahrnehmungs- und Denkweise, die hierarchische Strukturen offensichtlich *bereits so verinnerlicht hat*, daß sie das explosive *Gefälle* gar nicht mehr benennen kann. Anstatt dieses ökonomische und machtpolitische Gefälle zwischen den Kern- und den Peripheriestaaten bloßzulegen, um es gegen das »Europaprojekt« zu wenden, wird dieses schlichtweg eliminiert. Eine Feldschlachtlogik, die vor lauter feindlichen Uniformen den Unterschied zwischen Generälen und Soldaten nicht mehr machen kann!

Zur »Angleichung der Bedingungen«

Natürlich konzentriert sich das Kapital, zentralisiert sich die ökonomische Macht auf multinationaler Ebene, gibt es engere Zusammenarbeit der Staaten. All das ist weder neu noch spektakulär, sondern die innere Logik von Kapitalakkumulation. Doch neben dieser tatsächlichen »Angleichung der Bedingungen« vollzieht sich eine Entwicklung, die von der RAF (und den Antiimps) fast vollständig unterschlagen oder ignoriert wird. (. . .) Widersprüche brechen doch dort unvermindert auf, wo sich die »Alliierten« auf internationalem Markt als Konkurrenten unversönlich gegenüberstehen. Was auf der einen Seite die Öffnung und Erschließung neuer EG-Märkte garantiert, führt auf der anderen Seite zur Schließung ganzer nationaler Industriezweige, die dem gesteigerten internationalen Konkurrenzdruck nicht mehr gewachsen sind. Da gibt es keine Einigkeit und gemeinsame Ideale und Werte, sondern nur Sieger und Besiegte. Die *Europäsisierung der Märkte*, das verschärfte Konkurrenz- und Ausbeutungsverhältnis im internationalen Maßstab, führt also gerade zu wachsenden Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten. Die Öffnung europäischer Märkte wird also die Unterschiede zwischen den Kernstaaten und den Peripheriestaaten eher vergrößern als verkleinern. Die Schließung oder Stillegung der »unrentablen« englischen Kohlegruben, großer Stahl- und Werftunternehmen, der Niedergang der französischen Stahlindustrie, die Zerstörung billiger Agrarbinnenmärkte (Spanien, Portugal), der »Weinkrieg« sind sehr wahrscheinlich nur ein Vorgeschmack auf die wachsenden Spannungen innerhalb der EG. Wenn da die RAF von der »Angleichung« redet, erliegt sie der Ideologie der EG. Anstatt den Menschen den (Alp-)Traum vom vereinten Europa zu nehmen, treibt sie ihn auf die Spitze!

Nicht weniger peinlich ist die Analogie von der »Angleichung der Bedingungen für das europäische Proletariat« (*Zusammenschlußerklärung AD und RAF*). Man muß kein Wirtschaftsexperte sein, sondern nur aufmerksamer Tourist, um die zum Teil krassen Unterschiede zwischen z.B. einem portugiesischen und einem westdeutschen Bauern, zwischen dem Klassenbewußtsein italienischer und westdeutscher Arbeiter, zwischen spanischer und deutscher Arbeiterkultur mitzubekommen. Die Unterschiede haben sich in den letzten 15 Jahren nicht verringert, sondern verschärft! (. . .) Denn dort, wo die hochtechnologisierten Kernstaaten zum Nachteil

der Peripheriestaaten den Einfluß ihres Kapitals und ihrer Herrschaft ausdehnen, dort wird auch das Proletariat in gewissem Maße am Gewinn beteiligt (Lohnerhöhungen, Sozialleistungen, Integrationsprogramme). Dort aber, wo die schwachen Nationalstaaten dem internationalen Konkurrenzdruck unterliegen, wird das Proletariat nur eines voll zu spüren bekommen: die Kosten der Krise, der Kapitalvernichtung, die Sozialisierung privatkapitalistischer Verluste. Was dies für die Lohnabhängigen jener Länder bedeutet, die nicht einmal ein löchriges Netz sozialer Absicherungen haben, können wir nur erahnen.

»Der imperialistische Krieg als Normalzustand«

»Ihre Macht ist Militärstrategie, Aufstandsbekämpfung, Maschine – aber hohl, nur Gewalt, sonst nichts. Es ist ihre Reaktion . . .« (*HS-Erklärung Dezember 1984*)
»Ihre Ideologie ist an der Realität des Krieges zerbrochen.« (*Gefangene der RAF, April 1985*)
». . . weil die Militärstrategie zum Angelpunkt geworden ist, ist auch die Politik gestorben bzw. darin kommt sie auf ihren ›reinen Begriff‹ . . .« (*Erklärung der Gefangenen aus der RAF 1977*)

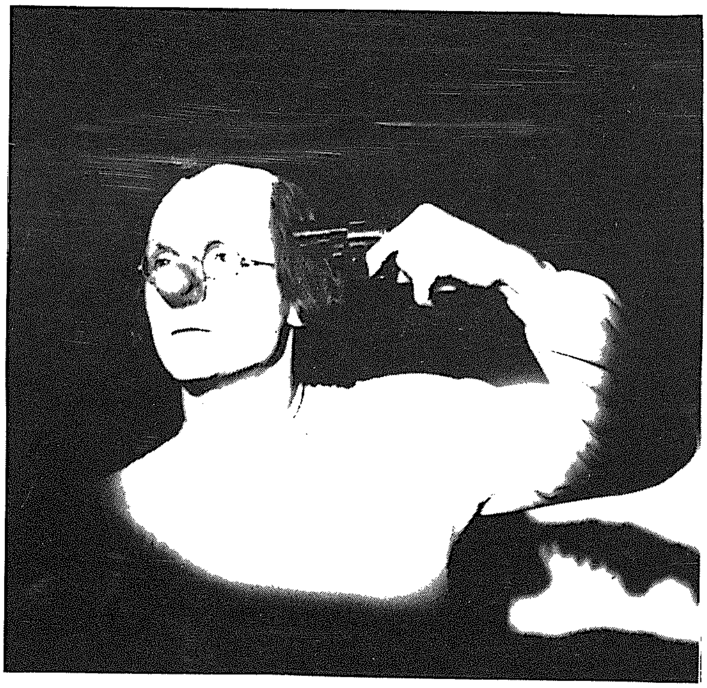
Durch die ganzen Erklärungen der RAF der letzten Jahre zieht sich ein r o t e r Faden: »das imperialistische Projekt des globalen Faschismus«. Dieser kann sich nur noch mit nackter Gewalt, Terror und Vernichtung behaupten, denn die Ideologie vom »freien Westen«, von »Demokratie und Fortschritt« greift nicht mehr in den Köpfen der Menschen. Da der Weltimperialismus unfähig geworden sei, Massenproteste und soziale Unruhen politisch zu integrieren und reformistisch zu entschärfen, bliebe ihm nur noch eine Antwort: Aufstandsbekämpfung nach innen, Krieg gegen das eigene Volk. (. . .) Gegen den Prozeß weltweiter Befreiung setzt der Imperialismus sein »Projekt des globalen Faschismus«, dessen »Hauptmerkmal ist: die militärische Offensive, aus der der Imperialismus als Weltsystem hervorkommen will.« (*Gef. aus der RAF, April 1985*)

Sicherlich, die Strategie der Konfrontation, der militärischen Eskalation ist nicht zu übersehen (Grenada-Invasion, begrenzte Eskalation gegen Lybien, »verdeckter« Krieg gegen Nicaragua etc.). Doch diese Strategien sind nicht neu und keine Erscheinung der letzen 10 Jahre. Sie sind wesentlicher Eckpfeiler imperialistischer Politik, Krieg als legitimes Mittel der Interessen.

Die entscheidende Frage ist, ob diese militärische Strategie für den Imperialismus das *einzige und letzte* Mittel ist, um sich und seine Maroionetten an der Macht zu halten. So sehr sich der Blick der RAF auf die Waffenarsenale des Feindes reduziert, so wenig führt daran vorbei, daß der Imperialismus *politisch* noch lange nicht gestorben ist. Im Gegenteil: eine Entwicklung, die vor 10 oder 15 Jahren noch undenkbar war, hat sich z.B. in Südamerika vollzogen: der friedliche Übergang von einer Diktatur zur Demokratie nach westlichem Vorbild. So wenig die Militärdiktaturen in jenen südamerikanischen Ländern ohne massive US-Hilfe so lange überlebt hätten, so wenig ist dieser »friedliche Übergang« ohne US-Schützenhilfe denkbar. Der westliche Imperialismus hat also ganz offensichtlich mehr zubieten als nur Waffen und Folterspezialisten.



Die Demokratisierungswelle (Argentinien, Uruquay, Brasilien, Philippinen) unterstreicht vielmehr, daß der Imperialismus eine sich formierende Volksbewegung auch *politisch* bekämpfen kann; nicht, indem sie militärisch zerstört wird, sondern indem ihr das gemeinsame Angriffsziel geraubt wird: der einigende Haß auf die Militärs. Und wenn man sich die Bedingungen in jenen Ländern anschaut kann man wohl sagen, daß die reformistische Strategie von oben den revolutionären Kämpfen von unten um einiges zuvor gekommen ist. (. . .) Wenn also die RAF in ihrer Globalanalyse zu dem Schluß kommt, daß die »Militärstrategie zum Angelpunkt geworden ist, die Politik gestorben ist«, dann verleugnet



sie nicht nur die blutige Zerschlagung der revolutionären Befreiungsbewegungen in diesen Ländern (Tupamaros, ERP, Montoneros), sondern auch die Fähigkeit des Imperialismus und der nationalen Bourgeoisie, die Volksbewegung weitgehend politisch zu integrieren, um so vor allem einer revolutionären Alternative den Boden zu entziehen.

So sehr also die RAF den *Reformismus* weltweit gescheitert sieht und für tot erklärt [*vielleicht eine Erklärung, warum sie Reformisten wie v. Braunmühl aussucht? Was nicht tot ist, wird tot gemacht? SF-Setzer*], so lebendig ist er nicht nur in den Köpfen der Herrschenden, sondern gerade auch in den Köpfen der Volksorganisationen. Nicht wenige der noch lebenden Guerilleros/-as sehen in der Demokratisierung von oben eine Chance von unten, den gewonnenen Spielraum für gesellschaftliche Veränderungen zu nutzen. In einer Erklärung der Tupamaros nach Abschluß ihres ersten öffentlichen und legalen Kongresses 1985 halten sie diesbezüglich fest:

»Es besteht Einigkeit darüber, daß wir jetzt unsre Politik im Rahmen der Legalität fortsetzen werden. Wir werden nicht nur die Legalität respektieren, sondern auch keine Aktivitäten unternehmen, die für die Feinde des Volkes Anlaß sein könnten, ihre organisierte Gewalt wieder gegen das Volk zu richten!«

(. . .) Man vergleiche dazu die heroisierenden Worthülsen der RAF: »In Lateinamerika, das sie 10 Jahre mit Militärdiktaturen überzogen haben zur planmäßigen Liquidierung der gesamten Linken, weil die Guerilla dort eine Massenbasis hatte, sind sie jetzt mit neuen Kämpfen konfrontiert und mit Menschen, die sich keine »Scheinlösungen« mehr bieten lassen, die vor dem Faschismus keine Angst mehr haben, weil ihr Widerstand aus dieser Erfahrung kommt.« (*Gef. aus der RAF, April 1985*).

Ganz falsch; denn gerade die Angst vor dem Faschismus, vor einem neuen Militärputsch bewegt ganz offensichtlich die Mehrheit der Menschen dort, sich erst einmal mit dem Sturz der Militärdiktatur zufrieden zu geben. (Eine vergleichbare Entwicklung war im Spanien nach Franco zu beobachten, wo zunächst – aus rein taktischen Gründen – die Mehrzahl der Bevölkerung eine konservative Regierung wählte; SF-Red.) Und wenn man weiß, daß in diesen Ländern nicht die Militärregimes zerschlagen wurden, sondern sie Guerillabewegungen, dann kann man auch verstehen, warum das Volk mit einer »Scheinlösung« zufrieden ist, anstatt die »neuen Demokratien« offensiv und revolutionär anzugreifen.

Hinzu kommt: Die Zerschlagung der Guerilla in diesen Ländern lag nicht nur an der militärischen Überlegenheit des Feindes: *»Wir haben in der Vergangenheit Fehler begangen. So maßen wir einer einzigen Kampfform, dem bewaffneten Kampf, zuviel Bedeutung bei; wir waren zuwenig in den Massen, in ihren gewachsenenOrganisationen verankert.« (Erklärung der Tupamaros, Dezember 1985)*

Anstatt aus den Fehlern anderer Guerillabewegungen zu lernen, macht die RAF aus diesen Fehlern eine Strategie. (. . .)

»Für diese Art der Vernichtungspolitik bedarf es keiner Gaskammer mehr, die Luft zum Atmen soll durch die Totalität der Isolation systematisch abgedreht werden. Es ist das Gesicht des offenen Faschismus. Es ist so zugespitzt, weil sie jetzt aus der ganzen Entwicklung auf's Ganze gehen wollen. Der Hintergrund des eskalierenden staatlichen Terrors überall, liegt in der Ausdehnung des Widerstands in den letzten Jahren . . .« (*Eine Gefangene aus der RAF, Januar 1984*)

Auch auf die Situation in der Metropole bezogen also derselbe Kurzschluß: Unser und ihr Widerstand ist so stark, daß der Feind nur noch mit den Methoden des offenen Faschismus überleben kann.

Wenn sich in den letzten Jahren irgend etwas ausgedehnt hat, dann doch nicht ihr (oder unser) Widerstand, sondern schlimmstenfalls die militaristische Vision der RAF, vor der »Entscheidungsschlacht« zu stehen. Was zwingt denn den Staat auf's Ganze zu gehen? Die überwiegend toten, in Knästen und im Untergrund isolierten Kader der RAF? Die militante Linke? Die Friedensbwegung? Das Proletariat?

Wie wenig hat der Krieg der RAF mit diesen Verhältnissen und vorallem mit den Menschen darin zu tun, daß sie sich bereits in der letzten Etappe des Krieges wähnt . . . Warum berufen wir uns denn noch auf bestimmte demokratische Rechte, warum verteidigen wir gewisse demokratische Errungenschaften, wenn der »offene Faschismus« bereits an der Macht ist? Warum zielen so viele soziale Bewegungen darauf ab, bestimmte Projekte »politisch nicht durchsetzbar« zu machen, wenn das Politische längst gestorben ist?

Oder aber: Ist die Faschismus-These der RAF ein Versuch, die eigene Liquidierung des Politischen zu rechtfertigen?

(. . .) Wie erklärt sich also die RAF, daß der überwältigende Teil der Friedensbewegung nicht den Krieg bekämpfen, sondern den *Frieden sichern*, sicherer machen will? Belegt nicht gerade die Friedensbewegung die Tatsache, wie viele Menschen nach wie vor an diesem Frieden festhalten wollen, anstatt diesen Frieden für diese Kriege verantwortlich zu machen? So schmerzlich und bedrohlich das auch ist: Der Alltag ist für die Mehrheit der Bevölkerung nicht imperialistischer Krieg an allen Fronten – dieser Krieg ist für sie noch weit weg, im Fernseher, irgendwo auf der Welt, nur nicht hier. Die Kluft zwischen der Wirklichkeit ihrer Kriege und der Wirklichkeit ihres Friedens läßt sich nicht militaristisch überspringen, sondern nur *politisch* bekämpfen. Eine Kluft, die deutlich macht, wie (. . .) stark nach wie vor die politische Akzeptanz des Systems in den Köpfen der Menschen verankert ist. Eine politische Akzeptanz, die nackte Gewalt überflüssig macht (. . .)

Konsequenzen aus dem angeblichen Tod des »Politischen«

Wenn das Politische Gestorben ist, dann zählen nur noch die toten Uniformen. Der US-Air-Base-Anschlag war demnach alles andere als ein »Ausrutscher«; er ist die *logische Umsetzung jener fatalen Fronttheorie* und führt zur *Unkenntlichmachung revolutionärer Politik*.

Als wir von dem Anschlag auf einen Parkplatz innerhalb der Airbase erfuhren, glaubte niemand von uns an eine RAF-Urheberschaft. Selbst als über Radio und Fernseher der gemeinsame Bekennerbrief der RAF und AD bekannt gemacht wurde, vermuteten wir dahinter eine perfekt inszenierte counter-insurgency-Aktion des BKA. Als schließlich das BKA einen Zusammenhang zwischen dem US-Airbase Anschlag und der Ermordung eines GI's in Wiesbaden konstruierte, dachten wir vollends an psychologische Kriegsführung. Denn dieses Horror- und Terror-Gemälde entsprach doch viel mehr den Anleitungen aus dem CIA-Handbuch für die Contras in Nicaragua, als dem – wenn auch rissigen Bild – der RAF. Zwischen fundamentalen Widersprüchen und schlichtem Wahnsinn wollten wir immer noch unterscheiden (. . .

Aii zu mafiosihaft rekonstruierte das BKA den Ablauf: Ein GI wird in einer Wiesbadener Discothek, in der bevorzugt GI's verkehren von einer Frau angemacht. Gemeinsam verlassen sie die Diskothek. Sie gehen in einen Park für Liebespaare. Dort wird der GI später tot aufgefunden, mit einem Schuß ins Genick. Nur seine Identitätskarte fehlte. Früh morgends fährt jemand mit dieser ID-Karte auf's Airbase-Gelände, stellt kurz vor Arbeitsbeginn das Auto dort ab. Um 7.50 Uhr explodiert das Auto, ein x-beliebiger US-Angehöriger wird getötet, mehrere verletzt.

So pervers dieser Zusammenhang auch war, so eindeutig bekannten sich RAF und AD zu diesem Tatablauf: sie ließen der Presse die ID-Karte des hingerichteten GI's zukommen. Und um die letzten Zweifel auszulöschen, kam einige Tage später eine 2. Erklärung der RAF, die sich auf die Kritik der radikalen Linken bezog und auch damit in Rambo-Manier abrechnete: »Für uns sind die US-Soldaten in der BRD nicht Täter und Opfer zugleich, wir haben nicht diesen verklärten sozialarbeiterischen Blick auf sie.« (*2. Erklärung der RAF vom 25.8.85*)

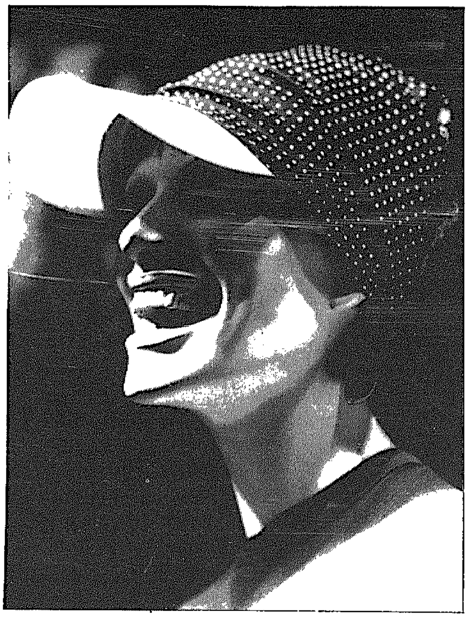
Unmißverständlicher kann man Hard-Core-Politik nicht auf den Punkt bringen. Wer mit der Präzision einer Schrotflinte »alle Soldaten, die im Headquarter oder sonst wo ihren Job machen« zur Zielscheibe revolutionärer Politik macht, der täuscht mit soldatischer Härte nur radikale Konsequenz vor, hinter der sich nichts anderes verbirgt als maßlose Schwäche. Wer seine Angriffsziele so *genau* bestimmt, daß es alle Soldaten trifft, der nimmt *wahllos* Opfer in kauf. Wer *unterschiedslos* alles Personal auf US-Territorium zum Tod verurteilt, der ist nicht revolutionär, sondern terroristisch. (Hinzugefügt sollte an dieser Stelle werden, daß solch eindeutiger Terrorismus etwa Bombenanschläge auf Bahnhöfe, Münchner Oktoberfest etc. in der älteren und jüngsten Geschichte nie von links praktiziert wurde, ein echtes Novum also; SF).

»Wir wollen aber festhalten, daß die Revolutionäre Aktionen vermeiden müssen, die der Feind gegen sie ausspielen kann: z.B. einen Mann zu töten, nachdem sie ihn gefangengenommen hatten. Wir haben dererlei nie getan, wie empört wir auch über die Grausamkeit des Feindes waren; . . . denn es ist ein Fehler, sich der Methoden zu bedienen, die die öffentliche Meinung dem Feind zuschreibt . . . (*Fidel Castro, Rede vom 13.3.1967, bezugnehmend auf die Ermordung eines Funktionärs der venezuelanischen Regierung durch die Nationale Befreiungsarmee Venezuelas*)

Der K r i e g als schmutziges, hartes Geschäft muß bei der RAF für etwas herhalten, was ihr in ganz entscheidendem Maße fehlt: revolutionäre Moral und politische Stärke.

Oder hat die Guerilla in El Salvador auch diesen verklärten, sozialarbeiterischen Blick, wenn sie sehr wohl zwischen Offizieren und einfachen Soldaten unterscheidet, wenn sie jedem Soldaten beste Behandluung zusichert, der sich ergibt, wenn sie einzelne Soldaten auch dadurch entwaffnet, indem sie ihnen eine menschliche Behandlung garantiert, die sie innerhalb der Regierungsarmee nie erfahren haben? Zeugt es von militärischer Schwäche oder politischer Stärke, wenn die von der Guerilla gefangengenommene Tochter Duartes nicht ermordet, sondern durch die von der Luftwaffe bombadierten und zerstörten Dörfer geführt wird, damit sie nach ihrer Freilassung vor der nationalen und internationalen Presse etwas mit eigenen Augen bestätigt, was ihr Vater und das gesamte Militär unentwegt leugnen: der ungebrochene, mörderische Krieg gegen die Zivilbevölkerung, auch und gerade unter einer zivilen, christdemokratischen Regierung. Spielt nicht gerade die Politik des revolutionären Beispiels eine entscheidende Rolle bei der Desertation, bei dem rapiden Verfall der Kampfmoral innerhalb des salvadorischen Heeres? Die moralische und politische Zersetzung des Feindes – gearde auch durch das eigene, beispielhafte Verhalten, ist eine viel wirkungsvollere Waffe als der Genickschuß. (. . .)





RAF und Widerstand – eine Front-Attrappe

»Die imperialistischen Staaten können aus ihrer substanziellen Instabilität und dem fortschreitenden Verlust ihrer Legitimität *nur noch* ihre Potenz zu Herrschen demonstrieren. Sie sind heute mit der Tatsache konfrontiert, daß *sie für keine einzige ihrer Maßnahmen einen passiven Konsens haben.*« (*Gemeinsame Erklärung der RAF und AD*).

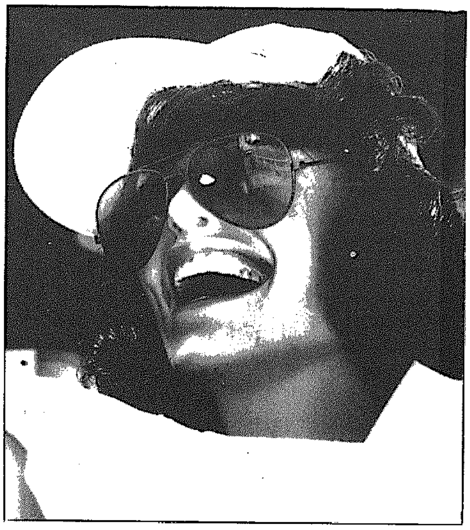
Entwaffnender kann die RAF kaum noch formulieren, daß sie mit dem »Widerstand« nichts zu tun hat. Wer in der Globalität der Kriegsschauplätze zuhause ist, der ist sich offensichtlich dafür zu schade, Eindrücke und Erfahrungen vor Ort zu machen. Denn wenn es eine ganz zentrale Erfahrung in unserem Widerstand gibt, dann die, daß viele – auch von uns – noch lange nicht mit diesem System gebrochen haben. Die Massenbewegungen, ob AKW, Frieden oder Startbahn sind nicht alleine an der Brutalität des staatlichen Gewaltmonopols zerbrochen, sondern an unserer Unfähigkeit, den Bruch mit diesem System *massenhaft* zu vollziehen. Der passive Konsens, die Sicherheiten des bürgerlichen Lebens, die Angst, einen Schritt weiter zu gehen, die Annehmlichkeiten, die das System trotz aller Krisen bietet, waren meist doch stärker, als unser Versuch, unser Leben auf allen Ebenen zu radikalisieren. Wieviele sind denn noch im Widerstand, die 1968 gegen das Establishment revoltierten, die 1970 revolutionäre Betriebsarbeit gemacht und 1972 Häuser besetzt hatten? Machen wir uns doch nichts vor, die Mehrzahl ist schon lange nicht mehr im Widerstand, sondern auf dem Weg ins Establishment oder auf dem Weg zur Arbeit! Während die Utopien wie schwarze Lederjacken auf dem Bügel hängen, . . .»klingeln morgens wieder verstärkt die Wecker bei den Linken, gähnen unausgeschlafene Gesichter in die blinden WC-Spiegel, stellen muffige Anarchos fest, daß die Welt morgens um 7 Uhr alles andere als in Ordnung ist. Und dann rennt sie los, die verpennte Ex-Bewegung, mit Fahrrad und U-Bahn und all ihren Ansprüchen von Freiheit und Abenteuer im Hirn.« (*Anagan, Nr.3*)

Dieser passive, verschwiegene Konsens hat unsere Reihen mehr gelichtet, als die Knüppelschläge, Knaststrafen . . . Es sind die»inneren« Niedelagen, die viel mehr verwunden und schmerzen, als die »äußeren« . . . und wenn wir ehrlich sind, ist die Situation der Autonomen innerhalb sozialer Bewegungen noch nie so desolat, orientierungslos und unorganisiert gewesen wie zur Zeit (daran ändern auch die letzten AKW-Schlachten und die fetten Schlagzeilen nichts). Wir sind aus den Hochzeiten der Bewegung nicht gestärkt hervorgegangen, haben uns in unseren Lebensbereichen nicht verankert . . . übrig geblieben ist ein Häufchen von Verschworenen . . . hin und hergerissen zwischen »Hau drauf, Tango« und ungewohnten Selbstfindungsprozessen.

Doch als ob die RAF all das nichts anginge, krönt sie ihre »Analyse« mit der Feststellung: »Die Offensive jetzt ist auch deshalb zur Entscheidungsschlacht geworden, weil die reformistische Variante, Sozialdemokratismus und verdeckter Krieg auf allen Ebenen aufgelaufen ist.« (*Gefangene aus der RAF, April 1985)*

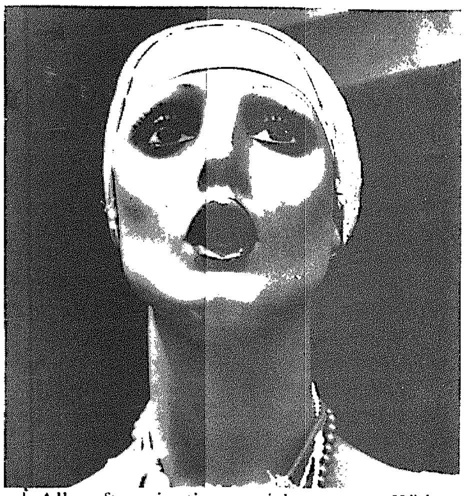
Lebt die RAF noch hier? Womit sind wir als radikales, autonomes oder anrchistisches Spektrum innerhalb sozialer Bewegungen konfrontiert, wenn nicht mit der reformistischen Variante? Wogegen rennen wir denn an – oft mehr aktionistisch als inhaltlich überzeugend – wenn nicht gegen reformistische Strategien innerhalb sozialer Bewegungen? Was ist denn das Konzept der Gewaltfreiheit, wenn nicht das reformistische Programm eines Großteils der Repräsentanten der Bewegung? Warum haben denn diese Vertreter (incl. grüne Parteifunktionäre) einen nach wie vor großen Einfluß auf Inhalte, Vorgehensweisen und Strategien innerhalb des Widerstands?

So sehr die RAF auch den Reformismus, den passiven Konsens mit ihrer Analyse liquidiert sieht, so sehr sind wir damit konfrontiert. Und dort, wo die RAF die Politik gestorben sieht, müssen wir überhaupt erst richtig ansetzen: den passiven Konsens mit diesem Staat politisch massenhaft zu durchbrechen: Vorstellungen, Lebensformen und Strukturen entwickeln, die unseren Bruch nicht nur auf der Demo oder sonntags sondern *jederzeit* spürbar machen!



(. . .) Wer dem Feind mehr Aufmerksamkeit widmet als den sozialen Bewegungen, wer sich am Feind mißt, anstatt an den sozialrevolutionären Ansätzen, wer seine Strategie an der Strategie des Feindes bestimmt und nicht an den Entwicklungsprozessen von Massenbewegungen, wer mehr Worte über die Ziele des Feindes findet und über die eigenen kein einziges Wort (mehr) verliert, der schenkt der Waffe mehr Vertrauen als den Menschen. »Gegengewalt läuft Gefahr zu Gewalt zu werden, wo Brutalität der Polizei das Gesetz des Handelns bestimmt, wo ohnmächtige Wut überlegene Rationalität ablöst, wo der paramilitärische Einsatz der Polizei mit paramilitärischen Mitteln beantwortet wird.« (*Ulrike Meinhof, Mai 1968*)

Doch das ist nicht nur ein Problem der RAF, über das sie zutode stürzt, während wir darüber stolpern. Denn das, was die RAF im Großen macht, wiederholen wir auf niedrigerem Niveau: bei Fighter- und Putzdemos, wo unsere Helden ihre Schlachten und Sympathien gewinnen. Das Scheitern der RAF und unsere Schwäche als autonome Bewegung hat einige gemeinsame Wurzeln:



1 Allzuoft orientieren sich unsere Widerstandsformen am Vorgehen des Feindes und nicht an unseren eigenen Entwicklungsprozessen und viel zu selten an unseren Utopien und Zielen

2 Allzuoft ist unser Widerstand nur an spektakulären Projekten des Feindes fixiert, anstatt langfristig und weiträumig die soziale und ökonomische Infrastruktur anzugreifen.

3 Nicht selten ersetzen ritualisierte Militanz (schwarze Lederjacke und A-Kappe) und symbolisierte Härte (Holzknüppel und Steine) langfristige Vorbereitungen, effektive Aktionen (ohne viel Lärm und Mediengewitter). Es gibt auch zuviele Autonome, die mann/frau eher an der A-Kappe erkennt, als am solidarischen Umgehen miteinander.

4 Auch wir lassen uns viel zu sehr vom Spektakulären blenden (»Schwere, blutige Straßenschlacht«, »Sturm auf . . .«), sonnen uns in einer Wertschätzung, die sie diktieren, anstatt die unter uns mager verteilte Bestätigung und Ermutigung an unsere Wertvorstellungen zu knüpfen. Es gibt gerade unter uns eine Hierarchie der Wertigkeit, die zutiefst reaktionär ist, die die Widersprüchlichkeit zwischen Angsthasen und Furchtlosen, Drückebergern und Frontkämpfern, Wasserträgern und Fightern nicht aufhebt, sondern vertieft und *kult*-iviert. (Vorrang der soldatischen vor den weiblichen Tugenden.)

5 Auch wir machen unsere Stärke gelegentlich zu stark und ungenau an den *materiellen* Verlusten des Feindes fest und vergessen dabei, daß die größten Verluste des Feindes die sind, die nicht reparabel und ersetzbar sind. (. . .) Kaputte Fensterscheiben, brennende Wannen lassen sich ersetzen, aber nicht zerstörte Rechtsgläubigkeit und Staatsloyalität. Neben dem (zer-)störenden Charakter unserer Handlungen müssen wir uns verstärkt nach dem *gewinnenden* Charakter unseres Vorgehens orientieren. Etwas pathetisch gesagt: Es muß uns um die Herzen der Menschen gehen, die wir gewinnen wollen.

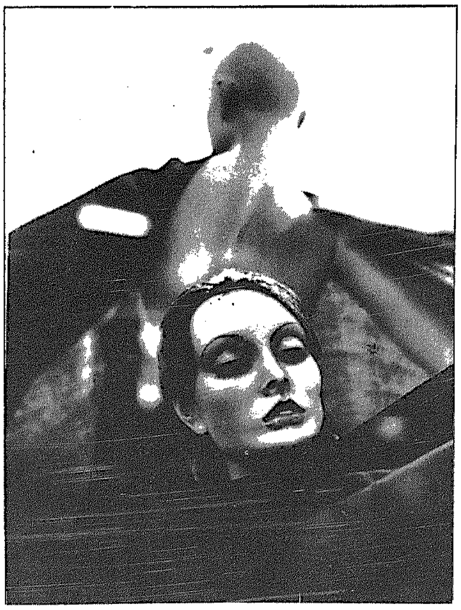
Die Entwicklung einer neuen revolutionären Strategie

Sicherlich legt die Kritik an der RAF und an uns selbst nahe, an der Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit revolutionärer Strategien überhaupt zu zweifeln. Die Legalisten einer »friedlichen« Veränderung innerhalb des Systems stützen sich ja mit beiden Armen auf das Scheitern der RAF und auf die offensichtliche »Erfolglosigkeit« militanter Strategien der letzten Jahre. Es liegt an uns jenen Repräsentanten etwas entgegenzusetzen, die davon leben, die Entfaltung revolutionärer Strategien zu verhindern, um die Unzufriedenheit für die Modernisierung des Systems abzuschöpfen. Es liegt an uns, über die oft bruchstückhaft geübte Kritik und Selbstkritik hinauszugehen, eigene Vorstellungen von revolutionären Strategien zu entwickeln, die endlich wieder mehr mit uns, unseren Erfahrungen und Phantasien zu tun haben. (. . .)

Es spricht für sich selbst, daß kaum einer von uns »Revolution« mit der BRD verbindet, schon eher mit Südafrika oder Mittelamerika. Vielleicht bis 1972 hatten die Unruhen noch etwas mit Revolution, Umsturz und Sozialismus zu tun . . . Ob wir selbst nicht längst – mehr oder weniger heimlich – revolutionäre Vorstellungen im eigenen Land begraben haben, weil wir von der Aussichtslosigkeit instinktiv überzeugt sind?

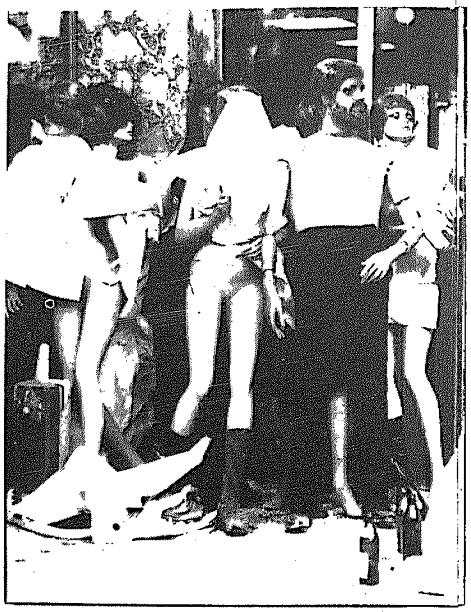
All das, was den Befreiungskampf in der 3. Welt ausmacht, fehlt uns anscheinend: ein revolutionäres Volk, der unumstößliche Glaube an die Revolution und den Sieg, Rückzugs-Terrain á la befreite Gebiete usw. (. . .) (Der Artikel deshalb kommt zum Schluß, daß eine militärische Option Selbstmord oder Wahnsinn ist, – denn: man muß nur El Salvador zum Vergleich heranziehen,wo es trotz aller revolutionären Bedingungen nur zum militärischen Patt reicht und die Guerilla auf die *politische und soziale Ausdehnung* setzt; SF)

(Eine revolutionäre Bewegung in der BRD muß sich deshalb) in den Gefühlen, Erfahrungen, Utopien der Menschen und deren Möglichkeiten »frei« bewegen (können. Sie ist) hier in viel stärkerem Maße von den »Freiräumen« abhängig, die die Massenbewegungen ständig schaffen, erhalten und ausdehnen müssen. Eine revolutinäre Strategie müßte *auf jeden Fall* zumindest die Sympathie und Unterstützung derer besitzen, die den Widerstand gegen dieses System tragen (z.B. Anti-Atomanlagen-Bewegung etc.). (Befreite Gebiete in Lateinamerika stellen eine lebendiges Beispiel der Gegengesellschaft vor, dies gewinnt die Sympathien, beantwortet die Frage nach der neuen Lebensweise, Gesellschaftsordnung konkret, nimmt Ängste und Vorurteile, gibt Selbstbewußtsein [– gekürzte inhaltliche Wiedergabe – SF]): Hier ist und wird es nicht anders sein: auch hier sitzt die Angst vor »Anarchie und Chaos« tiefer, als die Angst vor einem ungelebten, versargten Leben. Jede revolutionäre Bewegung hier wird sich das Vertrauen selbst schaffen müssen. Und da es auf absehbare Zeit in der BRD keine exterritorialen »befreite« Gebiete geben wird, müssen wir andere Wege finden, die Keime einer neuen Gesellschaft sichtbar zu machen. Die Strukturen dieser Gegenmacht werden jedenfalls *innerhalb* dieser Gesellschaft liegen, ein »außerhalb« wird es in der allseitig-erschlossenen BRD nicht geben. Umso wichtiger wird hier die *Waffe des eigenen Beispiels* sein, umso entscheidender wird es sein, Strukturen von Gegenmacht innerhalb und über soziale Bewegungen hinaus dauerhaft zu entwickeln. (. . .)



(Ausgangspunkt in der BRD ist auch – aber weniger die materielle Armut, weniger das Klassenbewußtsein [– gekürzte Wiedergabe, SF]. Denn:) Der »klassenlose« Konsum als Lebensersatz und Beweis für Gesellschaftsfähigkeit, der fast völlige Verlust von sozialer Kultur, die neuen Technologien als Lebensprogrammierer, die Ohnmacht selbstbestimmt zu handeln – sie tragen zur Aufrechterhaltung der Ordnung viel wirksamer bei, als die mit offener Gewalt erzwungene Loyalität und Unterordnung. Die ökonomische und politische Stabilität des »Modell Deutschland« zeichnet sich gerade dadurch aus, daß es nicht *gegen* die Menschen, sondern *durch sie hindurch* greift; man regiert nicht gegen die Gewerkschaften, sondern durch sie hindurch, man verbietet nicht die grüne Partei, sondern bindet sie mit ein, man vermeidet offene Gewalt – wo es geht – und gießt sie stattdessen in neue Techniken der Kontrolle, Überwachung und Verfolgung. Die allseitige Erfassung und Zurichtung erfolgt schon lange nicht mehr nur in der Fabrik bzw. am Arbeitsplatz; der Zugriff erfolgt auf alle unsere Lebensäußerungen und gerade dort, wo wir uns anscheindend unkontrolliert und frei fühlen. Ein Befreiungskampf also, der sich auf die ökonomische und militärische Gewalt fixiert, verharrt und beharrt auf einer historischen Entwicklung, die das Kapital in den Metropolen längst qualitativ überschritten hat. Ein Befreiungskampf hier würde in einem viel stärkeren Maße bedeuten, die soziale Identität, Kultur und Lebensräume und -zusammenhänge zurückzuerobern bzw. neu zu entwickeln. Nicht umsonst können wir mit der Geschichte, Kultur, dem Land BRD nichts oder gar nichts anfangen, während die Befreiungskämpfe in der 3. Welt gerade mit der Geschichte ihres Landes ihre Identität verknüpfen.(»Patria libre o morir«)[Darin dürfte allerdings keineStärke zu finden sein, denn eine Gegenkultur und Widerstand hier, richtet sich ja nicht allein gegen die Regierung, die Macht, sondern auch gegen *dieses Deutschtum* an sich; SF]

Auch müssen wir davon wegkommen, militantes Vorgehen an den *Mitteln* festzumachen, sei's ein Stein, eine A-Kappe, ein Molli oder eine Knarre. Die ganze dämliche Gewaltdiskussion hat offensichtlich auch bei uns Spuren hinterlassen: oft unbewußt und unausgesprochen setzen wir Militanz mit Putz und Randale gleich und reduzieren sie damit selbst auf ihre bürgerliche Interpretation. Doch was schlimmer ist: wir selbst fangen an, die Gewaltfrage zur Trennungslinie unter uns und gegenüber anderen zu machen. Wer »gewaltfrei« ist, hat Schiß und verdient bestenfalls ein mildes, mitleidiges Lächeln; wer dagegen den Zoff mit den Bullen sucht, ist militant, kurzum gut drauf. Doch es geht gar nicht um die Frage, wer »gewaltfreies« oder »gewalttätiges« Vorgehen befürwortet, sondern darum, welches *Ziel* damit verfolgt wird! Wenn wir aber nicht mehr das Ziel zur Trennungs- und Konfrontationslinie mit anderen Teilen der Bewegung machen, dann machen wir uns *selbst* zu dem, wie uns andere allzugerne sehen möchten: Stahlkugelfraktion. Wenn mann/frau uns vorallem an der A-Kappe erkennt und nicht mehr an unseren Zielen, wenn mann/frau sieht, daß wir wie elektrisiert auf jeden Bullen reagieren, anstatt das anzugreifen, was *hinter* Bullenketten geschützt werden soll, dann messen wir uns mit denen, anstatt mit unseren Zielen.



(Ende des Beitrags, es existiert noch ein Nachtrag zur RAF-Einschätzung nach dem Autonomen-Treffen im August 1986, wobei sich die Diskussion auch um die Beckurts-Ermordung drehte. Ergänzend – und wohl auch auf v. Braunmühls Ermordung beziehbar – wird ausgeführt:) »Wer die Kritik an der RAF-*Politik* teilt und die *Praxis*, die Beckurts-Ermordung Spitze findet, der verleugnet nicht nur das Selbstverständnis der RAF, der bleibt auch inkonsequent und *politisch* wenig glaubwürdig. Denn so lange die RAF die Beckurts-Ermordung aus *demselben* politischen und ideologischen Selbstverständnis heraus bestimmt wie die Pimental-Hinrichtung und den Airbase-Anschlag, bleibt die Beckurts-Ermordung – als Ausdruck einer politischen Strategie – konterrevolutionär. (. . .)

Die »Politik der Liquidation« ist auch eine Frage des Mittels. Sie hat eine Tradition: die der Freicorps in der Weimarer Republik, der SS/SA-Kommandos in der Nazi-Zeit und der Todesschwadronen in Mittel- und Südamerika. *Diese* Tradition lebt noch heute in der faschistoiden Bürgerwehr - und »Kopf ab«-Mentalität anständiger Bürger. Gerade deshalb ist Liquidation nicht eines von vielen Mitteln, (. . .) Denn gerade hier in der BRD, wo das Mittel der Liquidation mehr als faschistoide Lynchjustiz, als als revolutionäre Gegengewalt begriffen wird, müssen wir alles daransetzen, eben nicht mit den Mitteln des Feindes identifiziert und gleichgesetzt zu werden. (. . .)

Vielleicht aber hat auch die »klammheimliche Freude« vielmehr mit dem *Fehlen einer revolutionären Utopie, mit der fehlenden Hoffnung auf eine »Revolution der Massen« zu tun als mit der RAF*?!. Eine Freude, die aus unserer Schwäche kommt und eben nicht aus unserer Stärke. Wenn wir eh nicht mehr daran glauben, in diesem Land eine Mehrheit für einen revolutionären Prozeß zu gewinnen, dann kann's uns auch scheißegal sein, was sie über dies und jenes denkt – Hauptsache, es erwischt wenigstens auch ein paar von denen. Nach uns die Sintflut . . . Ich denke unsere Freude hat viel mit diesem Gefühl zu tun, ein Gefühl, das gelegentlich auch unsere Aktionen prägt, Hauptsache, es ging gut ab. Mag sein, daß wir eine Revolution hier vergessen können. Vielleicht gerade deshalb ist es wichtig, unsere Vorstellungen und Utopien *jetzt zu leben*, sie gemeinsam zu entwickeln und unser Handeln daran zu messen – gerade dann, wenn wir auf ein schwarz-rotes Morgen nicht zu warten brauchen.

Wir machen es uns zu einfach, wenn wir die Kritik an der »Stahlkugelfraktion« nur jenen zuordnen, die eh ein anderes, sprich reformistisches und legalistisches Ziel oder bereits einen Amtssessel unter'm Arsch haben. Denn diese Kritik haben auch jene, die mit uns ein gemeinsames Ziel teilen, die radikale Veränderung des Systems. Wenn also die Aktiven der *Graswurzelrevolution* und die Pazifisten Schwierigkeiten mit unseren Aktionsformen haben (und nicht wenige Autonome haben das auch, auch wenn wir kaum offen darüber reden – mann/frau macht dann einfach nicht mit), dann wird es höchste Zeit, diese Kritik ernst zu nehmen. Dabei geht es nicht darum, inwieweit der Putz andere gefährdet bzw. andere Aktionsformen defacto ausschließt oder dominiert.



Unsere Selbstkritik müßte vielmehr dort ansetzen, wo das Mittel selbst zum Ziel bzw. dessen Ersatz wird. Denn an einer fundamentalen Schwierigkeit der letzten Jahre kommen wir nicht mehr vorbei: die konkrete Bestimmung dessen, wie wir unserem Ziel näherkommen wollen. Es genügt eben nicht, ein *richtiges Ziel* zu haben, wir müssen auch sagen können, wie wir dorthin kommen. Außer »Hau weg den Scheiß« haben wir kaum etwas an Alternativen geboten bzw. den »Realos« entgegengesetzt. Doch darum geht es, wenn man uns auch an den besseren Argumenten und Vorschlägen erkennen soll.

Klar müßte sein, daß »gewalttätiges« Vorgehen nur *eine* Möglichkeit von vielen darstellt, militant zu handeln. Doch gerade auf Demos erkennt mann/frau uns nicht an der Vielfalt unserer Aktionsformen, sondern an der Einfalt – und das oft schon von weitem!

Der letzte Punkt betrifft die Orte und die Kontinuität unseres Widerstands. Gerade autonome Politik hat sich in den letzten Jahren vorallem an den »Brennpunkten« festgemacht, ob AKW, Internationalismus, Volkszählung etc., wechselten wir das Projekt und das Thema – autonome Feuerwehrpolitik (die Startbahn ist da wirklich eine tolle Ausnahme). Wenn es aber nicht nur um das Projekt gehen soll, sondern gerade auch darum, Zusammenhänge zuschaffen, Strukturen aufzubauen, eine Region unregierbar zu machen, d.h. lebenswert, dann müssen wir uns auch viel langfristiger, kontinuierlicher und alltäglicher engagieren, als wir das bisher getan haben. Die wenigen festen autonomen Zusammenhänge und Gruppen in den einzelnen Städten drücken ja aus, wie aktionsgebunden unsere Strukturen sind und wie selten sie aus einem gemeinsamen Alltag herauswachsen.

Und je weiter die Orte des Widerstands von unserem Alltag entfernt sind, desto *sonntäglicher* wird unser Widerstand. Ein Sonntag macht noch lange keinen Revolutionär, wenn er/sie sich werktags wie ein Arsch verhält.

lupus ★

(Der Text umfaßte 30 Manuskriptseiten und mußte etwas gekürzt werden, wir haben uns bemüht ihn inhaltlich trotzdem korrekt wiederzugeben), SF-Red.:

Kleinanzeigen

Die Zeitung **Die Vergessenen** ist in Schwierigkeiten. Es soll kein Geld mehr an das Prozeßhilfekonto Darmstadt geschickt werden, sondern nur noch Schecks, Briefmarken, Scheine an die Redaktion, *Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M.*

* Traums Theater Püro sucht: Infos über *Leopold Kampf* und sein Stück „Am Vorabend"; Infos über die Bibliographie von dem Stück »Im Namen des Volkes« von **Bernhard Blume** (etwa 1920–30).
Kontakt: *Wörthstr. 43, 8000 München-80 Tel. 089/448 99 47.*

* **Spanischer Bürgerkrieg 36–39.** Neue Texte, Bilder, Gedanken v. Souchy, Ballester, Alberti u.a. 64 S. 5.-DM bei:
Traums Theater Püro, *Wörthstr. 43, 8000 München-80.*

* Suche **SF** Nr.0,1,2, (Berliner) **RADIKAL** einzeln oder komplett, oder sonstige A-Publikationen. Angebote an: *Robert Kaiser, Brunnenstr. 84, 8501 Schwanstetten-1.*

ABO-Geld ohne Adresse: Ahmet aus Köln – du hast überwiesen, wir hoffen, daß du den SF irgendwie in die Finger bekommst und uns deine Adresse mitteilen kannst.

Der angekündigte Titel »Souchy: Bauern von Aragon« erscheint aufgrund dieses für unsere Verhältnisse »großen« Produktionsprogramms und wegen zu wenig Subskriptionsaufträgen aus finanziellen Gründen vorerst nicht.

Seit ca. einem Jahr müssen wir immer wieder durchaus abdruckenswerte Beiträge auf eine spätere Nummer »schieben« oder ablehnen. Wir wollen aber keine Mitarbeiter/-innen verlieren oder abschrecken.

auch, ohne

Vorauswahl blieben diesmal die in Frage kommenden Texte so zahlreich, daß der SF eigentlich 90 Seiten hätte haben müssen. Auf die nächste Nummer wurden deshalb verschoben:

Wolfgang Haug: Perspektiven und Gefahren einer Rekommunalisierung der Energiewirtschaft

Herby Sachs: Wurzeln – eine Auseinandersetzung mit Carl Otten

Harald Steiner: Interview mit P.M. (Autor von Weltgeist Superstar und bolo-bolo)



Spaßguerrilla statt Stadtguerrilla!

Thesen für die Spaßguerrilla

1 Wir leben in einer Welt, die in zwei Systeme geteilt ist, wobei der Funktionsmechanismus des einen denjenigen des anderen bereits ansatzweise hervorbringt.

»Funktionsmechanismus« soll dabei heißen: Regelung, mit der das jeweilige System sein – zunächst rein wirtschaftliches – Überleben organisiert. Diese Redeweise bedeutet aber nicht, daß irgendwelche »Organisatoren« als Personen verantwortlich gemacht werden können. Die jeweilige Regelung des Systems erfolgt im Gegenteil durch scheinbare »Sachzwänge«, auf die sich die *Verwalter der Herrschaft* berufen können und berufen.

»Zunächst rein wirtschaftlich« will sagen, daß auch alle nicht-wirtschaftlichen sozialen Teilsysteme in dem betreffenden System so organisiert sein müssen, daß sie dessen wirtschaftliches Überleben zumindest nicht ernsthaft gefährden.

2 Der Funktionsmechanismus des jeweiligen Systems ist in erster Linie ein Funktionsmechanismus der Psychen der unter dem System lebenden Menschen . . . das Funktionieren dieser Menschen garantiert den Bestand des Systems.

Wenn also der *Funktionsmechanismus des Systems zerstört werden soll, dann setzt das eine Veränderung der Psychen der Menschen voraus.* Politisch sinnvolle Betätigung muß deshalb hier ansetzen. Eine solche Veränderung findet im *Alltag* und dessen eingeschliffenen Gewohnheiten statt, denn dort ist der Ort, an dem sich Herrschaft stabilisiert.

Zerstörung des Funktionsmechanismus des Systems i s t also Veränderung des Alltagslebens!

3 Die beiden Systemtypen unserer Welt sind *Kapitalismus* und *Etatismus* (Staatsherrschaft).

Der Kapitalismus produziert sein Überleben mittels Konkurrenz anonymisierter Einzelkapitalien auf dem Markt. Im Kapitalismus dominiert die Ökonomie die Politik und den Alltag.

Die Krisenform des Kapitalismus, die in seinem Funktionsmechanismus bereits enthalten ist, äußert sich ökonomisch als Überproduktionskrise. Der Kapitalismus gewinnt die Zustimmung der unter ihm lebenden Menschen durch seine formal gleiche Behandlung der Menschen als freie Wareneigentümer. »Formal gleich« soll heißen: gleich vor Recht und Gesetz; diese Konstruktion wird auch durch einen T e i l der zu machenden Erfahrungen bestätigt. Dieser Teil erzeugt die Illusion von »Freiheit und Abenteuer«, von Vorstellungen über die Gesellschaft, sich selbst und die eigene Situation, die der Wirklichkeit nicht entsprechen. Das Persönlichkeitsmodell, das sich auf die Verinnerlichung der Legitimationsmuster des Kapitals gründet, ist die autonome (nach eigenen Gesetzmäßigkeiten lebende) Persönlichkeit.

Aber, dies gilt lediglich für so fragwürdige Anarchisten á la Pessoa, die es wenigstens zum anarchistischen Bankier gebracht haben müssen (vgl. neustes Wagenbach-Buch, derselbe Verlag, der übrigens das Spaßguerrilla-Buch, aus dem wir hier zitieren, nicht veröffentlichen wollte; auch ein »linkes Bewußtsein«, wie wir meinen.)

Der andere Teil der unter dem Kapitalismus zu machenden Alltagserfahrungen besteht in der materiellen Ungleichheit der Lohnabhängigen, in der schicksalshaft auf Lohnabhängigkeit angewiesenen Situation gegenüber dem (anonymen und potentiellen) Käufer ihrer Arbeitskraft. Mißerfolgserlebnisse trotz rationalem Verhalten auf dem Markt widersprechen dem Legitimationsmuster des Kapitals. Konkurrenz ›überstimmt‹ die Gleichheit der Chancen.

Wegen dieser gegensätzlichen Alltagserfahrungen befindet sich die autonome Persönlichkeit in einer schwelenden Krise, da die Legitimationsmuster der kapitalistischen Herrschaft durch den schizoiden Alltag ebenso bestätigt wie in Frage gestellt werden.

Der *Etatismus* produziert sein Überleben mittels Planung durch anonyme Bürokratie mit politischer Spitze. (Planung und Bürokratie existieren zwar auch im Kapitalismus, bleiben aber von untergeordneter Bedeutung, so sehr sie den Kern des Systems auch in Frage stellen; ihr Überhandnehmen führt außerdem zu Gegenbewegungen: gerade in ausgeprägt kapitalistischen Staaten wie den USA, mit großer Verbreitung der kapitalistischen Ideologie kommt es zur Staatskritik [eigentlich Bürokratiekritik] von *rechts*! Das bietet uns eine Erklärung für die »Rückbesinnung«

der »reinen« Kapitalisten á la Neoliberale, Libertarians etc.)
Im Etatismus dominiert die Politik über die Ökonomie und den Alltag.

Die Krisenform des Etatismus, die in seinem Funktionsmechanismus angelegt ist, äußert sich als Mangelkrise.
Die Zustimmung der unter ihm lebenden Menschen erlangt er durch ihre Behandlung als gleiche und freie Produzenten, denen eine gemeinsame Aufgabe gestellt ist. »Gleich« soll hier heißen: Gleich vor Recht und Gesetz und der Aufgabe zur optimalen Teilnahme an der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums. Auch hier leiten sich Illusionen über die eigene Bedeutung in der Gemeinschaft etc. ab; auch hier werden die Erfahrungen die eigene Rolle teils bestätigen, teils widerlegen. Als Persönlichkeitsmodell sehen wir die heteronome (von fremden Gesetzlichkeiten abhängende) Persönlichkeit, die die Legitimationsmuster der etatistischen Bürokratie verinnerlicht hat. Im Etatismus bleibt das marktorientierte Verhalten untergeordnet.



[4] Der ansatzweise Übergang der Funktionsmechanismen der Systeme ineinander äußert sich sozialpsychisch als Übergang von autonomer und heteronomer Persönlichkeit, worauf sich eine – subjektiv als Angriff auf »das System« verstandene Haltung traditioneller Politik gründet.

Die Haltung traditioneller Politik wird nicht nur von manchen Gegnern des jeweiligen Systems eingenommen, sondern auch – und immer – von dessen Verwaltern und Verteidigern.

Die Verwalter und Verteidiger des Systems müssen darauf setzen und hinarbeiten, daß die Befehle, die sie geben, befolgt und dadurch die Entscheidungen, die sie treffen, verwirklicht werden.

Traditionelle Politik geht explizit oder implizit von einem Gesellschaftsbild aus, wonach an der Spitze der Gesellschaft einige – oder eine Gruppe von – Drahtziehern sitzen, die die Gesellschaft zum – materiellen oder psychischen – Schaden (oder Nutzen) ihrer Untertanen kommandieren.

Dieses Gesellschaftsbild ist – so sehr es in beiden Systemen eine reale Illusion ist – **falsch**, weil *Herrschaft sich über Verinnerlichung von Legitimationsmustern herausbildet und befestigt*; nur weil diese Legitimationsmuster bestehen – und so lange sie bestehen – lassen sich Befehle mit scheinbaren »Sachzwängen« legitimieren. Nur solange es eine »radikale kleine Minderheit« bleibt, die den Legitimationsmustern nicht mehr folgt, kann deren Kriminalisierung und Marginalisierung durch einen Ausbau des Polizeistaats gelingen.

Die »Sachzwänge« im Kapitalismus ergeben sich aus der stets unvollständigen Information über den Markt. Die »Sachzwänge« im Etatismus ergeben sich aus der gemeinsamen Arbeit an einer zu lösenden Aufgabe, deren »Lösung« durch die Art und Weise, wie sie bewerkstelligt wird, sich selbst verhindert (etwa: »Aufbau des Sozialismus« bei innerer Tendenz zur Hierarchisierung. Oder: »Bewältigung der ökologischen Krise bei innerer Tendenz ihrer ständigen Reproduktion«).

Traditionelle Politik, die das System angreifen will, von dem sie sich ein falsches Bild macht, nimmt nun an, daß es in einem ersten Schritt darum gehe, die »Drahtzieher an der Spitze der Gesellschaft« zu entfernen. »Entfernen« kann heißen: töten (bewaffneter Kampf) oder abwählen (parlamentarischer Kampf).

Beiden Kampfmethoden ist gemeinsam – und das ist entscheidender als der Unterschied der gewählten Mittel –, daß sie sich Politik noch als »Krieg« zwischen klar erkennbaren Fronten vorstellen, den sie mit Argumenten oder Waffen führen wollen.

»Politik als Krieg« spielt mit den Psychen der Menschen so wie sie sind, *ohne sie zu verändern*.

»Wenn der Krieg vorbei ist«, stellen auch traditionelle Politiker sich – sofern sie das System bekämpfen wollen – eine Veränderung des Alltagslebens vor. Die käme dann wie aus dem Nichts. Denn die Eigenschaften, die der traditionelle Politiker braucht – ob sie nun parlamentarisch oder militärisch sind –, werden »dann« jedenfalls *nicht mehr gebraucht.*

Die Haltung der traditionellen Politik in systemgegnerischer Absicht beachtet nicht, wie sehr sie selbst jener Veränderuung des Alltagslebens *entgegen*steht, die sie subjektiv anstreben mag.
(Wenn deshalb traditionelle Politik irgendwann und irgendwo zu einer Zerstörung der Systeme führen würde, dann käme diese nicht wegen, sondern trotz ihr zustande. Und hätte den Erfolg anderen Kräften zu verdanken, die sich in den Revolutionsprozeß einmischten.)

[5] Die Spaßguerrilla geht aus dem täglichen Widerstand hervor und setzt den Funktionsmechanismus der Systeme außer Kraft. Sie richtet sich nicht nur gegen die traditionelle Politik, die die Systeme bestenfalls ineinander übergehen läßt, sondern *gegen alle Trennungen*, die die Menschen psychisch für Herrschaft empfänglich machen.

»Täglicher Widerstand« soll heißen: jene – spontanen – Verfremdungen, zu denen die Menschen Zuflucht nehmen, um ihren widersprüchlichen Erfahrungen zu entgehen. Diese können vielfältig sein: im Kapitalismus ist es die Vielfalt vongegensätzlichen Anschauungen, Meinungen und Gefühlen, im Etatismus die von oben gesetzte Normierung von Anschauungen, Meinungen und Gefühlen die die autonome bzw. heteronome Persönlichkeit zu einem Nichts zu machen drohen. In beiden Fällen ist es aber letztlich derselbe R a t i o n a l i s m u s (der weißen Rasse, am deutlichsten vergegenständlicht in dem calvinistischen Sendungsbewußtsein des »Macht euch die Welt untertan«), der die Welt als Produkt seines Denkens darstellen und gestalten will. Aus diesem Denken geht ein Handeln hervor, das die Welt und die Menschen in Gegenstände und Gruppen t r e n n t und dessen Trennungen auch die Psychen der Menschen durchziehen und zerstören.

Es geht nun nicht darum, den Rationalismus in Irrationalismus aufzulösen sondern darum, die *Trennung* zwischen Rationalem und Irrationalem abzuschaffen.



Photo: Manfred Kampschulte

Verfremdungen *können* sich gegen die Systeme wenden, wenn sie z.B. Eindeutigkeit zerstören und so dem Rationalismus Grenzen setzen. Kritische *Verfremdungen setzen Regeln außer Kraft*, gerade indem sie sich darauf einlassen!

Genau dies tut die Spaßguerrilla: sie setzt jede bürokratische Organisation außer Kraft – sei es durch Modellstreik, sei es durch passive Resistenz, sei es durch Imitation einer Bürokratie, die Anordnungen herausgibt, die von ihr nicht erwartet werden können.

Damit entwickelt die Spaßguerrilla ein wirksames Instrumentarium zum Lahmlegung jeder Bürokratie, wie es im Etatismus spontan entsteht. Dieses Instrumentarium ist auch auf bürokratisierte Bereiche des Kapitalismus übertragbar: Betriebe, staatliche Verwaltung . . .

Aber auch die Obstruktion im Parlament, das Argumentieren gegen die Strich in Fernseh- und allen beliebigen anderen Diskussionen bis zu den Aufführungen verfremdender Darstellungen in beliebigen Alltagssituationen zerstören die Rationalität, auf der die Systeme sich gründen.

Wo immer die Herrschaft des Rationalen sich errichtet, hat die Spaßguerrilla ihren Ansatzpunkt.

Die Spaßguerrilla verhindert nicht nur den Übergang des einen Systems in das andere, sondern sie ermöglicht es den Menschen, sich gegen alle Trennungen zu wehren. Sie wird so lange möglich sein, wie diese Trennungen existieren: bis zur Anarchie.

Spaßguerrilla wendet sich gegen die *Herrschaft* des Rationalen, nicht gegen Rationales an sich! Auch in der Anarchie wird – unbürokratisch – gemeinsam diskutiert, geplant und gehandelt werden müssen. Das bringt immer die Gefahr des Rückfalls in traditionelle Politik mit sich. Wo immer solche Rückfälle auftreten, kann Spaßguerrilla erneut einhaken.

Die Spaßguerrilla unterscheidet sich von der Haltung traditioneller Politik, weil sie an die alltägliche Identitätsverwirrung anknüpft, diese methodisch aufnimmt und den Funktionsmechanismus der Systeme zerstört, indem sie hier und heute schon ein spielerisches, die Trennung zwischen Rationalem und Irrationalem überwindendes Verhalten voraussetzt und einübt.

Traditionelle Politik verbleibt dagegen in der Auswegslosigkeit des Rationalismus. Deshalb wird sie auch stets vom Irrationalen eingeholt. Neue Mythen, Religionssekten, Körperkult etc. decken den Bedarf, den ein überrationalisiertes »linkes« Denken bewirktund führen zu neuen Trennungserfahrungen.

Formen der Spaßguerrilla

Spaßguerrilla-Aktionen sind denkbar vielfältig: Sie können sein:
- Selbstdarstellung der Bewegung
- Kampfmittel
- Ausweitung der Bewegung auf soziale Konfliktbereiche
- sie eignen sich sehr gut als politische Antwort auf Bekämpfungsstrategien, die die Bewegung eingrenzen will. In jüngster Vergangenheit z.B. unter den Schlagworten »Jugendbewegung«, »Kriminelle«, »Wohnungspolitik«, »Umfeld« etc.

Der große Kunstgriff der Spaßguerrilla ist die **Verfremdung**.

». . .Verfremdung um eine besondere Wahrnehmung des Gegenstands zu bewirken . . . um die Wahrnehmung vom Automatismus zu befreien . . .« (Victor Šklovskij, 1917).

Verfremdung muß also die gewöhnliche Wahrnehmung stören, indem sie ein Bild, einen Gedanken, eine Situation mit anderem Gegensätzlichen zusammenbringt. Im Gegensatz zur Werbung, deren Verfremdung beruhigt, bestätigt und einlullt, muß subversive Verfremdung beunruhigen, schockieren, verunsichern.

Ein geglücktes (1) und ein mißglücktes (2) Beispiel:

(1) Der Auftritt von Herr und Frau Müller im Schweizer Fernsehen am 15.7.1980 in einer Diskussion über die »Jugendrevolte« mit Politikern.

Auch zwei Vertreter der Züricher Bewegung waren eingeladen. Es erschienen zur großen Überraschung zwei geschniegelte und adrette Karikaturen von braven Spießern.

„*Herr Müller*: Ich möchte noch einmal auf diesen Polizeieinsatz eingehen. Das stand ja zur Diskussion. Wir müssen uns die Situation nochmals vergegenwärtigen. Zuerst dieses Flugblatt: man erwartete, daß da viele militante Leute auf die Straße gehen. Und dann kommt plötzlich Polizei, gibt ihnen eine Minute, gibt ihnen *eine* Minute lang die Möglichkeit, wieder zu verschwinden. Dann gibt es einen Einsatz. Und jetzt müssen sie alle genau hinschauen. Mit solchen Gummipatrönchen! (Er hält eine Gummipatrone vor die Kamera). Das einzige was man dazu sagen kann: sie sind acht Gramm schwerer geworden seit dem letzten Krawall. Aber mit derartigen Gummipatrönchen kann man doch nicht ernsthaft solche militanten Leute vertreiben. Die Gummipatrönchen, die in Irland verwendet werden, die sind etwa so lang (er zeigt das ungefähre Maß mit der Hand) und etwa so dick. *Darüber* kann man reden, ob *das* nicht sinnvoller ist. Jetzt habe ich da noch etwas . . . Moment . . . (er packt aus einem Zeitungspapier eine CB-Granate aus) das ist so eine CB-Granate, von der ja dauernd behauptet wird, sie sei krebsfördernd. Hoffentlich ist sie's, hoffentlich ist sie krebsfördernd!

Frau Müller: Sie soll auch zu Depressionen anregen, zu anderen Zuständen – also ich finde es eigentlich zu harmlos. Ich wäre dafür, daß man das nächste Mal zu Napalm greift . . .

(Wird durch Zwischenrufe unterbrochen)

Herr Müller: Noch zu diesem Polizeieinsatz: Im Laufe der Auseinandersetzungen ereigneten sich ja Dinge, die jetzt die Demonstranten wieder gegen die Polizei verwenden wollen. Es wird zum Beispiel gesagt, die Polizei habe auf einem Kinderspielplatz ausländische Kinder mit Tränengas beschossen. Oder Leute beschwerten sich darüber, wie sie im Niederdorf oder auch im Kreis 4/5 von der Polizei zusammengeschlagen wurden, bei Verhaftungen zum Beispiel. Dann wurde auch gesagt, die Polizei sei in Wohnungen eingedrungen und habe dort Leute herausgeholt, die sich vor der Polizei versteckten. Medienschaffende sagten, sie seien bei ihrer Arbeit behindert worden. Und so weiter und so fort. – Aber wenn man doch sieht, was die Jugendlichen im Sinn hatten an diesem Wochenende, dann sind das ja alles ganz lächerliche Vorwürfe. Was wir heute brauchen, ist die Armee! (Die Schweiz hat »nur« ein Milizsystem, keine Armee!) Ich kann nur dafür plädieren: Ohne Armee werden wir dieser Jugendbewegung nicht mehr Meister – sonst steht morgen die Revolution vor der Tür und dann haben wir den Dreck!

(Wird durch Zwischenrufe unterbrochen!)

Frau Müller: Und ich finde, das nächste Mal, wenn man wirklich wieder gegen jemanden vorgehen will wie (gegen) diese Kinder, dann sollte man mit Salzsäure oder so etwas vorgehen, also wirklich. In dieser Stadt Kinder zu haben, das wollen wir doch alle nicht. Ich wäre dafür, daß wir alle dezimieren . . .

Fünfschilling (Sozialdemokrat): Ich wollte nur sagen: unsere beiden sympathischen Gäste aus der Jugendbewegung zeigen, wie vielfältig diese Jugendbewegung ist, das politische Spektrum geht offensichtlich von ganz links bis ganz rechts.

Frau Müller: Also nein, wir wollen uns ganz entschieden distanzieren von solchen linken Leuten wie hier, das sind Extremisten, verstehen sie . . .

Lieberherr (Stadträtin): Wir – Extremisten? Nach allem was geschehen ist, können wir keine unbewilligten Demonstrationen mehr dulden . . .

Herr Müller: Und reißt endlich mal die alten Häuser ab, damit sich die nicht immer zusammenrotten können in ihren Kommunen und Wohngemeinschaften. Und man sollte auch die Kinderspielplätze endlich leeren. Dann gibt es mehr Parkplätze . . .

Lieberherr: . . . Ich habe gesagt, ich habe gesagt, es dürfe keine unbewilligte Demonstration mehr geben . . .

Herr Müller: . . . an die Wand stellen, an die Wand stellen!

Frau Müller: Richtig! Richtig!

Moderator: Meine Damen und Herren, unsere Zeit ist leider zu Ende, ich danke ihnen . . .

Herr Müller: An die Wand stellen! An die Wand stellen!

Frau Müller: An die Wand stellen, ja! Und Gewehre! Und KZ's! Könnten sie doch mal bauen!



Photo: Herby Sachs

Moderator: Die Diskussion hat offenbar auch für sie gezeigt, daß der Dialog . . .

Herr Müller: Moskau!

Moderator: . . . noch ein wenig schwierig ist in der jetzigen Situation, danke vielmals und auf wiedersehen.

Herr Müller: Moskau! kann ich nur sagen, Moskau!"

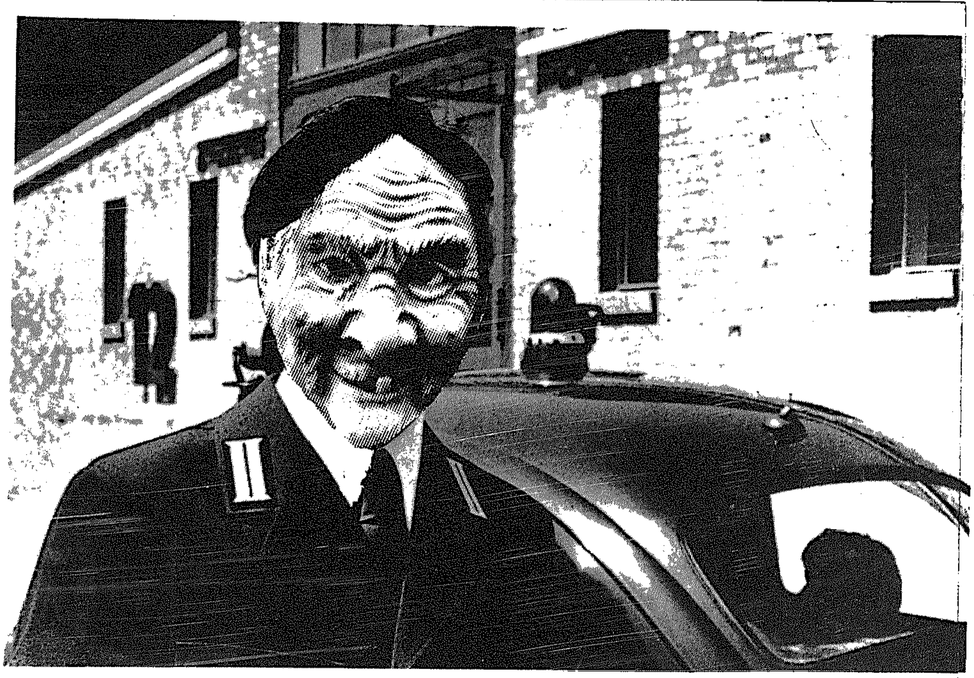


Die Verunsicherung

Herr und Frau Müller machten also ernst mit dem Scheinangebot einer Diskussion unter GLEICHEN. Normalerweise – und das erklärt die Bereitschaft der Medien und herrschender Politiker – ist natürlich keine Gleichheit gewahrt; es kommt nicht auf die besten Argumente an, nicht auf das »moralisch recht haben« usw. Das Fernsehen arbeitet mit der Manipulation, recht hat der, der sich am besten in Szene setzt, der den besten Eindruck hinterläßt. In wirklich inhaltlichen Diskussionen hat nur der eine Chance, dessen Auffassung eh der vorherrschenden Meinung entspricht. Vertreter der Bewegung wurden also eingeladen, um den »Dialog mit der Jugend« zu verkaufen, man erwartete von ihnen, daß sie die Bewegung verteidigen. Man wollte sich als Rechtsstaatspolitiker und rational gegen deren »Irrationalität« profilierenAlle waren darauf vorbereitet als Angreifer – als Delegierte des »gesunden Volksempfindens« aufzutreten, die Bewegung sollte sich *dagegen* rechtfertigen. Von vornherein steht in solchen Fällen also die Masse der Fernsehzuschauer auf der Seite der Spießer. Der schlechte Eindruck und damit der »Verlierer« steht natürlich medienpolitisch schon fest.

Herr und Frau Müller haben diese Rollenverteilung genau umgekehrt. Indem sie die Politiker in ihren Angriffen auf die Bewegung noch überboten haben, wurden sie die Angreifer. Die als Vorurteile kursierenden Angriffe gegen die Bewegung wurden in ihrer faschistoiden Spitze gegen die »gemäßigten« Politiker gekehrt. D.h. sie spielten genau die »Stimme des Volkes«, mit der die Politiker meist ihre reaktionären Inhalte durchsetzen. Dadurch gerieten die Politker in eine Zwangslage: entweder sie standen zur Härte ihrer Maßnahmen gegen die Bewegung – dann entlarvten sie sich als autoritäre Schweine . Oder sie gingen in die Verteidigung – dann mußten sie sich als Linksextremisten beschimpfen lassen oder riskierten nach ihrer eigenen Überzeugung Druck seitens der »gesunden Volksseele«, die sie als allzu schwach empfinden könnte. Beides war ihrem Image und ihrer Politik abträglich; einen Ausweg fanden sie nicht, sie standen nur noch lächerlich da.

Eine geglückte Verfremdung setzt Leute unter Handlungszwang. Sie müssen sich verhalten und können es nicht. Ein Ergebnis, das die Lächerlichkeit, Borniertheit unserer Politiker aufzeigt, untergräbt deren gewichtige Machtstellung grundsätzlich mehr als wenn sie sich – beispielsweise als bedrohte Opfer mit 10 Leibgardisten – wichtig fühlen können und als solch (ge-)wichtigePersönlichkeiten auch überall auffallen.







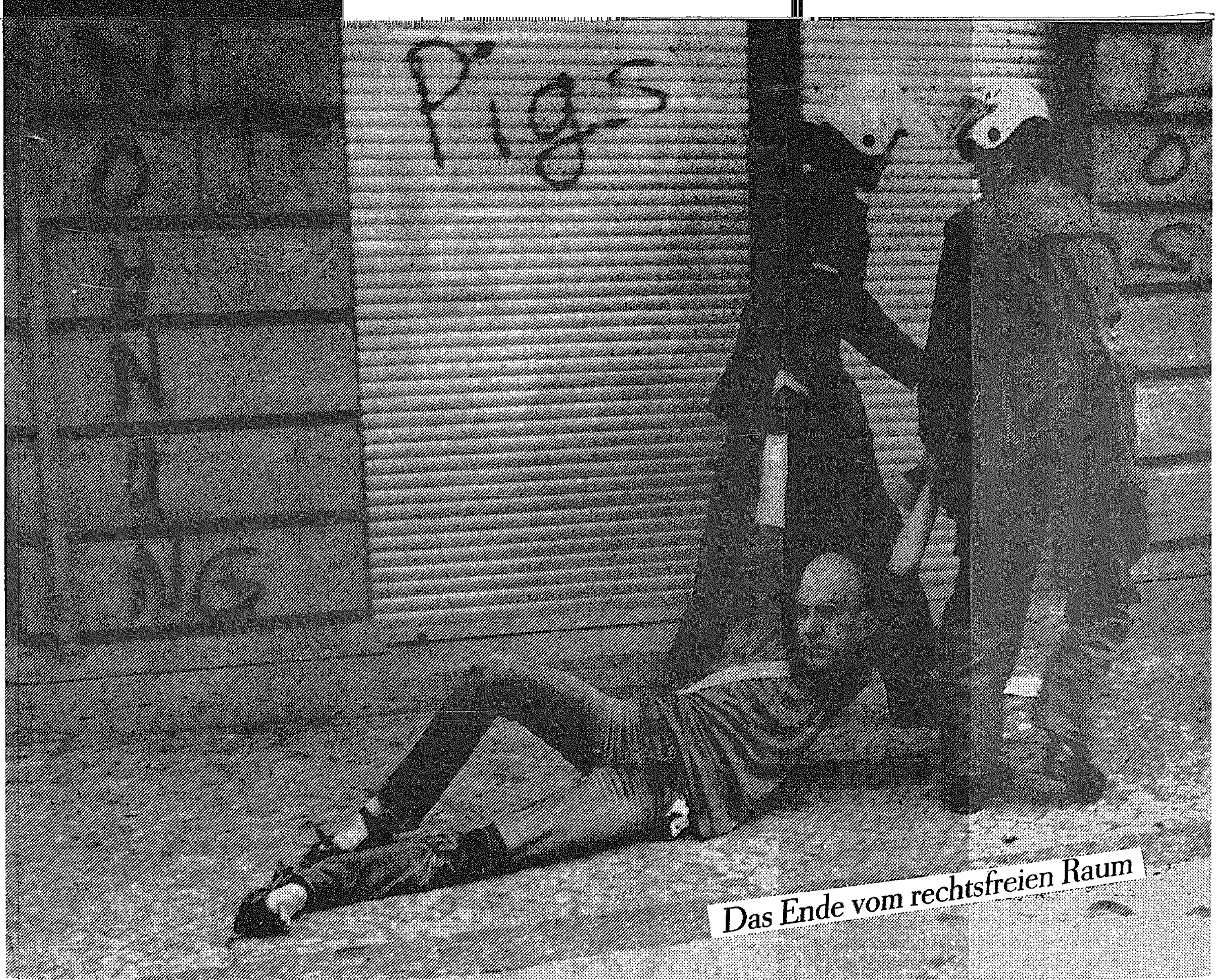




(2) Eine mißglückte Vorstellung des unsichtbaren Theaters:

Im Oktober '81 sollte Lummer auf einer CDU-Versammlung im Rathaus Schöneberg nach dem Muster von »Herr und Frau Müller« ausgetrickst werden. Da plante z.B. einer aus einer unsichtbaren Spaß-Gruppe nach vorne zu gehen und eine offen faschistische Rede zu halten. Am Ende wollte er nur noch Parolen rufen. So lange, bis sie ihn abgeführt hätten. Aber in dem Moment, wo er den Saal betreten hatte, sah alles anders aus als in der Fantasie: Ein Viertel der Zuhörer waren bunt bemalte Hausbesetzer. Sie hatten die Bullenkontrollen am Rathauseingang passiert, sofern sie einen Ausweis vorzeigen konnten. Und die waren ganz »aufrecht« drauf. Gingen zum Mikro und versuchten mit Lummer zu diskutieren. Machten ihm Vorwürfe. Und bekamen von ihm Gegenvorwürfe. Klar, die Spaßleute hatten schon recht mit ihrer Einschätzung, daß da andere Methoden besser geeignet wären. Aber sie waren verwirrt. Schon beim Reingehen waren sie – besonders schnieke gekleidet –, von den Besetzern beschimpft worden. Und nun sollten sie »rechte« Reden schwingen. Würden sie sich damit nicht gegen die eigenen Leute stellen? So sah sich der »Faschist« veranlaßt, seinen Redebeitrag gar nicht erst zu halten. Das hatte wiederum zur Folge, daß die anderen, die auf seinen Beitrag warteten, aus dem Konzept kamen. Ihr Theater hätte dann erst seine Wirkung voll entfaltet, wenn ein Witzbeitrag nach dem anderen gekommen wäre. So daß die CDU hätte einsehen müssen: mit diesen Leuten läßt sich nicht diskutieren. Einige versuchten den Besetzern Lachsäcke zuzustecken, damit sie mitstören konnten und gleichzeitig sahen, auf welcher Seite diese »vornehmen« Leute standen. »Was, *du* hast einen Lachsack?« war die erstaunte Reaktion eines Besetzers . . .

★



Das Ende vom rechtsfreien Raum

Dann wurde die Situation noch komplizierter; der F.J.-Strauß-Verschnitt brachte die Besetzer zum Toben (»Warte nur, nachher auf der Straße«), während ein paar Leute von der Wiking-Jugend beifällig nickten – die waren nämlich auch noch da.

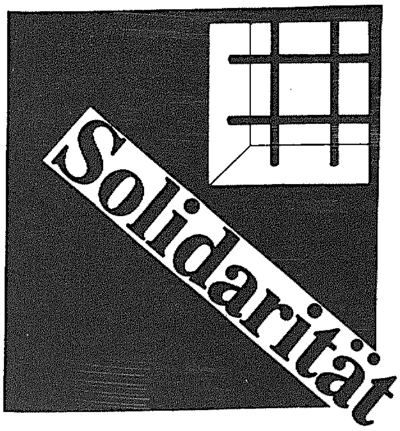
Als dann die »Tunte« auftrat, fanden die Besetzer das komisch. *Das* hatten sie also verstanden, und nun hätte z.B. improvisiert werden müssen: durch irgend einen szenischen Gag die Verbindung zwischen »Tunte« und »Strauß« herstellen. Die Tunte hatte sich Äpfel als Titten unter die Bluse gesteckt und sie hatte zu Lummer gesagt, daß sie geil auf starke Männer ist. Wie wäre es gewesen, wenn sich jetzt Tunte und Strauß abgeknutscht hätten, Strauß sich einen der Äpfel aus der Bluse der Tunte gegriffen hätte, kurz abgebissen und beide Äpfel dann auf Lummer geworfen hätte?
Aber wäre dann nicht eine Saalschlacht zwischen Wiking-Jugend und Besetzern entstanden? Solche verzwickte Situationen können beim unsichtbaren Theater entstehen, man muß improvisieren können, alles ist nicht vorauszusehen.

Wichtig bleibt zudem eine gut vorbereitete Nachbereitung für Medien, auch für die taz, die bisher selten sofort verstanden und verbreitet hat; es kann noch nicht vorausgesetzt werden, daß die Medien, gerade auch die irgendwie linken, solche Aktionen erwarten und richtig kommentieren. Andererseits ist ihre Verbreitung als »Propaganda der Tat« gerade im Moment sehr wichtig, wo sich scheinbar die gesamte Diskussion um Widerstand auf den Widerspruch Gewalt – Gewaltfreiheit oder Parlamentarismus– Terrorismus zu orientieren scheint. Widersprüche, die zudem oft mehr aus moralischen als aus politischen Gründen ausgefochten werden. Für Anarchisten sind das aber Nebenwidersprüche!

Vorliegender Beitrag nimmt als Grundlage Ausschnitte aus dem Buch **Spass Guerrilla**, das 1983 von den *Freunden der Erde, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin-61* verlegt wurde.
Bestelladresse: *AurorA-Verlagsauslieferung, Knobelsdorffstraße 8, 1000 Berlin-19; Tel. 030/3227117.*
Im *SF* bereiten wir einen weiteren Beitrag zur *Verfremdung* vor.







Informationsdienst zur Situation inhaftierter Totalverweigerer

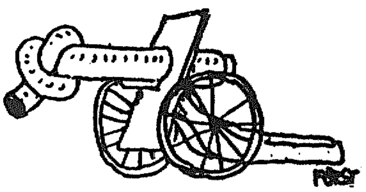
(Die »Initiative gegen Wehrpflicht« hat uns gebeten im SF regelmäßig über neue Urteile gegen Totalverweigerer und ihre Situation zu berichten. Wir entsprechen dieser Bitte, die gleichzeitig eine Aufforderung an viele Leser/-innen ist, solidarische Briefean die Betroffenen zu senden, in dieser und kommenden Ausgaben des SF; wir wünschen uns allerdings neben den Fallschilderungen auch ab und zu zumindest Ausschnitte aus der inhaltlichen Diskussion der Gruppen, sowie Verhaltensüberlegungen, sobald sich staatlicherseits etwas verändert.)

Im Knast befinden sich derzeit (Stand vom 16.9.86):

Daniel Ekthiari, JVA Peinerstr.33, 3167 Burgdorf. Er sitzt 6 Monate ohne Bewährung wegen Zivildienstflucht ab, nachdem er in der 3. Instanz vom OLG Celle verurteilt worden war.

Stefan Philipp, Balthasar-Neumann-Str. 41, 7000 Stuttgart-40. Er wurde inzwischen (nach 226 Tagen Bundeswehrarrest und Knast, 4 Verhandlungen, insgesamt 15 Monaten) auf Halbstrafe aus dem Knast entlassen.

Kai Kanz, Anzbergstr. 23, 7000 Stuttgart 1. Er wurde auf 2/3 entlassen. Er ist als Totalverweigerer für den ersten Freispruch in 1. Instanz wegen einem Delikt bei der Bundeswehr bekannt geworden und wurde auch in dem zweiten Strafverfahren vom AG Idar-Oberstein freigesprochen. Das LG Bad Kreuznach erkannte nun auf 14 Monate ohne Bewährung wegen Fahnenflucht und Gehorsamsverweigerung. Es berücksichtigte weder schuldausschließende Gewissensgründe noch Doppelbestrafung. Kai Kanz hat ja bereits eine 8-monatige Halbstrafe abgesessen. Bleibt das Strafmaß bestehen, hätte Kai Kanz als Totalverweigerer bislang die höchste Strafe bekommen.



Prozesse laufen gegen:

Stephan Buchner, Höfeweg 1a, 4800 Bielefeld; in 1. Instanz zu einer (!) Woche Jugendarrest verurteilt, wohl aufgrund seiner Argumentation des »Gewissens als höchster Instanz«. Berufung der Staatsanwaltschaft vor dem LG Nürnberg.

Christoph Kopp, Huberweg 27, 7630 Lahr; LG Ravensburg: Wegen Befehlsverweigerung. Die Verhandlung vom 18.7.1986 wurde vertagt, der Richter wolltew überprüfen, ob die Bestimmungen zum Zivildienst verfassungsgemäß sind!

Andreas Linder, Wortwerkstatt Durlesbach, 7967 Bad Waldsee 1; AG Ravensburg: Wegen Dienstflucht (Ersatzdienst nach 17 Monaten abgebrochen), bisheriges Ergebnis: 40 Tagessätze à 20.- DM.

Thorstan Mai, Geismarlandstr. 25b, 3400 Göttingen. Prozeß vor dem LG Göttingen wegen Dienstflucht (1. Instanz lautete auf 8 Monate mit Bewährung).

Urs Marquardt, Am Mühlrain 24d, 6903 Neckargmünd; AB Heidelberg, wegen Dienstflucht (Ersatzdienst nach 8 Monaten abgebrochen).

Markus Klein, Melissenweg 130, 5000 Köln 80; AG Köln wegen Zivildienstabbruch. Sein Richter Becker brüstet sich damit, daß unter seiner Amtsführung die Zahl der Totalverweigerer in Köln zurückgehe.

Jens Schneiderheinze, Handorferstr.55, 4400 Münster 5; AG Düsseldorf wegen Dienstflucht.

Martin Heeg, Nitschestr. 6, 6800 Mannheim; AG Mannheim wegen Dienstflucht. (Ersatzdienst nach 1 Monat abgebrochen).

Andreas Misol, Römerstr. 9, 7000 Stuttgart; Ersatzdienst 6 Wochen vor Ende abgebrochen, erhielt jetzt neue Einziehung für 6 Wochen! Er verweigert sie.

Jost Christian Richter, Schulzengasse 5, 6900 Heidelberg; AG Heidelberg wegen Dienstflucht, (nach 12 Monaten Ersatzdienst abgebrochen).

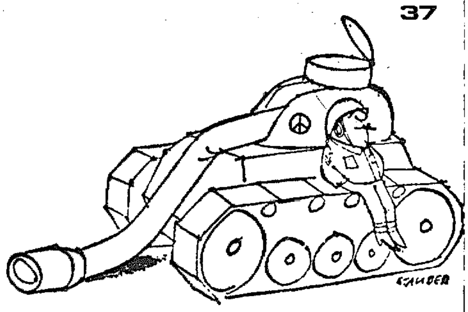
Tom Mischo, Lichtenbergplatz 4, 3000 Hannover; soll ein 2. Mal wegen Zivildienstverweigerung vor Gericht.

»Beendete« Verfahren:

Christoph Rosenthal, PF 3201, 3400 Göttingen; LG Itzehoe; die revision wurde zurückgezogen, das 1. Urteil: 9 Monate auf Bewährung für Fahnenflucht und Gehorsamsverweigerung von beiden Seiten akzeptiert.

Andreas Peters, Unter den Eichen 24, 4830 Gütersloh 11; vom AG Wuppertal zu 6 Monaten Haft wegen Fahnenflucht verurteilt. Keine Berufung eingelegt.

Siegfried Schierle, Köberle 14, 7170 Schwäbisch Hall-Gelbingen; 6 Monate ohne Bewährung im Bundeswehrknast nach dem Urteil des LG Marburg. Keine Berufung eingelegt.



Neue Totalverweigerer:

Andreas Speck, Friemersheimer Str. 20, 4100 Duisburg 46;
aus dem **Offenen Brief an das Bundesamt für Zivilschutz vom 22.8.1986:**
»Sie vom Bundesamt versuchen möglichst viele Zivildienstleistende in Dienstunterkünfte einzuweisen, da man sie dort besser unter Kontrolle hat. Eine aktive, staatskritische Friedensarbeit oder andere politische Arbeit soll sogar in der Freizeit fast unmöglich gemacht werden; Friedensarbeit im Dienst ist sowieso verboten.

Die meisten anerkannten Zivildienststellen befinden sich im sozialen bzw. im Gesundheitsbereich, aus zwei Gründen:
[1] Die Kosten der Gesundheitsversorgung werden gesenkt, wodurch Mittel für die Rüstung frei werden. Ohne tausende von Zivildienstleistenden in Krankenhäusern und Altenheimen ließe sich die Gesundheitsversorgung so billig nicht aufrechterhalten. Der Zivildienst hilft also dem Staat, den Mythos vom Sozialstaat aufrechtzuerhalten.
[2] Viele Zivildienstleistende werden in Pflegediensten ausgebildet und können im Kriegsfall von dort Eingezogene ersetzen. Entsprechende Planungen existieren, Auszug aus §24 EZSG vom 14.11.84:
Die kreisfreien Städte und Kreise ermitteln den voraussichtlichen Bedarf von Personal, Material und Gütern, der für den Betrieb der Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung im Verteidigungsfall erforderlich ist.

Das Bundesamt für den Zivildienst hat Zivildienstleistende, die ihren Dienst in einer Einrichtung der gesundheitlichen Versorgung abgeleistet haben, den kreisfreien Städten und Kreisen für einen Einsatz in Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung zu benennen.
(. . .) Das Weißbuch zur zivilen Verteidigung der BRD des BMI von 1972 führt zu den Aufgaben der zivilen Verteidigung folgendes aus:
»Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, Schutz der Menschen, Sicherstellung der lebenswichtigen Versorgung und die zivile Unterstützung der Streitkräfte« und weiter:
»Die Streitkräfte können ihren Verteidigungskrieg nur erfüllen, wenn auch die zivile Seite zur Operationsfreiheit beiträgt. Die Unterstützung besteht vor allem in der Berücksichtigung militärischer Belange bei den zivilen Planungen. Zahlreiche Maßnahmen der zivilen Verteidigung dienen direkt oder indirekt auch der Herstellung der militärischen Verteidigungsbereitschaft.«
(. . .) Deshalb verweigere ich seit dem 21.8.86 auch die Ableistung des Zivildienstes, ich habe meine Dienstunterkunft an diesem Tag geräumt und die Dienststelle verlassen . . .«

Infos erteilt auch das regelmäßige Totalverweigerer-Info »OHNE UNS« (ABO 30.- DM), bei: Martin Stettner-Ruff, Im Lindach 1, 7170 Schwäbisch Hall.

Ein Blick zurück allein ist nicht genug

von Jörg Auberg

Über den damaligen wie heutigen politischen Standpunkt der Filmemacher/-innen

»So viele Tote – aber 20 000 Bücher! Spanien, das war doch wirklich eine Hoffnung«, sagte Clara Thalmann, als sie sich des massenhaften literarischen Niederschlags erinnerte, der vom spanischen Bürgerkrieg ausgelöst wurde (SF-21). So viele Tote – und über 500 Filme, die sich mit dem gleichen Thema auseinandersetzen: Spiel- & Dokumentationsfilme, aus Wochenschauen zusammengestellte Kompilationsfilme; faschistische & antifaschistische Filme; Hollywood-Kitsch & militantes Kino . . . Das Kino war von jeher eine Zeitmaschine, mit der der homo cinematicus eine Reise in eine fremde oder vergangene Zeit antreten konnte, und Filme über den spanischen Bürgerkrieg wirken zuweilen nicht weniger phantastisch als *Le Voyage à travers l'impossible* von Georges Méliès, wo Menschen bis zur Sonne reisten und wieder zurückkehren mußten. Kinobesuche sind Reisen mit Unterbrechungen, die zur Reflexion des Vergangenen und Gegenwärtigen einladen, und die subjektiv geprägten »travelogues« sind notwendigerweise fragmentarisch, da mensch auf Reisen niemals alles sieht . . .



Photo: Manfred Kampschulte

I.

Ein historisches Dokument aus der Zeit des spanischen Bürgerkriegs ist der Film *The Spanish Earth* (1937) von Joris Ivens, John Ferno & Ernest Hemingway, der in erster Linie zur Unterstützung in den USA gedacht war, sich also an das zahlungsfähige liberale Publikum wandte. Zum einen behandelt der Film die Verteidigung von Madrid und die der umliegenden Dörfer, die die Hauptstadt mit Lebensmittel versorgten; zum anderen dokumentiert er die Landreform, den Bau von Bewässerungssystemen, die intensive Feldbestellung, die einen wichtigen Beitrag für die Verteidigung Madrids darstellten. Ivens zeigt die kollektive Anstrengung der einfachen Landbevölkerung, bei der es keine Hierarchien gibt, aber dennoch ist die Verantwortlichkeit zwischen den Landarbeitern und dem Bürgermeister des Dorfes Fuenteduena, auf das sich der Film konzentriert, klar verteilt.

Das Land hat früher einmal den Großgrundbesitzern gehört und wurde den Bauern vorenthalten, doch nun können es die Bauern bestellen, um die Verteidiger der Hauptstadt (und sich selbst) zu ernähren. Aber jegliche Andeutung von Kollektivierung, sei sie nun freiwillig oder zwangsweise, wird von seiten der Filmemacher bewußt vermieden, um das liberale Publikum in den USA nicht zu verschrecken. Der Film reflektiert die populistische Orientierung, wie sie von der US-amerikanischen Kommunistischen Partei (CPUSA) in ihrer Volksfrontpolitik vertreten wurde, wo es nicht mehr um den Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus, sondern um jenen der Demokratie gegen den Faschismus ging. »Demokratie« war das Zauberwort, auf das sich die CPUSA einschwor; bei dieser seltsamen Metamorphose begann sie, Sternenbanner statt rote Fahnen zu schwenken, gab konservativ-patriotische Parolen aus wie: Der Kommunismus sei der »Amerikanismus« des 20. Jahrhunderts und vermied wohlweislich Vokabeln wie »Klassenkampf« und »Revolution«. Mit dieser für dieCPUSA letztendlich fatalen Strategie restaurierte sie die bürgerliche Kultur, verteidigte deren Werte von Freiheit und Gleichheit und schuf so selbst den Nährboden für ihre spätere Zerschlagung. Auch im Film ist nie die Rede von »Revolution«. Stattdessen präsentiert er KP-Funktionäre wie José Diaz, Dolores Ibárruri (La Passionaria), den KP-General Enrique Lister, der innerhalb von sechs Monaten des Bürgerkriegs, wie es im Film heißt, »vom einfachen Soldaten zum Kommandeur einer Division« aufgestiegen sei. (Die CNT nannte ihn ironisch den »Helden vieler Schlachten«: »Wir wissen es, weil die Kommunistische Partei uns das gesagt hat.«) Zudem taucht auch noch der deutsche Schriftsteller Gustav Regler auf, »der nach Spanien kam, um für seine Ideale zu kämpfen«, wie es im Filmkommentar heißt. Worin allerdings diese Ideale bestanden, wird nicht näher erläutert.

Der Film impliziert eine illusionäre Einheit der Republikaner und läßt bewußt die lebensbedrohlichen Spannungen zwischen Stalinisten und Anarchisten/POUMisten außen vor. Es wurde ausdrücklich vermieden, eindeutige Positionen zu beziehen: »Die Filmemacher begriffen zweifellos, daß ein Film, der sich um eine Massendistribution und Eleanor Roosevelt bemühte, sich nur dann auf die kommunistische Führung im kommunistischen Madrid (im Gegensatz zum anarchistischen Barcelona) konzentrieren konnte, wenn diese Akzentuierung verschleiert wurde. Deutliche politische Kennzeichen komplizierten die auf einer breiten Basis beruhenden Volksallianzen, die das Hauptziel der Volksfront waren.« (vgl. *Thomas Waugh, Joris Ivens and the Evolution of the Radical Documentary, 1926–1946; Diss. Columbia Univ.; New York 1981*) Während *The Spanish Earth* natürlich sehr positiv von der CPUSA-Presse aufgenommen wurde, kritisierte sie sehr heftig den Film *Fury over Spain*, weil dieser die Rolle der Anarchisten in Barcelona sehr wohlwollend beschrieb.

Je weniger das Filmpublikum über die Zusammenhänge des spanischen Bürgerkriegs erfährt, um so mehr dominiert der Hemingwayeske Heldenkodex von Mut, Integrität und Ausdauer. Hemingway, der Ivens und den Kameramann John Ferno während der Aufnahmen begleitete, sprach einen von ihm geschriebenen, fast emotionslos vorgetrage-

nen Kommentar, der oft mit den für Hemingway typischen Verallgemeinerungen über den Krieg arbeitet. Ein Soldat erscheint im Bild, und Hemingway erzählt, daß dieser Stunden nach der Aufnahme tapfer im Kampf gefallen sei. Diese Beschwörung des männlichen Heldentums gereicht dem Film eher zum Nachteil, denn sie reduziert den spanischen Bürgerkrieg zum bloßen Hintergrund, zur Gelegenheit, in der tapfere Männer im Kampf ihren Mut und ihre Selbstaufopferung beweisen können. Ähnlich ist Hemingway dann später in seinem Roman *Wem die Stunde schlägt* (1940) verfahren.

Ivens hatte gehofft, daß der Film Auswirkungen auf Roosevelts Außenpolitik haben würde. Der US-Präsident nahm ihn bei einer Vorführung im Weißen Haus zwar positiv auf, doch die Nicht-Interventionspolitik wurde beibehalten. Es gelang, einige Tausend Dollar zu sammeln, wovon Krankenwagen, Medizin und Bekleidung gekauft und nach Madrid verschifft wurden. Es war Ivens' Absicht, mit diesem militanten Dokumentarfilm das Filmpublikum zu agitieren und zu mobilisieren, doch dieser Versuch erwies sich als fruchtlos.

II.

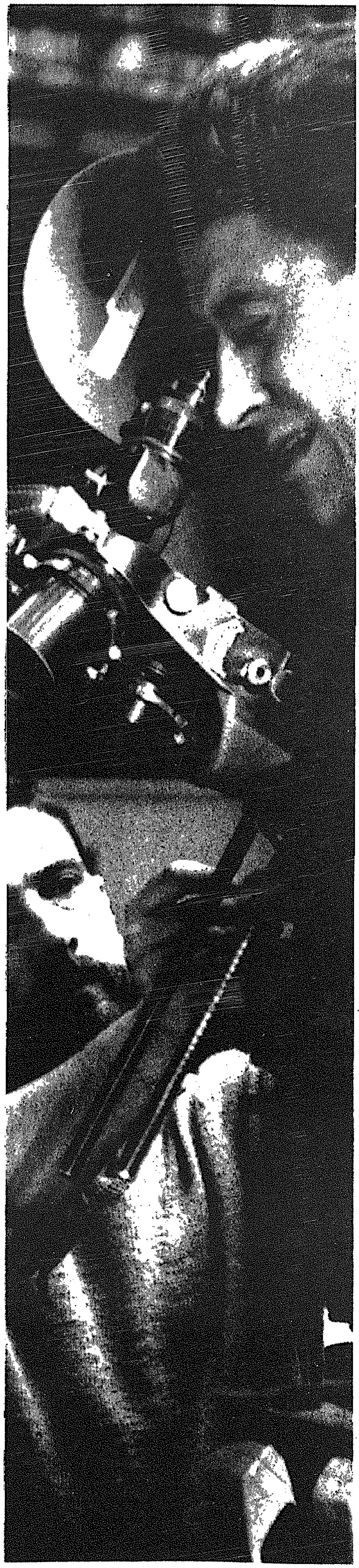
Im Sommer 1936 machten sich ungefähr 600 Schweizer auf die Reise nach Spanien, um für die Republik zu kämpfen. 150 bis 200 von ihnen starben dort. Und als die überlebenden Bürgerkriegsteilnehmer drei Jahre später in die Schweiz zurückkehrten, waren sie der Verfolgung durch die Justiz ausgeliefert, denn laut damaligem Gesetz war es den Schweizern verboten, in einer fremden Armee zu kämpfen. Im Jahre 1974 beschäftigte sich der schweizerische Dokumentarfilmer *Richard Dindo* mit diesem Thema, das lange Jahre in der Schweiz tabuisiert war. Ziel des Films *Schweizer im spanischen Bürgerkrieg* war es, an die Ereignisse des Bürgerkriegs zu erinnern, auf die besondere Rolle der anarchistischen Bewegung hinzuweisen, Kritik an der Heroisierung der Interbrigaden zu üben, die stalinistische Repression ins Gedächtnis zu rufen und die Rolle der Schweiz zu beleuchten. Die kritische Betrachtung stieß bei manchen Spanienkämpfern auf Ablehnung, denn für sie war, sagt Dindo, »der spanische Bürgerkrieg ein Jugendtraum, den sie wie eine Glaskugel hüten, als etwas rundes, abgeschliffenes, kristallines, fleckenloses, das sie nicht zerbrechen lassen wollen. Es ist nicht einfach für gewisse alte Genossen zu sehen, daß die Sowjetunion nicht mehr das ›Vaterland der Arbeiter‹ ist, daß sie es schon 1936 nicht mehr war, oder: daß sie in jenen Jahren daran war, es nicht mehr zu sein . . .«

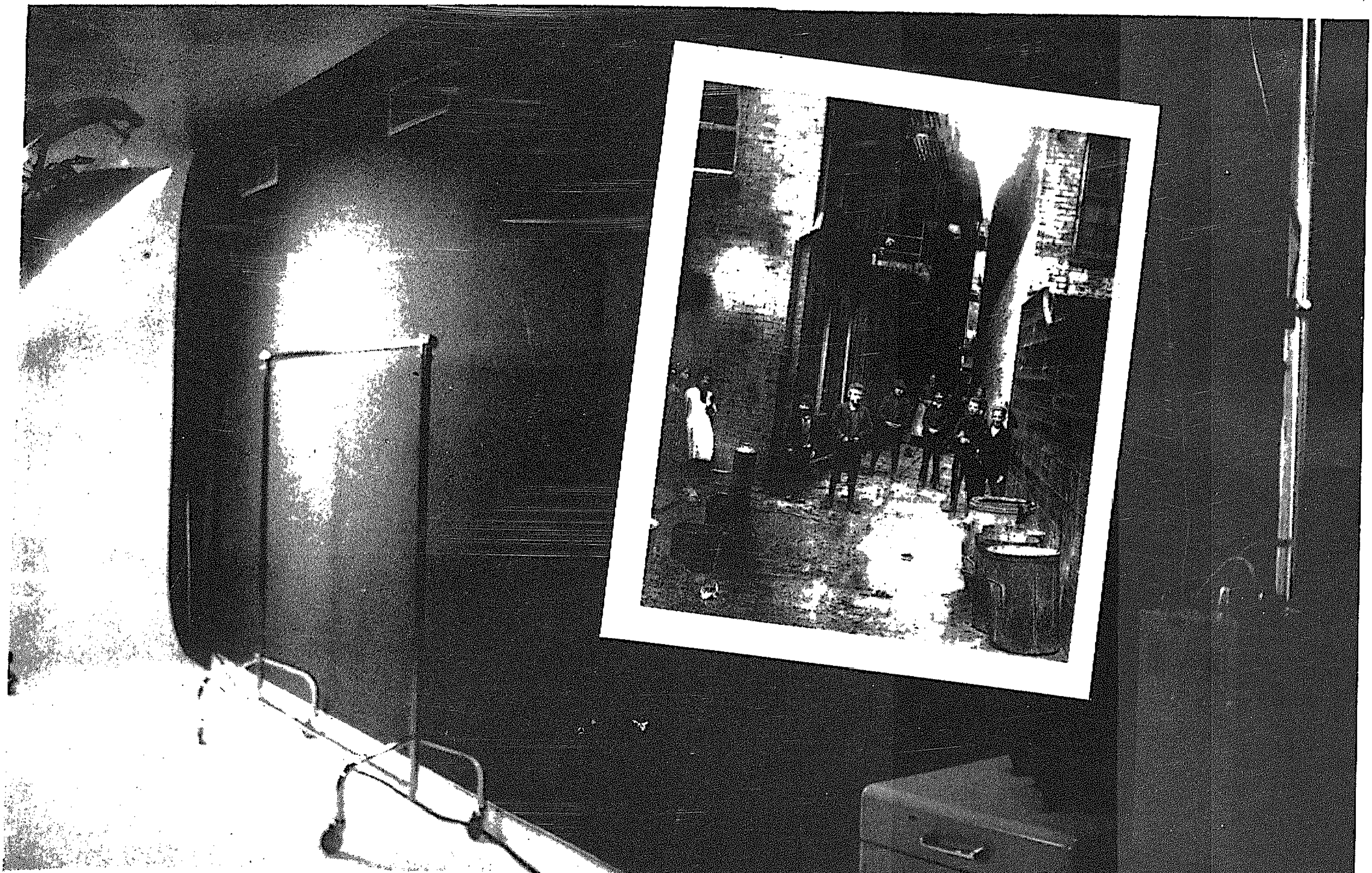
Der Film verzichtet auf jeglichen voice-over-Kommentar und besteht aus Interviews mit ehemaligen Interbrigadisten, die auch 1974 noch ähnliche Ansichten wie zur Zeit des Bürgerkiregs vertreten, und mit Leuten, die damals in anarchistischen Einheiten kämpften; aus historischen Filmsequenzen, deren Material aus *The Spanish Earth* stammt; aus Dokumenten (wie beispielsweise alten Photographien) und Reisen zum Schlagbaum von Le Perthus an der spanischen Grenze, die Dindo laut Weisung der Faschisten nicht überschreiten darf. Der Film verknüpft das Vergangene mit dem Gegenwärtigen, die revolutionären Ereignisse von Barcelona mit dem heutigen kleinbürgerlichen Alltag. Da schwenkt die Kamera beispielsweise über Photographien einer Arbeiterversammlung in Barcelona, worauf ein Schwenk über die Fassade eines Mietshochhauses folgt, in dem das anarchistische Paar im Jahre 1974 lebt. Diese Aufeinanderfolge von »Revolutionärem« und »Kleinbürgerlichem« wird lediglich festgestellt, doch nicht kritisiert, was Dindo auch nicht ansteht und er auch nicht will.

»Der Film ist linear und elliptisch montiert, ›passiv‹ in einem Sinne«, erläutert Richard Dindo. »Eine ›aktive‹, komplexe Montage, die ständig ein Element mit einem anderen verbindet, von einem Punkt zu einem andern springt, um am Ende auf eine ›Synthese‹ zu kommen, hätte vorausgesetzt, daß man vom Bürgerkrieg eine lichtklare, eindeutige, nicht umzuwerfende Analyse hätte machen können.« So werden die Widersprüche, die aus dem Kontrast der Aussagen der Interviewten mit dem dokumentarischen Material entstehen können, nicht aufgehoben, sondern das Filmpublikum muß mit ihnen arbeiten. Die autoritäre Stimme eines voice-over-Kommentars, die dem Publikum sagt, wie es war (oder ist), ist eliminiert. Allerdings kann hieraus das Problem entstehen, daß Filmemacher und Filmemacherinnen ihre »eigene Stimme« verlieren und andere für sich reden lassen. Die Aussagen der Interviewten müssen nicht der Meinung entsprechen, die die Filmemacher vertreten. Auch Dindo hat eingeräumt, daß die Interviewten nicht unbedingt seine Meinung wiedergaben. Wenn er beispielsweise einen Anarchisten bittet, dem Publikum zuerklären, was Anarchismus bedeute, so heißt das nicht, daß Dindo dessen Auffassung teilt und selbst Anarchist ist. Aber letztendlich liegt es doch im Machtbereich der Filmemacher, Aussagen von Zeitzeugen zu relativieren oder gar zu manipulieren.

Die Bürgerkriegsveteranen reflektieren aber nicht nur über die Vergangenheit, sondern auch über den Zustand der Schweiz heute. »Was ist Demokratie?« fragt Dindo die Spanienkämpfer. »Demokratie ist eigentlich nur ein Schlagwort, das in allen Farben schillert«, erwidert Helmut Zschokke. »In der Schweiz haben wir die bürgerliche Demokratie, die ist gekennzeichnet dadurch, daß die in der Verfassung verankerten Rechte und die Freiheiten eigentlich nur von dem wahrgenommen werden kann, der Geld hat . . .« Für Lola Nüssler-Roja ist Demokratie Revolution, wie sie sie im Sommer 1936 in Barcelona erfahren hat. »Demokratie an sich existiert nicht«, meint Paul Thalmann. »Demokratien sind immer an bestimmte Klassen- und Besitzverhältnisse gebunden. Wir haben eine bürgerliche Demokratie, wo die Bourgeoisie die Macht hat.« Johnny Linggi fordert eine Demokratie für den Werktag, denn die Schweizer Demokratie sei lediglich eine für den Sonntag. »Demokratie? Voilà – ein leeres Wort«, gibt Fernand Jossevel zur Antwort. »Ich habe den Eindruck, daß das ein leeres Wort ist, das überhaupt nichts sagen will.«

Diese Definitionen der Schweizer Demokratie überschritten aber die Toleranzschwelle der dortigen TV-Gewaltigen, die kurzerhand diese Stellen vor der Ausstrahlung des Films im deutsch-schweizerischen Fernsehen herausschneiden ließen. Der Verantwortliche *Eduard Stäuble* sprach in einem Zeitungsartikel, in dem er gegen Dindos Film geiferte, von »gemeinen Terrormethoden«, von »Lügen«, von »Hinterhältigkeit« und von einem »niederträchtigen Rufmord«. Er bescheinigte Dindo, »geistigen Terror« auszuüben, der sich vom »Terror der Gewalt« nur darin un-





terscheide, daß diese geschleuderten »Granaten« vordergründig aus Papier beständen. Allerdings bestritt Stäuble heftig, jemals behauptet zu haben, die Zuschauer seien zu dumm, um die Demokratiedefinitionen ertragen zu können. Diesen Amoklauf der Verwalter der »öffentlichen Meinung« löste Dindo allein dadurch aus, daß er es wagte, Geschichte nicht einfach abzuhaken, sondern Bezüge der Vergangenheit zur Gegenwart herzustellen. Damit verlieh er seinem Film eine außerordentliche Qualität, die anderen Filmen dieses Genres zuweilen verlorengeht.

III.

»Am 19. Juli jährte sich der Tag, an dem eine Rotte militärischer Abenteurer sich gegen das republikanische Regime in Spanien erhob und mit der Hilfe ausländischer Mächte und fremder Truppen das Land in einen blutigen Krieg stürzte«, schrieb Rudolf Rocker 1937. (*Rudolf Rocker; Die spanische Tragödie, Karin Kramer Verlag, Berlin 1976*)

Es waren deutsche Flugzeuge und Piloten, die Francos Afrikaarmee auf das Festland transportierten. Einer dieser Piloten taucht vier Jahrzehnte später in dem Dokumentarfilm *Unversöhnliche Erinnerungen* (1979) von *Klaus Volkenborn, Johann Feindt und Karl Siebig* auf und erweist sich als ein Widerling übelster Sorte. Der Film porträtiert zum einen den General a.D. Henning Strümpell, der aus deutschnationalen Kreisen stammt, von der reaktionären Reichswehr aus der Zeit der Weimarer Republik geprägt ist, mit der Legion Condor im spanischen Bürgerkrieg sein Unwesen trieb, im zweiten Weltkrieg als Jagdflieger Städte bombardierte und inder Bundeswehr zum General aufstieg. Da die Filmemacher offensichtlich nur Abscheu für diese Person empfinden, aber andererseits auf die Bedingung eingehen müssen, Strümpells Aussagen ohne Veränderung und ohne voice-over-Kommentar im Film erscheinen zu lassen, kontrastieren sie den Lebenslauf des Generals mit dem des proletarischen Antimilitaristen Ludwig Stillger, der 1933 gezwungen war, ins Exil zu gehen, 1936 in den Interbrigaden kämpfte, im zweiten Weltkrieg in Frankreich und Belgien interniert war, nach dem Krieg die Remilitarisierung in der BRD zu verhindern suchte und heute Invalide ist.

Die beiden Männer stehen für zwei diametral entgegengesetzte Positionen in der deutschen Geschichte. Alle Bemühungen des Arbeiters, die Verhältnisse in seinem Sinne positiv zu verändern, scheiterten, und auch wenn er eine hohe moralische Integrität aufweist, ist er letztendlich ein Verlierer. Der deutsche Militarismus und Faschismus fand auch nach den Nürnberger Prozessen seine Fortsetzung. In dem Jahr, als die ersten jungen Männer von der Bundeswehr rekrutiert wurden, verschwanden die Kommunisten aus dem Blickfeld der deutschen Öffentlichkeit (KPD-Verbot 1956). Auf der anderen Seite steht der General, ein Vertreter der reaktionären, kriegstreiberischen Kräfte in der BRD, als Sieger da. Auch nach 1945 verstand er es, sich rasch auf die Seite der Sieger zu schlagen, wie es so viele Deutsche taten, die plötzlich gegen jede Art von Totalitarismus waren. Hurtig wie sie waren hängten sie sich kurzerhand das Etikett »Demokratie« um den Hals – nicht weil sie verstanden hätten, was dieses Wort bedeutet oder weil sie Demokratie praktizieren wollten, sondern weil es für sie opportun war, sich als Demokraten zu verkleiden. Mit der Anpassungsfähigkeit eines Chamäleons verwandelten sie sich in die eifrigsten Verfechter der »Demokratie«, und wer nicht in ihren Trichter paßte, wurde aussortiert. Dieser erneuten Selektion fielen Leute wie Ludwig Stillger zum Opfer. »Demokratie« wurde zur Normalität erklärt, und jegliche kritische Abweichung vom Modell des »demokratischen« Obrigkeitsstaats konnte in keinem Fall toleriert werden. Kommunisten und andere »Radikale« waren »abnorm« und mußten von der übrigen Gesellschaft abgeschottet werden, während die alten Faschisten die Parlamentsbänke drückten oder gar wie *Lübke*, der Pläne für KZ-Baracken entworfen hatte, zum Bundespräsidenten gewählt wurden. »Demokratie – Made in Germany« – das bedeutet vor allem die Maßnahme zur systematischen Repression jeglicher Veränderung »von unten«, die Etablierung der Herrschaft, der bestehenden Machtverhältnisse, der Unterdrückung. Die Remilitarisierung der BRD steht als Beispiel für den erbärmlichen Zustand der bundesrepublikanischen »Demokratie«: Ein Referendum zur Wiederaufrüstung (wie es etwa die Schweizer Verfassung zugelassen hätte) wäre in jener Zeit sicherlich von der Mehrheit der Bevölkerung in der BRD – auf Grund ihrer Erfahrungen – mit »Nein« beantwortet worden. Doch die konservativen Politiker, die Vertreter der Kirchen und ihre Agenten bei Presse und Rundfunk verstanden es, die Mehrheit zu überzeugen, daß die Remilitarisierung notwendig sei. Nützlich dabei war die Angst vor »dem Russen«, der bekanntlich alle deutschen Frauen vergewaltigte und auch sonst nur subhumane Kennzeichen aufwies. Die antisemitische Demagogie fand in der Dämonisierung »des Russen« (insbesondere in der Wahlwerbung) ihre Fortsetzung. »Mit der Wiederbewaffnung, die anfangs der 50er Jahre noch auf schroffe und große Ablehnung stieß, haben sich die Eingeborenen vonTrizonesien abgefunden«. (*Ulrike M. Meinhof, Die Würde des Menschen ist antastbar, Wagenbach-Verlag, Berlin 1976*) Davor hatten sie sich mit den Verhältnissen abgefunden, und danach taten sie es auch, denn es geht weiter, immer weiter . . .

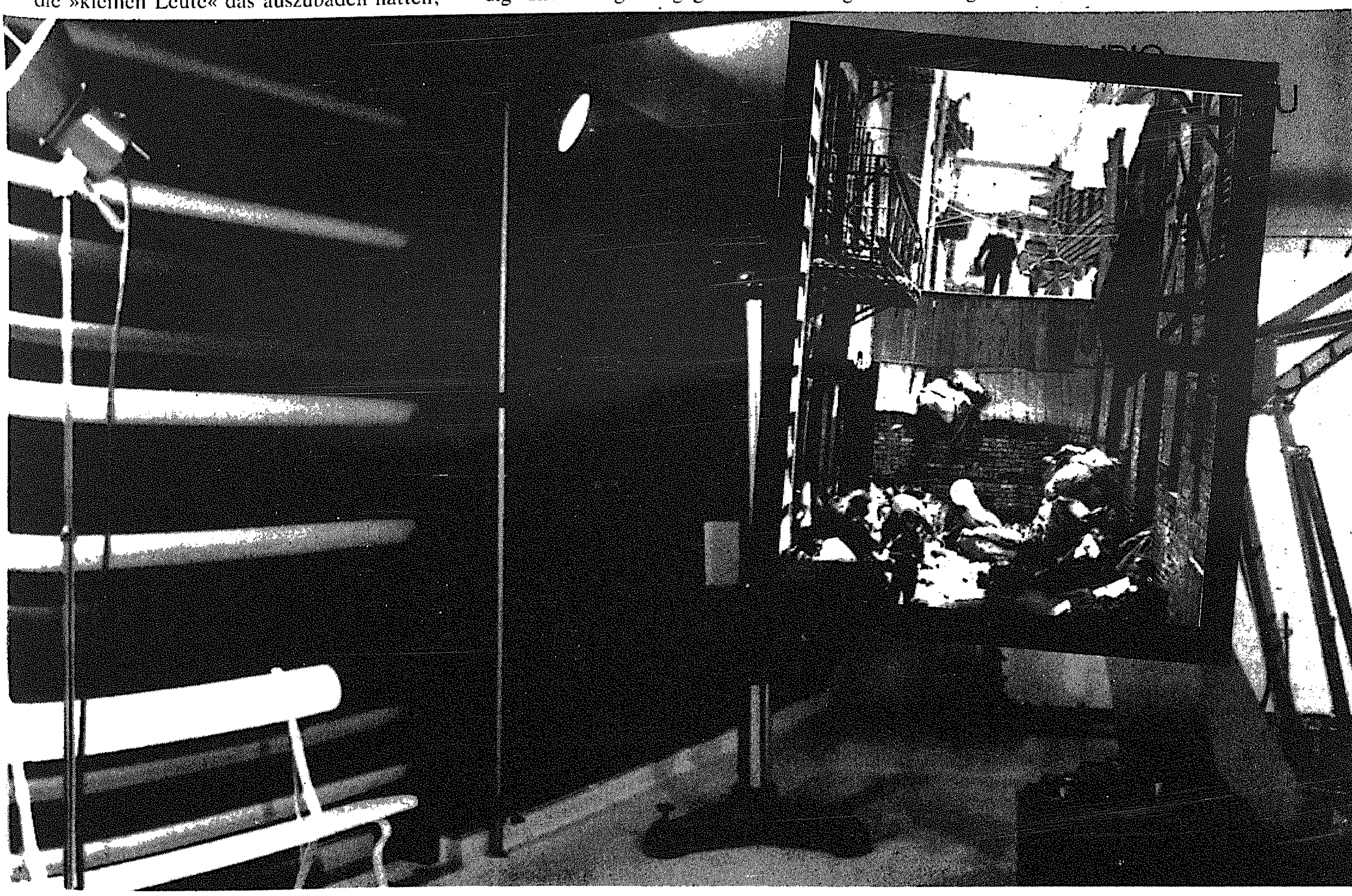
Für den General gibt es keine Brüche. Es war selbstverständlich für ihn, sich für die Schaffung der Bundeswehr einzusetzen, um wieder in seinem ursprünglichen »Beruf« arbeiten zu können. Strümpell demonstriert Uneinsichtigkeit und Lernunfähigkeit; er ist

immer noch derselbe, der von Göring für seine »Verdienste« in der Legion Condor ausgezeichnet wurde. Der spanische Bürgerkrieg ist für ihn nur das »Abenteuer Spanien«, an dem er sich als »touristischer Jagdflieger« beteiligte; er streitet energisch ab, daß die Zerstörung von Guernica ein Terrorangriff war und rechtfertigt sie als militärische Notwendigkeit; er verurteilt nicht die neo-nazistischen Vorgänge in der Bundeswehr, sondern kritisiert, daß die Öffentlichkeit davon erfahren hat; er bedauert, daß in der Armee keine verschworene Kameradschaft, kein »Korps-Geist wie früher« mehr bestehe. »Kein Mensch ist gerne Soldat – kein *Mensch*«, betont Ludwig Stillger, und Strümpell ist von ganzen Herzen Soldat.

Stillger lebt im grauen Arbeiterviertel von Remscheid, läßt sich auf der Straße, in der kleinen Küche und im einfach eingerichteten Wohnzimmer filmen, und in seinen Erzählungen unterstützt ihn seine ebenfalls von den Faschisten verfolgte Frau mit ihrern Erinnerungen. Strümpell dagegen lebt in einem Villenviertel von Frankfurt, läßt sich fast ausschließlich nur in seinem großbürgerlichen möbilierten Arbeitszimmer filmen, vor den Porträts seiner Offiziersfamilie und den Bücherregalen, in denen sich nur kriegsverherrlichende und reaktionäre Titel finden. Seine Frau taucht nur einmal auf, als sie mit Strümpell und einem befreundeten Ehepaar Karten spielt. Strümpell kann seine Erzählungen arrogant, mediengerecht, ohne jegliche Selbstkritik und mit großer Artikulation vorbringen, während die Aussagen von Ludwig Stillger weit weniger abgeschliffen und abgebrüht sind, so daß sie in weit größerem Maße ehrlich und überzeugend wirken. Allerdings ergibt sich aus der Kontrastierung dieser beiden Persönlichleiten das Problem, daß die Filmemacher die Aussagen von Stillger nicht kritisch reflektieren, da sie ihn offensichtlich sehr mögen. Wenn er beispielsweise sagt, daß die »kleinen Leute« das auszubaden hätten, was die Verantwortlichen »da oben« anrichteten, so kann ihm nicht zugestimmt werden. Hier müßte die Frage nach der Verantwortlichkeit und Schuld des Individuums gestellt werden. »Es *gibt keine unschuldigen* Menschen in der Welt heute«, schrieb Alexander Berkman im Jahre 1933, »denn jeder ist für die Hölle verantwortlich, in der wir leben . . .« (vgl. *Richard u. Anna Maria Drinnon (Hrsg.), Nowhere at Home: Letters from Exile of Emma Goldman and Alexander Berkman, Schocken-Verlag, New York 1975*) Aber dennoch verdient dieser Arbeiter, der sein Leben lang gegen Faschismus und Krieg kämpfte, hohen Respekt, während Strümpell eine hochgradig verabscheuungswürdige Figur ist, die sich jeglicher menschlicher Einsicht hartnäckig widersetzt.

Strümpell ist aber nur einer von vielen Wehrmachtsoffizieren, die in der Bundeswehr Schlüsselpositionen einnahmen und einnehmen. Und diese Bundeswehr soll das verteidigen, was sich selbst »demokratischer und sozialer Bundesstaat« schimpft. Doch vielmehr ist sie ein Instrument zur Sicherung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, das nach den Notstandsgesetzen zur»Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes«, »beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer« eingesetzt werden kann. Jene, die für die Zerstörung von Guernica verantwortlich sind, sollen heute die »innere Sicherheit« gewährleisten. Eine Demokratisierung der BRD-Gesellschaft fand nicht statt. Toleranz ist heute wie früher ein Fremdwort für die Deutschen. 1966 beispielsweise waren in Westberlin »Gammler« zum öffentlichen Freiwild erklärt worden, denn sie seien Angehörige der »Internationale der Beatniks, sind so ungepflegt wie möglich, arbeitsscheu, leicht reizbar, betont krawallfreudig und allergisch gegen Uniformträger.« (*Tagesspiegel, 9.3.1966*) Heute sind es die »Chaoten«, auf die in ähnlicher Weise verbal und physisch eingeprügelt wird und die der hauptamtliche Kopfgeldjäger der Republik, XY-Zimmermann, über die Bildschirme hetzt. Die »Chaoten« sind die inneren Feinde, während die »Asylanten« den äußeren Feind darstellen, gegen den es sich zu schützen gilt. Für Mneschen mit dunkler Hautfarbe und schwarzen Haaren ist in der miefigen deutschen Provinz kein Platz , weder in Westberlin noch in Schleswig-Holstein. Die Deutschen wollen unter sich sein. Das ist das Modell Deutschland, kapiert, Fremder?

Der deutsche Rassismus ist offensichtlich nicht auszurotten. Im Gegenteil: Er ist im Aufschwung, wie an der »freiheitlich-demokratisch-geistig-moralisch-öffentlich-rechtlichen« Niedermetzelung der Flüchtlinge aus der »Dritten Welt« zu sehen ist. Da wird in der Stunde der »Bedrohung« wieder einmal die »Gemeinsamkeit der Demokraten« beschworen und die deutsch-deutsche Gemeinsamkeit der Rassisten gefunden, wenn es um die Abschottung der Berliner Mauer geht. Sozial-Demokraten, Frei-Demokraten, Christ-Demokraten – alle vereint unter dem Banner des Reinheitsgebots des Deutschtums. 1933 machte eine SS-Forschungsgruppe den Vorschlag, alle Roma (die sich in ihrer Hautfarbe von den »richtigen« Deutschen unterscheiden) auf das Meer zu verfrachten und die Schiffe zu versenken. Ähnliche Möglichkeiten in bezug auf die »Asylanten« wurden sicherlich auch an diversen deutschen Stammtischen erörtert. Es wäre ja auch überraschend, wenn sich die »kleinen Leute auf der Straße«, die 1966 »Langhaarigen und Gammlern« Prügel androhten, sich irgendeines Humanismus befleißigen würden. Für Pogromstimmungen waren sie in diesem Lande noch immer zu haben. Das »deutsche Volk« braucht nicht von fremdenfeindlichen Maßnahmen aufgehetzt werden; diese dienen lediglich dazu, den Haß auf das »Abnorme«



(d.h. »Undeutsche« zu steigern. Anläßlich der Ermordung Erich Mühsams schrieb Walter Merhing, daß in diesem Land die Menschheit »Unsseidank« von der Menschlichkeit befreit sei. Wahrscheinlich für immer.

IV.

Zurück zum eigentlichen Thema . . . Der spanische Dokumentarfilm *Alte Erinnerungen* (1978) von Jaime Camino zeichnet die Geschichte der Republik von 1931 bis 1939 nach und wirft auch einen Blick auf das Spanien nach dem Tode Francos. Auch in diesem Film dominieren Interviews mit Zeitzeugen, die gelegentlich von alten Wochenschaupassagen unterbrochen werden. Wir treffen zwei alte Bekannte: Dolores Ibárruri und Enrique Lister, aber auch Anarchisten wie Diego Abad de Santillán und Federica Montseny-,POUMisten wie Julián Gorkin, Faschisten und Reaktionäre wie Gil Robles. Viele Aussagen widersprechen sich, und schon bei der Beschreibung der Fakten werden gravierende Unterschiede deutlich, die durch die jeweilige politische Position des Erzählers oder der Erzählerin bedingt sind. Da bestreitet die Passionaria beispielsweise, jemals Federica Montseny getroffen zu haben, worauf eine Photographie gezeigt wird, auf der beide Frauen zusammen zu sehen sind. (Es ist nicht anzunehmen, daß es sich hierbei um eine geschichtsverfälschende Photomontage handelt.) Die Passionaria verdrängt die Erinnerung an diese Begegnung – vielleicht, weil es ihr heute peinlich ist, mit einer Anarchistin zusammengetrofffen zu sein. Auf der anderen Seite erinnert sich Federica Montseny sehr gut an diese Begegnung.

Anfangs erscheint die Passionaria durchaus sympathisch, wenn sie zum Beispiel erzählt, wie sie nach dem Sieg der Volksfront die politischen Häftlingen aus den Gefängnissen befreite, ohne die Weisung der zuständigen Stellen abzuwarten. Doch diese Sympathien schwenken in Unmut um, wenn sie die offizielle KP-Linie vertritt und verbal über die Anarchisten herfällt, wie es auch Enrique Lister tut, der die Kollektivierungen als »Zwangskollektivierungen« charakterisiert. Im Film gibt er eine Posse zum besten, die der Autor hier mit seinen eigenen Worten wiedergibt und ein wenig ausschmückt:

Enrique Lister kam daher, und wie er so seines Weges ging, traf er auf einen Bauern, den er argwöhnisch musterte, denn er hatte nicht umsonst das *Kommunistische Manifest* studiert, in dem es hieß, der Bauer gehöre den Mittelständen an, die die Bourgeoisie vor allem deshalb bekämpften, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu bewahren. Folglich seien sie nicht revolutionär, sondern konservativ, wenn nicht gar reaktionär. Soweit die theoretischen Überlegungen des Generals. »Halt, Bauer!« rief er, als dieser an ihm vorübergehen wollte. »Wo ist dein Schinken?«

Im ersten Moment war der Bauer von der seltsamen Frage des Generals verblüfft, doch dann antwortete er mit einem stolzen Lächeln: »Mein Schinken hängt in der kollektivierten Räucherkammer.«

Ha! dachte Lister. Hab ich's doch geahnt! Seine untrügliche Nase witterte sofort den üblen Geruch der Zwangskollektivierung, der hier in der Luft lag. Der General ließ sich von dem Bauern zu dieser ominösen Räucherkammer führen, und als sie dort angekommen waren, sagte Lister: »Zeig mir, wo dein Schinken hängt!« Doch der Bauer konnte seinen nicht entdecken, denn alle Schinken waren einander gleich. Der General war es zufrieden, hatte er doch den Beweis erbracht, daß es sich hier um den klaren Fall einer Zwangskollektivierung handelte.

Nein, sagt Lister im Film, er habe nichts gegen Kollektivierungen; allerdings müßten sie auf freiwilliger Basis durchgeführt und dürften nicht erzwungen werden. Und für ihn waren die damaligen Kollektivierungen einwandfrei »Zwangskollektivierungen«. Das behauptet er jedenfalls, und er entblödet sich nicht, dies an der Schinkengeschichte deutlich zu machen. Lister kommandierte damals die 11. Division, die mit Panzerunterstützung gegen die Kollektive in Aragon zu Felde zog. Sie fiel in Aragon wie in ein feindliches Land ein. Die Verantwortlichen der sozialisierten Unternehmen wurden verhaftet.ihre Räume besetzt, die Gemeindekaufhäuser geplündert, die Möbel zerschlagen und die Viehherden konfisziert. Die kommunistische Presse klagte über ›die Verbrechen der gewaltsamen Kollektivierung.‹ 30% der Kollektive von Aragon wurden völlig zerstört.« (vgl. *Daniel Guérin, Anarchismus – Begriff und Praxis, Suhrkamp-Verlag Frankfurt 1969*)

Alte Erinnerungen ist vor allem ein Film über die fatalen Fehler und Irrtümer der Republik, und indem er die Erinnerung daran wachruft und der Verdrängung entgegenwirkt, leitet er (hoffentlich) einen Prozeß des Nachdenkens ein. Er gibt einen guten Überblick über die Entwicklung der Republik bis zu ihrer Zerschlagung und wendet sich in erster Linie an solche Menschen, die nichts oder nur wenig über die damaligen Ereignisse in Spanien wissen. Auf jeden Fall ist dieser dreistündige Film lohnender als die zerstükkelte Darstellung des Bürgerkriegs in der Fernsehserie von Granada-TV, die mit den üblichen Mitteln der Fernsehdokumentation arbeitet. Nicht nur, daß hier der gewohnten TV-Ausgewogenheit Rechnung getragen wird; es dominiert wieder einmal die veraltete scheinbar allwissende Kommentatorenstimme, die den Zuschauern vor den Bildschirmen erzählt, wie es angeblich gewesen sein soll. Ohne einen autoritären Naseweis scheint es im Fernsehen nicht zu gehen.

V.

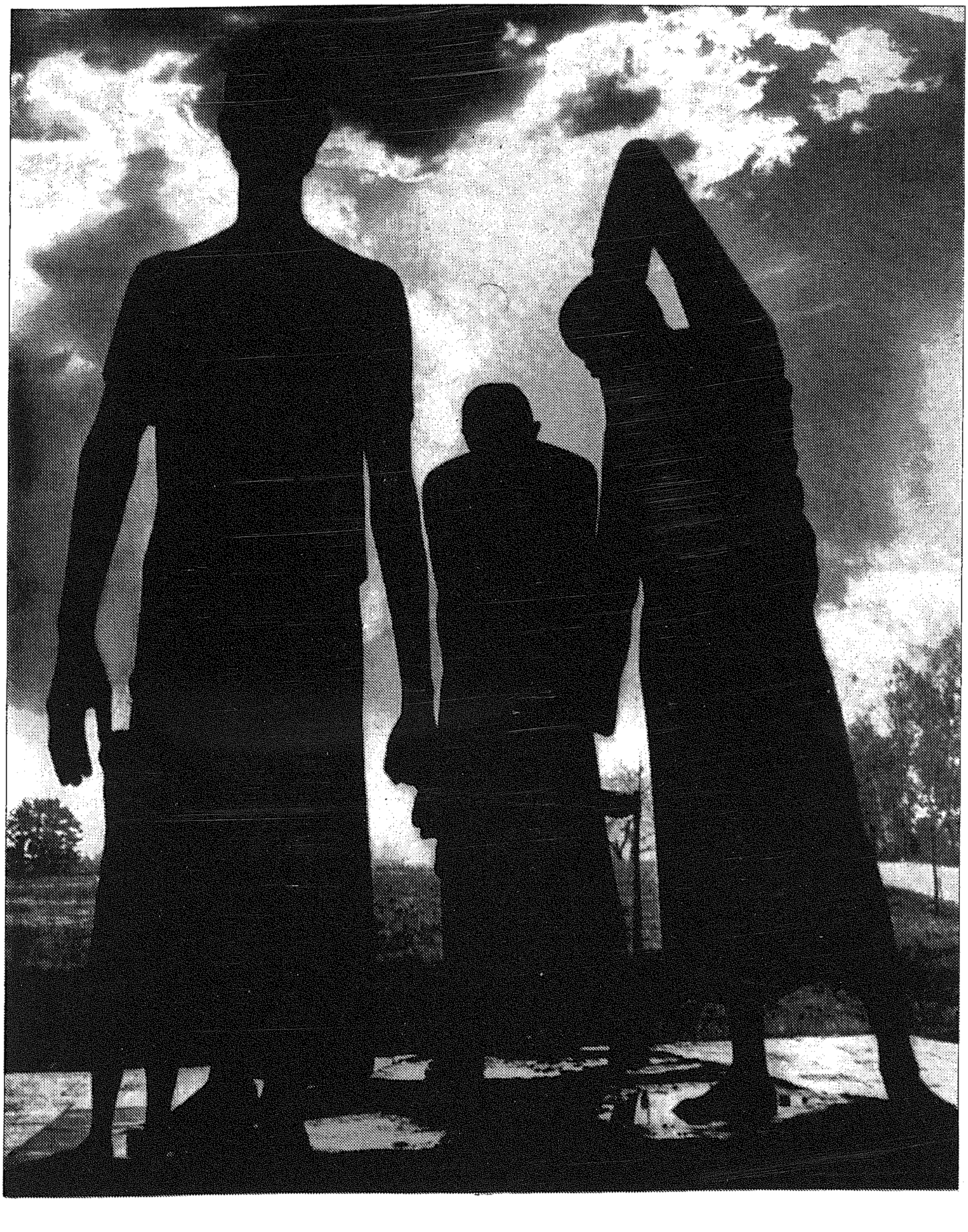
In einer Geschichte des jüdischen Schriftstellers Isaac B. Singer erzählt ein Mann, der sich als »überzeugten Deterministen« bezeichnet, im Kino wisse er, daß er an dem, was sich oben auf der Leinwand abspiele, nichts ändern könne. Der Filmzuschauer werde zum Fatalisten. Was ist der Effekt der »Oral History«-Filme, die in der Mehrzahl neben der Aufdeckung einer verschütteten Geschichte Niederlagen beschreiben – sei es nun die Geschichte von Frauen in den USA, die in der Kriegszeit den Platz der Männer in der Industrie einnehmen und danach wieder an den ihnen zugewiesenen Platz am Herd und an der Wiege zurückkehren müssen, oder die der unkritischen, aber ehrlich überzeugten Kommunisten der dreißiger Jahre in den USA, die später der Hexenjagd ausgeliefert sind und für die nach den Enthüllungen Chruchovs über Stalin eine Welt zusammenbrach, oder die der anarchosyndikalistischen *Wobblies*, die der Repression zum Opfer fielen, oder die des niedergeschlagenen Aufstands in Hamburg im Jahre 1923 usw. usf. (*vgl. die Filme: The Life an Times of Rosie the Riveter von Connie Fields (1980); Seeing Red von Julia Reichert und Jim Klein (1983); The Wobblies von Deborah Shaffer und Stewart Bird (1979); Der Hamburger Aufstand Oktober*

1923 von Rainer Etz, Gisela Tuchtenhagen und Klaus Wildenhahn (1971))

Zweifellos wird in diesen Filmen über Aktion, Protest, Widerstand, Kampf gegen das herrschende System reflektiert, aber letztendlich führten all diese Anstrengungen nicht zu der ersehnten Veränderung der bestehenden Verhältnisse. Können diese Filme nicht bei den Zuschauern/-innen den Eindruck erwecken, daß jegliche Aktion sinnlos ist? (. . .) Oder dienen sie dazu, Anstöße zur Reflektion zu geben, ein geschichtliches Bewußtsein zu schaffen, das von den Erzählungen und Erfahrungen der »Alten« bestärkt wird – daß es Widerstand gegen das System gab, gibt und geben muß, um Veränderungen herbeizuführen? Ich neige der letzten Ansicht zu, wenn diese Filme einerseits den Bezug der Vergangenheit zur Gegenwart herstellen und nicht behaupten: So war es damals, aber heute ist ja vieles anders – und besser, undwenn sie sich andererseits kritisch mit den Erzählungen der alten Aktivisten auseinandersetzen und diese nicht wie lebende Legenden ehrfurchtsvoll anhimmeln. Richard Dindo sagt: »Über das traditionelle Bild des abbildenden Dokumentarfilms hinausgehen heißt, einen Zusammenhang damit zu schaffen, der es dem Zuschauer erlaubt, darin mehr zu sehen, als eigentlich darin enthalten ist . . . Das Paßphoto eines Spanienkämpfers schaut man nicht mehr mit den gleichen Augen an, wenn man erfährt, daß der Betreffende vor 40 Jahren gefallen ist. Diese Art von Fiktion hängt auch mit der Erinnerung zusammen, die eine bestimmte Art von Bewegtheit auslöst, die wiederum etwas aufdeckt, das versteckt worden war. Insofern ist diese Arbeit mit der Erinnerung auch subversiv, weil sie in einem Sinne zur Wiederherstellung der Wahrheit beiträgt.« Wichtig ist, daß mit der Erinnerung an die Vergangenheit gearbeitet wird, daß sie eine Dynamik erhält, daß Verknüpfungspunkte und Bindeglieder deutlich werden und daß sich die Menschen, die sich mit dem spanischen Bürgerkrieg beschäftigen, nicht wie faktengeile Anthropologen verhalten, die in ein Reservat einfallen und bei der Suche nach der Vergangenheit die gegenwärtigen Probleme vergessen.

VI.

Zehn Jahre nach seinem Dokumentarfilm *Schweizer im spanischen Bürgerkrieg* wandte



sich Richard Dindo erneut diesem Thema aus heutiger Sichtweise zu. Seinem neuen Film *El Suizo – Un Amour en Espagne* (1984/85) könnte das Etikett »Spielfilm« zugesprochen werden, doch die Grenzen zwischen Fiktionalem und Nichtfiktionalem sind fließend. »Ich möchte zur Fiktion kommen«, sagte Dindo 1981, »aufgrund einer autobiografischen Entwicklung, die sich in den Filmen niederschlägt, und nicht weil ich mich eines Tages entschieden habe, Filme mit Schauspielern zu machen. Die Trennung Dokumentar- und Spielfilm läßt sich sowieso immer weniger aufrechterhalten.« (*Zitate v. Dindo, aus Filmkritik 3/75; Texte zum Schweizer Film: Max Frisch, Journal I-III, Schweizerisches Filmzentrum Zürich 1981*) Wenn der Dokumentarfilm an die Grenzen des Abbildbaren komme, kippe die Darstellung in Fiktionen um. In *El Suizo* überwiegt im Gegensatz zu seinen früheren Filmen das fiktive Element, in denen aber dieses auch schon zu finden war, allerdings in einer weniger konzentrierten Form als hier.

Hatte sich Dindo in der Vergangenheit immer mit der Generation der Väter beschäftigt, so wendet er sich nun seiner eigenen Generation, der der Söhne zu. Der Film erzählt die Geschichte des schweizerischen Journalisten Hans Grimm, eines altgewordenen Vertreters der neuen Linken. Nach dem Tod seines Vaters eines ehemaligen Interbrigadisten, macht er sich auf die Reise nach Spanien und besucht die Orte, an denen sein Vater vor fast einem halben Jahrhundert kämpfte. So durchstreift er mit einer Landkarte in der Hand das Schlachtfeld von Brunete, rekonstruiert anhand der Briefe aus dem Nachlaß des Vaters die Kampfereignisse von 1937 und entdeckt Spuren der Vergangenheit an Bäumen und Ruinen. Grimm entpuppt sich als zeitvergessener und der Zeit entschwundener Archäologe, der keine Bezüge zur Gegenwart mehr herstellen kann. Schon 1974 wollte Dindo die historischen Schauplätze des Bürgerkriegs besuchen, doch die Reise nach Spanien wurde ihm von den dortigen Behgörden untersagt. Ein Jahrzehnt später beobachtet er dann diesen obsessiven Spurensucher, der sich nicht anders als ein der Vergangenheitnachspürender Dokumentarfilmer verhält. Grimm ist mit den Erzählungen seines Vaters über den Bürgerkrieg aufgewachsen (. . .) er fährt an die Orte seines Vaters (. . .) weil er im Vergleich zu seinem Vater relativ geschichtslos ist. Nostalgisch erinnert er sich der Revolte von 1968, als Zürich, wie Grimm sagt, für kurze Zeit aus seinem Dornröschenschlaf aufgewacht sei, um danach wieder in den gleichen langen Schalf zurückzufallen. Die Generation der Väter riskierte viel. Sie setzte Arbeit, Familie, Leben aufs Spiel, um für ein Ideal zu kämpfen und hatte nach der Rückkehr in die Schweiz mit Bestrafung und Verfolgung zu rechnen. Auch die Generation der Neuen Linken riskierte einiges, doch schon kurze Zeit nach der Revolte verlor sie zunehmend an Vitalität und erscheint heute weitgehend blutleer.

Im Gegensatz zu seinem Vater nimmt Grimm nicht aktiv am Geschehen teil, sondern zieht sich als Journalist auf die Beobachterposition zurück. »Für mich ist die Zeit des Handelns vorbei. Ich bin älter geworden. Jetzt beginnt die Zeit der Reflektion«, sagt Bruno Forrestier, der Protagonist in Jean-Luc Godards *le petit soldat* (1960), und dieses Statement gilt auch für Grimm. Forrestier bedauert es, nicht in den 30er Jahren gelebt zu haben, als es einen spanischen Bürgerkrieg und »klarere Verhältnisse als heute« gegeben habe. Er beschreibt sich selbst als einen »Mann ohne Zukunft und Ideale«, und manchmal habe er den Eindruck seine Zeit schlecht zu nützen. (. . .) Ein Vierteljahrhundert später kommt der gleiche wehklagende Selbstbetrug in *El Suizo* zum Ausdruck: In den 30er und 40er Jahren hätten die Menschen noch für eindeutige politische Überzeugungen kämpfen können – in den antifaschistischen Interbrigaden im spanischen Bürgerkrieg, in den Widerstandsbewegungen gegen die deutschen Faschisten im 2. Weltkrieg. »Der Bürgerkrieg hatte den Vorteil, daß eine eindeutige Front vorherrschte«, sagt der spanische Schriftsteller Juan im Film. Doch heute, so lautet das Lamento, sei der Feind nicht mehr klar auszumachen, er lauere im Verborgenen, wenn nicht gar in einem selbst. Die Situation erscheint hochgradig unübersichtlich. »Wir warten«, sagt Juan, »wissen nicht, ob auf die Revolution oder auf den Autobus.«

Hans Grimm ist ein Paralytiker, der in den Treibsand geraten ist, und jeder Versuch anderer, ihn dort herauszuziehen, scheitert, weil er solchen Versuchen gegenüber blind ist. Das Meer dient im Film als Metapher zur Beschreibung dieser trostlosen Paralyse. Es ist hier nicht die grenzenlose Freiheit, die das Meer repräsentiert, sondern die Grenze, die Grimm nicht überschreiten kann. Im Anfangsteil des Films steht er am Strand und beobachtet eine Freundin, die glücklich im Wasser umherspringt, und am Ende steht er wieder am Meer, auf das er hilflos hinausstarrt – wie ein auf eine einsame Insel verschlagener Schiffbrüchiger, der vor der Außenwelt für immer ausgeschlossen ist. Die Kamera ist stets auf Distanz zum Protagonisten, und so verhindert Dindo die Identifikation mit der Hauptfigur, mit der er sich selbst einer kritischen Reflektion unterzieht. Der Journalist hat sich ebenso wie der Filmemacher auf den sicheren Posten des Beobachters, Zuschauers, Intellektuellen zurückgezogen, bleibt passiv, läßt sich auf nichts Riskantes ein, hat sich selbst aus der Mitte der handelnden Individuen verabschiedet. Indem Grimm sich nicht an der Veränderung der bestehenden Verhältnisse beteiligt, zurückhaltend und distanziert bleibt, macht er sich schuldig. Erträgt so zur Erhaltung des Systems bei. Jeder Mensch ist für das Leben, das er führt, verantwortlich, und Grimm *muß* kein »blutloser«, »schlaffer«, am Rande stehender Mensch sein. Veränderungen liegen durchaus im Bereich des Möglichen. Allerdings müßte Grimm zunächst einmal zu dieser Einsicht kommen, sich von der Erinnerung an den Vater und den Bürgerkrieg lösen, über die obsessive Spurensuche hinauskommen und sein Leben nicht über das beobachten, sondern über das Handeln definieren. Mit der Figur Hans Grimm beschreibt Dindo nicht ein Einzelschicksal, sondern ein gesellschaftliches Phänomen, den Journalisten, den Dokumentaristen, den in seinem Elfenbeinturm lebenden Intellektuellen, sicher auch die *neutrale* Schweiz.

Emma Goldman fragte sich in einem Artikel für *Harper's Magazine* (Dezember 1934): »Was my Life worth living?«, und sie konnte diese Frage mit Fug und Recht positiv beantworten: »Wenn ich mein Leben neu zu leben hätte, würde ich wie jeder andere geringfügige Einzelheiten ändern. Aber in allen meinen wichtigen Handlungen und Einstellungen würde ich mein Leben so wiederholen, wie ich es gelebt habe.« (*nachgedruckt in: Alix Kates Shulman (Hrsg.), Red Emma speaks, Wildwood, London 1979*). Die Hans Grimms dieser Welt müßten diese Frage, sollten sie sie sich jemals stellen, ganz anders beantworten.

★



Die NSDAP Mengede – eine anarchistische Abspaltung?!

von Andreas Müller

Bemerkungen und Versuche der Erklärung der »Gelben Revolutionäre«

Der sicherste Weg
unsere Irrtümer zu vermeiden
besteht darin,
alles der bestimmten und strengen Erfahrung
vorurteilslos zu unterwerfen.
(Francisco Ferrer)

»In Mengede war vor einigen Jahren eine gute Bewegung. Die Entwicklung an diesem Orte ging mit Riesenschritten vom Syndikalismus zum Anarchismus. Theorie und Praxis erzeugen aber vielfach Irrungen. Ein Teil der ehemaligen Genossen, hauptsächlich *Haferstroh und seine engeren Freunde* sind mit Sturmeseile den Weg gegangen, den kein anständiger Arbeiter sonst zu gehen pflegt. In zwei bis drei Jahren hat es dieser ›brave Revolutionär‹ vom Vorsitzenden der Syndikalisten, vom Wortführer der Anarchisten bis zum Hakenkreuzler gebracht, der bei Hitler in München zu Gaste war. Wahrscheinlich hat er sich dort Informationen für den letzten Streik geholt.« (*Alarm, Nr.12/13, 1923*)

So stand es in der anarchistischen Zeitschrift »Alarm«. Aus Anarchisten werden Faschisten?! Das schockt erst einmal. Um darüber Aufklärung zu bekommen, sehen wir uns die Geschichte der FAUD-Mengede doch einmal genauer an.

Im Frühjahr 1919 wurde die »Freie Vereinigung der Bergarbeiter und anderer Berufe für Mengede und Umgebung«, die sich nach dem 12. Kongreß »Freie Arbeiter Union-Mengede« nannte, gegründet. Die Gründung wurde vor allem von *Heinrich Oberhaus* und *Josef Rösler* aus Mengede vollzogen (*vgl. Die Schöpfung, 22.9.1921*), kurz nach dem großen Aprilstreik der Bergarbeiter.

Josef Rösler formulierte es Ende 1919 so: »Der Geist des Syndikalismus, bewußt oder unbewußt, bewirkt, daß man auch bei uns Bergarbeitern zum Denken gekommen ist. Man hat erkannt, daß man mit dem zentralistischen System aufräumen muß. . . . selbst mußten wir uns trotz der Zentralverbände unsere Rechte und Lohnzulagen in der Grube erkämpfen. Und das ist syndikalistischer Grundsatz . . . Wir wollen uns von keinen Führern mehr bevormunden und leithammeln lassen. Erkennen wollen wir, daß wir als Klassengenossen und Arbeitsbrüder den eigenen Klassenkampf selbst zu führen haben . . . Bei uns soll und muß jeder sei eigener Führer sein . . . Als berufene Vertreter zur Schaffung einer einheitlichen Kampforganisation kämen also nur wir selbst in Frage, indem wir uns in der Freien Vereinigung für Bergarbeiter organisieren. . . . Der letzte große Streik hat uns gezeigt, was wir bei einigem guten Willen vermögen.« (*Der Syndikalist, Nr.41/1919*)

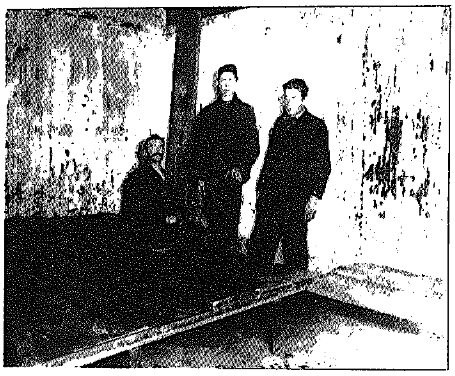
Im März und April 1919 forderte die Bergarbeiterschaft des Ruhrgebiets mit großen Streiks die 6-Stunden-Schicht, die Sozialisierung des Bergbaus und Lohnerhöhungen. In der Wittener und Dortmunder Gegend streikte am 1. April jeder Bergarbeiter. Der Streik wurde mit unnachgiebiger Härte geführt. In vielen Zechen führten die Bergarbeiter in direkter Aktion den 6-Stunden-Tag ein. So beschloß die Belegschaft auf der *Zeche Adolf von Hansemann* am 24. März:

Resolution!

»Die heutige Belegschaftsversammlung beschließt die sofortigeBEinführung des Sechsstundenarbeitstages für alle Belegschaftsmitglieder unter Tage.
Die Seilfahrt findet wie folgt statt: Morgenschicht: Anfahrt 1/2 6 bis 6 Uhr, Ausfahrt 1/2 12 bis 12 Uhr. Nachmittagsschicht: Anfahrt 1/2 12 bis 12 Uhr, Ausfahrt 1/2 6 bis 6 Uhr.

Abendschicht: Anfahrt 1/2 6 bis 6 Uhr, Ausfahrt 1/2 12 bis 12 Uhr, Nachtschicht: Anfahrt 1/2 12 bis 12 Uhr, Ausfahrt 1/2 6 bis 6 Uhr.

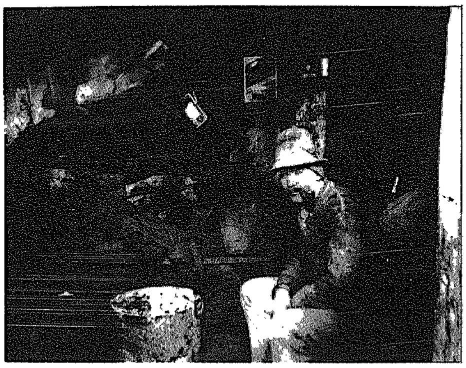
Die Reparaturschicht kann auf Abend- oder Nachschicht verlegt werden. In Hinsicht auf die schwere Arbeit der Bergarbeiter unter Tage sowie der schlechten Ernährung, die einen völligen Zusammenbruch der Kameraden herbeiführen muß, halten wir die Einführung der verkürzten Arbeitszeit für unbedingt notwendig. Durch Belegung der vierten Arbeitsschicht bietet sich Gelegenheit, die große Zahl der Arbeitslosen unterzubringen, wodurch wiederum die Produktion erhöht und so die Einführung der Sechsstundenschicht von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist. Die Belegschaft verlangt weiter die Sozialisierung des Bergbaus im Sinne der Enteignung des privaten Kapitals, der Übernahme der Kohlenschätze und der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit und der Verwaltung des Bergbaus durch die Bergarbeiter.« (*Der Syndikalist, Nr.15/1919*)



Die Gewerkschaften nahmen notgedrungen die Hauptforderungen der Streikenden – 6 Stunden Schicht – auf; die Zechenleitungen und die Regierung mußte schließlich am 9. April wenigstens die 7 1/2 Stunden Schicht zugestehen. »Zugleich, am 7. April, wurde der sozialdemokratische Politiker und Gewerkschaftsführer Carl Severing zum Staatskomissar für das Ruhrgebiet ernannt. Er handhabte die Befugnisse, die ihm der Ausnahmezustand verlieh, sehr geschickt, ließ die Streikführer verhaften oder zu Notstandarbeitern verpflichten und den Arbeitswilligen Sonderrationen von Lebensmitteln zur Verfügung stellen. Aber erst am 28. April – nach fast vier Wochen – war die Bewegung niedergekämpft. (*Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, 1963, S.117f.*) Zurück blieb eine tiefreichende Erbitterung. Der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband verlor von April bis Juni 1919 ein Viertel bis die Hälfte seiner Mitglieder.

In Dortmund gab es Zahlstellen, die weit »über 1000 Abmeldungen« zu verzeichnen hatten. So der Dortmunder Delegierte König auf der 21. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, (15.-21.6.1919, Bochum). Im Raum Dortmund, vor allem auch in Mengede, schlossen diese sich der Freien Vereinigung der Bergarbeiter an. Am 28. August 1919 schrieb die Mengeder Ortsleitung, daß »seit dem Tag unserer Gründung unsere Vereinigung an Mitgliedern gewaltig zugenommen hat« (*Der Syndikalist, Nr. 37/1919*).

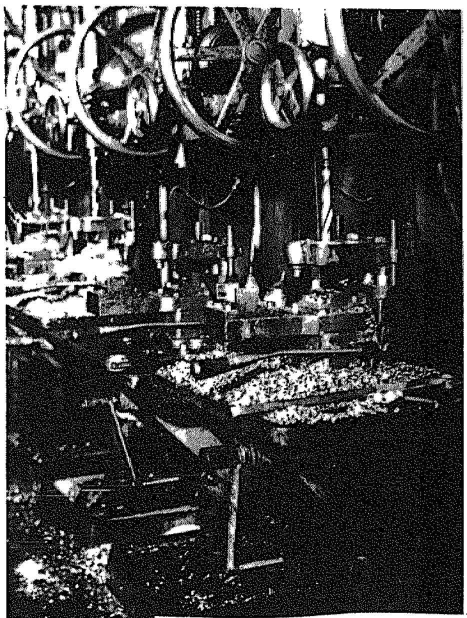
Trotz des anhaltenden Belagerungszustands (Engler 1919: »Wir wurden gehetzt wie räudige Hunde«; *Kongreß der freien Vereinigung, Berlin*), der den Syndikalisten jede politische Betätigung, selbst Mitgliederversammlungen versagte, wuchs diese Bewegung schnell zu einer der stärksten und einflußreichsten Gewerkschaften in Dortmund heran. Ende 1919 zählte sie in Dortmund über 12 000 Mitglieder, Mitte 1920 ca. 20 000! (vgl. *12. Kongreß der Freien Vereinigung/ Staatsarchiv Münster-Büro Kölpin*).



FAUD-Mengede
Kurzes zum Vereinsleben einer anarchistischen Massenorganisation

Die FAUD hatte einen 11-köpfigen Vorstand, der auf einer »Generalversammlung« jährlich gewählt wurde. (. . .) In der Mengeder Ortsgruppe machte sich die Erkenntnis breit, daß es nicht darauf ankommt, mit den Waffen des Gegners zu kämpfen. Dezentralität statt Zentralisierung, Selbständigkeit statt Bürokratisierung, Autonomie statt Hierarchisierung, Menschlichkeit statt Aggressivität waren Eigenschaften, die fortwährend von ihnen eingeklagt wurden.

Als »Waffen des Gegners« wurden die Betriebsräte, Knappschaftsälteste, Gewerkschaftsbeisitzende, usw. angesehen und von ihnen als »Stützpunkte der Gesellschaft« abgelehnt. (*Die Schöpfung, 29.9.1921*) »Wer sich für diese Einrichtungen als Arbeiter hergibt, steht nicht auf dem Boden der Umformung der Gesellschaft. Er ist Verneiner der Selbständigkeit der Arbeiterschaft.« Ihre Erkenntnis, die heute wiederum in der linken



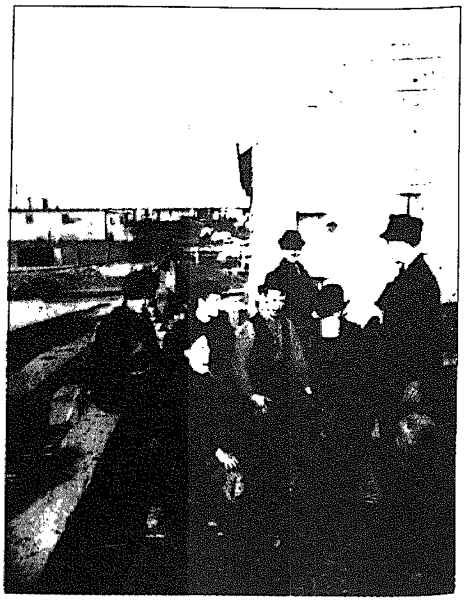
GERMAINE KRULL (geb. 1897)

Szene heftig umstritten ist: »Alle Beteiligung an staatlichen Einrichtungen schädigen die Arbeiterklasse.« (*Der Syndikalist 49, 1920*) Ebenso wurden die bewaffneten Kämpfe der Arbeiterschaft kritisiert. »Laßt euch nicht hinreißen zum Brudermord, sondern besinnt euch auf eure eigenen syndikalistischen Waffen, die geistige Aufklärung, die wissenschaftliche Schulung und die wirtschaftlichen Kampfmittel«, so August Haferstroh zu den Ereignissen des Kapp-Putsches 1920. (*Der Syndikalist 19, 1920*)

Von der organisatorischen Entwicklung des Alten Bergarbeiterverbandes hatten sie gelernt: »In diesem Verband fanden zahlreiche Führer eine gesicherte Existenz, das war der Untergang dieses Verbandes als Kampfgewerkschaft . . . Die Führer entwickelten sich immer mehr zu Bürokraten, kosteten der Herrschaft Reiz . . .«

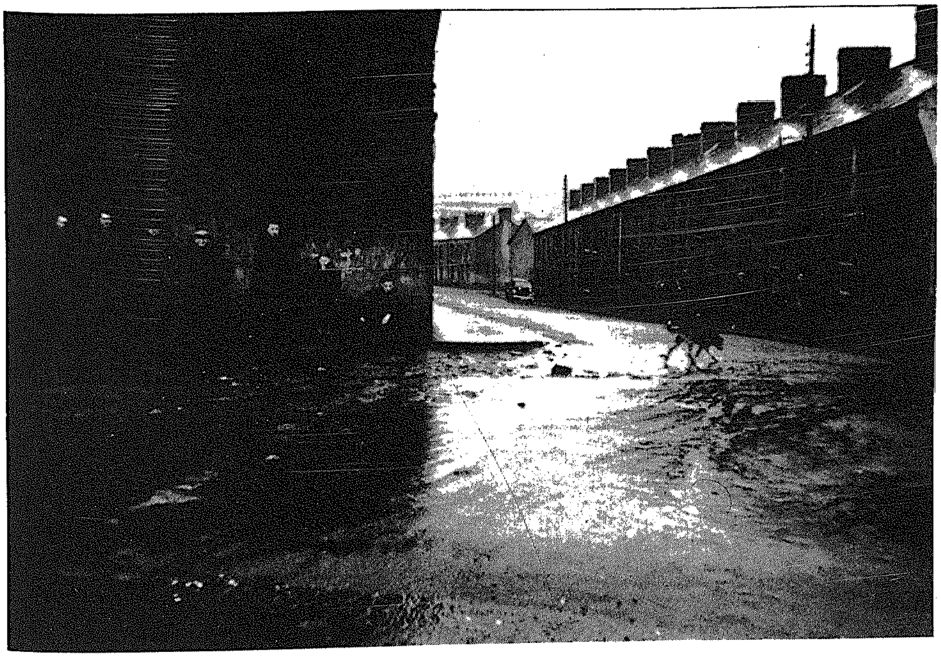
Demgegenüber stellten die Syndikalisten ihre Form der Organisation, in der auch zugleich der Keim der neuen Gesellschaft ruhte:

»Die Organisation der Syndikalisten baut sich in folgender Weise auf. In jeder Stadt, an jedem Ort schließt sich der Arbeiter der Organisation seines Berufes an. Die Gewerkschaften sämtlicher Betriebe an jedem Orte schließen sich in einem lokalen Mittelpunkt zusammen – der Arbeiterbörse. Die *Arbeiterbörse* ist das Zentrum der lokalen Propaganda, der Streikbewegung, der sozialistischen



Erziehung, der praktischen Solidarität. Jede Arbeiterbörse ist eine Glied der großen Landesföderation der Arbeiterbörsen, so daß die Grundlage für gemeinschaftliche Aktionen gegeben ist. Als zweite Form der Organisation besteht der Industrieverband. Jeder Arbeiter gehört nicht nur der Organisation seines Ortes an, sondern ist in derselben Zeit verbunden mit den Arbeitern seines Berufes und aller verwandten Berufe im ganzen Land. . . . Wenn nun heute in einem Lande, wo der Syndikalismus die wirtschaftliche Einheitsorganisation aller Arbeiter bildet, infolge irgendwelcher Ereignisse eine Umwälzung eintreten würde, wie bei uns am 9. November 1918, so würden die Syndikalisten versuchen, die Sozialisierung auf folgende Art in Angriff zu nehmen: Jede Arbeiterbörse würde als lokales Organ der Arbeiterschaft an jedem Orte Häuser, Lebensmittel, Kleidung und andere Gebrauchsgegenstände unter ihre Verwaltung nehmen. Die ganze Verwaltung der Gemeinde wäre so in den Händen der Arbeiterschaft . . . Die Arbeiterbörse würde sich so in statistisches Büro verwandeln, um die Konsumbedürfnisse derlokalen Bevölkerung festzustellen, so daß die Landesföderation der Arbeiterbörsen leicht imstande wäre, den notwendigen Bedarf der Gesamtbevölkerung festzustellen. Damit wäre gleichzeitig die Grundlage für eine planmäßige Produktion geschaffen. Hätten die Arbeiterbörsen die

Aufgabe, den Konsum zu organisieren,. so hätten die Industrieverbände die Aufgabe, die Organisation der Produktion in die Hand zu nehmen. Sie würden sämtliche Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe usw. unter ihre Verwaltung nehmen und die einzelnen Betriebe und Industrien mit den notwendigen Werkzeugen und Materialien versorgen. Auf diese Art würde die Sozialisierung von unten nach oben durch die Arbeiter selbst vor sich gehen . . .« (*Rudolf Rocker, in: Protokoll über die Verhandlungen vom 12. Kongreß der Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften; später FAUD*).



Auch in Mengede bereitete man sich demgemäß auf den »Tag der sozialen Revolution« vor. Eine Arbeiterbörse und eine Kreisbörse wurden ins Leben gerufen (*Der Syndikalist 13, 1921, Die Schöpfung, 21.7.1921*), Ausschüsse und Kommissionen gebildet. Während der »18 Tage Arbeitermacht« in Dortmund nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920, gehörten viele Syndikalisten und Anarchisten den Vollzugsräten, örtlichen Ausschüssen und Kommissionen an und setzten so in diesen Tagen ein Stück ihrer sozialen Revolution in die Praxis um. (. . .)

Daneben besaß die FAUD-Mengede ein reichhaltiges Vereinsleben. So konnte Josef Rösler schon Mitte 1920 (nach dem Belagerungszustand – die FAUD konnte quasi erstmalig legal agieren) für die Ortsgruppe im »Syndikalist« (*44, 1920*) berichten:

»Ein Bildungsausschuß hat eine ganze Reihe von Gesang- und Sportvereinen, die sich in letzter Zeit gründeten, zu gemeinsamer Arbeit zusammengefaßt. Alle diese Vereine dienen dem Zweck, der syndikalistischen Bewegung neue Kräfte zuzuführen, das Vereinsleben zu befruchten. Im bewußten Gegensatz zu den bürgerlichen, kirchlichen, parteipolitischen und zentralverbändlerischen Unterhaltungs- und Sportvereinen sollen die zu einem Bund vereinten Gesang-, Turn-, Radler- und Musikvereine der revolutionären Arbeiterbewegung dienen.«

Im März 1921 wurde die anarcho-syndikalistische Jugendgruppe »Jugendland« gegründet. »Seit dem 1. April wechseln nun Ausflüge, Vorträge und Lichtbildervorträge für ›Jugendland‹ ab.« (*Der Syndikalist 20, 1921*). Diese Gruppe wurde lebhaft von Eltern und Lehrern unterstützt, deren Ziel es war, »keine Erziehung zum Dogma und zum gegenseitigen Haß, sondern in gegenseitiger Verständigung, in Versuchen und in der Erziehung zur gegenseitigen Hilfe . . . die jungen Menschen in ›Jugendland‹ zu selbst denkenden Sozialisten heranzubilden.«

Die »Freie Jugend-Föderation« Mengede bestand bereits seit 1919. (*Freie Jugend 5, 1919*) und traf sich viermal die Woche. Sonntags standen Wanderungen auf dem Programm, Montags Sport- und Körperkultur und Donnerstags »wissenschaftliche und belehrende Vorträge«. Der Samstag war »Unterhaltungsabend«. (*Alarm 4, 1921*) »Revolutionäre Kunstabende« mit »Zither-, Geigen- und Lautenkünstlern« wurden von der Freien Jugend mit Hilfe befreundeter Vereine, wie dem Zither-Club-Datteln, organisiert. (*Die Schöpfung, 18.8.1921*)

Diese Feiern nahmen innerhalb der FAUD einen großen Stellenwert ein. Seit dem 11.7.1920 fanden jährlich große Gewerkschaftsfeste der FAUD statt. Konzerte, turnerische Aufführungen, Theater undBall standen dort auf dem Programm. (*Der Syndikalist 23, 1920/ 20, 1921*). »Winterfeierlichkeiten«, Maifeiern, Schiffsausflüge und Sonnwendfeiern lösten sich in angenemher Reihenfolge ab. Der Besuch dieser Festlichkeiten war so groß, daß z.B: der 1. Mai 1921 in drei verschiedenen Sälen in Mengede gefeiert wurde. (*Der Syndikalist 13, 1921*). Bei diesen Gelegenheiten trat dann der »Gemischte Chor Sänger Mengede« auf mit Ortmannschen Vertonungen wie »Die Schmiede im Walde« (*Die Schöpfung, 19.7.1921; 30.8.1921; zu Ortmann, seinen Lieder, einschließlich Noten, siehe Kapitel in: Klan/Nelles: »Es lebt noch eine Flamme« – FAUD 1919–1945, Trotzdem Verlag 1986)*. Von den Erlösen wurden beispeilsweise Turngeräte angeschafft, die Gruppe »Jugendland« unterstützt oder neue Bücher für die Bibliothek besorgt. Letzteres war für die FAUD von zentraler Bedeutung:

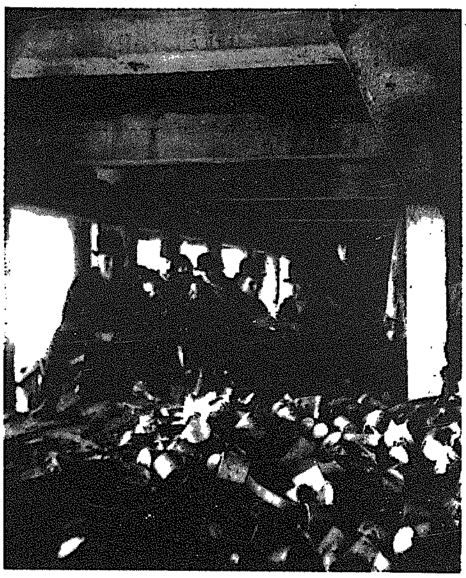
»Genossen, lest unsere Zeitungen und Broschüren! Lernt selbständig Denken, um dann auch selbständig Handeln zu lernen bei voller Selbstverantwortung« (*Der Syndikalist 49, 1920*). Immer wieder wurde auf die Notwendigkeit einer eigenen Presse hingewiesen, wurde dieser Punkt in vielen Mitgliederversammlungen beraten (z.B.: *Die Schöpfung, 19.7. und 18.8. 1921*). Seitdem »Die Schöpfung« täglich erschien, wurde sie in Mengede per Botin zugestellt, um den häufig auftretenden Unregelmäßigkeiten des Postbezugs vorzubeugen. (*Die Schöpfung, 19.7. und 1.8. 1921*). Die Zeitung wurde benutzt zur »Agitation von Haus zu Haus«, auch zur internen Schulung und Auseinandersetzung, als Informationsträger für die eigenen Mitglieder . . . In Mengede bekam jedes Mitglied obligatorisch den »Syndikalist« und später auch »Die Schöpfung« zugestellt.

Der rasche Aufschwung hatte auch seine Schattenseiten . . .

Die Bildungsarbeit nahm nicht zufällig eine solch große Bedeutung innerhalb der Organisation ein. Eine Delegiertenmeinung auf dem 12. Kongreß verdeutlicht dies sehr anschaulich:

»Die Bewegung unter den Bergarbeitern, (. . .) ist wie aus dem Boden gewachsen. (. . .) Seitdem ich aus der Haft entlassen bin, habe ich keinen Sonntag mehr meiner Familie widmen können. (. . .) Unsere leitenden Kräfte arbeiten Tag und Nacht; aber die Bewegung ist bei uns zu schnell gewachsen. Wir sind jetzt noch Herr der Situation und hoffen es zu bleiben.«

(. . .) Der Anspruch der Mengeder, »daß jedes Mitglied die uns noch fernstehenden Kameraden aller Berufe über unsere Taktik und Ziele aufklärt und sie unserer Vereinigung zuführt«, (*Der Syndikalist 37, 1919*) konnte wohl nie in die Tat umgesetzt werden. Die Gebrüder Köhler aus Eving stellten in der »Schöpfung« (8.10. 1921) fest: ». . . der Geist der Ortsgruppe war alles andere, nur nicht syndikalistisch. Versuchte der Vorstand einmal Solidaritätsgelder abzusenden, dann war der Teufel Egoismus los in der nächsten Mitgliederversammlung. An Aufklärung konnte nicht viel geleistet werden, da die ganze aufklärende und organisatorische Tätigkeit auf 2-3 Genossen allein ruhte, die aber allein nicht imstande waren, 600 Mann aufzuklären und mit den Pflichten des Syndikalismus vetraut zu machen. Die Mitglieder hatten auch zum großen Teil kein Interesse daran und besuchten weder öffentliche noch Mitgliederversammlungen. Des Sonntagsmorgens konnte man sie aber in Scharen nach



dem Herdenstall, der Verdummungsanstalt »Kirche« laufen sehen. Dagegen waren sie bei Demonstrationen und Maifeiern nie zu sehen.Die meiste Überzeitarbeit wurde auf Zeche und Fabrik gerade von diesen »Auch«-genossen geleistet. Die größten Schmarotzer auf der Arbeitsstelle waren in unseren Reihen zu finden.« (. . .)

Um diesen Mißständen zu begegnen, wurden in Mengede innerorganisatorisch Beschlüsse gefaßt:
Am 9.11.1919: wurde das Eintrittsgeld auf 1.-Mark, die Wochenbeiträge von o,50 auf o,75 erhöht; (*Der Syndikalist 51, 1919*)
Nach dem Kapp-Putsch wurde aufgefordert, Solidaritätsgelder für die Inhaftierten und Hinterbliebenen zu spenden; einen Monat später wurde, wohl aufgrund geringer Spenden beschlossen, daß jeder aus der Mitgliederliste gestrichen wird, »der den Solidaritätsbeitrag nicht zahlt« (*Der Syndikalist 20 und 49, 1920*)
Im Februar 1921: wer mit den Beiträgen über 8 Wochen im Rückstand ist oder die Solidaritätsmarke von 5 Mark nicht geklebt hat, wird ausgeschlossen; (*Der Syndikalist 9, 1921*)
Am 25.3.1921: wer noch Sondervereinen der Saarbewohner oder Oberschlesier angehört, wird ausgeschlossen; weiterhin alle, »die jetzt die 1 1/2 Pflichtschichten leisten«; (*Der Syndikalist 13, 1921*)
AM 24.5.1921: nur derjenige kann Mitglied werden, »der sich vorher genügend über den herrschaftslosen Sozialismus durch Abonnieren und lesen des »Syndikalist« aufgeklärt und als erstes Zeichen seiner Selbständigkeit seinen Austritt aus der Kirche erklärt hat.« An die Mitglieder richtete sich der Ruf: entweder Austritt aus der Kirche oder raus aus unserer Organisation.« (*Der Syndikalist 23, 1923*)

Obwohl diese rigiden Verbandsbeschlüsse den Grundideen der Organisations- und Umgangsformen der FAUD widersprachen (und einen internen Grund für ihren Niedergang abgaben, SF), läßt sich hieran gerade das Dilemma erkennen, in welchem sich die Aktivisten befanden. Denn für sie stellte die FAUD nicht nur eine Interessengemeinschaft wie die anderen Gewerkschaften, sondern vorallem eine Ideengemeinschaft dar. Nach den revolutionären Bestrebungen 1919/1920 rückte sich letztere immer mehr in den Vordergrund. Qualität vor Quantität – diese Einsicht setzte sich bei den Aktivisten in der FAUD immer stärker durch. »unsere Parole lautet wie bisher. »Lieber klein und rein als groß und innerlich faul«. (*Der Syndikalist 31, 1921*) In der »Schöpfung« wurde diese Praxis kritisiert: »Man hört innerhalb der FAUD immer nur von Ausschließen . . . Man kommt nicht als fertiger Syndikalist in die FAUD hinein, sondern wird es in ihren Reihen . . .« (zit. nach Klan/Nelles).

Interessengemeinschaft contra Ideengemeinschaft – diesen augenscheinlichen Gegensatz versuchte man zu lösen, indem laut Rösler »in Mengede eine rein anarchistische Gruppe zur Befestigung (!!!) der anarchosyndikalistischen Gewerkschaftsbewegung ins Leben gerufen werden sollte. (*Der Syndikalist 45, 1922*). In dieser Phase beschloß jedoch eine Gruppe auf der Mitgliederversammlung vom 28.8.1921 die vollständige Abschaffung der Mitgliedsbücher. Kurz darauf folgte die Ortsgruppe Oestrich bei Mengede diesem Beschluß. (*Die Schöpfung, 22.9.1921*)



Faksimile

Der Spaltung vorausgegangen waren Zusammenkünfte der politischen »Köpfe« der FAUD-Mengede. So konnte die Polizeibehörde Mengede Anfang September 1921 melden: »Seit ca. 1/2 Jahr ist . . . beobachtet worden, daß sich zeitweise fremde Personen und zwar abwechselnd in den Wohnungen der Bergleute Adomat, Mengede, Ammerstr. 56, Rösler, Mengede, Viktoriastraße 6 und Haferstroh, Mengede, Hugostraße 28 aufhalten.« (Staatsarchiv Münster) An diesen Zusammenkünften würde »nur ein bestimmter Personenkreis, ca. 8–10 Personen, teilnehmen«. Eine öffentliche Propaganda als Folge der Treffen sei nicht zu verzeichnen, was genau beredet würde, sei auch nicht festzustellen. Bemerkenswert ist, daß alle drei unterschiedlichen Richtungen innerhalb der FAUD sich trafen:
Otto Adomat, der der Hauptkassierer der Ortsgruppe war, hat zu dieser Zeit Kontakt zum »Anarchistischen Freibund« (vgl. Akte im Staatsarchiv Münster) und schließt sich diesem nach der Spaltung an; er vertreibt in Mengede die Zeitschriften »Der Freie Arbeiter« (FKAD), »Ziegelbrenner« (Marut) und »Alarm« (Langer)
Josef Rösler, Mitbegründer der Ortsgruppe, zu diesem Zeitpunkt ihr 1. Vorsitzender, baut sie nach der Spaltung im alten Stil erneut auf
August Haferstroh, war aktiv in verschiedenen Ausschüssen (Unterstützungskommission für Inhaftierte, Pressekommission); er begründete nach der Spaltung zunächst die »Wirtschaftliche Einheitsorganisation« und 1922 die NSDAP in Mengede mit!

Die »anarchistische« Richtung innerhalb und neben der FAUD: Der Anarchistische Freibund

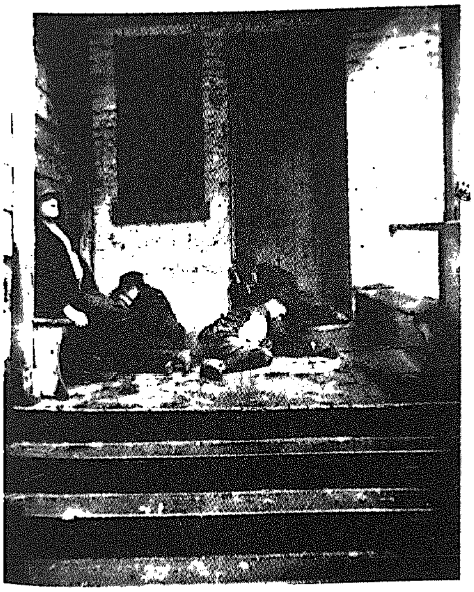
Die anarchistische und syndikalistische Bewegung ging in Dortmund in den ersten Jahren nach dem »Zusammenbruch« 1918 Hand in Hand. Die Mitglieder des *Anarchistischen Freibundes* waren in der Regel auch Mitglieder der FAUD, übernahmen dort auch führende Tätigkeiten. Auf der Konferenz der Anarchistischen Föderation Dortmund und Umgebung führte Genosse *Drewes* (ein Jahr später verantwortlicher Redakteur der anarcho-syndikalistischen »Schöpfung«, SF) am 18.7.1920 aus, daß man den Syndikalismus »mit den anarchistischen Zielen in Einklang bringen könne«. Es wäre inzwischen »nur noch Wortklauberei . . . sich Syndikalist oder Anarchist zu nennen.« (*Der freie Arbeiter 30, 1920*) Einen Unterschied machte *Karl Bröder* aus Lütgendortmund: Die Ziele der Anarchisten wären im kulturellen Bereich weiter zu fassen. (. . .) Die Anarchisten als Avantgarde der Syndikalisten – hierin sahen die Freibündler ihre organisatorische Daseinsberechtigung und ihren Aufgabenbereich. Auf einer

weiteren Konferenz der Dortmunder Föderation am 15. Dezember 1920 in Mengede (. . .) ergaben sich jedoch organisatorische Differenzen: Als Grundlage für jeden Aktiven käme nur der Geist und nicht äußerliche Bindemittel wie Mitgliedskarten, Beiträge usw. in Frage. »Der Freibund der Anarchisten lehne jede äußerliche Verbindung ab und halte an der freien, durch den Geist und die Solidarität bewährte Zusammengehörigkeit fest.« (*Staatsarchiv Münster, 1 Ra 396*)

Dieser Umschwung der Freibündler hat sicherlich mit dem Verebben ideologischer und kämpferischer Ansprüche in der FAUD zu tun. Die Kritiker sahen bald keinen Unterschied mehr zwischen der FAUD und den Zentralgewerkschaften. Demzufolge müßten sie sich nicht nur in der FAUD sondern auch in den Zentralgewerkschaften politisch betätigen.

Spätesetens seit Ende 1920 muß es in Mengede Genossen des Freibunds gegeben haben, wenn nicht sogar eine Ortsgruppe. Am 25.12.1920 hielt der Freibund eine Konferenz in Mengede ab, auf der auch syndikalistische Gäste begrüßt wurden. (*Der freie Arbeiter 52, 1920*) Diese gründete sich spätestens nach der Spaltung der FAUD im August 1921; am 23.10.1921 nahmen Delegierte aus Mengede an einer Konferenz des Freibundes anarchistischer Gruppen für Rheinland und Westfalen teil. (*Staatsarchiv Münster, 1 Ra 396*)

Die Spaltung in Mengede wurde augenscheinlich von den Freibündlern herbeigeführt: Mitgliedsbücher und Beiträge wurden abgeschafft. Carl Windhoff (einer der führenden Syndikalisten im Ruhrgebiet aus Düsseldorf, SF) sah Carl Langer (Redakteur des *Alarm* und Agitator für den Freibund, Hamburg) als Urheber der »Zerstörungsarbeit in Mengede«. (. . .) Langer hielt zwar später eine Versammlung in Mengede ab (6.11.1921), entscheidenden Einfluß auf die weiteren Vorgänge in Mengede hatte er jedoch nicht. (Neben der »alten« FAUD und dem Freibund hatte sich eine dritte Gruppe die sogenannten »Neu-Syndikalisten« gebildet, auf die auch der Freibund nach der Spaltung keinen Einfluß erlangte, SF).



Die Haltung der FAUD-Mengede zu den »Neu-Syndikalisten«

Die Reaktion der FAUD-Getreuen auf die Abschaffung derBMitgliedsbücher durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 28.8.1921 war schon am 8.9. in der »Schöpfung« zu lesen: » . . . Eine Zusammenkunft beschloß nun die Weiterführung der Ortsgruppe. In den nächsten Tagen meldeten sich reihenweise die Genossen für ihre weitere Mitgliedschaft in der alten Ortsgruppe«.



Die alte Ortsgruppe tat die »Neusyndikalisten« als Spintisierer und Theoretiker ab. Es wären »jüngere, noch unerfahrene, parti-kommunistisch veranlagte Elemente« (*Die Schöpfung 36, 1921*) (. . .) Die Mitglieder der früheren Ortsgruppe Mengede haben an Zahl abgenommen, aber sie gehen ihren Weg unbeirrt weiter.«

(Eine inhaltliche Aufarbeitung der entstandenen Situation mißlang anscheinend völlig, SF) Carl Langer, der auf einer von den FAUD einberufenen Versammlung versuchte, seine Ideen darzustellen, zog unverrichteter Dinge wieder ab; »die Versammlung war sehr aufgebracht«.



JACOB A. RIIS (1849 - 1914)

Der »Wirrwarr«, den man bei den »Neusyndikalisten« sah, führte in der Folgezeit noch mehr zur Unnachgibigkeit. Ihr Ratschlag an andere Ortsgruppen war lediglich: »Haltet eure Bewegung rein, entfernt frühzeitig störende Elemente aus euren Reihen!« Die Ortsgruppe arbeitete also im alten Stil weiter. Den Versammlungsbeschluß vom 28.8., wo 2/3 der Mitglieder die Ortsgruppe verlassen hatten, tat sie mit der Begründung ab: »Die Individualisten zwangen den Mitgliedern ihren Willen auf und es wurde demgemäß beschlossen.« (*Die Schöpfung 52, 1921*) Anfang 1923 zählte die Ortsgruppe wieder (wie vor der Spaltung, SF) »ungefähr tausend überzeugte Anarcho-Syndikalisten«. (*Die Schöpfung 36, 1923*) Ein Großteil der ausgetretenen Mitglieder ist mit großer Wahrscheinlichkeit später wieder eingetreten.

Auch hatten sie in der Mengeder Arbeiterschaft nicht an Ansehen verloren. Bei den

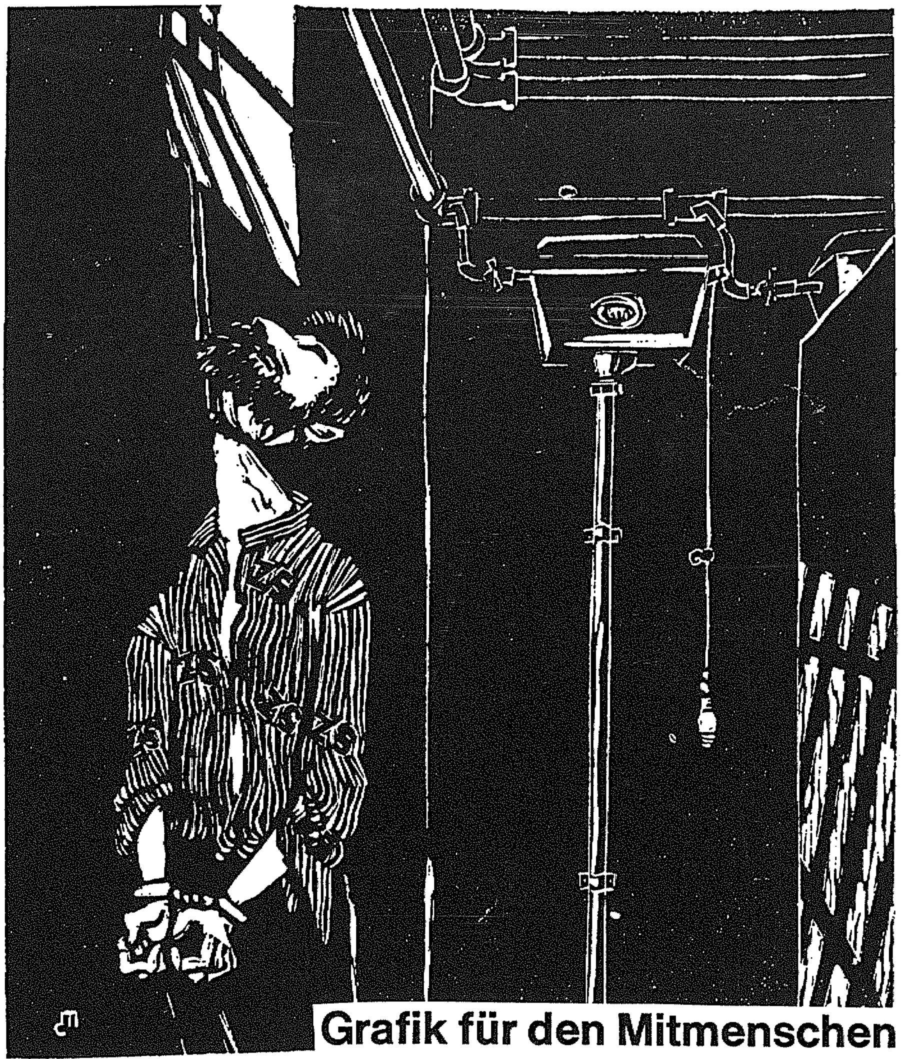
Betriebsratswahlen im März 1922 bekamen sie fast die Hälfte der Stimmen und stellten somit 8 Betriebsräte (*Mengeder Zeitung, 1.4.1922*); 1924 verbesserten sie ihr Ergebnis und gewannen 8 von 11; 1926 als immer noch stärkste Gewerkschaft 6 von 15 Mandaten. (*Staatsarchiv Münster, Der Syndikalist 20, 1926*).

Ein gelegentliches Zusammengehen mit den alten Genossen schlossen sie jedoch nicht ganz aus. So feierten sie z.B. zusammen den 1. Mai 1922. Wohl in der Hoffnung, »daß sie schließlich doch wieder zur besseren Erkenntnis kommen würden, daß sie ohne gegenseitige Hilfe im materiellen und moralischen Sinne das Proletariat und die Menschheit nie zur Befreiung kommen können.« (*Der Syndikalist 45, 1922*)

gebliebene Gruppe«, wie sie Rösler später darzustellen suchte, war sie mitnichten.

(Und jetzt ein kleiner Vorgriff: SF)

In einem *Rückblick* auf *ihre Geschichte* faßte die *Ortsgruppe der NSDAP Mengede* (1933) die Gründungsphase aus Anlaß ihres 11-jährigen Bestehens wie folgt zusammen: »Aber was nun? Die bürgerlichen Parteien! Waren sie geeignet, dem Arbeiter zu helfen und seine Interessen wirklich zu vertreten? Auch das erschien uns völlig ausgeschlossen . . . Es (das politische Bürgertum, A.M.) ahnte nicht einmal, daß, die Entscheidung nicht im Salon oder Parlament, sondern allein auf der Straße ausgekämpft werden müsse. Auch hatten wir in unserer *marxistischen* Periode wenigstens das eine erkennen gelernt, daß durch die ganze jahrzehntelange liberalistisch-kapitalistische Erziehung unserer Arbeitgeber eine echte sozialistische Gesinnung geradezu unmöglich war. War doch der ganze Liberalismus nichts anderes als die der politisch ungeschulten Masse des Volkes schmackhaft gemachte Glorifizierung des nacktesten und brutalsten Egoismus, der nur an sich, nicht aber an alle denkt. Wir wollten ja nicht Almosen, wie man sie uns in den sozialen Einrichtungen gegeben hatte, sondern verlangten unser Recht auf eine menschenwürdige Existenz und unsern, durch unserer Hände Arbeit geschaffenen Anteil aus dem Ertrag der Produktion. Sozialistisch waren wir geblieben, aber wir hatten eingesehen, daß die Mittel des Marxismus grundfalsch waren. So saßen wir zwischen den beiden Weltanschauungen jener Zeit, ein Häuflein verzweifelter, um ihre heiligsten Überzeugungen betrogene Menschen. Aber ein Gutes hatten die Erfahrungen für uns gehabt: wir waren frei geworden von allen Illusionen und gingen mit klaren Köpfen an die Aufgabe heran: ›Wie kann dem Arbeiter geholfen werden.‹ Denn den Kampf gaben wir trotz aller Ernüchterung und Enttäuschung nicht auf. Um ganz neue Wege zu suchen, gründeten wir zunächst einmal eine neue Gruppe, die ›Wirtschaftliche Einheitsorganisation‹.« (*11 Jahre NSDAP in Mengede, (Dortmund), 1933, auch im folgenden zitiert; siehe auch Festausgabe der Mengeder Zeitung v. 6.8.1933*)



Grafik für den Mitmenschen

Carl Meffert/Clément Moreau:

ERICH MÜHSAM ZUM GEDÄCHTNIS

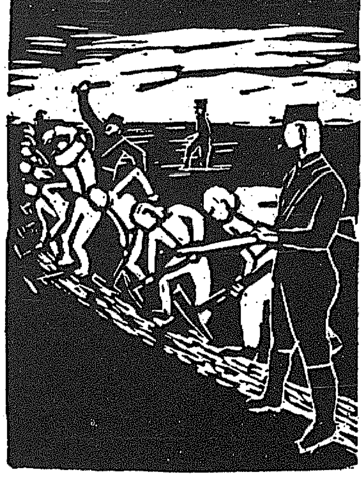
1934

Die Heranbildung der faschistischen Richtung in Mengede: Von der Wirtschaftlichen Einheitsorganisation zur NSDAP

Die »besseren Syndikalisten« hatten anfangs Erfolg mit ihrem Vorgehen. Sie konnten auf der Mitgliederversammlung vom 25.8.1921 den Beschluß herbeiführen, daß die Mitgliedsbeiträge ab nun nach eignenem Ermessen bezahlt werden, die Mitgliedsbücher abgeschafft und der »Syndikalist«, der für jedes Mitglied obligatorisch abonniert war, abbestellt würde. (*Quelle: Brief von Rösler an Kater*) Wie stark ihr Einfluß war, zeigt daß von den 900 Mitgliedern »weit über 600 indifferent geworden« waren. Eine »kleine zurück-

Was die NS-Geschichtschreibung verschweigt ist die Phase zwischen der Ablösung von den »marxistischen Parteien« hin zur Einheitsorganisation.

Die Ratlosigkeit nach ihrer Trennung von der FAUD stellt der NS-Bericht noch sehr anschaulich dar. Es ist anzunehmen, daß sie sich kaum konkrete Gedanken darüber gemacht hatten, welcher Organisationsstrukturen sie sich nun bedienen wollten. Am 16.10 – 1 1/2 Monate nach der Spaltung – lud *Haferstroh* zu einer Mitglieds-Versammlung der FAUD-(!!!)Mengede ins Lokal Reinbach ein. Sie solle »reichlichen Stoff zur freien Aussprache bieten«. (. . .) Näheres über den Verlauf dieser Versammlung ist nicht zu erfahren – eine Einigung führte sie jedoch nicht herbei. Dieses Friedensangebot zeigt jedoch, die Hilflosigkeit der »Neusyndikalisten« und die Unfähigkeit bzw. den Unwillen der alten FAUD'ler hierauf einzugehen.



Dantes Inferno verblaßt neben den **sadistischen Raffiniertheiten,** die sich **die Henker des Hitler** an Arbeitern und Freiheitskämpfern erlauben. Laßt die, welche schaudernd der Mordhölle entronnen sind, nicht zugrunde gehen!

Spendet der Flüchtlingshilfe!

Postscheck Schweiz. Verband des Personals öffentlicher Dienste, VIII 4895

1933

Einen Organisationsrahmen wollten sich die »Neusyndikalisten« geben. Sie beschlossen zuerst nur mit Listen zu hantieren (*Der Syndikalist 40, 1921*). Man vertrat die Ansicht, daß jeder an Beiträgen geben kann, was er will, nur nicht unter 1.-Mark. Nach kurzer Zeit mußten jedoch schon Ausweiskarten herausgegeben werden. »Wer eine einmalige Zahlung leistet, bekommt eine Legitimation, um sich auf der Arbeitsstelle ausweisen zu können.« Inzwischen nannten sie sich »Arbeiterbörse FAUD-Mengede«, nachdem Namen wie »Freibund«, »geistige Gemeinschaft« oder »menschliche Gemeinschaft« abgelehnt worden waren (*Der Syndikalist 15, 1922*) Mit dieser Namensgebung dokumentierten sie ihre weitere ideologische Zugehörigkeit zum syndikalistischen Spektrum. Interessanterweise führten sie in ihrem Namen aber nicht mehr das Wort »anarchistisch«, obwohl es ihnen doch laut Rösler um die »reine anarchistische Lehre« ginge. Es ist anzunehmen, daß sie sich mit der alten FAUD immer mehr zerstritten – gerade nach der wohl erfolglos verlaufenen Veranstaltung vom 16.10.1921.

Trotzdem wurden sie als eigenständige Gruppe von den Linksparteien in Mengede ernstgenommen. Dies zeigt besonders ihre organisatorische Einbeziehung in ein lokales Mengeder Komitee »zur Wahrung örtlicher, wirtschaftlicher und kultureller Interessen«, welches sich im Dezember 1921 bildete. Außer der »Arbeiterbörse« gehörtem diesem an: SPD, USPD, KPD, FAUD und die Freidenker-Vereinigung. Ziel war es »für die Idee der Verständigung Propaganda zu machen« – der Versuch, eine Verschmelzung oder zumindest stärkere Zusammenarbeit der Linksgruppierungen am Ort herbeizuführen. Es ist anzunehmen, daß dieses Komitee sogar aufgrund ihrer Initiative hin zustande kam. Laut Rösler hätten sie nach der Trennung von der FAUD Mengede »zur Gründung einer Einheitsfront« aufgerufen. Weiter schreibt er: »Wir Syndikalisten . . . wollten auch jetzt nichts von den Außenseitern wissen.«



JUGEND

Soll euer Schicksal der Schützengraben sein, in den euch der Faschismus peitscht! Für eure Zukunft gilt es zu kämpfen! Weckt den Geist der Freiheit, der Solidarität, indem ihr für die Opfer des Faschismus gebt und sammelt!

Nehmt die Sammellisten!

Wandert von Haus zu Haus! Opfert selbst!

Postscheck SPS. Bern III 1930

1933

Die Redaktion der SPD-Zeitung »Westfälische Arbeiter Volks-Zeitung« mahnte ihre Genossen dazu, »daß die Maßnahmen und die Tätigkeit des Komitees der Partei- und Gewerkschaftspolitik nicht zuwiderlaufen (darf), andernfalls müßte man doch seinen Standpunkt als Parteigenosse und Gewerkschafter hervorheben.« Demnach nahmen weder die Syndikalisten noch die SPD diese Einheitsfrontbestrebungen wirklich ernst.

Es ist schwer einzuschätzen, welche Wirkungen der Zerfall des Komitees auf die Arbeiterbörse hatte. Ihr Vertrauen in die Linkparteien dürfte jedoch vom Ausgang dieser »Einheitsfront aller Enterbten und Entrechteten gegen die Reaktion« erheblich erschüttert worden sein.

Denn erst jetzt, *Anfang des Jahres 1922*, benannte sich die »Arbeiterbörse« um in »Einheitsfront der Zeche Adolf von Hansemann«. Genaues Material über die weitere Entwicklung dieser Einheitsorganisation liegt mir leider nicht vor. In der *NS*-Chronik wird diese Phase folgendermaßen umrissen:

»Diese neue Vereinigung sollte von allen bestehenden Parteien absolut freigehalten werden und als Sprungbrett dienen, um die Arbeitskameraden zu ganz neuen Ideen zu bekehren . . . Es waren zunächst höchstens 15 Mann, die sich zusammenfanden, um in langen Debatten nach neuen Mitteln zu suchen. Innerhalb eines Jahres stieg jedoch diese kleine Zahl auf 1500 . . . Bis zum Jahre 1923 hat diese Organnisation bestanden. Ihr erster Führer war *Ernst Kuhlmann*, der jetzt als *Pg.* im Sauerlande lebt.«

Es scheint, daß mit dieser Gründung ein vorläufiger Schlußstrich zu den Linksgruppen in Mengede gezogen worden war. Wenn man einigen »Revolutionären der Zeche Adolf v. Hansemann« Glauben schenkt, so wurde die Einheitsorganisation bereits »mit gütiger Zustimmung der Zechenverwaltung gegründet« (*Alarm 12/13, 1923*) Sie diente demnach allerdings als Sprungbrett – ins rechtsradikale Lager.

Mitte Mai 1923 benannte die Dortmunder



Die Freiheit soll nicht untergehen: Bezeugt es den faschistischen Henkersknechten, indem ihr auf dem Altar der Freiheit opfert

Spendet der Flüchtlingshilfe!

Postscheck Schweiz. Verband des Personals öffentlicher Dienste, VIII 4895

KPD-Zeitung die »Radikalinski-Einheitsorganisation« als eine »fast faszistische Organisation« (*Westfälische Arbeiter-Zeitung v. 15.5.1923*) Zu diesem Zeitpunkt war die Einheitsorganisation auf der Zeche immer noch durch Betriebsräte vertreten.

Überall im Ruhrgebiet bildeten sich 1922/23 ähnlicheBOrganisationen. In Bochum-Weitmar der »Einheitsverband«, auf den Thyssen-Werken der »Wirtschaftliche Einheitsverband«, in Bielefeld, Herford und Minden ein »Wirtschaftsverband«.

Der alte Bergarbeiterverband warnte seine Mitglieder eindringlich vor diesen Verbänden. »Schickt die gelben Singvögel, mögen sie noch so süß flöten, gebührend nach Hause. Es sind alles verkappte Faszisten.« (*Bergarbeiter Zeitung 35, 1.9.1923*)

Die Mengeder Einheitsorganisation hatte ihre Funktion als »Sprungbrett . . . zu ganz neuen Ideen« bei ihrem Verbot 1923 schon erfüllt. Bereits im *Frühjahr 1922* »wurden wir durch . . . *Wilhelm Moog, Nette* mit der *Judenfrage* bekannt gemacht.« Die *NS*-Chronik führt aus:

»Während dieser Zeit wurden wir durch den verstorbenen Wilhelm Moog, Nette, mit der Judenfrage bekannt gemacht. Moog, der sich längere Zeit als Mitglied des ›Völkischen Schutz- und Trutzbundes‹ mit diesen Fragen beschäftigt hatte, wußte uns für das gänzlich neue Gebiet so zu interessieren, daß wir mit heißen Herzen und glühenden Köpfen bis tief in die Nacht hinein um all die dadurch aufgeworfenen Probleme rangen, bis wir endlich durch das bekannte Buch »Die Weisen von Zion« Klarheit erhielten . . . Gerade in jener Zeit erfuhren wir auch zum ersten Male von einer ganz neuen Bewegung, die im Süden unseres Reiches, in Bayern, von einem bis dahin vollständig unbekannten Menschen ins Leben gerufen war. Was uns davon zu Ohren kam, erschien uns so vertraut, daß wir nichts eiligeres zu tun hatten, als uns nach München zu wenden und um Material zu bitten. Das wurde uns auch bald zugestellt. In fieberhafter Eile wurde es durchgearbeitet, und da – lag auf einmal der Weg klar vor uns. Das war ja das, was wir im tiefsten Herzen gefühlt hatten, ohne es jedoch in die richtige Form gießen zu können. Nun hatten wir den neuen Führer, nun hatten wir *Adolf Hitler*! Am *15. Oktober 1922* war der denkwürdige Tag, an welchem die *erste Ortsgruppe der NSDAP* hier in Mengede ins Leben gerufen wurde. An diesem Tage versammelten sich beim Wirt Reinbach (!, SF) an der Ammerstraße folgende Männer:
W. Moog, F. Land, E. Poganaß, I. Grebenstein, F. Bartschat, A. Haferstroh, G. Horst, B. Köhler, M. Ehrens, E. Mundt, O. Tertocha, K. Krause, H. Caspeler und P. Land.
Von diesen Vorkämpfern wurde die Ortsgruppe, *wohl die erste im Industrie-Gebiet überhaupt*, gegründet. Einige von ihnen hatten sich bereits früher als Einzelmitglieder der Partei in München angeschlossen.« (Kursive Hervorhebungen jeweils durch SF)

Von diesen 14 Gründungsmitgliedern kamen mindestens sechs aus der syndikalistischen Bewegung. Es waren keine »Mitläufer«, sondern scheinbar überzeugte Syndikalisten gewesen, die zum Teil auch führende Positionen in der FAUD eingenommen hatten:

August Haferstroh schloß sich schon recht frühzeitig der syndikalistischen Bewegung in Mengede an. Nach dem Kapp-Putsch 1920 gehörte er der Unterstützungskommission der FAUD »für die Hinterbliebenen inhaftierter Genossen« an. Im August 1921 wird er als Mitglied in die Pressekommission gewählt. Josef Rösler bezeichnete ihn später als den »Drahtzieher« der »Neu-Syndikalisten«. Nach der Spaltung hat er Kontakt zum Anarchistischen Freibund. Er spendet noch 1922 für den *Alarm* 500 Mark (*Alarm 9, 1922*), bricht mit diesem aber kurz darauf und verklagt Otto Adomat wegen Beleidigung. Er ist maßgeblich am Aufbau der »Einheitsorganisation« beteiligt.



Er wollte Arbeit, 1932

Georg Horst, geb. 16.12.1884 in Hintersteinau (*nach Dokumenten v. BKrüschedt, Dortmund*) wurde am 28.11.1920 als 2. Vorsitzender in den Vorstand der FAUD-Mengede gewählt.

Bernhard Köhler, geb. am 8.10.1883 in Spießen. Auf der Generalversammlung vom 28.11.1920 wurde er als 1. Schriftführer in den Vorstand der FAUD-Mengede gewählt.

Paul Land, eh. Krajewski (1924 eingedeutscht), geb. am 23.1.1897 in Wanne, 1916 kurzfristig Soldat, Okt. 1916 zur Arbeit in die Farbenfabrik Leverkusen geschickt, zur Union-Dortmund überwiesen. Schließt sich nach dem Krieg der syndikalistischen Bewegung an. (. . .) Wird nach 8-tägiger Ehe für 3 Wochen verhaftet; als er rauskommt und den »Ehebruch« seiner Frau feststellt, macht er die »freie Liebe« der Anarchisten dafür verantwortlich.

Franz Land, eh. Krajewski (1924 eingedeutscht), geb. 16.2.1896 in Langendreer, Volksschulbildung, Soldat von 1915–17, schwer verwundet, EK 2, Angehöriger der baltischen Landwehr, aktiver Kämpfer des Ruhrkampfes während der französischen Besatzung, Ortsgruppenleiter der NSDAP-Mengede, Goldenes Parteiabzeichen, Gauredner, Ratsherr der Stadt Dortmund, Mitglied des preußischen Landtages 1932-33, Mitglied des Reichtages ab 1933.
Er gehörte nach eignenen Aussagen in den Jahren 1919 bis Ende 1920 der SPD und »auch der syndikalistischen Bewegung an«. »Ende 1920 bin ich aber aus beiden Organisationen ausgetreten und habe auch sofort Beziehungen zur NSDAP aufgenommen und zwar Mitte 1921.« (*Nach Dokumenten von Krüschedt, Dortmund*)

Sofort nach Gründung der NSDAP werden neun weitere Mitglieder aufgenommen. Unter ihnen auch **Anton Gosch**, 1920 1. Vorsitzender der FAU-Westerfilde, wenig später aber »wegen Veruntreuung von Solidaritätsgeldern ausgeschlossen«.

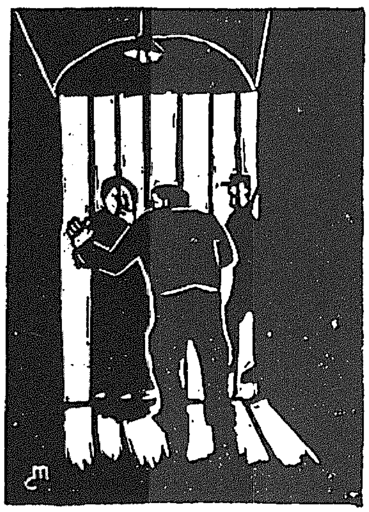
Die Entwicklung eines Teils der aktiven syndikalistischen Bewegung in Mengede läuft nach ihrer Spaltung, anders als z.B. in Lütgendortmund oder Brackel, wo sich die gesamten Ortsgruppen der FAUD im Oktober 1921 dem Anarchistischen Freibund anschlossen, steil abwärts ins national-revolutionäre-konservative Lager. Obwohl fast völlig identische Kritikpunkte, wie sie der Freibund gegenüber der FAUD äußerte bestanden. (Mitgliedsbücher etc.)

[Wohl nur formal, meine Interpretation wäre: vermutlich ging es darum, die positiven Erfahrungen der Einheitsfront gegen den Kapp-Putsch zu verlängern, aus der Spaltung und dem Parteien- und Organisationsegoismus, der ja auch später einen wirkungsvollen Antifaschismus verhinderte, herauszukommen. Als dies schief lief, folgte eine zweite innerliche und organisatorische Distanzierung von der gesamten Linken, als Konsequenz scheinen sie dann auf die angeblich »neue« »sozialistische« Nazibewegung reingefallen zu sein bzw. haben dieser wohl in manchem entsprochen (Schwergewicht auf Straßenkampf, mit Volkswohl verknüpfte Sozialismusvorstellungen etc. Eine genaue Analyse wäre schon deshalb wünschenswert, weil auch später Anarchisten/Anarchosyndikalisten zur SA übergetreten sind und hierbei die Nationalisierung und Militarisierung der alten Organisation (KPD), die für die Übertritte von ganzen »Rot Frontkämpferstürmen« als Erklärung herangezogen wird, nicht greift. *Wolfgang Haug*]



Wenn ich das Wort KULTUR höre, dann greife ich zum REVOLVER!
So spricht der literarische Führer der Brandstifterhorden HANNS JOHST.
Kannst Du dulden, daß diese Schlächtermoral Weltgeltung erhalte! Das soll nicht sein! Darum hilf uns und gib für die Opfer der Revolverkultur!
Postscheck Schweiz. Verband des Personals öffentlicher Dienste, VIII 4895

1933



Selbst Kinder

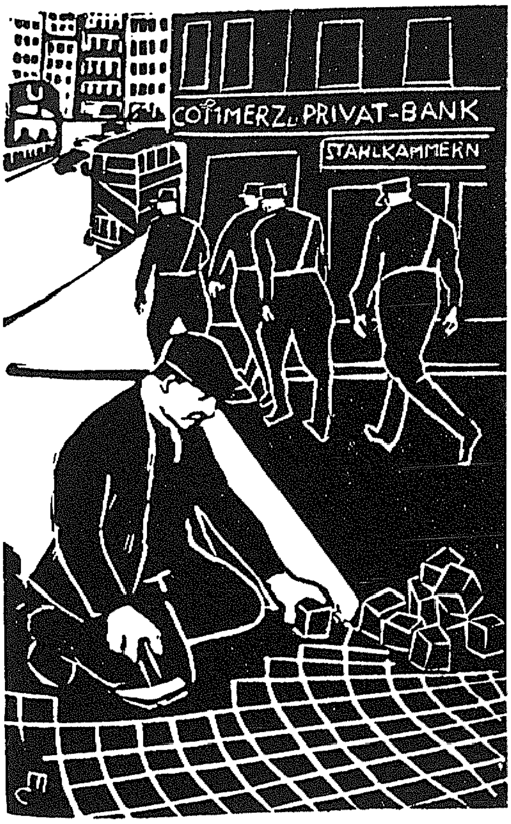
haben die Satane des Göring nicht geschont. Menschlichkeit ist ihnen fremd! Sei Du denn menschlich und gib für die Opfer des Faschismus! Auch wenn es wenig ist, uns hilft es viel.

Postscheck Schweiz. Verband des Personals öffentlicher Dienste VIII 4895

1933

Die Brücke ins rechtsradikale Lager stellte Wilhelm Moog dar. Er war einer der sehr seltenen rechtsradikalen Arbeiter dieser Zeit – sicherlich der einzige auf der Zeche Hansemann. Seine Mitgliedschaft im Schutz- und Trutzbund dürfte er wohl nicht an die große Glocke gehängt haben, er hat aber augenscheinlich versucht, Bergleute für seine Ideen zu agitieren. Oft rückte ersich bei Belegschaftsversammlungen in den Vordergrund und ergiff das Wort. *(Staatsarchiv Münster, z.B. Versammlung v. 4.1.1920)* Er machte sich das ideologische Vakuum der neugebildeten Einheitsorganisation zunutze.

Bereits Anfang Mai 1922 stellte die politische Polizei ein Auftreten der NSDAP im Raum Westerfilde fest. »Schätzungsweise gehören der Partei 10 Personen an. Vorsitzender ist der Bergmann Wilhelm Moog aus Nette.« (*Staatsarchiv Münster*) Laut »Völkischem Beobachter« vollzog sich die Gründung der NSDAP-Mengede bereits am 10.6.1922. Moog wurde sofort ihr erster Führer. (*Völkischer Beobachter, 17.6.1922*)



SA in der Friedrichstrasse, 1934

Doch zurück zu den Ex-Faud-Genossen:
Die beiden Brüder Paul und Franz Land waren nur für eine relativ kurze Phase Mitglieder der FAUD gewesen. Schwer verwundet zurückgekehrt, erlebt Franz Land die Unruhen 1918/1919 im Bergbau und kurz darauf die Lebensmittelkrawalle und die machtvollen Demonstrationen der Arbeiterschaft und schließt sich der radikalsten Gruppe, den Syndikalisten, an. Er wird zugleich Mitglied der SPD, also jener Gruppe, welche in offener Gegenerschaft zur radikalen Bewegung stand. Er dürfte also einerseits von der Bewegung mitgerissen worden sein, sich von einer radikalen Umwälzung der Gesellschaft neue Lebensperspektiven erhofft haben. Andererseits empfand er diese Situation wohl als bedrohlich – es war ja nichts als eine spontane Massenäußerung –, so daß er dem damaligen Garant für Sicherheit und Ordnung, der SPD, beitrat, die zum Arbeitsfrieden aufforderte, um die Revolution »Stück für Stück« zu verwirklichen.

Sein Bruder Paul dürfte den Wunsch nach klaren Verhältnissen u.a. aus seiner »Ehebruch«-Erfahrung abgeleitet haben.
»Sozialistisch waren wir geblieben, aber wir hatten eingesehen, daß die Mittel die Mittel des Marxismus grundfalsch waren«. Die »Mittel« gelten wohl als Oberbegriff für »Streik, Freie Liebe, Selbstbestimmung usw.«

(Auffallend ist, daß sie als »Marxismus« bezeichnet werden und nicht als das, was sie sind – »Anarchosyndikalismus«; eine Interpretation wäre, daß sie »gegen den Marxismus« schon immer waren und so für sich selbst eine Scheinkontinuität aufrichteten; eine andere, daß für Faschisten eh immer alles gleich »rot« ist, keine Unterschiede mehr gemacht werden.*wh*)

Anstatt sich z.B. mit der freien Liebe auseinanderzusetzen, flüchten sie sich in einen rigiden Männerverein mit zentralistischem Aufbau statt der föderalistischen Struktur der Syndikalisten. So hatte die Ortsgruppe der NSDAP sofort einen »ersten Führer« (Moog) und einen »obersten Führer« (Adolf Hitler), als deren »schlagkräftiges Instrument« sie sich begriffen. »Jedes Mitglied wurde durch Handschlag zum Gehorsam verpflichtet.« (*NS-Chronik*)

(. . .) Politische Dogmen traten an die Stelle der anarchistischen Ideenvielfalt. »Nebel und Wolken verflüchtigten sich – das jüdische Volk wurde zur ›Wurzel alles Übels der Welt‹« erklärt.

Kann man sich den politischen Weg der Brüder Land, wie auch den von Gosch so noch notdürftig erklären, ist dies für *August Haferstroh* (und die anderen) nicht ausreichend. Man kann davon ausgehen, daß *er* sich mit den Ideen des Anarchismus und Syndikalismus eingehend beschäftigt hatte. Schon im Mai 1920veröfffentlichte der »Syndikalist« einen Beitrag zum Kapp-Putsch von ihm, der für ein recht hohes politisches Bewußtsein spricht. Er nimmt Stellung gegen das taktische Vorgehen der Parteifunktionäre, welche die Arbeiter nur für ihre Ziele, Kapp zu beseitigen, mißbraucht hätten. Nun würden sie die Arbeiterschaft wieder zersplittern und verheizen. Er beklagt die bewaffneten Kämpfe der Arbeiterschaft in den Märztagen und fordert auf, sich wieder auf die syndikalistische Waffe »die geistige Aufklärung, die wissenschaftliche Schulung und die wirtschaftlichen Kampfmittel« zu besinnen. Hiermit teilte er auch die Position der Berliner Geschäftskommission der FAUD (Kater, Rocker, Souchy usw.), welche den bewaffneten Kampf verurteilte.

Obwohl er keine Vorstandsfunktionen innehatte, ist er augenscheinlich in der FAUD recht aktiv. Er nimmt auch Kontakt zum Anarchistischen Freibund auf und abonniert den *Alarm*. Es ist anzunehmen, daß er in Freibund-Richtung versuchte, die Strukturen der FAUD positiv zu verändern. So liegt es auch nahe, daß er sich deshalb nie in den Vorstand der FAUD wählen ließ. »Führer« und »Parteigötzen« lehnte er ab – sie würden nur zu ihren eigenen Gunsten in ihre eigene Tasche arbeiten. Er beendet seine Korrspondenz mit dem Satz: »Wer mit dem Leben spielt, kommt nie zurecht, wer sich nicht selbst befiehlt, bleibt immer Knecht.« (*Der Syndikalist 12, 1920*)

Sein Überwechseln ins rechtsradikale Lager geschah voll bewußt! Sämtliche rechtsradikale Versammlungen wurden in dieser Zeit sofort von linksradikalen Genossen gesprengt. (vgl. *Versammlungsbericht NSDAP*







Dortmund, Dortmunder Generalanzeiger, 4.5.22 oder antisemitische Versammlung, Teinoldushof, 22.3.22) Auch von der Gründungsversammlung in Mengede hatten einige SPD und USPD-Mitglieder gehört und versucht, diese zu verhindern. Da es jedoch nur 4 Personen waren, konnten sie ohne großes Aufheben vor die Tür gesetzt werden.

Nachbemerkung:
Noch immer liegen die Beweggründe dieses »Szenenwechsls« im Dunkeln. Ich konnte bislang nur den äußeren Hergang dieses Schauspiels darstellen, ohne das »Warum« beantworten zu können. Das liegt sicherlich nicht zuletzt daran, daß sich meine Recherchen bislang nur auf »totes« Archivmaterial beschränken. Und das entstellt und verfälscht oft den »wahren« Sachverhalt. Letztendlich liegt es an den Menschen, die ein Stück dieser Geschichte – als Beteiligte oder »Zuschauer« – selber mitverfolgen konnten, ein wenig Licht in die Beweggründe dieser Leute zu werfen, die einen Weg über den Anarchosyndikalismus bis hin zum Hakenkreuzlertum gegangen sind. Kontakt zum Thema: *Andreas Müller, Willem van Vlotenstr. 55, 4600 Dortmund.*



Der arme Teufel – Robert Reitzel

von Heinz Hug

Vom Vormärz zum Haymarket

In einer Zeit der gewaltigen Bedrohung des Menschen durch die Allmacht von Institutionen und schwer faßbaen Kräften, auch einer allgemeinen Resignation, hätte die Aufarbeitung anarchistischer Traditionen eine besondere Bedeutung. Außer Arbeiten zum spanischen Anarchismus erschienen in der letzten Zeit aber nur wenige derartige Bücher. Verdienstvoll ist es deshalb, daß die Frankfurter Journalistin *Ulrike Heider* ein Porträt der berühmten, in Detroit erschienenen Emigrantenzeitschrift »Der arme Teufel« und ihres Begründers und Herausgebers Robert Reitzel (1849–1898) geschrieben hat.

Verdienstvoll ist diese Publikation auch deshalb, weil im Anhang Texte von und über Reitzel abgedruckt werden, auch wenn die Auswahl einseitig erscheint, machen doch neben autobiografischen Schriften Texte zur Sexualität und Frauenfrage den Hauptteil aus. Daß Heiders Interesse bei Reitzels Stellungnahmen zur freien Liebe und zum Feminismus liegt, wird auch im Darstellungsteil deutlich. Nicht zu unrecht, muten diese heute doch äußerst revolutionär an. Der Autorin gelingt dies deutlich zu machen, indem sie die Stellungnahmen des »armen Teufels« den damals üblichen Betrachtungsweisen, auch denjenigen der eher rückständigen Sozialisten, gegenüberstellt. Zwar muß die von Heider betonte Einbettung von Reitzels Denken und Handeln in die übrigen kulturellen Strömungen seiner Zeit positiv hervorgehoben werden, doch insgesamt entsteht ein mangelhaftes und verzerrtes Bild dieses bedeutenden, undogmatischen Anarchisten der deutschen Emigrantenkreise in den USA der Jahrhundertwende. Dafür sind verschiedene Ursachen zu nennen.

Die Zeit der monumentalen Biografien »großer« Persönlichkeiten (meistens waren es Männer) ist in der Histografie vorbei; in bezug aufs Methodische besteht heute eine erhebliche Unsicherheit. Zurecht stellt sich die Frage, ob Geschichtsdarstellung in Form von Biographien der Sache überhaupt gerecht werden kann, als zu komplex muß aus der heutigen Sicht die Beziehung von Einzelpersönlichkeit und geschichtlicher Entwicklung gesehen werden. So ist denn auch Heiders Studie über Reitzel in methodischer Hinsicht völlig konzeptlos. Zwar stellt sie den Herausgeber des »armen Teufels« nicht isoliert dar, doch die Bezüge zu seiner Zeit bleiben oberflächlich, auf die tragenden historischen Entwicklungen finden wir keine Hinweise. Beispielsweise hebt Heider lobend hervor, daß Reitzel jene Wende vieler Linksintellektueller und Sozialisten zur »›neuen‹ antipolitischen, romantischen und elitären Schwärmerei« in den 90er Jahren nur ansatzweise mitmachte, von den sozioökonomischen Bedingungen dieser Wende allerdings ist nichts zu lesen. Heider läßt es bei einer moralisierend-tadelnden Darstellung bewenden. Das Buch besteht vorwiegend aus einem essayistischen Zusammentragen von mehr oder weniger wichtigen Informationen über Reitzel und seinen »armen Teufel«. Zur methodischen Mangelhaftigkeit gehört auch ein nachlässiger Umgang mit den verwendeten Begriffen. Reitzel wird als Bohemien bezeichnet, doch was für eine Lebensweise, welche soziale Kategorie die Autorin mit diesem Begriff verbindet, wird nirgendwo klar.





Der neue ARME TEUFEL mit Illustrationen von Fidus.

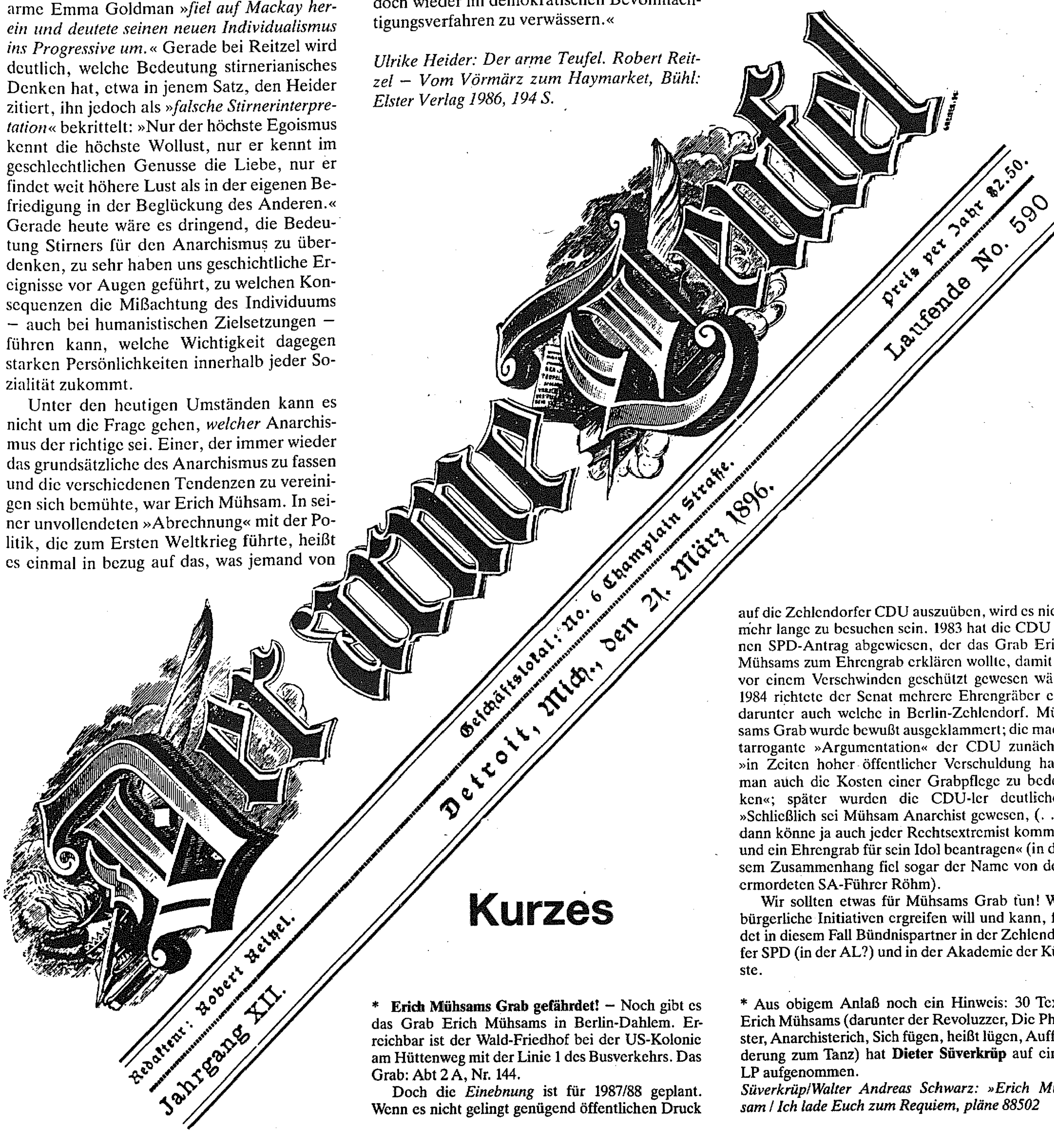
Auch formale Schwächen fallen auf: Ein Literaturverzeichnis beispielsweise fehlt – keine Nebensächlichkeit: besieht man die Anmerkungen genauer, so fällt ein recht bedenkenloser Umgang mit den Quellen auf. Da gibt es (wenig) ungedrucktes Material (ausdem Stadtarchiv Schopfheim, Reitzels Geburtsstadt); Reitzel wird aus dem »armen Teufel« zitiert, häufiger jedoch aus bereits früher zusammengestellten Werkausgaben. Wichtiger jedoch, daß Heider sich bei den meisten von Reitzels Zeitgenossen – die »Jungen«, Nietzsche, Stirner, Panizza etc., (sie spielen in der Darstellung eine erhebliche Rolle, zeichnet Heider ihr Reitzel-Bild doch zu einem großen Teil aus seinen Beziehungen zu diesen Menschen) – auf eher zufällig ausgewählte Sekundärliteratur abstützt. Dies fällt insbesondere bei Stirner ins Gewicht, hier übernimmt sie unbesehen die Thesen des rabiaten Anarchisten-»Kritikers« Hans G. Helms. So gelangt Heider zu sehr zweifelhaften Beurteilungen, und schnelle, oberflächliche Deutungen hat sie alleweil zur Hand, nicht nur wenn sie schreibt: »*Sein Engagement für freie Liebe und gegen bürgerliche Moral war ein Reflex auf die kindliche Hilflosigkeit dem mütterlichen Schicksal gegenüber.*«

Nicht nur Sorglosigkeit und Unklarheit in den Beurteilungen würde ich der Autorin vorwerfen, auch eine Eindimensionalität ihres Denkens. Deutlich wird sie in der Darstellung von Reitzels Antiklerikalismus. Sein Zurückgreifen auf Christus und auf Elemente des Urchristentums steht für Heider in Widerspruch zu seiner Religionskritik, sie interpretiert es als ein bewußtes, trickreich-agitatorisches Anknüpfen ans christliche Bildungsgut. Daß das Christentum auch sozialrevolutionäre Elemente enthält, scheint Heider fremd zu sein. Noch augenfälliger wird eindimensionales Denken, wenn es um das von John Henry Mackay vermittelte Verhältnis Reitzels zum Individualanarchismus, bzw. um diese Komponente des libertären Sozialismus überhaupt geht. Mackays Weg vom Sozialisten zum Individualanarchisten beschreibt Heider schlichtweg als eine Wendung von links nach rechts, und dann bedauert sie, daß die Anarchistinnen offenbar nicht ein Denkvermögen wie sie selber hatten: Die arme Emma Goldman »*fiel auf Mackay herein und deutete seinen neuen Individualismus ins Progressive um.*« Gerade bei Reitzel wird deutlich, welche Bedeutung stirnerianisches Denken hat, etwa in jenem Satz, den Heider zitiert, ihn jedoch als »*falsche Stirnerinterpretation*« bekrittelt: »Nur der höchste Egoismus kennt die höchste Wollust, nur er kennt im geschlechtlichen Genusse die Liebe, nur er findet weit höhere Lust als in der eigenen Befriedigung in der Beglückung des Anderen.« Gerade heute wäre es dringend, die Bedeutung Stirners für den Anarchismus zu überdenken, zu sehr haben uns geschichtliche Ereignisse vor Augen geführt, zu welchen Konsequenzen die Mißachtung des Individuums – auch bei humanistischen Zielsetzungen – führen kann, welche Wichtigkeit dagegen starken Persönlichkeiten innerhalb jeder Sozialität zukommt.

Unter den heutigen Umständen kann es nicht um die Frage gehen, *welcher* Anarchismus der richtige sei. Einer, der immer wieder das grundsätzliche des Anarchismus zu fassen und die verschiedenen Tendenzen zu vereinigen sich bemühte, war Erich Mühsam. In seiner unvollendeten »Abrechnung« mit der Politik, die zum Ersten Weltkrieg führte, heißt es einmal in bezug auf das, was jemand von den Anarchisten lernen kann: »Bei Pierre Joseph Proudhon werden ihm die Methoden, auf die alles staatliche Dasein gestützt ist, offenbar werden, und zugleich wird ihm der weitschauende Franzose das Bild des Sozialismus zeigen, wie es durch das Temperament eines Anarchisten gesehn ist. Im Feuergeist Michael Bakunin wird er den Wahn aller Autorität zerstieben sehn, und diegewaltige Geste des russischen Revolutionärs wird ihm die Axt schleifen, die den morschen Baum der Staatsknechtschaft fällen soll. Von dessen Landsmann Peter Kropotkin wird er lernen, wie gut der Boden der Erde bereitet ist, um die neue Saat freier Arbeitsgemeinschaft hineinzulegen, wenn wir nur erst anfingen, statt für den Profit des Unternehmers für den eigenen Verbrauch zu schaffen. Den Wert der Persönlichkeit in ihrer individuellen Besonderheit wird ihn der Deutsche Max Stirner erkennen lassen, dessen trotzigen Anarchismus er sich eingehen lassen mag, um der Versuchung zu widerstehen, soziale Umwälzungen doch wieder im demokratischen Bevollmächtigungsverfahren zu verwässern.«

Ulrike Heider: Der arme Teufel. Robert Reitzel – Vom Vörmärz zum Haymarket, Bühl: Elster Verlag 1986, 194 S.

Anmerkung der Redaktion: Wer sich nun wieder für Max Stirner interessiert: *Bernd A. Laska* hat im 1986 LSR-Verlag, PF 3002, 8500 Nürnberg-1 einen Band mit Stirner Schriften neu ediert: **Max Stirner – Parerga, Kritiken, Repliken.** Ausgewählt wurden dabei Schriften zu Schulgesetzen und zur Religion. Der Band enthält Anmerkungen zu den Texten, doch leider kein erläuterndes Vor- oder Nachwort zur Auswahl, zu Stirner bzw. zur Bedeutung seiner Gedanken oder eine Begründung für seine erneute Rezeption.
Auch von *Ulrike Heider* erschien 1986 ein weiterer Band, der nebenbei ein wenig ihr oben kritisiertes, einseitiges Interesse an Robert Reitzel erhellen mag. Im Rowohlt-Taschenbuch-Verlag gab sie heraus: *»Sadomasochisten, Keusche und Romantiker* – Vom Mythos neuer Sinnlichkeit«. In ihrem für das Buch zentralen eigenen Beitrag *»Freie Liebe und Liebesreligion«* gibt sie eine Darstellung der Sexualitätsauffassungen in der Linken von den 60er Jahren bis heute und wendet sich engagiert gegen eine Tendenz (vertreten u.a. vom Tübinger »Konkursbuch«), die u.a. Sadomasochismus – wegen der Befreiung aus Tabus – als positive Selbstverwirklichung verkauft: *»Was sich da als fortschrittlich anbietet, ist die rationalisierte Rechtfertigung des Rückschritts.«* Reinbek 1986, 267 S., 12,80 DM.



Kurzes

* **Erich Mühsams Grab gefährdet!** – Noch gibt es das Grab Erich Mühsams in Berlin-Dahlem. Erreichbar ist der Wald-Friedhof bei der US-Kolonie am Hüttenweg mit der Linie 1 des Busverkehrs. Das Grab: Abt 2 A, Nr. 144.

Doch die *Einebnung* ist für 1987/88 geplant. Wenn es nicht gelingt genügend öffentlichen Druck auf die Zehlendorfer CDU auszuüben, wird es nicht mehr lange zu besuchen sein. 1983 hat die CDU einen SPD-Antrag abgewiesen, der das Grab Erich Mühsams zum Ehrengrab erklären wollte, damit es vor einem Verschwinden geschützt gewesen wäre. 1984 richtete der Senat mehrere Ehrengräber ein, darunter auch welche in Berlin-Zehlendorf. Mühsams Grab wurde bewußt ausgeklammert; die machtarrogante »Argumentation« der CDU zunächst: »in Zeiten hoher öffentlicher Verschuldung habe man auch die Kosten einer Grabpflege zu bedenken«; später wurden die CDU-ler deutlicher: »Schließlich sei Mühsam Anarchist gewesen, (. . .) dann könne ja auch jeder Rechtsextremist kommen und ein Ehrengrab für sein Idol beantragen« (in diesem Zusammenhang fiel sogar der Name von dem ermordeten SA-Führer Röhm).

Wir sollten etwas für Mühsams Grab tun! Wer bürgerliche Initiativen ergreifen will und kann, findet in diesem Fall Bündnispartner in der Zehlendorfer SPD (in der AL?) und in der Akademie der Künste.

* Aus obigem Anlaß noch ein Hinweis: 30 Texte Erich Mühsams (darunter der Revoluzzer, Die Philister, Anarchisterich, Sich fügen, heißt lügen, Aufforderung zum Tanz) hat **Dieter Süverkrüp** auf einer LP aufgenommen.
Süverkrüp/Walter Andreas Schwarz: »Erich Mühsam / Ich lade Euch zum Requiem, pläne 88502

Bücher

Die alte Straßenverkehrsordnung, Dokumente der RAF – Mit Beiträgen von W. Pohrt, K. Hartung, G. Goettle, J. Bruhn, K.H. Roth, K. Bittermann (*Edition Tiamat, Berlin 1986, siehe auch Anzeige in dieser Nummer*)

Auf der Buchmesse entdeckte ich beim Tiamat-Verlag den gerade erschienenen Band »Die alte Straßenverkehrsordnung«. Nicht, weil ich leidenschaftlicher Autofahrer bin, griff ich zu dem Buch, sondern eine trübe Erinnerung aus fast vergessenen Zeiten ließ mich ein Exemplar zur Hand nehmen. Ich hatte anno dazumal (1971) davon gehört, daß *Horst Mahler* eine Broschüre im Knast geschrieben hat mit dem Titel »Die neue Straßenverkehrsordnung«. Erst nachdem sie im linken Buchhandel beschlagnahmt worden war, stellte sich heraus, daß die Täuschung gelungen war. Die neue Straßenverkehrsordnung erschien später unter ihrem richtigen Titel: **»Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa«**, Autor: Kollektiv RAF.

Die verschiedenen Beiträge des Tiamat-Bändchens setzen sich trotz unterschiedlicher Einschätzung zur Stadtguerilla aus einer gemeinsamen Erkenntnis zusammen: Der RAF und ihrer historischen Bedeutung gerecht zu werden. In diesem Sinn ist die Vielfalt der Argumentation aller Autoren, einschließlich einiger RAF-Dokumente vom Anfang der 70er Jahre, eine differenzierte Haltung gegen die in Buch, Film und Fernsehen reißerisch-blutige Denunziation eines Herrn Aust.

Die geübte Kritik an Theorie und Praxis der RAF und ihrer Entwicklung, überhaupt die der Protestbewegung, wird nicht aus dem Kontext eines imperialistischen BRD-Staates herausgelöst, der ohne Bruch nach '45 auf dem Verhältnis von sozialer Ausgrenzung und staatlicher Willkür, allerdings verfeinerter, basiert.

Die alte Straßenverkehrsordnung ist ein akzentueller, politisch wichtiger Beitrag, dessen Horizont im Denken und Handeln in Widersprüchen subversiv ist, ein Versuch gegen die traditionell verdrängende Eindeutigkeit, die in der deutschen Geschichte »das Feld beherrscht«.

Herby Sachs

So wenig **Gustav Landauers** Werk heute rezipiert wird, so wenig galt dies zu seinen Lebzeiten: er war wohlbekannt und wurde gelesen. Sein Denken, vor allem geprägt von Pierre Joseph Proudhon, Peter Kropotkin und Leo N. Tolstoj, nahm Einfluß auf das Wirken Martin Bubers, Erich Mühsams, Rudolf Rockers, Walter Benjamins, Albert Camus' und vieler anderen, auch auf die genossenschaftliche Siedlungsbewegung in Palästina/Israel. [Über deren staatsvorbereitende Funktion und deren rassistische Ausgrenzungspolitik gegenüber den Palästinensern wird in einem der kommenden SF anhand von Augustin Souchys »Reise durch die Kibbuzim« (Trotzdem-Verlag) eine selbstkritische und von außen (Karam Kella vom Theorie und Praxis Verlag Hamburg) kritische Auseinandersetzung folgen; *SF*]

In jüngster Zeit – seit etwa zwanzig Jahren – besteht wieder ein langsam steigendes Interesse an seinen Büchern und Aufsätzen, was nicht zuletzt auch mit der Suche nach gemeinschaftlichen Alternativen zur bestehenden Industriegesellschaft zusammenhängt.

Gustav Landauer, der am 2. Mai 1919 am Ende der bayrischen Revolutionsereignisse auf grausame Weise ermordet wurde, hatte seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts in Novellen, einem Roman und vor allem zahlreichen philosophisch-politischen Essays für einen humanen, antiautoritären Sozialismus geschrieben. Daneben galt er als charismatischer Redner.

Die neueste Veröffentlichung *Signatur g.l. – Gustav Landauer im ›Sozialist‹, Aufsätze über Kultur, Politik und Utopie (1892–1899), herausgegeben und mit einer Einleitung von Ruth Link-Salinger (Hyman), Edition Suhrkamp 113, Frankfurt 1986, 377 S., 18.-DM* gibt einen umfassenden Überblick über seine politisch-publizistische Tätigkeit an der von ihm im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts mitherausgegebenen politisch-radikalen Zeitschrift »Der Sozialist«. [Den Landauer später als anarchosozialistische Zeitschrift wiederbelebte, SF] Liest man diese vor annähernd einhundert Jahren verfaßten, erstaunlich aktuellen Aufsätze zu tagespolitischen Themen, aber auch über grundsätzliche philosophische Fragen z.B. des Anarchismus, der Kultur usw., so offenbart sich das Bild eines Querdenkers und unermüdlichen Aktivisten, der schon in jungen Jahren als einer der einflußreichsten Persönlichkeiten und philosophischen Köpfe sowohl des deutschen, als auch des europäischen Anarchismus im ausgehenden 19. Jahrhundert zu betrachten ist.

Siegbert Wolf

Opiumkrieg

So wie heute die drei Nachfolger der ehemaligen IG Farben (bei uns in der Anwendung längst verbotene) Pestizide in die – inzwischen zur »3.Welt« avancierten ehemaligen Kolonien exportieren, um damit wertvolle Rohstoffe einzuhandeln, so war es vor 150 Jahren in China das Opium, mit dessen Hilfe es dem westlichen Imperialismus gelang, in das brüchig gewordenen zweitausendjährige chinesische Reich einzudringen und es für den »freien Welthandel« zu erobern. Heute wie damals hatten die europäischen »zivilisierten« Nationen den alten Kulturvölkern, die sie mit Waffengewalt überrannten, für deren wertvolle Produkte (Gewürze, Porzellan, Seide) und Rohstoffe (Gold, Silber, Öl, Edelhölzer) im Austausch nichts Besseres anzubieten als Drogen (Whiskey und Opium), Abfallprodukte (Glasperlen und Coca-Cola), Waffen, Umweltgifte und deren Produktionsstätten sowie jede Menge hierarchische Fortschrittsideologie, die stets im Recht des Stärkeren mündete und dauerhaft die gewachsenen sozialen Bindungen und Produktionsweisen zerstörte. So sicherte und sichert man sich hierzulande nun schon jahrhundertelange Abhängigkeit und damit dauerhafte Profite.



Der österreichische Schriftsteller *Rudolf Brunngraber* (1901–1960) schildert diesen Prozess des Eindringens und Ausbeutens, durch den die Weltherrschaft des westlichen Kapitals erst möglich wurde, exemplarisch in seinem 1939 veröffentlichten – und jetzt in der Reihe Q vom Verlag *Edition Nautilus (Hassestr.22, 2000 Hamburg-80)* neu aufgelegten – Tatsachenroman »Opiumkrieg«. Das Buch war gleich ein Renner (bis 1943 waren bereits 166 000 Exemplare aufgelegt), was der jetzige Herausgeber Thomas Lange in seinem ausführlichen Nachwort zur Person des (der »Neuen Sachlichkeit« zuzuordnenden) Autors und zur Tradition deutscher literarischer Auseinandersetzung mit China damit in Zusammenhang bringt, daß die Publikation im 2. Weltkrieg aufgrund der Entlarvung des englischen Imperialismus in die antienglische Propaganda eingespannt wurde; wogegen sich Brunngraber, von 1934–45 Mitglied der SPÖ, Kritiker der Februar-Massaker (1934) an der Wiener Arbeiterschaft und Autor des Arbeitslosenromans »Karl und das 20. Jahrhundert« (1932), verwahrte und daraufhin 1940 von der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen wurde.

Brunngraber schildert den Opiumkrieg (1840–42), dessen Ergebnisse mit dem Vertrag von Nanjing u.a. die Abtretung von Hongkong und der endlich erreichte Zugang zum chinesischen Markt waren, als das Aufeinanderprallen zweier völlig verschiedener Welten, in dessen Verlauf die zweckrationale englische Militärmaschine den Sieg davonträgt. Am Beispiel des kaiserlichen chinesischen Kommissars Tschun-lin (heute: Lin Zexu), der an zwei Fronten kämpfend – gegen die Korruption der im Zerfall begriffenen Mandschu-Dynastie und gegen die respektlos aggressive Handelspolitik der Engländer – das Eindringen des Opiums aufzuhalten sucht, wird deutlich, wie eine Kultur von innen heraus zerstört wird. Die Engländer, die sich mit christlichem Überlegenheitsdünkel über die Sitten und Gesetze ihres Gastgeberlandes China selbstherrlich hinwegsetzen, zwingen der chinesischen Führung ihr eigenes militaristisches Denken und Vorgehen auf, wobei nach der Provokation kriegerischer Auseinandersetzungen mit Sicherheit der schlechter Bewaffnete unterliegt.

Brunngrabers Roman ist aus echtem Interesse für die chinesische Tradition geschrieben und stellt sie mit viel Detailkenntnis der imperialistischen Doppelmoral gegenüber: diese prangerte in der englischen Heimat den Opiumhandel von den Kanzeln herab an, nutzte in China aber den willkommenen Absatzmarkt für die indischen Anbaugebiete.

Rudolf Brunngraber's weitere Romane, u.a. *Radium* (1936), *Zucker aus Cuba* (1941), *Der Weg durch das Labyrinth* (1949), sind leider nur antiquarisch erhältlich, bis auf *Karl und das 20. Jahrhundert*, der 1978 unter dem Titel *Die Zeitlawine* neu aufgelegt wurde (Scriptor Verlag).

Friederike Kamann

★

»Quer durch die ganze Weltgeschichte, vom ägyptischen Pharao Ramses I. bis Dr. Helmut Kohl aus Oggersheim, hat sich bisher noch jeder Staat als großmäuliger Versager erwiesen. In diesem 8. Jahrzehnt meines irdischen Daseins habe ich so manche geistig-moralische Wende und dazugehörige Kriege erlebt und überlebt (es waren natürlich nur reine Verteidigungskriege.) Alle mir aufgezwungenen Staaten haben von höheren Werten nur so getrieft, diese aber immer und überall in Barbarei pervertiert.« (S. 38)

In dieser direkten Sprache schrieb der 1985 in München verstorbene Anarchist Hans Popper sein **»Anarchistisches Lesebuch«** das nun Syma Popper im *Verlag Klaus Guhl, Knobelsdorffstr. 8, 1000 Berlin-19* herausgegeben hat. Hans Popper macht nicht viele Schnörkel, er versucht so zu schreiben, als säßen ihm seine Leser/-innen direkt gegenüber, wenn er sie über Anarchismus, Staatsbrutalität oder Revolution aufklären will. Dabei bezieht er die gängigsten Vorurteile gegen Anarchismus (erfolglos, Schwärmerei, realitätsfremd usw.) gleich in seine

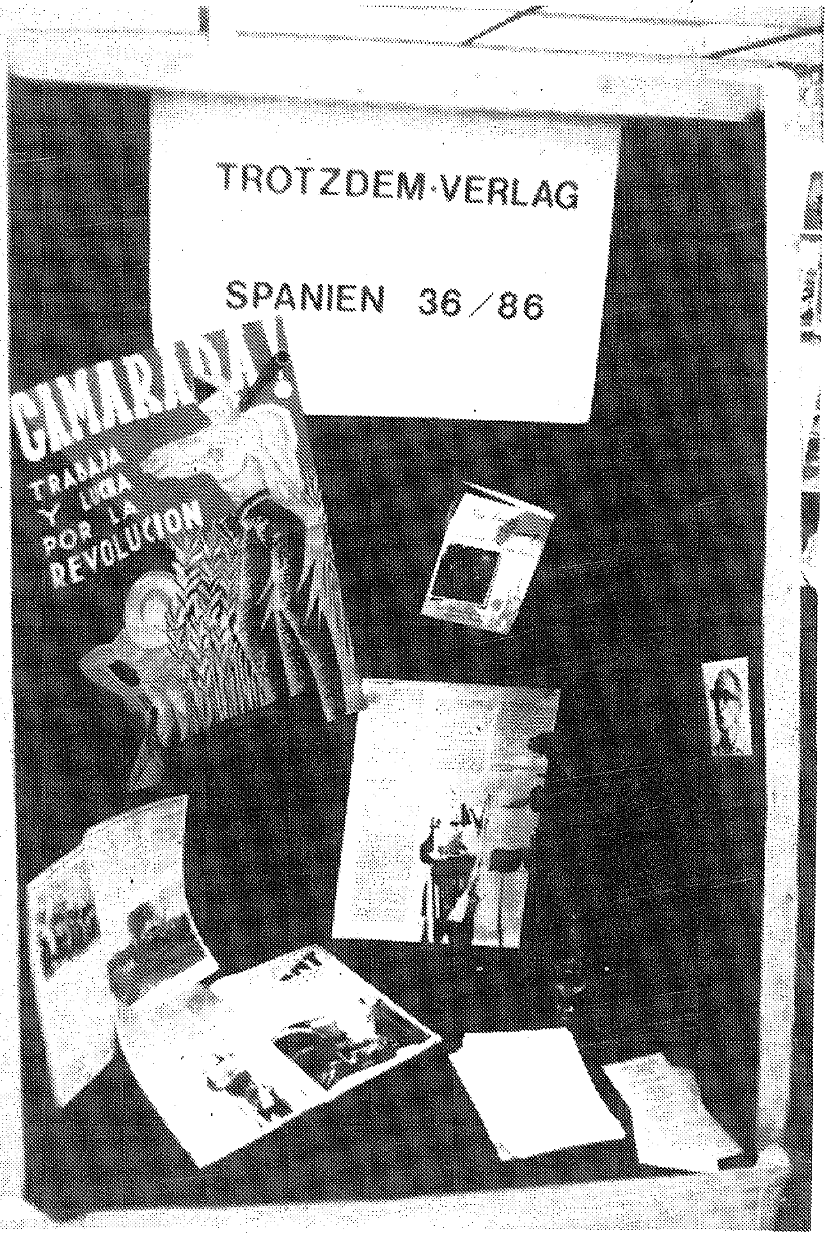


Photo: Herby Sachs

Argumentation mit ein und »beweist«, daß diese Vorurteile viel stärker für die HERRschenden Zustände zutreffen als für die anarchistische Utopie. Aber stopp, was heißt hier »anarchistische Utopie«? – »Der Staat als segensreiche oder wenigstens erträgliche Institution *ist eine Utopie*.«

Das Büchlein Poppers bietet keine theoretischen Höhenflüge; es ist zwar ernsthaft, aber mit einem Schweijkschen Schalk – vielleicht kein Zufall, da Popper in der Tschechoslowakei aufgewachsen ist? – läßt er sich nicht festnageln. Wie ein mittelalterlicher Narr sagt er den Herrschenden die Wahrheit ohne belangt werden zu können. Und so sind auch seine Geschichten, er gibt sich naiv und hat Erfolg; sei es wenn er einem Paßbeamten treuherzig sein Babyfoto mit nacktem Arsch hinstreckt, sei es wenn er – obwohl für Tschechen damals verboten – in Ungarn ein Donauschiff verläßt, mit der Versicherung, die Regelung gegen Tschechen gelte nicht für ihn, denn »Ich bin der Popper« und damit den ungarischen Matrosen überrumpelt und schon die Gangway hinunter ist.

Mit dem vorliegenden »Lesebuch« gibt der Guhl-Verlag auch die Beschreibung eines Menschen, der recht unspektakulär »seinen« Anarchismus in sein alltägliches Verhalten umsetzen konnte. Popper war »nur« einmal im Knast – wegen Kriegsdienstverweigerung in Israel nach der Staatsgründung; »nur« einmal im Exil – als jüdischer Sudetendeutscher. Er schrieb – bis zu diesem Lesebuch – »nur« ein Buch über die Yishuv (freie Gemeinschaften) im Israel vor der Staatsgründung. Obwohl er nur wenigen bekannt war und sicherlich in seinem Leben mehr Ablehnung als die Zustimmung Gleichgesinnter erfuhr, verfolgte er seine Ideen konsequent. Nicht alle Kurzkapitel scheinen völlig gelungen, oft sind es nur Bilder, die er erzählt und von denen er glaubt, daß sie für sich sprechen und die Leser zum Nachdenken anregen. Zwei gelunge Beispiele für seine Ernsthaftigkeit und seinen Humor seien noch vorgestellt:

»*Verstand und Vernunft*: der *Verstand* befähigt uns, Atombomben zu bauen.
Wenn wir *Vernunft* hätten, würden wir es unterlassen.« (S. 72)

Und aus dem Anhang, in dem Syma Popper Briefe an Minister und deren Antworten sammelte, einen Brief an *Manfred Wörner* vom 15.4.84:
Hochverehrter Bundesminister!
Betrifft: *Aufmarschgebiet*

Leider vermisse ich in den gegenwärtig erscheinenden Veröffentlichungen jeglichen Hinweis auf die Unverzichtbarkeit eines *Aufmarschgebiets*, obwohl diese den Herren höheren Offizieren – zu denen Sie als Oberstleutnant der Reserve selbst gehören – durchaus bekannt ist.

Ich würde in aller Bescheidenheit anregen, daß Sie persönlich, sehr verehrter Herr Bundesminister, in einer weit zu verbreitenden Broschüre auf die Notwendigkeit hinweisen, daß wir zu allen unseren strategischen Überlegungen auch die Vorbereitung eines entsprechend großen *Aufmarschgebiets* zum dringenden Anliegen machen müssen.

»Aufmarschgebiet« ist ein recht langes Wort. Um es breiten Bevölkerungsschichten näherzubringen, wäre es zweckmäßig, mit Zustimmung und Einwilligung der Hausbesitzer an den Häuserwänden ein großes A im Kreis anzubringen.

In Erwartung Ihrer geneigten Antwort verbleibe ich mit vorzüglichster Hochachtung Ihr sehr ergebener

Hans Popper (74)

[Schon am 4.5.84 bekam Hans Popper Antwort aus dem Bundesverteidigungsministerium: »Die von Ihnen gegebenen Anregungen haben wir zur Kenntnis genommen und in unsere Überlegungen mit einbezogen.«]

★

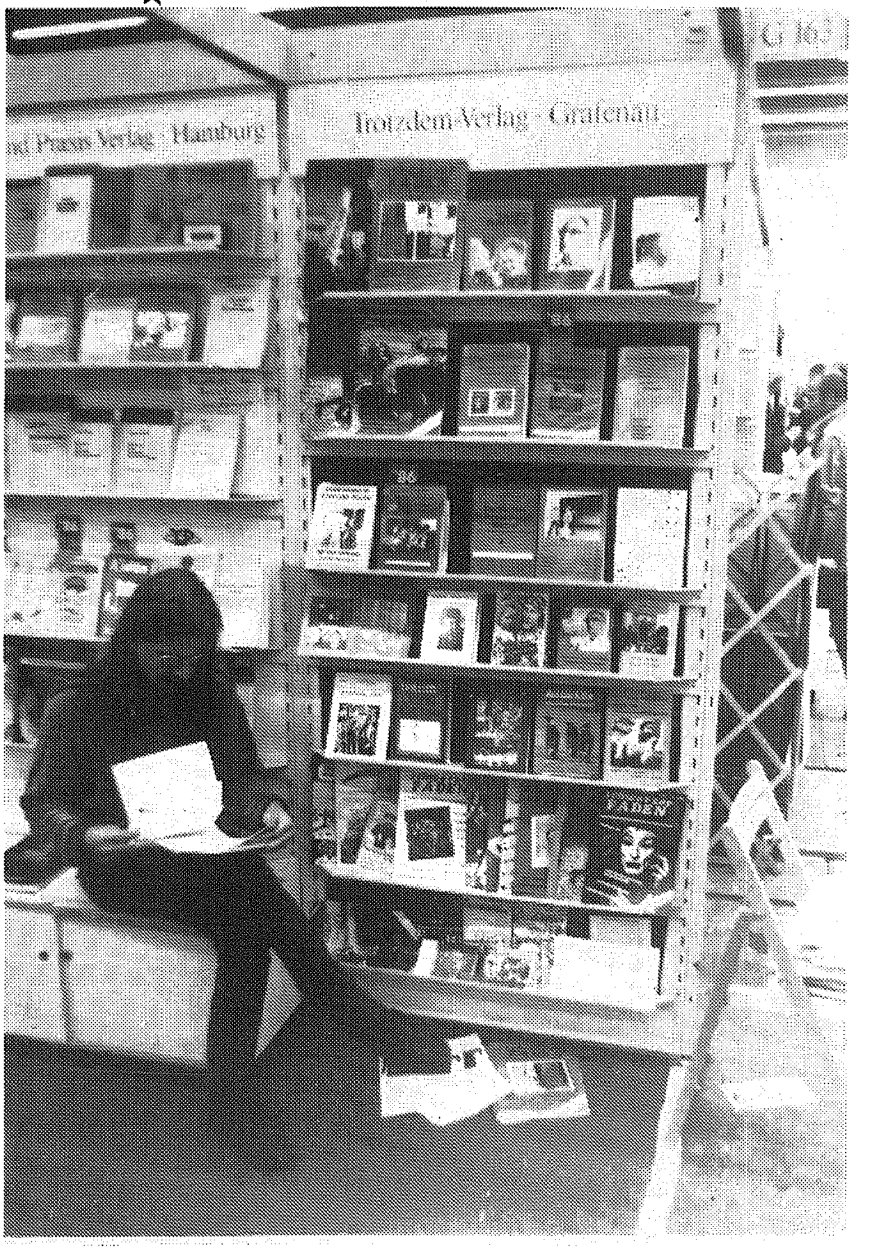


Photo: Uli Mamat

Mit seinem Buch **»Leben ohne Chef und Staat«** legt *Horst Stowasser* so etwas wie eine neue *Einführung in Geschichte und Praxis* (also nicht Theorie!) der anarchistischen Bewegung vor. Daneben ist es zugleich ein Buch über Horst Stowasser!

Es ist ihm geglückt nahezu all seine Ansprüche (»Anarchismus für jedermann/jedefrau«), seine historischen Lieblingsthemen (»Machnobewegung in der Ukraine, anarchosyndikalistische Massenbewegungen in Spanien und Argentinien), seine Vergleichsprojekte für eine anarchistische Zukunftsperspektive hierzulande (Communidad – Kommune in Uruquay und Schweden; Huehuecoyotl – Kommune in Mexiko) und seine Vorstellungen von einem pragmatischen Anarchismus (etwa im Sinne der Anarchisten Mexikos, die den Erdbebenopfer halfen und zur Selbsthilfe anregten) in dem Buch umzusetzen. Seine Tätigkeit im Anarchistischen Dokumentationszentrum erlaubte ihm zudem das Buch hervorragend zu illustrieren und jedem Kapitel diverse weitergehende Literaturhinweise beizufügen. Gelungen ist auch der Brückenschlag 100-jähriger Geschichte anarchistischer Bewegung, von Johann Most bis zum Kongreß in Venedig 1984, bei dem Horst Stowasser selbst mit einem Referat zur zeitgenössischen Bestimmung eines anarchistischen »Revolutionsverständnisses« auftrat.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich die Subjektivität des Buches und es wäre falsch zu glauben, daß damit ein umfassendes Bild des Anarchismus geboten würde. So fehlen z.B. die Auseinandersetzungen um Feminismus und Anarchismus; ein Mangel, den Horst Stowasser in den Anmerkungen am Schluß des Buches selbst einräumt. Es fehlen die Widersprüche innerhalb der Bewegung, an denen immer wieder um das Selbstverständnis und die konkrete Praxis von Anarchisten gerungen wurde. Es fehlen selbstkritische Reflexionen über die Ursachen zahlreicher Niederlagen.

Doch genau diese Fragen würden das Konzept Stowassers sprengen: er will – bis hin zum Schreibstil (er liefert »Stories«) – ganz einfach Anarchismus *populär* machen, gemäß der Parole »Raus aus dem gesellschaftlichen Ghettodasein!« Deshalb ist selbst das populäre, buntscheckige und bisweilen allzu banale Programm des *Eichborn-Verlag, 6000 Frankfurt-70* der *richtige Ort*, denn schließlich brachte der selbst dummdämliche Spontisprüche undähnliches bis in die Buchhandlungen des hintersten Schwarzwald-Kurorts!

»Urlaub: Wir hungern nach Sonne und Sorglosigkeit. Wir reisen (. . .) suchen Erholung (. . .) für die Wunden der Industriegesellschaft und produzieren eine neue gesellschaftliche Krankheit: *Tourismus.*« So lautet der provokative Einleitungssatz eines kritischen Taschenbuchs des *Iz3W-Freiburg »Klar, schön wär's, aber . . .«*, das den **Tourismus in der Dritten Welt** in einer überarbeiteten Neuauflage zum Gegenstand hat. Dabei geht es nicht nur um die »Traumreisen deutscher Männer« in thailändische Puffs, sondern vor allem auch um den Alternativ-Tourismus. *Aktion Dritte Welt, PF 5328, 7800 Freiburg, 206 S., 12,80DM.*

Streifzüge durch diese unsere elektronische Medienlandschaft unternimmt Rüdiger Hipp in »Böcke als Gärtner«. Dabei geht um **Rundfunksprache**, Hintergründe der »lustigen« Jugendmusikprogramme u.a. Wen's interessiert, der die findet eine Unzahl von scheinbar flotten Moderatoren-Sprüchen und kann dieser geballten Aufzählung von Dummheiten nur kopfschüttelnd gegenüberstehen. Nur, warum all diese Blödheiten auch noch in einem eigenen Buch festgehalten werden müssen, ist mir nicht ganz einsichtig. Auch scheint mir eine andere Medienkritik sehr viel wichtiger: was wird v e r s c h w i e g e n? Man/frau erinnere sich: nach Tschernobyl gab es nahezu täglich einen Störfall in einem AKW irgendwo auf der Welt; inzwischen ist wieder »Ruhe« eingekehrt. Nach Sandoz/Basel gab es fast täglich eine Chemiegift-Einleitung in den Rhein. Den einzigen Schluß, den wir daraus ziehen können, ist doch der, daß beide Arten von »Unfällen« tatsächlich täglich »passieren«, aber nur dann berichtet wird, wenn die Medien davon ausgehen, daß die Öffentlichkeit dies im Moment von ihnen erwartet, (und im Sinn der Herrschenden: daß eine Berichterstattung dann sogar die Funktion hat, »Unfälle« alltäglich zu machen, dem Skandal das außergewöhnliche zu nehmen.) Danach breiten sie wieder den gnädigen Schleier des »Nicht-so-Aufbauschens« über alles aus. Würden die »lustigen« Reporter also konsequentere Berichterstattung betreiben, könnte ich auch ein paar dumme Sprüche ertragen bzw. leiser drehen.

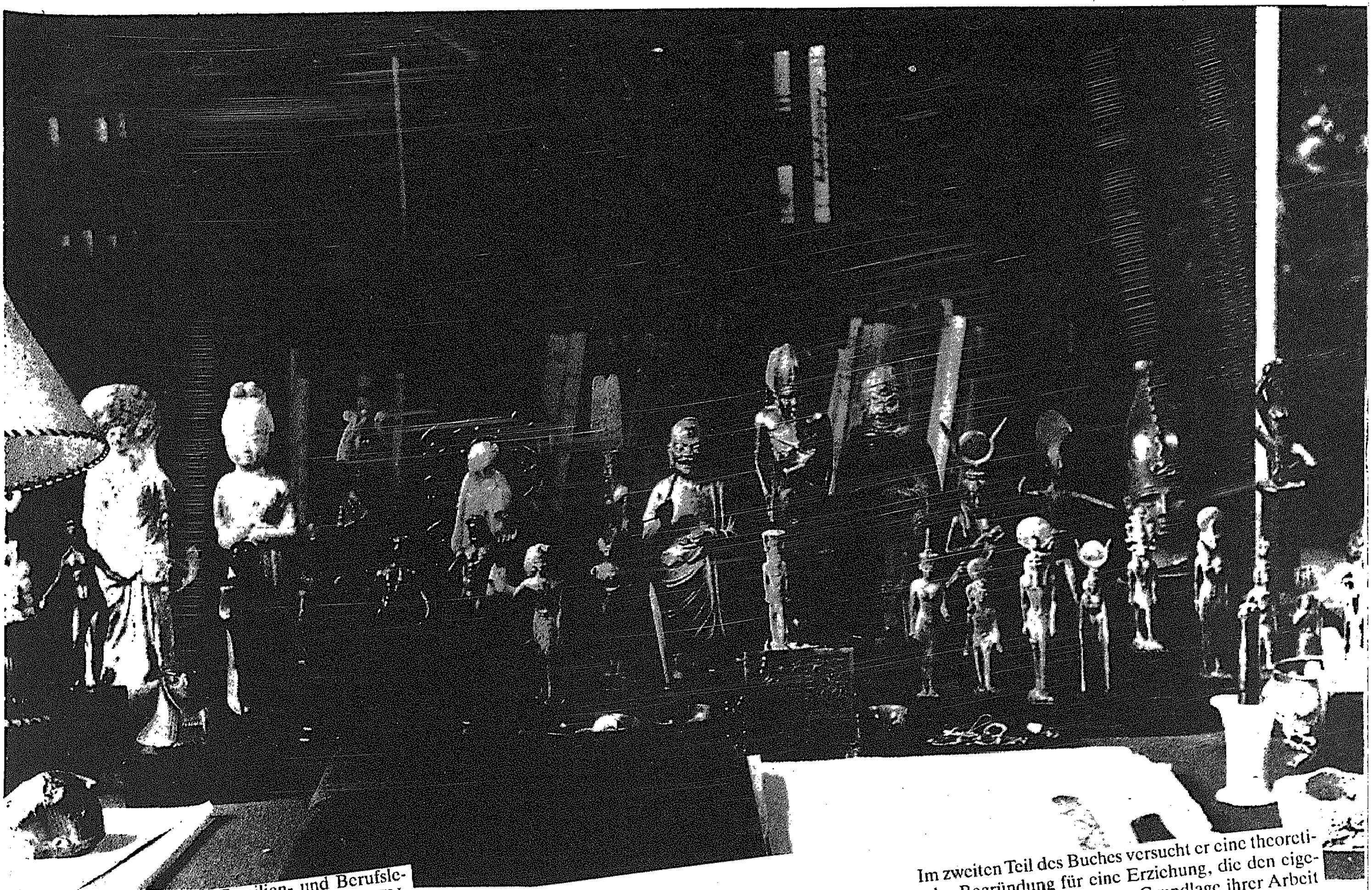
Erewhon-Verlag, Justinus-Kerner-Str. 65, 7157 Murrhardt, 158 S., 15.- (Wer mir dafür mein Rezensionsexemplar abkaufen will, soll sich melden, ich schicke es unverzüglich portofrei!)

Wolfgang Haug

★

Das 2. **Jahrbuch für gewaltfreie und libertäre Aktion, Politik und Kultur »Wege des Ungehorsams«** ist erschienen. Diese qualitativ gute Buchzeitschrift von Anarchisten/-innen aus der Graswurzel-Bewegung enthält Beiträge zur Gewaltlosigkeit, zur Spanischen Revolution, Sozialen Bewegungen, zu Gandhi, Autos, Auschwitz heute, Kriegsdenkmäler, der Startbahn West, Haymarket und zum technokratischen Konservatismus. Herausgreifen will ich den Artikel *Cornelia Naths »Wider die Eindimensionalität«*, in dem sie der herrschenden Tendenz entgegentritt, die aus den Krisen von sozialen Bewegungen (z.B. das Scheitern der Friedensbewegung) immer sehr eilfertig versucht, die Rechtfertigung bzw. Neubegründung ihrer institutionellen »Reform«-mechanismen ableiten wollen. Um klar zu machen, daß es bei den neuen sozialen Bewegungen nicht *nur* um den »Erfolg« sondern auch um einen *anderen Alltag* geht, beschreibt sie zunächst die *Szene und deren Mechanismen*, die ein grundsätzlich viel umfassenderes Politik- und Lebensverständnis beinhalten als dies Parteien (einschl. der GRÜNEN) im Parlamentarismus entwickeln können. Während sie ebenfalls die *politische* Schwäche vieler sozialer Bewegungen einräumt, hält sie deren revolutionären bzw. gesellschaftsverändernden Charakter auf *kulturellen* (und teils auf *wirtschaftlichen*) Gebieten für erfolgreich im Sinne herrschaftsfreier Zielsetzungen. D.h. auch, daß sie den »Primat der Politik« als Beurteilungskriterium bestreitet, daß sie es ablehnt, den persönlichen Frust über eine gescheiterte Zielsetzung einer Bewegung zur gesamtgesellschaftlichen Situationsbeschreibung zu erheben.

»Der Frust nach dem politischen Mißerfolg der Friedensbewegung ist verständlich, ebenso, daß viele Aktivisten im Moment mit den GRÜNEN flirten – aus Mangel an vorgefertigten, konsumierbaren Handlungsperspektiven im außerparlamentarischen Bereich und weil es ja auch um (die letzten, raren) Arbeitsplätze und die Rechtfertigung für den Ein-



stieg in die »Realität« (= Familien- und Berufsle-
ben) geht. Für die Bewegung ist diese »GRÜNEN-
Kultur« tödlich, weil ihr Basisdemokratie, Revolu-
tion und Bewegung nur naives (inzwischen angeb-
lich »geschichtlich belegtes«) idealistisches Ge-
schwätz bedeutet, von dem man sich jetzt, reifge-
worden, zu entfernen hat.« (S. 87) Cornelia Nath
fordert diejenigen auf, die sich noch den sozialen
Bewegungen zurechnen, die Wertung vergangener
Aktionen und gescheiterter Versuche weder den
Neuparlamentariern oder Resignierten zu überlas-
sen, noch den jungen Aktiven, die vielleicht nur den
Mythos erkennen und dieselben Fehler erneut be-
gehen. Beides wird in den folgenden zwei Beiträgen
des »Jahrbuchs« aufgegriffen: In der Tendenz, ei-
nen »Neuparlamentarier« in seiner Interpretation
unserer Inhalte zu stoppen, liegt die kritische Aus-
einandersetzung *»Raubritter des Anarchismus«* von
Peter Chelcicky mit den »ökolibertären« Ansätzen
des Thomas Schmid (GRÜNE). Und einen Versuch
eine (trotz anhaltender »Spaziergänge«) in ihrer
Massenmobilisierung zurückliegende soziale Bewe-
gung, die der Startbahn-West, selbst zu analysieren,
bringt *Gerd Panzer* in *»Selbstorganisierte Verteidi-
gung«.*
Bezug: Verlag Weber-Zucht, Steinbruchweg 14, 3500 Kassel-Bettenhausen, 254 S.; 19,80 DM.

Bücher

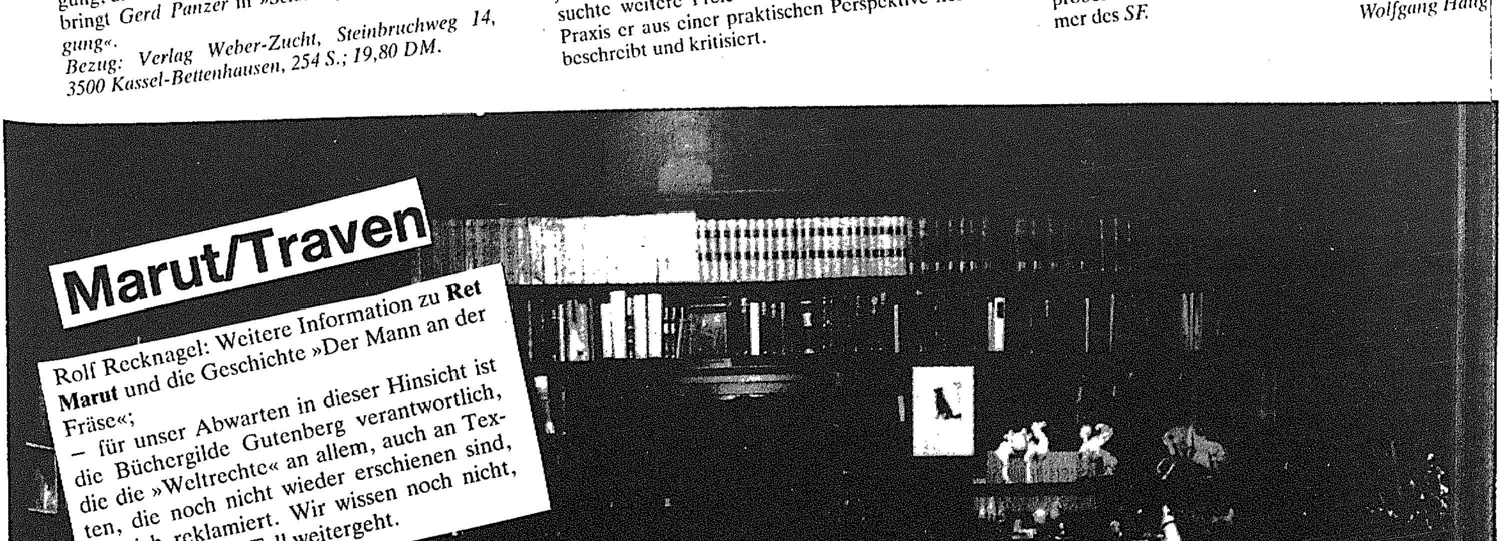
Zum Spanien-Thema: Literaturliste beim *AurorA-
Vertrieb (dem Regenbogen-Nachfolger, was die zu-
sammengebliebenen Verlage betrifft), Knobels-
dorffstr.8, 1000 Berlin-19.* Eine zweite, kommentier-
te Liste aller auf dem deutschen Buchmarkt greifba-
ren Spanienbücher! *bei: Der andere buchladen, Zül-
picherstr. 197, 5000 Köln-41.*

Erziehung im herkömmlichen bedeute, »das Anpas-
sen an Gegebenes unter Verdrängung der eigenen –
gefährlichen – Gedanken . . . Mit einem solchen
Verhalten glaubt der Erwachsene um das Wohl des
Kindes eifrig, voll Liebe und Opferbereitschaft be-
sorgt zu sein. In Wirklichkeit aber löscht er damit
die Persönlichkewit des Kindes aus.« Diese Grund-
gedanken liegen Klaus Rödlers Buch **Kinderbefrei-
ung und Kinderbewußtsein** zugrunde. Ausgehend
von seiner Mitarbeit bei der *Freien Schulen Frank-
furt* unternahm er eine Reise nach England und be-
suchte weitere Freie Schulen, deren Theorie und
Praxis er aus einer praktischen Perspektive heraus
beschreibt und kritisiert.

Im zweiten Teil des Buches versucht er eine theoreti-
sche Begründung für eine Erziehung, die den eige-
nen Antrieb der Kinder zur Grundlage ihrer Arbeit
nimmt. Klaus Rödler legt dar, daß eigentlich jede
Art der Beschulung einem wirklich freien Lernen
widerspricht, daß aber wohl nur die Freien Schulen
innerhalb unserer verwalteten Industrie- und Ver-
wertungsgesellschaft erkämpfbar sind und wenig-
stens ein zu begrüßendes Minimum an pädagogi-
schem Freiraum darstellen, das es zu benutzen gilt.
174 S.; 13,80 DM. (Übernahme aus dem AFRA-
Verlag, Frankfurt).
Bezug: Trotzdem-Verlag, PF, 7031 Grafenau-1.

Ciao Anarchici – der Photoband zum Kongreß in
Venedig 1984, der von *Communidad* in Schweden
mit englisch/italienischen Begleittexten versehen
wurde, ist ab sofort beim *SF* direkt oder in Buchlä-
den über den *Trotzdem-Verlag, PF, 7031 Grafenau*
zu beziehen. Kostenpunkt: 38.- DM, für Anarchos
viel, für einen Photoband dieser Ausstattung eigent-
lich wenig; wir übernehmen ihn jedenfalls zum glei-
chen Preis, wie er in Italien angeboten wird. Kost-
proben der Aufnahmen finden sich in dieser Num-
mer des *SF.*

Wolfgang Haug



Marut/Traven

Rolf Recknagel: Weitere Information zu **Ret Marut** und die Geschichte »Der Mann an der Fräse«;
– für unser Abwarten in dieser Hinsicht ist die Büchergilde Gutenberg verantwortlich, die die »Weltrechte« an allem, auch an Texten, die noch nicht wieder erschienen sind, für sich reklamiert. Wir wissen noch nicht, wie es in diesem Fall weitergeht.



btr. SF-21 Libertarians (Art. v. Wolfgang Haug)

Vorauszuschicken wäre, daß die Ursprünge der Bewegung (der Right-wing anarchists oder Libertarians) höchst suspekt sind. Sie sind vor allem aus Leuten zusammengesetzt, die sich 1969 aus dem reaktionären Jugendflügel der republikanischen Partei abgespalten haben (dem Young Americvans for Freedom (YAF)). Sie sahen sichals Schüler der Freier Markt-Philosophie Ayn Rands (*Rand emigrierte 1917 aus Rußland und gewann mit ihren Büchern u.a. The Foutainhead, in denen das Schicksal von ‚Genies' unter der Fuchtel des Staates abgehandelt wurde, einigen Einfluß; SF-Red.*) und Gefolgsleute des Senators von Arizona und Präsidentschaftskandidaten Barry Goldwater, die mit der klassischen konservativen Doktrin, nämlich dem massiven Eingreifen des Staates in das Privatleben der Bürger brachen. Trotzallem griff der Disput tiefer. Während der 60er waren konservative US Jugendorganisationen unter dem Druck der Linken mehr und mehr auf eine Staatsverteidigung eingeschwenkt; teilweise aus Furcht und teilweise aus dem Wunsch heraus, den US-Kapitalismus in seinen Zielen im Ausland zu unterstützen. Dies mußte zum Konflikt mit Rand's und Goldwater's Anhängern führen. Sie sahen diese Entwicklungen als definitiv, nicht als taktisch; die wegen Vietnam eingeführte Wehrpflicht und steigende Einkommenssteuern als direkten Übergriff des Staates auf den freien amerikanischen Bürger. Sie ärgerten sich sogar über die konservative Zufriedenheit, die Polizeistaatsmethoden gegenüber harten Drogen, kultureller und politischer Repression von nonkonformistischen Meinungen oder Angriffen auf die freie Meinungsäußerung rechtfertigte.

Die Dissidentengruppe suchte nach ihrer eigenen Identität innerhalb des Durcheinanders der neuen politischen Tendenzen in den USA der 60er Jahre. Eine erste Möglichkeit, nämlich Ayn Rand's (‚Objektivist'-)Bewegung fortzusetzen, wurde verworfen, als diese sich für einen *begrenzten Staat* stark machten; eine ungemütliche Nähe zur politischen Aussage der YAF. Auch der ‚Goldwaterism' erwies sich als wenig hilfreich, als dieser sich für den Nixon-Agnew-Wahlkampf einspannen ließ. Während eines kurzen Zwischenspiels nannten sich die Mitglieder ‚Anarcho-Kapitalisten', ‚Rationale Anarchisten' oder ‚Rationale Libertäre', Übereinstimmung wurde letztlich für den Begriff ‚Right-wing Anarchist' oder kurz ‚Libertarians' erzielt. Dennoch dauert das Verwirrspiel an. So taucht in dem Buch *Dear America* von Karl Hess, einem führenden Ideologen der Bewegung, (*Hess war Redenschreiber für die republikanische Partei, darunter für Gerald Ford, Barry Goldwater und Richard Nixon. Er verließ die Partei wegen deren Weiterforcierung des Vietnam Kriegs; er war danach kurzzeitig Mitglied des SDS und sogar der IWW, SF-Red.*) die Bezeichnung ‚Left-wing Libertarian' auf; was einem das mulmige Gefühl verschafft, daß ddie US ‚right-wing anarchists' die eigentlich positive Bezeichnung ‚Libertärer' schon bedeutungslos gemacht bzw. ausgehöhlt haben.

Dieses Verwirrspiel entspricht der Mischung aller möglichen Ideen unter dem Label ‚right-wing anarchism'. Spannungen gibt es u.a. zwischen dem Ansatz einer ‚absoluten Freiheit des einzelnen und dem Anspruch eine Gemeinschaft zu bilden. (. . .) Hess mischt Marx mit Proudhon, Mao mit Barry Goldwater, die Black Panthers mit Paul Goodman. Auffallend eigentlich nur, daß Kropotkin fehlt.

Aber Hess ist nicht typisch, er steht eher für den linken Flügel der ‚right-wing anarchist'. Für die Mehrheitsposition und den haupteinfluß stehen die freie Markt-Philosophen Murray Rothbard (vgl. *America's Great Depression; Man, Economy and State*, SF-Red.) und Ludwig Von Mises (vgl. *Human Action*, SF-Red.) und ab und zu der konservative Ökonomiespezialist Milton Friedman. Aus der der eigentlichen anarchistischen Tradition taucht eigentlich häufiger nur ein Name auf, der des aus dem 19. Jahrhundertstammenden amerikanischen Libertären Lysander Spooner. Der ‚anarchistische Mantel' der Bewegung ist als wohl nichts weiter als Opportunismus; die wirkliche Philosophie, die hinter der Bewegung steht, falls sie überhaupt eine hat, ist ein altmodischer ‚Besitzindividualismus' a la John Locke. Wenn wir ihre Sorge um bürgerliche Freiheiten ernst nehmen, dürfte von ihrem politischen Ansatz nicht viel mehr zu halten sein, als den Versuch zu machen, staatliches Handeln für das Privatunternehmertum – möglichst reibungslos und angenehm – kooperativ zu gestalten.

Bruce Vandervort

Weitere Anmerkung der SF-Redaktion zum Umfeld der Libertarians und ihrer Versuche in Europa Fuß zu fassen:

Die bisherigen ergänzenden Informationen blieben nicht das einzige, das der Redaktion zu diesem Thema zugeschickt wurde. Es fand sich auch eine Abo-Abbestellung mit dem Hinweis, daß es sich nicht lohne, eine Zeitschrift zu lesen, die sich an den ›inner-anarchistischen Grabenkämpfen‹ beteilige und so viel Energie und Platz vergeude, die besser den wirklichen Gegnern gewidmet werden. Grundsätzlich stimmen wir dieser Haltung zu. Unsere Solidarität gilt allen Gruppen und Bewegungen, auch nicht-anarchistischen, die sich für eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse und Erweiterung von Freiheitsrechten einsetzen. Wir halten aber für *allzu* nötig, Informationen über Gruppen und Bestrebungen zu veröffentlichen, die im selben Namen wie wir – nämlich unter Anarchismus –, Inhalte vertreten bei denen uns – gelinde gesagt – die Haare zu Berge stehen!

Wolfgang Haug hat in *SF-21* angedeutet, daß die *Libertarians* sich organisatorisch nach Europa ausdehnen wollen, und daß dies nicht notwendig bedeute, daß sie es unter dem Namen *Libertarians* versuchen. Inzwischen hat sich eine erste Form gefunden! Am 3.11.86 erfuhren die Leser der taz von einem *»Open Mind Festival – ein Forum für gesellschaftliche und individuelle Evolution«* in der Schützenhalle von Kerpen-Manheim (bei Köln) (18.11.–23.11.). Als Veranstalter präsentierte sich ein **Freenetwork**. Erfunden hat diese Organisation der Belgier *Andre Spies*, der – um nicht uninteressant zu erscheinen auch gleich ein *Institut* (vgl. Praxis der Libertarians) gründete: das **Welt-Harmonie Institut**! Wir zitieren die »3 Worte lange« Zielsetzung dieses Instituts: *»Harmonie schaffen«* (in Deutsch sind's eben nur zwei Worte!). Entsprechend dem Vorbild der *Libertarians* werden in allen Ländern *Headquarters* (Hauptquartiere) eingerichtet. Namen wollten wir auch diesmal nicht nennen, weil es sich z.B. herausgestellt hat, daß manche »Hauptquartiere« sich recht unversehens auf der Liste fanden, (sie hatten nur ihr Interesse an Informationen bekundet!) aber durch die öffentlich angekündigten Vorträge (s.u.) nennen sich die Personen selbst, die zweifellos zu der Politik des *Freenetworks* stehen. Es soll noch vorausgeschickt werden, daß diese Personen **nicht** notwendig den *Libertarians* angehören, nahezu alle uns bekannten Mitglieder des *Freenetwork* stammen aus den Reihen der individualistischen Mackay-Gesellschaft. D.h. wohl eher, daß sich die bundesdeutschen Anhänger Mackays den »anarchokapitalistischen« Anschauungen der *Libertarians* recht nahe fühlen.

Angeboten wurde in Köln u.a. ein Vortrag von Dr. Stefan Blankertz (Libertarian International): »Noch ein Tschernobyl, wenn das Volk es wyhl« – Zur Kritik an der Forderung nach Volksentscheid;
ein Vortrag John Zubes (Sohn des Wiederbegründers der Mackay-Gesellschaft Kurt Zube) über *Panarchismus;*
eine Diskussion der *Freenetworksidee* mit Andre Spies, Wolfgang Scheel, John Zube, Siegfried Schwenke;
ein englischer Vortrag über *Rohkosternährung* von Andre Spies;



General Custer

eine *Rebirthing-Sitzung* mit Achim Wolschner;
ein Vortrag über *Tachyon: freie Energie – Hoffnung für die Zukunft?* von Sven Mielordt;
einer zum *Buddhismus* von Elizabeth Clarke-Hasters
mehrere Vorträge zum Geld nach der Lehre von *Silvio Gesell* (vgl. SF-13) von Siegfried Schwenke, Achim Wolschner, Helmut Creuz, Theo Megalli
eine Vorstellung von *Dieter Duhms* Bauhütten-Projekt, jener spiritualistischen Kommune für »Liebe und den Aufbau von Überlebensdörfern, sowie Wilhelm *Reichs* Orgon-Theorie.
Daneben und ernster zu nehmen: eine Podiumsdiskussion zur Ökobank und Vorträge zum Thema »Anarchismus und Pädagogik«.

Besonders die Mischung zwischen individualanarchistischer Staatskritik und spiritualistischen Ichveränderungstheorien scheint uns der eigentliche Ansatzpunkt des *Freenetwork*. Hier wird, beeindruckt vom ehemalig großen Zulauf für Psychokulte a la Bhagwan, der etwas verspätete Versuch gemacht, die angeblich vertrocknete politische Theorie mit spirituellen, lebensreformerischen Ideen aufzumöbeln, sprich »ganzheitlich« zu machen. Dabei deutet der ganze Entwurf des Welt-Harmonie Instituts doch eher auf das Computerplanspiel wirklichkeitsfremder Intellektueller hin. Dabei allerdings betont einfach (in Erwartung des Massen-Zulaufs?) formuliert.

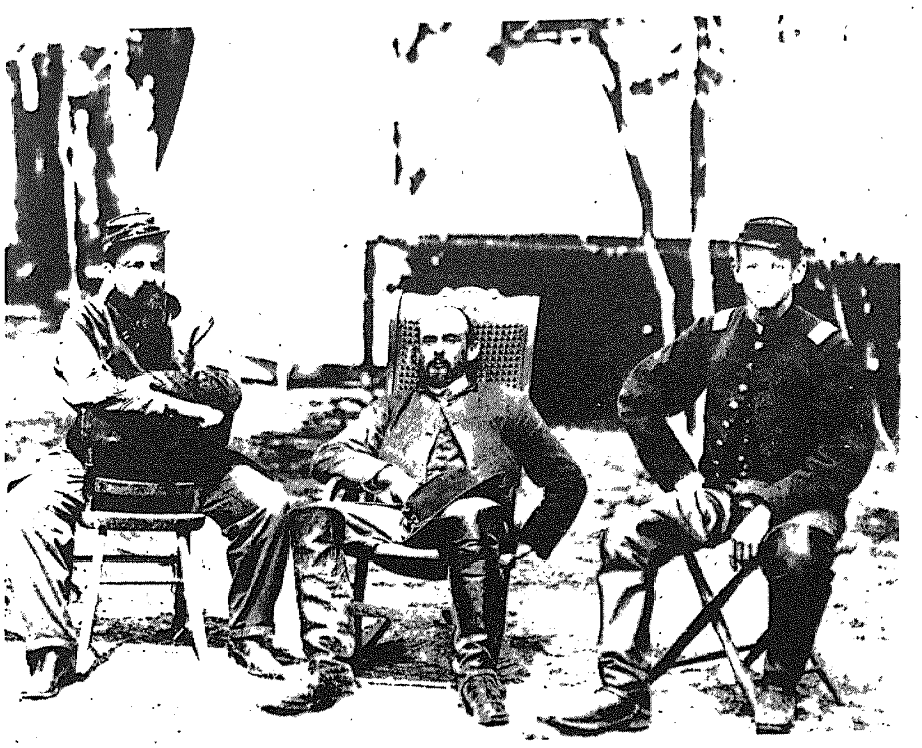
Zitat: »Das *Freenetwork* steht zu nichts in Opposition.« (SF: Ein erstaunlicher Satz für »Anarchisten«, aber wohl nicht für »Harmonisten«; doch weiter :) »Wir glauben, daß es für das Individuum der einfachste Weg ist, die Welt zu verändern, wenn es sich selbst verändert. Deshalb sind wir speziell an der Evolution des Selbst oder psycho-sozialen Entwicklung interessiert. Viele unserer Gründungsmitglieder sind in *NEW AGE Techniken*, Aktivitäten und Projekten beteiligt.«

Ein paar (erlernbare) Voraussetzungen müssten Interessierte allerdings schon mitbringen: »Leute, die Harmonie schaffen wollen, müssen gewisse Glaubensvorstellungen über Harmonie haben, z.B.: Harmonie ist wünschenswert; was ist Harmonie und was nicht; Harmonie kann geschaffen werden.« Damit das ganze nicht zum unüberwindlichen Hindernis wird, darf aber »jeder Welt-Harmonie-Instituts-Katalysator/Koordinator die Welt-Harmonie-Institut-Prinzipien nach seinem persönlichen Zweck umformulieren. Die Zustimmung ist nur zum Namen und zum Zweck des Welt-Harmonie-Instituts von Nöten, niemand muß definieren, was ›Harmonie‹ eigentlich ist, oder gar zustimmen was es ist.«

Da bleibt dem unbedarften Zeitgenossen der Mund offen. Entweder handelt es sich bei den ca. 30 detailliert ausgearbeiteten Seiten des Andre Spies um ein grandioses Verarschungsspiel, wo einer hinterher ein Buch veröffentlicht, etwa in dem Tenor: je inhaltsloser desto größer wird die Psychosekte . . . hach wie dumm sind meine Zeitgenossen; oder?

Oder es handelt sich um die bewußte Vermischung aller möglichen geistesgeschichtlichen Ideen zu einer Ich-Kult-Bewegung – alsReflex auf unsere Gesellschaft, die die Individuen entmachtet, atomisiert und an wirklichen Entscheidungsprozessen hindert? Also ein Reflex, der von der richtigen Einschätzung der gesellschaftlichen Situation, nämlich der Ohnmacht des einzelnen Individuums ausgeht, und weil er dieser Entwicklung gegenüber hilflos ist, sie ganz einfach nicht wahrhaben will, verdrängt?! Wo keine befriedigende Balance zwischen Gesellschaft und Individuum mehr hergestellt werden kann, wird einfach die Harmonie für den Harmonie-Wollenden behauptet. Die Widersprüche, etwa der Kapitalismus oder reale Sozialismus bleiben zwar, aber das persönliche Glück ist gemacht, es liegt in der langsamen »Selbstevolution«, einem Prozeß, der nie aufhört und von dem man »bescheiden« sagt, daß man »die Wahrheit nie habe, sondern sie immer suche.« Stößt der »Welt-Harmonie-Katalysator« auf Widerstand, sagt ihm vielleicht jemand, daß er spinne, werden ihm – ganz wie bei Bhagwan u.a. – »Techniken« empfohlen, mit deren Hilfe sich dieser Widerstand brechen läßt (aus eigener Unerfahrenheit mit diesen höheren Weihen, will ich das nicht übersetzen: »Postural Integration, Rolfing, Reiching, Feldenkreising etc.). Es ist wohl weniger der Widerstand des Kritikers gemeint, sondern der gegen den eigenen Zweifel.

All das macht auf mich den Eindruck eines traurigen Rettungsversuchs eines übersteigerten Individualismus', der das eigene Ich zur alleinigen Instanz für jede Handlung in den Mittelpunkt seiner Theorie rückt, aber mit der Umwelt nicht klar kommt und deshalb die Zuflucht in einer neuen halbreligiösen Denkwelt sucht. Anstatt daß sich aus dem offensichtlichen Widerspruch zur Gesamtgesellschaft für das Individuum vielfältige Anstrengungen, Kämpfe etc. ergeben – will uns der Welt-Harmonie-Klub wieder auf uns selbst zurückverweisen. Die bewußte Vermischung von Anarchismus, Wirtschaftsliberalismus, Buddhismus, Harmonie, Vegetariertum, Freigeldtheorie etc. etc. verlangt von nicht weiter vorbelasteten Interessierten jedenfalls Jahre, um alle Bestandteile des Mischsystems überhaupt zu erlernen; – sie zu systematisieren und zueinander in sinnvollen Bezug (sofern alle Teile überhaupt in sich sinnvoll sind!) zu bringen, dürfte nur wenigen vorbehalten sein. Die Chance der Wenigen? Zumindest hätten *sie* ein neues Aktionsfeld. Uns liegt allerdings daran, daß möglichst niemand mit dem *Freenetwork*, den *Libertarians*, der *Welt-Harmonie-Gesellschaft* seine/ihre Zeit und Energie vergeudet.



Leserbriefe

btr. SF-22 Linke und Ausländerpolitik (Art. v. Wolfgang Pohrt)

So brilliant Pohrts Ansatz auch ist, ich muß ihm an einigen Punkten widersprechen. Gehen wir in der Geschichte zurück:

Die Juden wären nicht ganz so übel aufgestoßen, wenn es nicht die mit Kaftan und Schabbeslocken gegeben hätte. Das waren die Jidden, auf die jedes Kind zeigen konnte. Das heißt, es hätte ihnen gar nichts genützt, sich ‚wie Operettenjuden' zu benehmen, im Gegenteil, das Klischee vom ‚Kaftanjuden' wurde, in Filmen wie Jud Süß, wirkungsvoll zur4 antisemitischen Propaganda eingesetzt.

Den Türken wird gerade vorgeworfen, daß sie sich nicht einfügen können oder wollen. Daß Straßen und Stadtteile in wenigen Jahren zu Ghettos werden, daran wird den Türken die Schuld gegeben.

Wenn hierzulande von Ausländerfeindlichkeit die Rede ist, dann sind vor allem die Türken gemeint (und in letzter Zeit die Asylanten, denen weder eine Chance sich einzufügen noch sich abzugrenzen gelassen ist), ‚deren Frauen Kopftücher tragen, die in 20 Jahren keine 200 Wörter deutsch gelernt haben, die auf ihren Möbeln wie auf Koffern sitzen und immer nächstes Jahr zurück wollen'.

Viele Türken sind Landarbeiter gewesen; sie sind beweglich genug, bei einem neuen Herrn, in Deutschlandm gute Arbeit zu tun, aber auf den Zusammenhalt der Familie, der das Überleben sicherte, angewiesen – man hat, wenn es hart kommt, immer noch eine Kuh und eine Ziege, und einen Ölbaum im Garten.

Wenig hört man von den Italienern, Griechen, Jugoslawen; die haben guten Willen bewiesen, waren tüchtig und haben sich angepaßt, haben deutsch gelernt und versuchen, sich wie Deutsche zu benehmen.

Auch sie stehn doch, wie Pohrt sagt, in der Schlange mit den Deutschen, brauchen Arbeitsplätze und Wohnungen, kaufen sich einen Mercedes, gehn in die Disco und bevölkern die Kaufhäuser. Aber sei es, weil sie meist länger hier sind, sei es, weil sie, wenn Ausländer, so doch Christenmenschen sind,, sie werden leidlich angenommen.

Es spielt etwas anderes mit hinein, das Pohrt, glaube ich, übersieht. An den Japanern ist es deutlich zu machen: Die Japaner sind noch fremder als die Türkken. Aber niemand hat etwas gegen Japaner. Sie gelten als fleißug, angepaßt, sauber; man sieht sie nur lernen und arbeiten, und sie fallen nicht auf. Obwohl sie sich noch mehr unter sich halten als die Türken, würde niemand schmieren: ‚Japaner raus'!

Dabei wissen wir über ihr Leben noch weniger als über das der Türken; wir haben nicht einmal ein Vorurteil davon. Wir müßten gerade gegen sie, die offenbar nur Erfolg haben, futterneidisch sein. Trotzdem erhebt niemand die Hand gegen Japaner.

Einer der Gründe ist: sie haben eigene Banken in der Bundesrepublik. Sie sind meistens Angestellte oder Manager, sie gehören großenteils zur Elite. Und sie sind unauffällig genug, ihre Stellung nicht herauszukehren: sie werden als Konkurrenz nicht wahrgenommen.

Kehren wir zu den juden zurück: die Furcht vor der ‚jüdischen Weltverschwörung' funktionierte nur, weil es neben den ‚Kaftanjuden' die ‚Finanzjuden' gab, die man nicht erkennen konnte und die deshalb umso unheimlicher waren.

Bei den Türken gibt es nur die mit dem Kaftan. Für den ‚armen Mann am Bosporus' bleibt bei aller Ablehnung nbedauern übrig.

Die Japaner aber tragen Tennisdress uind Nadelstreifenanzug. Sie sind überall und sie bestimmen in der Börsenwelt mit. Dennoch kommt der gedanke an eine ‚japanische Weltverschwörung' kaum auf. Vielleicht weil sie uns die Chance lassen, sie dennoch nicht ganz ernst zu nehmen. Vielleicht, weil wir immer noch im Hinterkopf haben, daß wir Europäer ihrer Ausbildung den letzten Schliff geben. Vielleicht auch, weil Japan eben doch zu weit weg liegt: sie sind nicht unter uns, sie sind auf Abruf hier, die Firmen wechseln sie alle 5 Jahre aus.

Sie sind höflich genug, uns ihre Kultur nicht aufzudrängen, und fallen doch unserer Kulturlosigkeit nicht anheim. Italiener und Griechen nötigen uns durch ihre Geschäftstüchtigkeit Achtung ab. Japaner bewegen sich in höheren Etagen. Den Türken ist das alles nicht gelungen: nicht einmal ihre Kultur haben sie, trotz der Ghettos bewahrt: ihre Söhne und Töchter stehen gegen sie auf.

Zu Ende bin ich mit diesen Fragen nicht. Aber ich denke, auch diese gedanken haben neben Wolfgang Pohrts Ausführungen Gewicht.

Herbert Laschet, Düsseldorf

btr. SF-21: Stammheim (Art. v. Klaus Bittermann)

Klaus' Analyse des Austschen Machwerks und des Rummels drumherum finde ich richtig. Doch sein kurzer Rückblick auf die Zeit vor 10 Jahren verdient Kritik. Es ist einfach falsch zu sagen, »kein Mann der öffentlichen Rede« habe die damaligen Vorgänge skandalös gefunden. Erinnert sei an Peter Brückner oder Erich Fried. Beide übten harsche Kritik an der überwiegenden Mehrheit der Linken, die sich mit der RAF, ganz im Sinne des Staats, nicht mehr auseinandersetzte. Zumindest in Göttingen (sicher auch anderswo) stellten RAF und Staat wichtige Punkte in den Diskussionen der Studis im Umfeld von Spontis und KB dar (Brückners Analysen waren dabei nicht unwichtig). Schließlich wurde der *Arbeiterkampf* des KB auch nicht müde, die Morde von Stammheim als solche zu benennen (und das auch ausführlich zu belegen).

Es gibt halt nicht »die« Linke. Für mich zeigte sich damlas vielmehr, wie gering dfie Zahl derjenigen war, die in der damaligen Hystrerie einen klaren Kopf behielten und die wirklich bereit oder gewillt waren, das System hier ernsthaft infragezustellen. Das kann man von sogenannten Linken wie Jusos, DKPlern oder Linksliberalen natürlich nicht erarten – in deren Bewußtsein muß sich noch verdammt viel ändern, das zeigen solche Situationen wie die damalige.

Ich halte es für grundsätzlich falsch, bei historischen Darstellungen in Schwarzweißmalerei zu verfallen. Fortschrittliche Geschichtsbetrachtung muß vielmehr Brüche, Widersprüche, Gegentendenzen benennen – das kann dazu beitragen, unsere Gegenwart als veränderbar wahrzunehmen und Fehler nicht zu wiederholen.

Christian Rothe, Hildesheim

btr. SF-22 Editorial

. . . kann dem (»Editorial einmal anders«) nur teilweise zustimmen, liegt wohl daran, daß ich den SF nunmehr seit Ende '82 beziehe und so manches Mal Schwierigkeiten hatte, nicht mit dem was da so an Problematik, Kultur etc., aufgeführt bzw. gedruckt war, sondern ich stellte mir die Frage, wen könnt ihr damit erreichen? Was könnt ihr vermitteln, anregen. Ja und nun steht da viel über Kultur, Geschichte, Ästhetik ethische-politische Sachen, Arbeiten etc. Mich quält halt die Frage, was uns der spanische Syndikalismus bringt oder CNT nach Franco etc. Ja klar, ist wichtig, sollte mann/frau schon wissen, nur: in welcher Zeit leben wir, was für soziale Brennpunkte tauchen jetzt auf? Waskönnen wir in unserer Unorganisation bewirken? Inwieweit bezieht ihr die Jugend ein oder sind euch die Tendenzen, »Maul halten ist besser« entgangen? Da »müßte« wohl das Bewußtsein der Leute anders aufgetaut werden. Kultur, Geschichte, so wichtig sie sind, sind wohl da fehl am Platz, wo Arbveitslosigkeit, Ausländerhaß, Repression gegen die bewegung sich breit machen. Ist es nicht schon schlimm genug, die Spaltung der sogenannten Linken zu sehen, wo setzen wir da an um die Sache »Militanz und friedliche gewaltlose Strukturen miteinander zu verbinden? Fragen über Fragen hab ich noch, aber ja, was mache ich, was macht ihr?

Bernd König, Wetzlar

Spanien Bürgerkrieg

* Durch Zufall entdeckten wir auf dem Flohmarkt einen **Aquarellblock** mit 22 Aquarellen aus den ersten Tagen des Spanischen Bürgerkriegs. Nach unserer Meinung sind nur wenige Exemplare nach Deutschland gekommen und hier nie veröffentlicht gewesen. Gerade zum 50. Jahrestag kommt ein Flut von Literatur auf den Markt, doch fast nichts in Richtung Kunst im Spanischen Bürgerkrieg. Wir halten das Dokument für veröffentlichungswürdig. Das Problem dabei ist, daß die **Farblithographien** zu teuer sind, um es in Eigeninitiative zu veröffentlichen, zumal die Auflage gering wäre. Auch für die angesprochenen kleinen A-Verlage ist es zu teuer. Deshalb suchen wir auf diesem Weg Leute, vielleicht auch Verlage, die Interesse hätten die Bilder mitzuveröffentlichen. Dabei wäre finanzielle Unterstützung notwendig. Hiermit rufen wir alle solventen Liebhaber auf sich mit uns (Roland und Friedhelm) über den *SF* in Verbindung zu .

Bislang hat sich nur ein SF-Leser gemeldet und einige Hunderter in Aussicht gestellt, falls es zur Verwirklichung kommt. Deshalb wiederholen wir den Aufruf aus Nr. 22 zusammen mit zwei – allerdings nur – schwarzweißen – Photoabzügen aus dem Kalender.





Redaktion Schwarzer Faden, Postfach, 7031 Grafenau-1

*ALTE AUSGABEN DES SF:
Ab und zu hält sich hartnäckig das Gerücht, eine bestimmte Nummer des SF - etwa die Kulturnummer - sei vergriffen. Ursache geben linke Buchhandlungen, die den SF nicht nachbestellen, wenn das abonnierte Kontingent ausverkauft ist. Fordert die Ladenmacher/innen deshalb auf, den SF nachzuordern; falls es aus welchen Gründen auch immer nicht gelingt, wendet euch direkt an uns; gültig ist in jedem Fall die unten wiedergegebene Liste: alle dort inhaltlich wiedergegebenen Nummern sind noch lieferbar.
Um neuen Abonnenten oder Interessierten die Gelegenheit zu geben, einen besseren Einblick in unsere bisherige Arbeit zu bekommen, machen wir folgendes Angebot: **Für 4 alte Ausgaben schickt ihr uns einen 10.-DM Schein, Überweisung oder Briefmarken).** Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben, zusätzlich haben wir eine mit Anmerkungen, Register, Vorwort, Rezension und neuem Lay Out versehene *NOSTALGIENUMMER* (ebenfalls 10.-) zusammengestellt, die Texte aus den vergriffenen ersten 13 Nummern (0 - 12) enthält.

Nr.14: (64 Seiten)
★ Arbeit, Entropie, Apokalypse und 35-Stundenwoche ★ Geheimer NATO-Stützpunkt auf den Färörn ★ Cruise auf U-Boote - NATO-Pläne ★ Europawahlboykott ★ Antipädagogik contra Libertäre Pädagogik ★ Gesell-Diskussion ★ Das letzte Interview mit Augustin Souchy; + Filmbesprechung Die lange Hoffnung ★ Aufruf an Anarcha-Feministinnen ★ Kritik an den Ökolibertären u.v.a.m.

Nr.15: (64 Seiten)
★ Kulturnummer? ★ FLI-Treffen (Lutter) ★ Automatisierungsdebatte ★ Interview mit A. Gorz ★ Frau-Mann-Maschine ★ Hacker ★ Pädagogik-Diskussion ★ F. Ferrer ★ Anti-Kriegs-Museum, ein Interview ★ Europawahlnachschlag ★ Migros-Opposition ★ Projektemesse ★ Souchy: Mexiko ★ Reimers: Oskar Kanehl ★ Faschismus - Antifaschismus ★ S.Gesell-Diskussion ★ Omori ★ Libertäre Comics ★ Venedig Veranstaltungsplan ★ u.v.a.

Nr.16: (64 Seiten)
★ Venedig-Berichte (5 Teile) ★ Feminismus und Anarchismus (Vortrag aus Venedig) ★ 1984 = Die Ware (J. Clark-Vortrag aus Venedig) ★ Zur Wende ★ IWF-Kritik ★ Kolumbien/Selbstverwaltung ★ »Atommüllpriester« ★ Buko-Bericht ★ Oskar M. Graf ★ »Bakuninhütte« - Erinnerungen von Fritz Scherer ★ Nachruf auf Otto Reimers ★ Stowasser-Prozeß ★ u.v.a.

Nr.17: (64 Seiten)
★ A-Szene ★ Industrialismus-Kritik, Teil 1 (Ansatz von Alvin Toffler) ★ Sozialstaat oder Marktanarchie ★ Bookchins Natur- und Evolutionsverständnis ★ Menschenrechte ★ Chile-Widerstandstage ★ Puerto Rico Landbesetzungen ★ Angst des Bürgers vor dem Anarchismus (Casas Viejas) ★ »Nährbodenforschung« Neonazis ★ Spuren der Besiegten (Rez.) ★ Zeitschriftenschau ★ u.v.a.m.

Nr.18: (64 Seiten) (Kulturnummer)
★ Theater im Zeitalter totaler Medienwelt ★ Videofront ★ Kultur oder wat? ★ Wider die Vereinnahmung ★ Über Carl Einstein; mit seiner Rede über Durruti ★ Das andere Amerika (Filme) ★ Jean Vigo (Filmemacher) ★ Streit um den CNT-Nachlaß ★ Tschernyschewski: Verwertung von Politik und Kultur ★ Herrschaftskultur: Reise in irische Knäste ★ A-Szene (FLI, AFN, »Volksfront«), u.v.a.m.

Nr.19: (64 Seiten)
★ Unruhen in Griechenland ★ Entstehungsgeschichte der PASOK ★ Raus aus der NATO? ★ Thesen für einen libertären Kommunalismus ★ Kritik der Toffler-Thesen ★ BTX ★ Reise in irische Knäste, Teil 2 ★ Einstellung der Zeitschrift »Anschläge« ★ Kritik der Subkultur (Punk und Ökobank) ★ Anarchismus und Mystik ★ Uracher Kommune 1919 ★ Frauen in der FAUD 1919-1933 ★ Anarchafeminismus ★ »Liebe und Anarchie«

Nr.20: (64 Seiten)
★ Anti-NATO-Kongreß ★ Militarisierung der USA und UdSSR ★ Bruch mit den GRÜNEN ★ Sare/tazhh ★ Unruhen in Spanien ★ Interview mit Clara Thalmann (I) ★ Deutscher Kolonialismus ★ Barclays Anthropologieansatz ★ Postmoderne ★ Diskussionsteil etc.

Nr. 21: ☆ Anarcho-Szene ☆ Kritik an den GRÜNEN und Selbstkritik ☆ Glotz' Hegemoniemodell ☆ VOBO wieder neu ☆ Staatskritik ☆ Interview mit Clara Thalmann (II) ☆ Mujeres Libres ☆ Stammheim - das Buch ☆ Stammheim - der Film ☆ Franz Jung ☆Libertarians? ☆ Antisemitismus in der Linken ☆ Bookchins Kommunalismus ☆ Diskussionsteil etc.

Nr. 22: ☆ Tschernobyl und die Asylanten ☆ Linke und Ausländerpolitik ☆ Das Umbauprogramm der GRÜNEN ☆ Offener Brief der radikalen AKW-Gegner ☆ A-Szene/FLI ☆ Appelscha-Treffen ☆ Kollektivierung in Aragon ☆ Krise und Perspektiven der CNT heute ☆ Federico Garcia Lorca ☆ Georg Janthur's Bilder (Vierfarbdruck) ☆Unbekannte Marut/Traven Stories neu entdeckt, 1. Geschichte ☆ Die Exilliteraturreihe bei Fischer ☆ Erich Mühsam (DDR) ☆ Bücher ☆ Anarchismus und Antipädagogik ☆ SB-Bildungstag/Freie Schulen-Kongreß ☆ Gotteslästerungsprozeß ☆ Bookchin-Diskussion etc.

Spendenliste (es sind weniger geworden??) aber trotzdem hilft es uns sehr:
H.H., Zürich 87.-; N.H., Nürnberg 75.-; F.T., München 5.-; H.F., Weil 5.-; J.L., Eppelheim 50.-; D.H., Hamburg 5.-; A.B., E'hausen 5.-; M.G., Belgien 10.-; T.L., Berlin 5.-; J.S., Wuppertal 5.-!!!
Zudem freuen wir uns, daß sich einige ehemalige Mitglieder der Gruppe *LAVA*, Berlin an dem entstandenen Defizit für die ARBEIT-Sondernummer (übrigens noch bestellbar!) beteiligen und noch beteiligen wollen.

Termine

Wochenendseminar zu: **Pestizide — chemische Keule für Natur und Umwelt** vom 9.1.–11.1.87: behandelt werden die vielfältigen Formen des Exports und des Einsatzes von Pestiziden und Handlungsperspektiven für Verbraucher und umwelt- und entwicklungspolitisch Interessierte. Referenten: Mitarbeiter des Pestizid-Aktions-Netzwerk Hamburg, Kosten: 40.– DM; in: *Energie-und Umweltzentrum am Deister e.V., Am Elmchenbruch, 3257 Springe/Eldagsen*

Wochenendseminar zu: **Gentechnik — letzte industrielle Revolution** vom 27.2.–1.3.87: behandelt werden vor allem die Gefahren für Bauern und Landwirtschaft. Referenten: Mitglieder des Gen-ethischen Netzwerks e.V., Kosten: 70.– – 100.– DM; in: *Energie- und Umweltzentrum am Deister e.V., s.o.*

Wochenendseminar zu **Perspektiven des Anarchismus in der BRD** vom 23.1.–25.1.87: diverse Themen und Arbeitsgruppen sollen teilnehmen. Referenten u.a.: Horst Stowasser, Wolfgang Haug, Ulrich Klemm. Näheres (Genaue AG-Themen, Kosten, Unterbringung etc. bei:) *Ev. Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten-Arnoldshain, Tel. 06084/3030 (Jens Harms).*

Wochenendseminar zu Themen des **Spanischen Bürgerkriegs/der Spanischen Revolution** vom 29.1.–30.1.87 an der Uni Oldenburg. U.a. zu Frauen im Spanischen Bürgerkrieg (Friederike Kamann), Militarisierung (Wolfgang Haug), ein ausführliches Programm und andere Infos bei: *Heribert Baumann, Universität Oldenburg, Uhlhornweg 49–55, 2900 Oldenburg*